

D7426 E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 7-8/ Juli-August 1984

15. Jahrgang

5 DM

BOTHA IN BONN



**Beziehungen
BRD-Südafrika
Durchbruch in der
Namibiafrage?**

**Nikaragua - Spezial
Indien • Uruguay
Philippinen**

Inhalt

Aktueller Kommentar	
Was sollte der Botha-Besuch?	3
Bundesrepublik-Südafrika	
Stellungnahmen von Oliver Tambo (ANC), Mohammed Valli (UDF), Andimba Toivo Ja Toivo (SWAPO), Ingeborg Wick (AAB)	4
ISSA: Eine unheilige Allianz	6
Namibia	
Durchbruch in der Namibia-Frage?	11
Gespräch mit Sam Nujoma (SWAPO)	12
UN-Resolution 435 vom 29. 9. 1978	13
El Salvador	
Durartes Wiederkehr ins Präsidentenamt	16
Uruguay	
Steine auf dem Weg zur Demokratie	18
Mai-Manifest von Montevideo	19
Interview mit Liber Seregni (Frente Amplio)	20
Palästina	
Krise und Ausweg der PLO (Teil 2)	22
NIKARAGUA - Spezial	25
Philippinen	
Marcos' Nöte nach den Mai-Wahlen	61
Pazifik-Philippinen	
US-Basen für den Atomkrieg	63
Indochina	
Chinas Rache für Kampuchea	68
Indien	
Was steckt hinter den Unruhen in Pandschab und Assam?	70
Türkei	
Kein Urlaub im „Land der Sonne“!	74
Solidaritätsbewegung	
Was brachte der 8. BUKO?	75
Hunger	
Ist der Hungertod unabwendbar?	76
Frieden und Dritte Welt	
Ernesto Cardenal: Die Brücke zwischen Friedens- und Befreiungsbewegung	79
Infodienst zur Solidarität	81
Kurzinformationen: Guatemala, Abrüstung, Haiti, Zypern, Verschuldung, Obervolta, Libyen, Libanon, Ägypten	82



BRD-Südafrika

S.3

Mit dem Bonn-Besuch des südafrikanischen Premiers Botha wurde das bundesdeutsche Verhältnis zum Apartheidsystem wieder einmal ins rechte Licht gerückt. Wie ist der Stand der zweiseitigen Beziehungen? Was sagen die Befreiungsbewegungen, was die hiesigen Apartheidgegner dazu?

Nikaragua-Spezial

S.25

Vor genau 5 Jahren, im Juli 1979, fegte der sandinistisch geführte Volksaufstand die Somoza-Diktatur hinweg. Wir ziehen Bilanz über den seitherigen Veränderungsprozess im Innern Nikaraguas. Wo stehen die „Nicas“ wirtschaftlich? Wie verhalten sich Wahlen und Volksmacht zueinander? Wie weit ist die US-Intervention gediehen? Diesen und anderen Fragen geht unser Sonderteil nach.

Indien

S.70

Die Unruhen nationaler Minderheiten im Mosaik Indien reißen nicht ab. Im Pandschab (Sikhs) und in Assam nehmen sie gegenwärtig bürgerkriegsähnlichen Zugschnitt an. Wir fragen nach den Ursachen und dem Stellenwert der Ausschreitungen.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahi, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann, Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, G. Bröner, I. Flach, A. Flues, U. Kampmann, D. Knabe, U. Nettelbeck, E. Schneider, V. Sieglin, U. Wöhrmann

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Anzeigen: ISSA, MOZ, Weltkreis Verlag, Antimilitarismus Info, Horizont, FDCL, Hammer-Verlag, Frontal, UNIDOC, Nahua Brigade „Carlos Fonseca“, Solidaritätshop 3. Welt.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluss: 14. 6. 1984

Aktueller Kommentar: Was sollte der Botha-Besuch?



Polizeiübergreifende gegen Anti-Botha-Demonstranten

„Auf Zehenspitzen“ sah das New Yorker Magazin Newsweek den Regierungschef des südafrikanischen Rassistenregimes durch Europa reisen („Botha tiptoes through Europe“).

Umso lauter waren die Geräusche aus dem Herrschaftsgebiet der Apartheid. In Namibia verhafteten seine Schergen am 9.6.1984 vorübergehend nahezu die gesamte Führung der im Lande arbeitenden Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und etliche andere Oppositionspolitiker. Botha weilte gerade bei Herrn Wojtyła.

Spekulationen über die Hintergründe dieses Repressionsaktes erübrigen sich: So ist das System, das Botha vertritt. Und allen seinen beflissenen Interpreten gegenüber hatte Botha schon in London klargelegt: Am Grundprinzip der Apartheid werde es keine Konzessionen geben.

„Sachlicher“ Kohl

Schließlich war man ja gekommen, um sich internationale Anerkennung für jene „Koexistenzpolitik“ im Südlichen Afrika abzuholen, die der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel nicht als Schritt auf dem Weg zum Frieden ansah, sondern als Mittel ausschließlich zur Konsolidierung der Apartheid und der Kontrolle über Namibia.

Bleibt die Frage, weshalb Vogel und Ehmke dann Botha doch ihre Aufwartung machten, um dem Rassistenpremier mitzuteilen, was der ohnehin weiß: daß die SPD gegen die Apartheid sei. Der britische Labour-Führer Kinnock z.B. hatte es abgelehnt, mit Botha zusammenzutreffen.

Der SPD-Führung mußte klar sein, daß mit Botha ein Mitglied jener Vorster-Regierung anreiste, die 1976 von Kanzler Schmidt empfangen worden war — unmittelbar nach dem Massaker von Soweto. und seither hat sich in Südafrika trotz dessen mahrender Worte ebens nichts geändert.

Vogel und Ehmke verlangten die Freilassung Nelson Mandelas, des seit 1962 eingekerkerten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC). Immerhin.

Derjenige, der die Regierungsmacht ausübt, der also Einfluß darauf hätte, Forderungen zu entsprechen wie sie die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in einem Offenen Brief an ihn formuliert hatte, Kanzler Helmut Kohl, empfing Botha zwar unter Möbelrücken, aber eben doch.

„Es sei nicht Absicht der Regierung gewesen, Botha kühl zu empfangen“, so Sprachrohr Boenisch laut Frankfurter Allgemeine. „Sachlich“ habe man sich die Meinung gesagt. Und Kohl habe sogar gefordert, die Zwangsumsiedlungen einzustellen. Von der Auflösung der „Homeland“-Monstren war nicht die Rede, und natürlich auch nicht davon, etwa das Kulturabkommen mit Südafrika zu kündigen oder die Garantien für Warenlieferungskredite zu verweigern, wie es die AAB gefordert hatte.

Die Zusammenarbeit floriert

Bonns „Dialog“ konnte getrost „kritisch“ sein — denn die Zusammenarbeit geht weiter. Es wird investiert und profitiert von dem so beherzt kritisierten System.

So verließ denn ein aufgeräumt wirkender Botha die Stätte, an der er angeblich gescholten worden war, um sich ins Hotel „Bristol“ zu begeben. Dort wartete „die Wirtschaft“ auf seinen Vortrag, diejenigen also, die sich das Sagen in Sachen Südafrika vorbehalten haben.

Die keineswegs einflußlose, parteienproporz bestückte und über gute Verbindungen zur „Wirtschaft“ verfügende Gesellschaft für Auswärtige Politik hörte anschließend zu, wie der Gast sozusagen politologisch seine Politik verbrämte, aus Afrikanern für alle Zeiten Menschen zweiter Klasse zu machen.

Sie hat es in ihrer Zeitschrift Außenpolitik auch noch gedruckt. Man diskutiert ja schließlich noch immer.

Fototermin beim Präsidenten, Plausch beim engsten Freund Strauß, dann ging's nur noch bergab: Diepgen und Lummer. Aber die erwiesen dafür jenen angeblich völkerrechtlich gebotenen „Respekt“ einem Verantwortlichen für zahllose Morde gegenüber, den Justiz und Ordnungsmacht bei den Demonstranten in Bonn vermißten, die Transparente mit der Parole „Botha raus“ tragen wollten. Währenddessen gab es noch eine Bundes-

tagsdebatte zum Südlichen Afrika, schon die zweite in diesem Jahr.

Ein SPD-Antrag auf Verurteilung der Apartheidpolitik sowie der „Vertragspolitik“ Pretorias scheiterte an der Koalitionsdisziplin: Die FDP erhielt Kohl die Mehrheit, indem sie ganz liberal für das Gute an der Apartheidpolitik stimmte. Nicht anders erging es dem Antrag der Grünen, Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen, wie sie auch Günter Verheugen (SPD) gefordert hatte.

Gerade in dieser Frage hapert es. Denn was von einer Bundesregierung auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, lehnt die wichtigste gesellschaftliche Organisation, der Deutsche Gewerkschaftsbund, ab, die es erkämpfen könnte: die Anwendung der Boykottwaffe, um das Rassistenregime empfindlich zu treffen.

So bleibt vorerst — trotz kirchlichen Protests, trotz mancher Fortschritte — die bundesdeutsche Bewegung gegen die Apartheid, verglichen mit ihrer Schwesterbewegung in Großbritannien (in London demonstrierten Zehntausende gegen Botha), noch schwach. Bothas Reisediplomatie konnte Prestigeerfolge verbuchen — deutlich wurde es durch die Begegnung mit Frau Thatcher, der ersten einer südafrikanischen Regierung mit London seit 1960.

Und Bonn gab sich dazu her, dieses Manöver mitzuzelebrieren, an dessen Gelingen die Mehrheit der BRD-Presse beträchtliches Interesse zeigte.

Ein Erfolg war die Botha-Reise mithin auch für die Reagan-Politik des „konstruktiven Engagements“ im Südlichen Afrika, die klarer denn je hervorhebt, daß Südafrika zum „freien Westen“ gehört, wonach ein Verbrechen nicht mehr als Verbrechen zu gelten hat, sondern eine Frage der Ästhetik ist. Und das war ja auch der Sinn der Reise.

Jürgen Ostrowsky



Die Staatsbesuche, die Südafrikas Premierminister Pieter W. Botha im Juni d.J. in mehreren Hauptstädten Westeuropas (siehe auch Aktueller Kommentar) absolvierte, stießen hier wie im Südlichen Afrika auf geharnischte Proteste.

Mohammed Valli, Mitglied der Nationalen Exekutive der südafrikanischen Vereinigten Demokratischen Front (UDF), und Andimba Toivo Ja Toivo, im März 1984 freigelassenes Politbüromitglied der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) Namibias, gaben unmittelbar vor Bothas Aufenthalt (5./6. Juni) in Bonn verurteilende Erklärungen ab. Oliver Tambo, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas, wandte sich in einer Botschaft an die Völker Westeuropas.

Auf der Bonner Protestkundgebung vom 5.6.1984 zum Botha-Besuch, an der 1.200 Demonstranten teilnahmen, trug Ingeborg Wick, Geschäftsführerin und Vorstandsmitglied der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), die Grundposition der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung vor. Wir dokumentieren ferner ein Hintergrundpapier der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), das den gegenwärtigen Stand der Bonner Kollaboration mit dem Apartheidregime bilanziert.

Oliver Tambo (ANC) An die Völker Westeuropas

Die Entscheidung Frau Thatchers, Herrn Kohls und anderer Regierungsrepräsentanten Westeuropas, Botha zu einem Besuch verschiedener westeuropäischer Länder einzuladen, ist ein Tritt gegen die Völker Afrikas und Europas gleichermaßen.

Botha repräsentiert das Volk von Südafrika nicht. Er vertritt das rassistische weiße Minderheitsregime, das nur durch

brutale Unterdrückung unseres Volkes und durch Export seiner Politik des Terror und der rassistischen Tyrannei in alle Nachbarstaaten der Region seine Macht halten kann.

Die Einladung zur Europareise ist ein Akt rassistischer Solidarität und muß von allen verurteilt werden, die Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit hochschätzen.

Der ANC würdigt die prompte Mobilisierung einer Opposition durch die Anti-Apartheid-Bewegung, durch Organisationen und Persönlichkeiten.

Der ANC hat immer betont, daß zwischen den europäischen Regierungen und den Völkern Europas ein Unterschied gemacht werden muß; zwischen denen, die das Apartheidregime stützen und denen, die den Kampf unseres Volkes unterstützen.

Wir hoffen, daß sich die Völker Europas durch massive und geeinte Demonstrationen von den europäischen Regierungsrepräsentanten distanzieren und ihre Ablehnung der Apartheid verdeutlichen.

Im Namen des ANC und des Volkes von Südafrika appelliere ich an die Völker Europas, alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um sich der Propagandareise für die Apartheid zu widersetzen und aller Welt ihren Standpunkt zu zeigen.

Die Absicht des Besuchs von Botha, dem Kopf des Apartheidsystems, welches von den Vereinten Nationen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt wurde, ist: Südafrika zu ermöglichen, seine internationale Isolierung zu durchbrechen und dem Regime in Pretoria Respekt zu verschaffen.

Die Absicht ist, daß die begrenzten Maßnahmen, die von der internationalen Gemeinschaft ergriffen wurden, um die südafrikanische Apartheid zu isolieren, zurückgenommen werden – besonders

Mohammed Valli (UDF) Wir verurteilen die Einladung

Vor langer Zeit schon wurde die Apartheid von den Vereinten Nationen und den Völkern der Welt als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet. Unser Kampf um nationale Befreiung ist zum Kampf des gesamten afrikanischen Kontinents und vieler anderer Nationen der Welt geworden.

Die Resolution der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) über den Imperialismus, die von 400 Organisationen auf der Gründungskonferenz am 20. August 1983 verabschiedet wurde, stellt darüber hinaus fest:

„Alle ausländischen Regierungen müssen das Recht unseres Volkes auf ein Leben in einem nicht-rassistischen Land anerkennen; diejenigen, die für sich in Anspruch nehmen, an die edlen Ideale der Demokratie zu glauben, haben die Verpflichtung, den gerechten Kampf des

südafrikanischen Volkes zu unterstützen. (...)

Wir lehnen die Politik des konstruktiven Engagements ab und fordern eine unverzügliche Beendigung jeglicher Unterstützung der südafrikanischen Regierung.“

Daher verurteilen wir die Einladung von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an P.W. Botha. (...)

P.W. Botha vertritt nicht das Volk von Südafrika. Er hat das Mandat von den weißen Südafrikanern, die weniger als 20% der Bevölkerung darstellen. Die Regierung von Bonn hat zu keiner Zeit die wahren Führer unseres Volkes zu Gesprächen eingeladen.

Wir fordern alle freiheitsliebenden Deutschen auf, ihre Opposition gegen diese infame Kollaboration mit der Apartheid zum Ausdruck zu bringen.



Protest gegen Bonner Botha-Besuch: „Wir wollen die wahren Führer!“ (N. Mandela – ANC)

das Waffenembargo.

Wir sollten nicht vergessen, daß diese Europareise stattfindet auf dem Hintergrund des intensivierten Freiheitskampfes in Namibia und in Südafrika selbst, der dem weißen Minderheitsregime in Pretoria eine wachsende Krise bereitet.

Aus dieser Krise heraus sucht Südafrika bei seinen Verbündeten erhöhte finanzielle, politische und militärische Unterstützung, um seine Dominanz über unser Volk und das gesamte Südliche Afrika zu festigen und zu erhöhen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Verbündeten Südafrikas in Eurem Land durch die Massenaktionen der Völker Europas eingeeengt werden. Wir wünschen Euch viel Erfolg bei Euren Kampagnen!



Vorne von links: I. Wick, Bonner SWAPO-Repräsentant N. Shoombe und A. Toivo Ja Toivo

Andimba Toivo Ja Toivo (SWAPO) Verantwortung der BRD

Wir haben erfahren, das einige westeuropäische Länder, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, den südafrikanischen Ministerpräsidenten P.W. Botha in ihre Hauptstädte eingeladen haben. Damit verschaffen sie Südafrika Respektabilität und Legitimation, anstatt es für seine rassistische Politik der Apartheid und die Unterdrückung der Menschen sowohl in Namibia als auch Südafrika zu verurteilen. Dies verurteilen wir mit der

Verachtung, die diesem Verhalten gebührt.

Wir fordern die Menschen in Westeuropa auf, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit die Forderungen und die Sehnsucht nach Freiheit, Menschenwürde und nationaler Unabhängigkeit des unterdrückten Volkes von Namibia respektiert und anerkannt werden.

Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Kontaktgruppe (fünf Westmächte USA, Kanada, Großbritannien, BRD und — ausgeschert — Frankreich; d. Red.), wie auch ihre Verbündeten auf, nicht zuzulassen, daß die Resolution 435 (Wortlaut nachstehend; d. Red.) umgangen oder die Namibiafrage regionalisiert wird.

Wir fordern die Bundesrepublik auf, sich auf die Resolution 435 ohne Modifizierung zu verpflichten, und das Junktim (zuvor kubanischer Abzug aus Angola; d. Red.) kategorisch abzulehnen. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine besondere Verantwortung gegenüber Namibia und wir erwarten, daß sie ihre Haltung in der Kontaktgruppe überdenkt.

Die Bundesrepublik und andere westliche Staaten sollen Druck auf die Vereinigten Staaten und Südafrika ausüben, damit diese das Junktim fallen lassen und zur Durchführung der Resolution 435 übergehen, damit dem Leiden unseres Volkes ein Ende gesetzt wird und ihm das Recht gegeben wird, selbst über sein Schicksal zu entscheiden.

Ingeborg Wick (AAB) Nein zum Geschäft mit der Apartheid

Der Besuch des ersten Vertreters des rassistischen weißen Minderheitsregimes Südafrikas in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Skandal, eine Provokation und Geschmacklosigkeit ohnegleichen.

Botha ist hier kein lästiger Gast, im Gegenteil, Bundeskanzler Kohl hat ihn in unser Land eingeladen. Botha durfte sogar Bundespräsident Carstens seine rassistische Reverenz erweisen. Bothas erste Kontakte waren die mit führenden Industriellen, Bankern und Wirtschaftsbossen der Bundesrepublik.

Diese blutigen Geschäfte mit der Apart-

heid werden vor den öffentlichen Verlautbarungen über energische Verurteilungen der Rassenpolitik seitens unserer Politiker weitgehend in den Hintergrund treten. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine der Hauptstützen des Apartheid-systems.

Ohne die Kollaboration der USA, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland und vieler anderer westlicher Länder hätte die Apartheid bis heute nicht bestehen können. Bothas Besuch in der Bundesrepublik dient der weiteren Stärkung des Apartheidregimes in Südafrika.

Angesichts der weltweiten Ächtung und Isolierung Pretorias ist dieser erste offizielle Staatsbesuch eines südafrikanischen Premierministers in der Bundesrepublik ein Schlag ins Gesicht

- der 3,5 Mio schwarzen Südafrikaner, die in den letzten 20 Jahren zwangsumgesiedelt wurden,
- der 8 Mio zwangsausgebürgerten schwarzen Südafrikaner,
- der zu lebenslanger Haft verurteilten Führer der Bevölkerungsmehrheit wie Nelson Mandela und aller anderen politischen Gefangenen,
- der von über 100.000 südafrikani-

W. Geisler · G. Wellmer

DM- INVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA



Wolff Geisler/Gottfried Wellmer
DM-INVESTITIONEN
IN SÜDAFRIKA
Bonn, August 1983
ca. 300 Seiten, DM 17,80
ISBN 3-921614-40-6

Den Hauptteil des Buches bildet eine Liste bundesdeutscher Unternehmen und ihrer Kapitalanlagen und Beteiligungen in Südafrika, die rund 300 deutsche Unternehmen und 300 südafrikanische Tochterunternehmen und Beteiligungen umfaßt.

Ein einführender Text analysiert Umfang und Bedeutung der bundesrepublikanischen Investitionen für die innenpolitische Entwicklung Südafrikas.

Den Abschluß bildet der Aufsatz von F. Fröbel, J. Heinrichs und O. Kreye: "Die neue internationale Arbeitsteilung: Ursachen, Erscheinungsformen, Auswirkungen."

issa

informationsstelle
südliches afrika
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
Tel. 0228/21 32 88

schen Militärs unterdrückten Nambianer in dem von Pretoria illegal besetzt gehaltenen Land.

Und da wird uns Botha hier verkauft als Friedens-Botha! „Reformen“, „Friedens“-Verträge, ja sogar die angebliche Abschaffung der Apartheidgesetze in Namibia sollen lediglich von der Verfestigung der rassistischen Grundstruktur und dem Ausbau der weißen Macht in Südafrika und Namibia ablenken. Solange das verbrecherische Apartheidsystem besteht, kann es keinen dauerhaften Frieden im Südlichen Afrika geben!

Nicht zufällig ist die Apartheid von der UNO 1973 als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt worden. Die Bundesrepublik Deutschland, die das furchtbare Erbe der Hitler-Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu tragen hat, müßte in der ersten Reihe der Apartheidgegner stehen. In Großbritannien protestierten die Labour Party und die Liberal Party gegen den dortigen Botha-Besuch mit den Worten, einen Hitler empfangen man nicht!

Unser Protest gegen die Apartheid muß lauter, muß wirksamer werden. Die Stützung der Apartheid aus unserem Land muß aufhören, jegliche Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, militärisch-atomarem, kulturellem und politischem Gebiet muß unverzüglich beendet werden!

Wir müssen z.B. dafür sorgen, daß keine UNIMOG-Militärlastwagen von Daimler-Benz mehr an die Apartheidregierung geliefert werden, daß das Doppelbesteuerungs-Vermeidungsabkommen beendet, daß die Vergabe von Hermes-Krediten für Lieferungen nach Südafrika gestoppt und das Kulturabkommen mit Südafrika gekündigt werden.

Wir müssen für vollständige, bindende Sanktionen gegen das rassistische weiße Minderheitsregime eintreten, so wie dies die anerkannten Sprecher der unterdrückten Völker von Südafrika und Namibia, internationale Organisationen und zahlreiche Regierungen seit Jahren fordern.

Südafrika ist eine Bedrohung des Weltfriedens. Wenn wir uns für eine Beendigung der Zusammenarbeit mit diesem weltfriedensbedrohenden Regime einsetzen, dann stellen wir uns an die Seite der um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker in Südafrika und Namibia. Eine Beseitigung des Apartheidsystems ist auch ein wesentlicher Bestandteil der Aufgaben unserer Friedensbewegung.

Wir treten ein für die Anerkennung und Unterstützung der von der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannten Befreiungsbewegungen von Südafrika und Namibia.

Wir fordern: Freiheit für Südafrika! Freiheit für Namibia!



Auftraggeber Südafrika: Transall-Montage in Hamburg, Panzerabwehrwaffe Milan

Informationsstelle Südliches Afrika (ISS)

Der Besuch des südafrikanischen Premiers P.W. Botha in der Bundesrepublik Deutschland auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl steht in der Tradition enger diplomatisch-politischer Kontakte zwischen Bonn und Pretoria.

War für die Bundesrepublik die Republik Südafrika in den 60er Jahren noch ein Staat unter anderen, die dem „westlichen Bündnis“ mehr oder minder nahestanden und die folgerichtig der westdeutschen Auffassung von den Weltverhältnissen positiv gegenüberstanden, so ergab sich ein engeres Interaktionsmuster erst in den 70er Jahren – ironischerweise in dem Maße, in dem deutsche Außenpolitik Afrika nicht nur als „Objekt“ einer überlebten „Hallsteindoktrin“¹ zu entdecken begann.

1974 besuchte der südafrikanische Außenminister Hilgard Muller die Bundesrepublik. 1976 weilte der damalige südafrikanische Premier B.J. Vorster zu Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Bundesrepublik. 1983 kam Außenminister Roelof „Pik“ Botha zu Besuch nach Bonn.

Umgekehrt reiste nur – abgesehen von einschlägigen Fachministern zur Eröffnung allfälliger Wirtschaftsmessen – der bayerische Außenpolitiker und Afrika-Experte Franz-Josef Strauß wiederholt nach Pretoria.

Aus dem politisch-diplomatischen Kontakt zwischen Pretoria und Bonn wird deutlich: Die engen Kontakte sind unabhängig von den jeweiligen Bonner Koalitionen.

Bonn ist immer dann Ziel südafrikanischer Politiker, wenn Umbruchsituationen zu verzeichnen sind. 1974 war es der Fall des portugiesischen Kolonialreiches, der Südafrika zu einer diplomatischen



Bundesrepublik – Südafrika Eine unheilige Allianz

Offensive zwang („Detente“-Politik). 1976 war es die Krise in Verbindung mit den blutig niedergeschlagenen Volksaufständen von Soweto.

1983/84 ist es die neue außenpolitische Offensive Pretorias, die Frieden in der Region verheißt, bisher aber noch keineswegs hervorgebracht hat², die Botha zu einem Besuch in den Hauptstädten Europas veranlaßt.

Seit Beginn der 70er Jahre haben sich die Beziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik intensiviert. Dies läßt sich besonders an den Wirtschaftsbeziehungen ablesen.

Blühender Handel, Investitionen

Der Handel hat in beiden Richtungen, abgesehen von Schwankungen in einzelnen Jahren, zugenommen; zwischen 1972 und 1982 hat sich das Handelsvolumen fast versiebenfacht (Import aus der Bundesrepublik 1982 ca. 6,8 Mrd DM, Export ca. 2 Mrd DM). Seit 1977 wechseln sich die USA und die Bundesrepublik in der Position des größten Lieferanten Südafrikas ab.

Die bundesrepublikanischen Investitionen sind kontinuierlich gestiegen, wobei die offiziell ausgewiesenen Werte angesichts einer hohen Reinvestitionsquote deutscher Unternehmen mit Beteiligungen in Südafrika wenig aussagekräftig sind. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums stiegen die Netto-Direktinvestitionen zwischen 1965 und 1981 von 85,9 Mio DM auf 710 Mio DM; nach Experten belaufen sich die Investitionen auf insgesamt 6 Mrd DM.

Die Bedeutung der deutschen Investitionen in Südafrika, die alle industriellen

Sektoren mit Ausnahme des Bergbausektors umfassen, zeigt sich besonders daran, daß in Südafrika seit 1977 gesetzgeberische Maßnahmen wirksam sind, die ausländische Investitionen dem strategischen Gesamtinteresse des weißen Südafrika unterwerfen: der „National Supplies Act“ in seiner Fassung von 1977 ermöglicht der südafrikanischen Regierung, daß auch ausländische Firmen im „nationalen Interesse“ Güter herstellen, also z.B. Rüstungsgüter zur Verteidigung der weißen Vorherrschaft liefern.

Der „National Key Points Act“ von 1980 verpflichtet auch ausländische Firmen, im „nationalen Interesse“ bestimmte Sicherheitsvorkehrungen zur Sicherung der Produktion von strategischer Bedeutung zu treffen. Südafrikanische Töchter deutscher Firmen haben bisher keine Angaben über das Ausmaß gemacht, mit dem sie von solchen Gesetzen betroffen sind, zumal eine Reihe von ihnen im Grenzbereich zwischen der Produktion von Konsumgütern, Investitionsgütern und militärisch nutzbaren Produkten tätig sind.

Dem seit 1963 geltenden, nichtmandatorischen UNO-Waffenembargo hat sich die Bundesregierung freiwillig verpflichtet gefühlt; sie hat wiederholt erklärt, daß sie das seit dem 4.11.1977 geltende verbindliche Waffenembargo der UNO gegen Südafrika strikt einhält. Trotzdem verwendet die Südafrikanische Armee (SADF) Güter aus bundesrepublikanischer Produktion.

Beispiele sind der Unimog von Mercedes, Magirus-LKWs, der militärisch nachgerüstete Hubschrauber Bo106 von MBB; die Firma Rheinmetall hat unter Umgehung der Bestimmungen des Kriegswaf-

fenkontrollgesetzes eine Munitionsabfüllanlage für 155-mm-Granaten für Waffensysteme, die ebenfalls mit internationaler Unterstützung gebaut worden sind, obwohl Südafrika sie als eigene Entwicklung aus gibt, nach Südafrika geliefert: dieses Geschäft ist Gegenstand eines Hauptverfahrens beim Landgericht Düsseldorf, dem jahrelange Ermittlungen vorangingen.

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang immer wieder bestritten, die notwendigen Exportgenehmigungen für militärische Lieferungen erteilt zu haben, sondern stattdessen darauf verwiesen, es handle sich um „zivile Güter“, die keiner Genehmigungspflicht unterlägen.

Seit Beginn der 70er Jahre hat Südafrika den Ausbau einer eigenen Nukleartechnik vorangetrieben. Es betreibt heute ein mit französischer Technologie errichtetes Atomkraftwerk. Es gilt als sicher, daß es ebenfalls über die Technologie zum Bau einer Atombombe verfügt, wenn es diese nicht bereits zur Einsatzreife entwickelt hat.

Dafür spricht, daß im September 1979 ein US-Aufklärungssatellit über Südafrika den typischen Doppelblitz einer Nuklearexplosion aufzeichnete, den internationale Experten als südafrikanische Testbombe identifizierten. An der für die Nukleartechnik notwendigen Uran-Anreicherungsanlage haben deutsche Firmen und Wissenschaftler mitgewirkt.

Als im Jahre 1975 Ausmaß und Charakter dieser „nuklearen Kollaboration“ in einer Veröffentlichung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) aufgezeigt wurden, reagierte die Bundesregierung erst mit Verspätung (1978) mit dem Versuch, Tatsachenbehauptungen zu widerlegen und zugleich die beiden Organisationen, die die Information verbreitet hatten (ANC und Anti-Apartheid-Bewegung), als von Moskau gesteuert zu diskreditieren.³ Trotzdem verurteilte die Organisation für Afrikanische Einheit wiederholt die „nuklear-militärische Kollaboration“ zwischen Bonn und Pretoria.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der einzige westliche Staat, der ein Kulturabkommen mit Südafrika (seit 1962) aufrechterhält.

Die Bundesregierung hat immer wieder erklärt, sie werde diese Zusammenarbeit überprüfen, wenn sie sich nicht auch zum Vorteil der „schwarzen Mehrheit“ ausgestalten lasse. Konsequenzen aus einer unbefriedigenden Praxis sind bislang allerdings nicht gezogen worden.

Ähnlich verhält es sich im konsularischen Bereich: Während Bundesbürger ein Visum für die Einreise nach Südafrika benötigen, können die Südafrikaner, die einen Paß haben, in die Bundesrepublik

einreisen. Auf der anderen Seite hat Pretoria wiederholt südafrikanischen Bürgern die Ausstellung eines Reisepasses verweigert und Bundesbürger nicht einreisen lassen. Trotz vielfältiger Forderungen, wenigstens in diesem Bereich ein Zeichen zu setzen und der ungleichen Praxis ein Ende zu setzen, hat die Bundesregierung immer wieder nur erklärt, sie werde dieses Verfahren im Lichte künftiger Praxis überprüfen.

Die „Friedensinitiativen“ im Südlichen Afrika haben deutlich gezeigt, in welcher Weise die Staaten im Südlichen Afrika miteinander verflochten sind. Moçambique, Zimbabwe und besonders die sog. BLS-Staaten (Botswana, Lesotho, Swasiland) sind in ihrer Wirtschaft strukturell von Südafrika abhängig, wenn sie sich auch politisch um einen größeren Handlungsspielraum bemühen. Südafrika be-

Erst mit der Unabhängigkeit Zimbabwes 1980 setzte ein – langsamer und nicht immer konsequenter – Umdenkungsprozeß ein. Auch die Bundesrepublik hätte einen Beitrag dazu leisten können, die sich als Frontstaaten formierenden und in der Konferenz der Entwicklungskoordination des Südlichen Afrika (SADCC) zusammenarbeitenden Staaten des Südlichen Afrika von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika langsam zu lösen.

Dieses politische Konzept bestand freilich mehr als Idee denn als Realität. Denn es schloß keineswegs ein, daß der Westen einen Beitrag dazu geleistet hätte, die Frontstaaten weniger verletzlich gegenüber südafrikanischen Angriffen zu machen, die ab 1980 (der Unabhängigkeit Zimbabwes) verstärkt einsetzten.



Mercedes-Lkw beim südafrikanischen Militär

trachtet die Region als „natürliche Einflußzone“, seine Aktionen in der Region setzen ökonomische, politische und militärische Mittel ein, um die Situation der Dominanz zu erhalten, die fälschlicherweise als „Interdependenz“ bezeichnet wird.

Auch die Bundesregierung hat ihre Politik im Südlichen Afrika nicht isoliert als „Südafrika-Politik“ einerseits und Politik gegenüber den unabhängigen Staaten Schwarzafrikas betrieben. Bis in die 70er Jahre hinein folgte sie deutlich der Auffassung Südafrikas, das portugiesische Kolonialreich in Afrika und das weiße Minderheitenregime in Rhodesien als „Glacis“ zur Verteidigung des weißen Südafrika zu betrachten: Die Bundesrepublik unterstützte den portugiesischen Kolonialkrieg bis zur letzten Stunde.

Hier hat der Westen – der im Südlichen Afrika seine Politik weitgehend gemeinsam betreibt, nicht zuletzt aufgrund gemeinsamer Positionen in der Namibia-Frage – eindeutige Versäumnisse zu verzeichnen, die auch deswegen besonders schwer wiegen, weil Angola und Moçambique sich seit Beginn der 80er Jahre intensiv um ein besseres Verhältnis zum Westen bemüht haben, aber aufgrund der Weigerung westlicher Staaten, ihnen auch im Sicherheitsbereich beizustehen, weiterhin „konjunkturell“ (Waffenlieferungen!) vom Ostblock abhängig blieben.

Nur Portugal und Frankreich versuchten – mit Verspätung und eher zaghaft – ab 1983 beide Frontstaaten auch mit militärischer Kooperation gegen Südafrikas Destabilisierungspolitik zu schützen. Lediglich Zimbabwe erfreute sich seit

seiner Unabhängigkeit – mit gewissen Schwankungen aufgrund der Außenwirkungen interner Konflikte – des Wohlwollens westlicher Staaten, einschließlich der Bundesrepublik.

Die Versäumnisse der Bundesregierung in ihrer Politik im Südlichen Afrika werden besonders am Komplex Namibia/Angola deutlich: Hier hatte der Westen – und auch die Bundesrepublik – ab 1977 besondere Verantwortung übernommen. Allerdings hat die sog. „Kontaktgruppe“ – nach der Erarbeitung der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 435/1978 (Wortlaut nachstehend; d. Red.) – sich den südafrikanischen Verzögerungstaktiken nicht entgegenstellt, diesen Plan auch durchzusetzen. Sie hat die Überfälle Südafrikas auf Angola lediglich verbal verurteilt. Die südafrikanisch-amerikanische Verknüpfung der Namibia-Frage mit dem Abzug der Kubaner aus Angola hat dann die „Kontaktgruppe“ endgültig zur Ineffektivität verurteilt. Von einem Widerspruch aus Bonn gegen dieses „Junktum“ ist nichts bekannt geworden.

Pretorias Mafia-Tricks

Die diplomatischen Aktivitäten Südafrikas in der Region in den letzten Monaten vermitteln den Eindruck, das weiße Südafrika suche den friedlichen Ausgleich und engere wirtschaftliche Kooperation mit den Frontstaaten, nachdem es in den letzten Jahren – besonders seit der Unabhängigkeit Zimbabwes – eine brutale Politik der Destabilisierung in der Region betrieben hat. Überfälle auf Flüchtlingslager, Unterstützung und „strategische Beratung“ von Rebellengruppen wie der UNITA in Angola und der RNM in Moçambique, wirtschaftliche Störaktionen und „hot pursuit“-Operationen bis hin zur Besetzung ganzer Landstriche (in Angola) waren Elemente dieser Strategie.

Der Westen war daran beteiligt: Südafrika hätte ohne massive Aufrüstung mit Unterstützung westlicher Regierungen und Firmen seine militärische Stärke nicht in dieser Form nutzen können. Südafrika hat die Frontstaaten „an den Verhandlungstisch gebombt“, was selbst die ansonsten eher „ausgewogen“ kommentierende Zeit am 11. Mai d.J. als „Mafia-Tricks“ bezeichnet. Wirtschaftlich durch eine säkulare Dürre und durch Mißerfolge beim Aufbau des Sozialismus geschwächt, hatten Moçambique und Angola keine andere Wahl, als durch diplomatische Aktivitäten Schutz vor der südafrikanischen Destabilisierungspolitik zu erreichen.

Damit ist die als „wirtschaftliche Interdependenz“ verbrämte Abhängigkeit der Frontstaaten von Südafrika in eine neue

Phase getreten. Frieden als unerläßliche Voraussetzung von Entwicklung und Aufbau egalitärer, demokratischer und nicht-rassistischer Gesellschaften ist jetzt immerhin möglich. Moçambique und Angola werden die Atempause bekommen, die sie brauchen, so hoffen beide. Und auch die Lösung der Namibia-Frage ist nähergerückt, auch wenn die von Sambias Präsident Kaunda angestiftete Namibia-Konferenz Mitte Mai d.J. in Lusaka ergebnislos endete, weil die von den Amerikanern eingeführte Problematik des vorherigen Abzugs der Kubaner aus Angola vor einer Unabhängigkeit Namibias weiterhin als Südafrikas Trumpfkarte eingesetzt wird.

Nun bestand das Ziel Südafrikas mit seiner Destabilisierungsstrategie ja nicht darin, Regierungen in den Frontstaaten zu stürzen, sondern diese Staaten zu schwächen und den von ihren Regierungen angestrebten Sozialismus als „unfähig“ zu diskreditieren. Dieses Ziel scheint erreicht: Südafrika wird nicht müde zu betonen, daß sich die Staaten im Südlichen Afrika nur unter seiner Ägide und in Zusammenarbeit mit dem Westen entwickeln können.

Andererseits aber hat das weiße Südafrika seine grundlegende Krise nur als „Bedrohung von außen“, als „total onslaught“ begreifen können, nicht aber als einen unvermeidlich eskalierenden Konflikt innerhalb der Apartheid-Gesellschaft selbst. Von daher hat es die Region des Südlichen Afrika bisher nicht vornehmlich unter dem Blickwinkel ökonomischer Interessen wahrnehmen können, sondern vornehmlich als Sicherheitsproblem, das mit dem Abschluß von „Sicherheitsverträgen“ gelöst werden könne.

Diese Wahrnehmung war zudem gekoppelt mit der Abwehr von Vorstellungen, die die „politische Moral“ vieler Weißer in Südafrika erschüttern und dem Widerstand im Lande Auftrieb geben kann. Die Vorstellung, daß Schwarze und Weiße auch in anderer Weise als in den

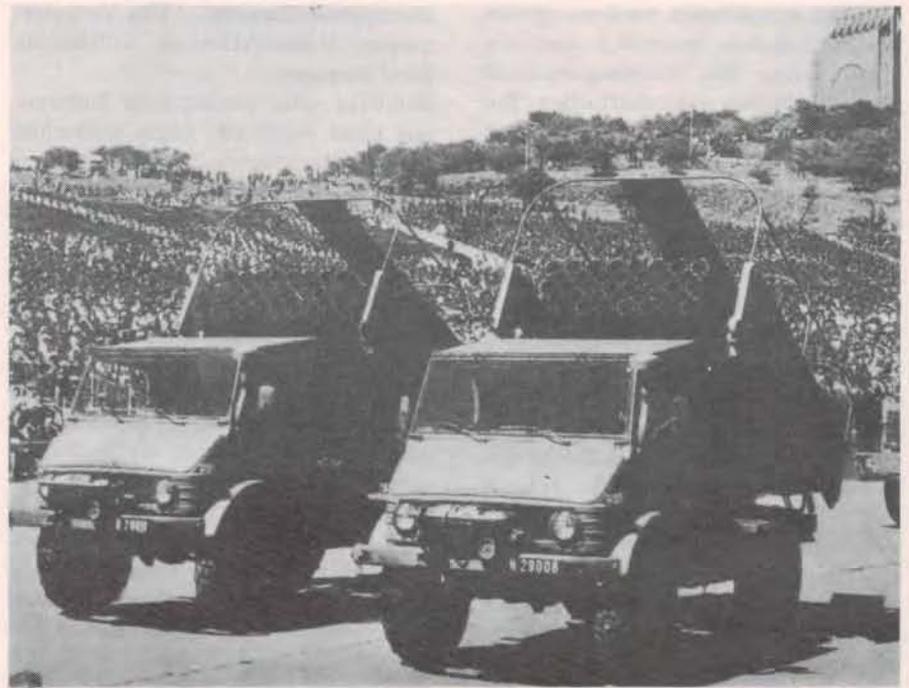
Apartheid-Strukturen vorgesehen miteinander leben könnten, ist in Südafrika immer noch verpönt. Schwarze Regierungen müssen zwangsläufig zu Chaos, Unterdrückung und Stammeskämpfen führen, wie die südafrikanische Propaganda immer wieder betont.

Kann daher Südafrika ein Interesse daran haben, daß die Frontstaaten sich friedlich zu Gegenbildern des rassistischen Südafrika entwickeln?

Die südafrikanische Wirtschaft befindet sich derzeit – zusätzlich zu der strukturellen Krise, die mit Apartheid verbunden ist – in einer tiefen konjunkturellen Krise: stagnierende Rohstoffpreise, ein keineswegs „optimaler“ Goldpreis und ein aus politischen Gründen beengter Binnenmarkt führen zu reduzierten Kapazitätsauslastungen der Industrie. Südafrika braucht die Kooperation mit

beweisen wollen, daß sie keine „externen Kräfte“ sind, die auf die Unterstützung der Frontstaaten angewiesen sind, verstärken sie ihre militärischen Aktivitäten, die auch durch stärkere Kontrolle der Freizügigkeit ihrer Kader (im Falle Moçambiques) und durch die Kontrolle gemeinsamer südafrikanisch-angolanischer Militäreinheiten (im südlichen Angola) nicht beeinträchtigt worden sind. Dies aber muß – entsprechend der südafrikanischen Wahrnehmung des Problems als eines „von außen gesteuerten“ Konflikts – zu Gegenschlägen führen.

Es ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit das weiße Südafrika – das sich die Definition dessen, was seine Sicherheitsinteressen sind, immer vorbehalten hat – trotz einschlägiger Verträge wieder die militärische Karte neben der politisch-wirtschaftlichen zückt.



„Nichtmilitärische Exporte“: Mit Raketenwerfern ausgerüstete Unimogs in Südafrika

den Staaten der Region, es sucht sie unter dem Vorzeichen einer neuen „Konstellation von Staaten“ unter weiß-südafrikanischer Vorherrschaft. Es braucht auch eine Atempause zur Arrondierung dessen, was hierzulande gemeinhin „Reform“ genannt wird, was aber in Wahrheit auf eine „Modernisierung“ und „Effektivierung“ der Apartheid hinausläuft, wie die sog. „Verfassungsreform“ belegt. Außerdem sind die Kosten des Krieges in Namibia mittlerweile so angestiegen, daß zumindest eine „Gefechtspause“ angezeigt ist.

Nun spricht aber nichts dafür, daß die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) Namibias mit militärischen Aktionen gegen das Apartheidregime nachlassen werden. Im Gegenteil, gerade weil ANC und SWAPO

Dafür gibt es Anzeichen: Südafrika ist weiterhin bemüht, den Konflikt in Zimbabwe – verbunden mit „Dissidenten“ im Matabeleland – auszunutzen, RNM und UNITA haben ihre Aktivitäten bisher keineswegs verringert, als wollten sie noch nachträglich beweisen, daß sie von Pretoria unabhängig sind, daß sie die Bezeichnung, die ihnen ARD-Korrespondent Heinrich Büttgen („Befreiungsbewegungen“) verleiht, auch verdienen.

Auch nach der Unterzeichnung der „Friedensabkommen“ vom Februar/März d.J. ist der notorisch schlecht informierte, weil ideologisch verblendete südafrikanische Geheimdienst in den Nachbarstaaten Südafrikas aktiv. Lesotho und Botswana wehren sich folgerichtig, trotz starker Abhängigkeit vom weißen Südafrika, ebenfalls „Sicherheitsabkommen“ mit Südafrika zu unterzeich-



Produktion bei AEG in Johannesburg

Lufthansa believes in winning friends by bringing in influential people.

Each year Lufthansa brings millions of marks worth of foreign exchange into the country in the form of German businessmen. Foreign exchange in the country is important. (Import) it is a great trade important.

Lufthansa-Anzeige in Südafrika

nen, auch wenn sie die Aktivitäten des ANC zu unterbinden trachten, gerade weil sie ähnlich verletzlich sind wie Moçambique. Der Überzeugungskraft einer friedlichen wirtschaftlichen Kooperation scheint Südafrika nicht ganz zu trauen: neben dem „Zuckerbrot“ möchte es ein wenig „Peitsche“ schon sein.

Solange das Kernproblem des Südlichen Afrika – die Fortdauer des Apartheid-systems – nicht gelöst ist, wird es keinen Frieden im Südlichen Afrika geben, wird Südafrika zwangsläufig – aus der Logik seines gewaltsamen Unterdrückungssystem heraus – Destabilisierung betreiben. Formen und Intensität mögen sich ändern; die Regierung unter Premier P.W. Botha nimmt schließlich Rücksicht auf weiße rechtsradikale Wähler, die scharfes Vorgehen für angezeigt halten, aber auch auf ihre Verbündeten in den USA, wo im November 1984 Wahlen anstehen und die Reagan-Administration sich damit schmücken möchte, daß sie zum Frieden im Südlichen Afrika beigetragen hat, wo aber auch eine starke Anti-Apartheid-Front abgewiegelt werden soll.

Letztlich kann das weiße Südafrika seine eigene Krise nur als einen Regelkreis von Zuckerbrot und Peitsche begreifen. In dem Maße aber, in dem die gegenwärtige „Bewegung“ im Südlichen Afrika auch als „Pax Americana“ zu begreifen ist, ist damit zu rechnen, daß ab November 1984 die Friedensschalmeien leiser klingen. Zu Euphorie über die „Friedensinitiativen“ im Südlichen Afrika besteht wenig Anlaß.

Bei der Debatte des Verteidigungshaushalts im bisher noch exklusiv weißen südafrikanischen Parlament Mitte Mai 1984 hat Verteidigungsminister Malan denn auch gewarnt, die „externe Gefahr“ nicht zu unterschätzen. An der Politik der Aufrüstung im Innern und nach außen hat sich daher nichts geän-

dert. Auch die massenhafte Zwangsumsiedlung von Millionen von Afrikanern in sog. „Heimatländer“ geht weiter. Und es steht zu befürchten, daß die relevanteste Kraft der politischen Opposition im Lande – die von über 600 Organisationen getragene Vereinigte Demokratische Front (UDF) – demnächst über das in Südafrika bisher übliche Maß an Schikane hinaus betroffen sein kann.

Auch die CSU/CDU/FDP-Bundesregierung hat sich zu einer Politik des „kritischen Dialogs“ mit Südafrika bekannt und effektiven Mitteln gewaltfreier Politik des Drucks auf Südafrika eine Absage erteilt.

Dieser „kritische Dialog“ beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß sich die Bundesregierung gelegentlich – und oft erst aufgrund von einschlägigen Anfragen hierzulande – zu Fragen des Ausbaus des Apartheidregimes äußert (z.B. Zwangsumsiedlungen, Visa-Verweigerungen, Militär-Aktionen, willkürliche Inhaftierungen).

Südafrika selbst nimmt diese Äußerungen nicht sonderlich ernst, abgesehen von gelegentlichen diplomatischen Äußerungen der „Irritation“. Die südafrikanische Regierung weiß, daß solche Aussagen an dem hohen Maß der Interaktion zwischen Bonn und Pretoria, besonders im wirtschaftlichen Bereich, nichts ändern. Denn diese Aussagen, die mit schöner Regelmäßigkeit seit Beginn der 70er Jahre aus Bonn kommen, haben den Charakter verbaler Folgenlosigkeit. Aktionen – und seien sie auch nur zeichenhaftes Handeln, etwa durch Einführung der Visumpflicht für Südafrikaner, – folgen ihnen nicht. Die Bundesregierung hat das Mittel wirtschaftlichen Drucks immer verworfen und auch Mit-

tel unterhalb dieser Schwelle nie in Betracht gezogen.

Der hohen Intensität diplomatisch-politischer Interaktion, die sich angeblich „kritisch“ versteht, entspricht aber keineswegs ein „Dialog mit allen Konfliktparteien“. Die Bundesregierung pflegt zwar gewisse Kontakte mit den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO – und rühmt sich dieser Kontakte. Diese finden aber eher auf der Ebene der Beamten statt oder aber haben auf die Haltung der Bundesregierung keinen Einfluß.

Neutralisiert wird die Bedeutung derartiger Gespräche mit ANC und SWAPO letztlich durch die Kontakte, die Beamte des Auswärtigen Amtes mit den Rebellorganisationen RNM und UNITA haben, wobei diese, wie betont wird, „einen anderen Charakter“ haben.

Die kritische Haltung der Bundesregierungen seit Beginn der 70er Jahre gegenüber dem Apartheidstaat ist folgenlos geblieben. Im Gegenteil, in dem Maße, in dem sich Bundesregierungen und politische Parteien mit freilich unterschiedlicher Intensität kritisch zum Apartheidregime äußerten, entwickelten sich engere, besonders wirtschaftliche Beziehungen, baute Südafrika sein Apartheid-system weiter aus und „modernisierte“ es.

Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik. Auch alle anderen westlichen Staaten intensivierten ihre Beziehungen zu Pretoria, während gleichzeitig Südafrika international als „Paria-Staat“ identifiziert wurde. Lautstärkere Kritik an Südafrika – etwa nach dem Massaker von Sharpeville 1960 oder der blutigen Niederschlagung der Schülerdemonstrationen im Juni 1976 – blieb ein vorübergehendes Phänomen, am Grundmuster änderte sie nichts.

Südafrikas Premierminister P.W. Botha will sich in Europa jetzt als Friedensstifter darstellen. Ein wesentlicher Gesprächspunkt dürfte dabei sein, daß Südafrika bei seiner ökonomischen Expansionspolitik in der Region, die neben die militärische Strategie getreten ist, die verstärkte Unterstützung durch den Westen sucht. Nach allem, was sich an der bisherigen Kollaboration zwischen dem Westen und Südafrika ablesen läßt, wird der Westen – und allen voran die Bundesrepublik – auch dieses Mal das weiße Südafrika nicht im Stich lassen.



„Kauft keine Produkte aus Südafrika“

Anmerkungen:

- 1) Die Hallstein-Doktrin geht auf den CDU-Politiker Hallstein zurück. Sie legte fest, daß die Bundesrepublik zu jedem Land der Dritten Welt, das die DDR diplomatisch anerkennt, sämtliche Beziehungen abbricht.
- 2) Abkommen mit Moçambique und Angola siehe in: AIB 5/1984, S. 4ff.
- 3) Siehe: AIB 1/1979, S. 14-22

Albrecht Flues

Durchbruch in der Namibiafrage?

Südafrikas Verträge mit Moçambique und Angola (siehe AIB 5/1984, S. 4ff.) haben in den Medien zu verstärkten Spekulationen geführt, daß die Unabhängigkeit Namibias in nächster Zeit bevorstehe.

Als Indizien dafür werden angeführt, daß US-Präsident Reagan für seine Wiederwahl endlich einen außenpolitischen Erfolg braucht, nachdem es im Nahen Osten und in Mittelamerika Rückschläge für seine Politik gegeben hatte. Und außerdem sei in Pretoria eine gewisse „Namibia-Müdigkeit“ eingetreten.

In der Tat, dem Apartheidstaat wird seine illegale Besetzung Namibias sehr teuer. Über 1 Mrd DM betragen die jährlichen Ausgaben für Militär und Sicherheitskräfte in Namibia. Dazu kommen noch einmal über 1,2 Mrd DM an sog. direkter und indirekter „Hilfe“. Die jahrelange Ausplünderung der natürlichen Reichtümer Namibias lassen diese zur Neige gehen und so verringert sich das wirtschaftliche Interesse an einer weiteren Besetzung des Landes.

Die Vielparteienkonferenz...

Doch das Apartheidregime hat bisher nicht den politischen Willen erkennen lassen, die Unabhängigkeit Namibias entsprechend der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates (siehe Kasten) zu akzeptieren. Deutlich demonstriert hat dies Südafrika, als es am Pfingstwochenende fast alle in Namibia lebenden Führer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) verhaftete. Die SWAPO ist die von der UNO als einzige legitime Sprecherin des namibischen Volkes anerkannte Befreiungsbewegung.

Im Januar 1983 war der Versuch Südafrikas gescheitert, mit Hilfe des von der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) geführten Ministerrates in Windhoek eine „interne Namibia-Lösung“ zu erreichen.

Dirk Mudge (DTA) und sein Ministerrat traten zurück; der südafrikanische Generaladministrator van Niekerk übernahm wieder direkt die Verwaltung. Doch die Suche nach einer „internen Lösung“ an der UN-Resolution 435 vorbei ging weiter.



Nujoma und van Niekerk in Lusaka

Der Vorschlag, einen „Staatsrat“ in Namibia zu installieren, scheiterte am mangelnden Interesse der „internen“ Parteien. Zu offensichtlich haftete diesem Vorschlag der Geruch der Kollaboration mit der Besatzungsmacht an.

Der nächste Versuch wurde im September 1983 gestartet. Fünf Parteien – die Südwestafrikanische Nationalunion (SWANU), die DTA, der Damara-Council (Rat), die SWAPO-Demokraten (eine Abspaltung der SWAPO) und die Befreiungsfront für Reboboth – riefen zu einer sog. Vielparteienkonferenz (MPC) auf, mit dem Ziel, „politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die mithelfen könnten (...) den Weg zur international anerkannten Unabhängigkeit zu ebnen.“ Im November 1983 trat die MPC zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Neben den aufrufenden Parteien waren noch mit von der Partie die Namibische Christlich-Demokratische Partei (NCDP) und als Beobachter die Nationale Partei (NP), der namibische Ableger der südafrikanischen Regierungspartei. Die SWAPO hatte ihre Beteiligung an einer Konferenz mit „Marionetten im Dienste Südafrikas“ abgelehnt.

In ihren ersten Erklärungen stellte die MPC auf der einen Seite zwar fest, daß

die UN-Resolution 435 bisher der einzige konkrete Plan für die Unabhängigkeit sei, der vom Weltsicherheitsrat und von Südafrika akzeptiert wurde. Andererseits sieht sie aber „unüberwindliche Schwierigkeiten“ bei der Anwendung aufgrund des südafrikanischen Junktimes, die Dekolonisierung Namibias nur zuzulassen, wenn zuvor die kubanischen Truppen aus Angola abgezogen werden.

...eine verkappte „interne Lösung“

Im Februar 1984 kündigte die MPC in einer „Erklärung von Windhoek“ an, eine dauerhafte Verfassung für Namibia zu entwerfen. Im April d.J. folgte dann eine Erklärung über Menschenrechte, die von einer künftigen Regierung respektiert werden und Eingang in die Verfassung finden sollten.

In der Zwischenzeit gab es einige gravierende Änderungen in der Zusammensetzung der MPC. Die NP wurde Mitglied, während schon im Dezember 1983 die NCDP die MPC verlassen hatte mit der Begründung, daß die MPC eine Übergangsregierung bilden wolle.

Am 26.3.1984 zog sich dann auch der Damara-Council von diesem Unterneh-

Gespräch mit Sam Nujoma

Unsere Befreiung geht nur über den bewaffneten Kampf

FRAGE: Toivo Ja Toivo, der kürzlich vom Pretoria-Regime nach 16 Jahren Haft entlassen wurde, hat die Feststellung getroffen, daß er das Gefühl habe, die gegenwärtigen Verhandlungen seien „nutzlos“, und daß die Freiheit für Namibia „nur aus dem Gewehrlauf kommen wird“.

Ist das eine Ansicht, mit der Sie übereinstimmen würden? Und bedeutet das, daß Sie jede Hoffnung auf eine Verhandlungslösung für die namibische Unabhängigkeit aufgegeben haben?

S. NUJOMA: Natürlich, ich stimme mit dem überein, was Genosse Toivo Ja Toivo gesagt hat. Und das, was er vorbringt, ist die Politik der gesamten Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO).

Die südafrikanischen Kolonialisten wollen keine freien und gerechten Wahlen in Namibia sehen. Sie wollen sich nicht aus Namibia zurückziehen. Deshalb sind jegliche Verhandlungen, die sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereit sind fortzuführen in der Tat nutzlos, weil sie nicht in der Absicht geführt werden, zu einem freien und unabhängigen Namibia zu gelangen.

Südafrika will nicht abziehen

Die einzige Form des Kampfes, die sie verstehen, ist der bewaffnete Kampf, und es ist die einzige Art von Kampf, die uns offensteht.

Das bedeutet nicht, daß wir nicht darauf vorbereitet wären, zu verhandeln. Wir haben immer gesagt, daß wir es wirklich vorziehen, eine Verhandlungslösung zu erreichen. Das Problem besteht darin, daß die Südafrikaner sich mit uns nicht zu echten Verhandlungen treffen werden, wenn wir sie nicht als Ergebnis unseres bewaffneten Kampfes dazu zu zwingen vermögen.

Aus diesem Grund muß der bewaffnete Kampf weitergehen, und wir sind darauf vorbereitet. Unsere Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von Namibia (PLAN) werden ihre Aktionen fortsetzen, um die südafrikanischen Rassisten und Faschisten zur Einsicht zu bringen, daß sie am Ende doch mit uns sprechen müssen.

FRAGE: Die Fortführung eines solchen Kampfes im Gelände Namibias muß allein schon große Nachschubprobleme mit sich bringen. Jetzt haben die Südafrikaner einer Entflechtung in Südafrika (siehe AIB 5/1984, S. 4ff.; d. Red.) und der Schaffung einer de facto entmilitarisierten Zone zugestimmt. Verschlimmert das nicht noch Ihre Nachschubschwierigkeiten, und wird das nicht Operationen der PLAN innerhalb Namibias ernsthaft behindern?

S. NUJOMA: Wie Sie richtig bemerkt haben, kämpfen wir seit 1966 für die Befreiung Namibias. Das war sogar noch vor der Unabhängigkeit Angolas. Wir wissen also, wie wir innerhalb unseres eigenen Landes kämpfen müssen.

Die PLAN hat die Unterstützung des namibischen Volkes, und ihre Operationen werden so weitergehen, wie sie das schon vor der Schaffung eines freien Angola (1975; d.



Red.) taten.

Wir respektieren die zwischen der angolischen Regierung und dem südafrikanischen Regime vereinbarte Entflechtung. Aber das bedeutet nicht, daß es einen Waffenstillstand in Namibia selbst geben wird.

Die Unterstützung, die wir von unseren angolischen Genossen erhalten haben und noch immer erhalten, ist groß, und wir bleiben dafür dankbar.

Angola hat sehr viel wegen seiner Unterstützung für unsere Sache gelitten, und wir erkennen das an. Unsere Beziehungen zu der MPLA-Arbeiterpartei in Angola bleiben so stark wie eh und je.

An der militärischen Front sind wir verpflichtet, den bewaffneten Kampf innerhalb Namibias fortzusetzen, und wir können versprechen, daß Aktionen der PLAN zur Unterstützung des Befreiungskampfes weiter anhalten werden. Unser Kampf ist ein Kampf, in dem wir einen großen Teil unserer eigenen Erfahrung haben. Wir kennen unser eigenes Land, wir kennen sein Gelände und die Probleme, die es schafft, wir kennen unser eigenes Volk. Und wir können uns darauf verlassen, daß es seine Unterstützung für den bewaffneten Kampf fortsetzen wird. Der Kampf wird weitergehen, bis der endgültige Sieg erreicht ist.

Was die Volksrepublik Angola betrifft, so bleiben – wie ich gesagt habe – unsere Beziehungen mit der MPLA-Arbeiterpartei eng. Wir werden weiterhin zusammen gegen den gemeinsamen Feind des ganzen Südlichen Afrika kämpfen – das rassistische Regime in Pretoria. (...)

FRAGE: Während die Südafrikaner versuchen, das namibische Volk davon zu überzeugen, daß die SWAPO nicht sein Freund sei, probieren sie auch es zu überreden, daß es eine politische Alternative zur SWAPO gäbe.

Sie haben die sog. Vielparteienkonferenz ins Leben gerufen, um die jetzt nicht mehr bestehende Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA) zu ersetzen. Eine Anzahl von Parteien, die von Südafrika unterstützt werden, haben zugestimmt an ihr teilzunehmen.

Sie haben ebenfalls Ihren langjährigen Genossen Toivo Ja Toivo kürzlich aus dem Gefängnis freigelassen, möglicherweise in der Hoffnung, er werde auch zustimmen, bei der Vielparteienkonferenz mitzumachen.

Was ist die Ansicht der SWAPO darüber?

S. NUJOMA: Die Südafrikaner fangen an zu verzweifeln.

Die DTA schlug fehl, weil sie bei ihrer Aufstellung vergessen hatten, das Volk von Namibia in Rechnung zu stellen, das natürlich die SWAPO unterstützt.

Nun hoffen sie, daß diese neue Idee Erfolg haben wird, wo die andere versagt hat. Sie hatten ein Treffen mit den sog. inneren Parteien und überredeten sie, einen Aufruf zur Freilassung von Genossen Toivo herauszugeben, und dann entsprach das Rassistensregime in Windhoek ihrer „Forderung“.

Hinter allem stand die Hoffnung, daß Genosse Toivo aus dem Gefängnis kommen und zustimmen werde, an ihrer Vielparteienkonferenz teilzunehmen. Sie hofften, er werde kommen und ihr ein wenig Rechtmäßigkeit in den Augen des namibischen Volkes geben. Am 29. Februar d.J. flogen sie Genossen Toivo nach Windhoek, und vor seiner Entlassung schickten sie Andreas Shipanga (Führer der von Südafrika unterstützten „SWAPO-Demokraten“), um ihn im Gefängnis zu besuchen.

Genosse Toivo erzählte mir selbst, daß er sich geweigert hatte, sich mit diesem Vertreter zusammensetzen. Er erzählte mir, daß er ihm den Rücken zudrehte und geradewegs in seine Zelle zurückging. Als Shipanga das Gefängnis verließ, weinte er.

Sie sehen also, die Südafrikaner hatten gehofft, daß Genosse Toivo eine Marionette für sie sein werde. Das war es, warum sie ihn freiließen. Aber ihr Plan ging nach hinten los, und Genosse Toivo ist ein treuer Kämpfer in den Reihen der SWAPO geblieben. Deshalb wollte er sich nicht mit Shipanga treffen, obwohl die Rassisten dachten, daß er es ohnehin tun werde, weil sei aus demselben Dorf stammen.

Wie ich schon sagte, die Südafrikaner verzweifeln langsam.

Sogar die anderen sog. inneren Parteien beginnen, aus dem Plan auszusteigen. Wie Sie wissen, hat sich der Damara-Rat (eine der rassistisch begründeten „Parteien“, die von Südafrika unterstützt werden) zurückgezogen. Und von anderen weiß man, daß sie aus verschiedenen Gründen nicht glücklich sind. Diese neue Idee wird genauso fehlschlagen wie es mit der DTA ging.

FRAGE: Es sieht also so aus, daß Südafrika keine Absichten hat, die Freiheit für Namibia zuzulassen. Wie sieht es mit den Amerikanern aus? Sind ihre Interessen die gleichen wie die Pretorias?

S. NUJOMA: Wir glauben, daß sie weitestgehend die gleichen sind, aber mit einigen kleineren Unterschieden im Herangehen.

Sie haben die westliche Kontaktgruppe für Namibia (USA, BRD, Großbritannien, Kanada und – ausgestiegen – Frankreich; d. Red.) für ihre eigenen Zwecke buchstäblich umfunktioniert. Und das ist der Grund, warum sie keinerlei Fortschritte gemacht hat.

FRAGE: Glauben Sie, daß die Kontaktgruppe jemals eine wirkliche Rolle gespielt hat?

S. NUJOMA: Sie mag eine kleine Rolle gespielt haben, aber jetzt spielt sie keine.

Unter Carter war es ein wenig anders, aber die jetzige Administration wird der Kontaktgruppe nicht erlauben, irgendeinen wirklichen Fortschritt in Richtung auf die Erlangung der Freiheit für Namibia unter den Bestimmungen der Resolution Nr. 435 des UN-Sicherheitsrats zu machen...

Wir denken, daß die französische Aufgabe der Mitgliedschaft in der Kontaktgruppe zeigt, daß sie wirkungslos ist. (...)

(Quelle: AfricAsia, Paris, Nr. 5/Mai 1984, S. 16-17)

men zurück. Sein Vorsitzender, Justus Garoëb, begründete dies damit, daß die Ausarbeitung einer Verfassung ein Versuch sei, eine Alternative zur UN-Resolution 435 zu schaffen. „Die MPC wandelte sich zu einer Anti-SWAPO-Front, und der Damara-Council verlor den Kontakt mit seinen Unterstützern, während er hinter verschlossenen Türen mit der MPC zusammensaß.“

Chief Munjuku vom Mbanderu-Council hat entschieden das Gerücht zurückgewiesen, seine Partei wolle der MPC beitreten. Er bezeichnete sie als „Verzögerungstaktik“ bei der Durchführung der UN-Resolution 435.

In der SWANU brachen wegen der Beteiligung an der MPC schwere Fraktionskämpfe aus. Mitgliedschaft und Führung sind in dieser Frage gespalten. Während SWANU-Präsident Moses Katjuongua sich in der MPC stark engagiert, opponieren die inzwischen als Generalsekretärin abgelöste Nora Chase und der ehemalige Parteiführer Gerson Vei dagegen. Sie sehen nur in der Zusammenarbeit mit der SWAPO eine Möglichkeit, zur Unabhängigkeit Namibias zu kommen.

All dies zeigt sehr deutlich, daß der Vielparteienkonferenz eine breite Unterstützung innerhalb Namibias fehlt und sie mit ihrem Versuch einer international anerkannten „internen Lösung“ der Namibiafrage scheitern wird.

Am 1. März 1984 entließ das Apartheidregime das SWAPO-Gründungsmitglied Andimba Toivo Ja Toivo nach 18jähriger Haft auf Robben Island vorzeitig in die Freiheit.

Dies ist zum einen das Ergebnis weltweiter Kampagnen für seine Freilassung. Zum anderen verfolgte Südafrika damit verschiedene Ziele (siehe auch nachstehendes Interview mit Sam Nujoma).

UN-Resolution 435 (1978)

Der Sicherheitsrat (...)

1. billigt den Bericht des Generalsekretärs (S/12827) zur Durchführung des Vorschlags für eine Regelung der Lage in Namibia (S/12636) sowie seine erläuternde Erklärung (S/12869);

2. wiederholt erneut, daß es sein Ziel ist, den Rückzug der widerrechtlichen südafrikanischen Verwaltung Namibias und die Übertragung der Macht auf das Volk von Namibia mit Unterstützung der Vereinten Nationen und in Übereinstimmung mit Resolution 385 (1976) zu erreichen;

3. beschließt, unter seiner Autorität und in Übereinstimmung mit dem obengenannten Bericht des Generalsekretärs eine Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (United Nations Transitional Assistance Group, UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu 12 Monaten zu schaffen, die den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bei der Erfüllung des ihm mit Ziffer 1 der Resolution 431 (1978) des Sicherheitsrats erteilten Auftrags unterstützt, d.h. der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie und faire Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen;

4. begrüßt die Bereitschaft der SWAPO zur Mitwirkung an der Durchführung des Berichts des Generalsekretärs, insbesondere ihre im Schreiben des Präsidenten der SWAPO vom 8. September 1978 (S/12841) bekundete ausdrückliche Bereitschaft zur Unterzeichnung und Einhaltung der Bestimmungen über die Feuereinstellung;

5. fordert Südafrika auf, den Generalsekretär unverzüglich bei der Durchführung dieser Resolution zu unterstützen;

6. erklärt, daß alle einseitigen Maßnahmen der widerrechtlichen Verwaltung in Namibia im Zusammenhang mit dem Wahlvorgang, einschließlich der einseitigen Wählerregistrierung, oder eine Übertragung der Macht unter Verstoß gegen die Resolutionen des Sicherheitsrats 385 (1976), 431 (1978) und gegen diese Resolution null und nichtig sind;

7. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat spätestens am 23. Oktober 1978 über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

Abstimmungsergebnis: 12 Für, 0 Nein, 2 Enthaltungen

(Quelle: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 4/1979, S. 147-148)

Es erhoffte sich von diesem Schritt, daß

- Toivo die Führung in der SWAPO für sich beanspruchen und damit einen Machtkampf auslösen würde;

- Toivo der MPC beitreten würde;

- die MPC aufgewertet würde, indem ihrer Forderung nach Freilassung Toivos nachgegeben wurde;

- vor der internationalen Öffentlichkeit der Eindruck erweckt würde, Südafrika meine es ernst mit einer Namibia-Lösung.

Doch die südafrikanische Rechnung ging nicht auf. Toivo wies energisch jede Zusammenarbeit mit der MPC zurück. Sich

selber bezeichnete er als „Diener der SWAPO“ ohne Ambitionen auf Führungspositionen. Inzwischen wurde er ins Politbüro der SWAPO berufen.

Unmittelbar nach seiner Freilassung unternahm Toivo zwei längere Reisen. Die erste führte ihn zu Gesprächen mit der SWAPO-Führung nach Lusaka und anschließend in verschiedene Frontstaaten. Im Mai d.J. bereiste er verschiedene westeuropäische Staaten, u.a. auch die Bundesrepublik.

Hier dankte er bei einem Treffen mit Solidaritätsgruppen in Bonn allen, die sich für seine Freilassung eingesetzt haben. Er forderte sie auf, in ihrer Arbeit fortzufahren, bis alle politischen Gefangenen befreit seien und Namibia unabhängig und frei sei. Gleichzeitig verurteilte er die Einladung Bothas nach Bonn, die dem Apartheidregime Respektabilität und Legitimation verschaffe (Wortlaut siehe obenstehend).

Ausführlich ging Toivo vor der Presse in Bonn auf die Gespräche ein, die die SWAPO vom 11.-13. Mai 1984 in Lusaka mit einer vom Generaladministrator van Niekerk geleiteten südafrikanischen Delegation geführt hatte.

In dieser waren die Führer der MPC vertreten, während auf Seite der SWAPO auch Vertreter des Damara-Council, der NDCP, des Namibischen Kirchenrates und Mitglieder der SWANU, die gegen die Beteiligung an der MPC opponieren, beteiligt waren. Die Gespräche kamen durch Vermittlung des sambischen Präsidenten Kaunda zustande, der auch den Vorsitz führte.

Die SWAPO ging mit derselben Bereit-

Von einer PLAN-Einheit abgeschossene Maschine der südafrikanischen Luftwaffe





Südafrikaner beim Rückzug aus Angola

schaft in die Gespräche wie schon 1981 bei den gescheiterten Verhandlungen in Genf, nämlich sofort ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Damit sollte Südafrika die Möglichkeit gegeben werden, seine Bereitschaft zur Durchführung der UN-Resolution 435 zu demonstrieren.

Doch van Niekerk ging auf dieses Angebot nicht ein. Es wurde bald deutlich, daß Südafrika nicht bereit ist, die Unabhängigkeit Namibias unter den UN-Bedingungen zu akzeptieren.

Präsident Kaunda schlug vor, daß die Konferenz und insbesondere die namibischen Teilnehmer, namentlich die SWAPO und ihre Verbündeten sowie die Vertreter der MPC, gemeinsam an Südafrika die folgenden vier Forderungen richten sollten:

1. sofortige Unabhängigkeit Namibias;
2. Ablehnung des Junktims zwischen der Dekolonisierung Namibias und der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola;
3. sofortige Durchführung der UN-Resolution 435;

4. sofortiger Waffenstillstand zwischen der SWAPO und den südafrikanischen Truppen.

Die SWAPO stimmte den vier Forderungen zu, während die Delegierten der MPC behaupteten, kein Mandat für eine solche gemeinsame Position mit der SWAPO zu besitzen.

Es wurde klar, daß Dirk Mudge (DTA) und Eben van Zijl (NP) es völlig ablehnen, das Junktim zurückzuweisen und die sofortige Durchführung der UN-Resolution 435 zu akzeptieren. Im Ergebnis hatten die farbigen und schwarzen Mitglieder der MPC keine andere Wahl, als nach der Pfeife ihrer weißen Herren zu tanzen.

So endeten die Gespräche ohne eine gemeinsame Erklärung. Dem Vorschlag, ein weiteres Treffen einzuberufen, stehen die SWAPO und ihre Verbündeten skeptisch gegenüber.

Auf seiner Europareise Anfang Juni d.J. hat der südafrikanische Premier Botha mehrfach unmißverständlich klargestellt, daß für den Apartheidstaat die Unabhängigkeit Namibias nur in Frage komme, wenn die kubanischen Truppen aus Angola abgezogen sind. De facto bedeutet dies nichts anderes, als daß Südafrika die illegale Besetzung Namibias auf unbestimmte Zeit fortsetzen will.

Wenig ernstzunehmen ist sein an die Staaten der westlichen „Namibia-Kontaktgruppe“ (USA, BRD, Großbritannien, Kanada – Frankreich hat seine Mitarbeit inzwischen eingestellt) gerichteter Vorschlag, daß ein oder mehrere dieser Länder Namibia verwalten und seine Sicherheit garantieren sollen. Dann wäre Südafrika bereit, sich binnen zweier Monate aus Namibia zurückzuziehen.

Bisher haben die angesprochenen Staaten deutlich abgewunken. Es wäre auch ein allzu großer Anachronismus, daß sie 100 Jahre nach der kolonialen Aufteilung Afrikas auf der Berliner Konferenz die Verwaltung eines afrikanischen Landes übernehmen.

El Salvador

Mit der Generaloffensive der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) vom Januar 1981 begann das Regime von Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zu sprechen.

Diesen Wahlen vom März 1982 waren zwei Hauptfunktionen zugeordnet.

Die US-Regierung ging von der strategischen Überlegung aus, daß die FMLN auf militärischem Gebiet relativ leicht zu schlagen sei, insbesondere nach der Entscheidung der Nordamerikaner, das militärische Engagement zu verstärken. Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung hatten für sie die Funktion, die Zerschlagung der Volkskräfte zu legitimieren, wodurch die militärischen und institutionellen Grundlagen für eine stabile, langfristige Lösung der salvadorianischen und regionalen Krise geschaffen werden sollten.

Druck der Oligarchie

Die zweite Funktion dieser Wahlen bestand darin, die Christdemokratische Partei (PDC) zur entscheidenden politischen Kraft zu machen, die sich zu einer großen Massenpartei entwickeln und den ins Stocken geratenen Stabilisierungsprozeß langfristig beherrschen sollte.

Da die Zerschlagung der Guerilla nicht gelang, der Krieg sich vielmehr noch ausweitete und die FMLN gestärkt wurde, erschienen die Wahlen als geeignetes Mittel, eine Regierung der Mitte unter Führung der PDC im Bündnis mit den Streitkräften El Salvadors an der Macht zu halten. Dies sah man als idealen Weg an, die Verwirklichung der US-Pläne bezüglich El Salvadors voranzutreiben.

Doch die Realität hat bereits gezeigt, daß diese Lösung, die in der Installierung der christdemokratischen Militärjunta unter Präsidentschaft des PDC-Vorsitzenden José Napoleón Duarte (im März 1980; d. Red.) ihren Ausdruck fand, in ihrer praktischen Umsetzung auf ernstliche Schwierigkeiten stößt.

Vom ersten Augenblick an stellten sich die Rechten und insbesondere die Oligarchie gegen diese Regierung. Das brachte eine Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Rechtskräfte mit sich, die wiederholt versuchten, die Situation durch einen Putsch zu verändern, so daß die Nordamerikaner ein ums andere Mal eingreifen mußten, um die Putschistenbewegung unter Kontrolle zu halten.

Die Anhänger der Rechtsparteien griffen zu anderen Machenschaften, wie dem Symposium der Privatunternehmer, das den Sturz Duartes und der PDC forderte

Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin, Nr. 38/Mai 1984

NIKARAGUA: Neue Angriffe gegen Nicaragua – Die Spannungen nehmen zu. Schmierkomödie oder What Difference a Day Makes ● Betrifft: Rechtshilfebüro für Frauen ● Im Hospital Antonio Lenin Fonseca ● EL SALVADOR: In Gefahr und großer Not bringt der Mittelweg den Tod ● Guazapa: „Der Stachel im Herzen des Feindes“ ● PANAMA: Gespannte Lage nach den Wahlen ● DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Unruhen nach IWF-Diktat ● GUATEMALA: Vom Komplizen zum Opfer ● RÜCKBLICK: „Der große Kampf in Lateinamerika“ (AIZ, 1929) ● SOLIDARITÄTSARBEIT: Ein Schiff für Nicaragua „entführt“ ● Wer macht was in Nicaragua?

Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM

Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 127/Juni 1984

MEXICO: 1. Mai: 1,5 Mio Demonstranten und 2 „Mollis“ ● MEXICO-GUATEMALA: Flüchtlingslager angegriffen: 6 Tote ● GUATEMALA: Coke macht mehr draus! ● NICARAGUA: Trabil Nani (Studie zu Geschichte und ggw. Situation an der Atlantikküste) ● Sumubila (Besuch bei den Miskito) ● COSTA RICA: „Musterdemokratie“ gegen den „Weltkommunismus“ ● USA-ZENTRALAMERIKA: Jesse Jacksons Vorstellungen zur Mittelamerika-Politik ● KOLUMBIEN: Chronik eines angekündigten Todes ● BRASILIEN: Vom Fischerdorf zum Industriehafen ● BOLIVIEN: Die Krise kreis(6)t ● CHILE: Chile-Chronik ● SOLIDARITÄT: Guatemala-Kampagne

Einzelpreis 4 DM; Abo 45, 60, 70 bzw. 85 DM

Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneissenastr. 2, 1000 Berlin 61

Herr und Hund waren sich einig: US-Militärhilfe und eine starke salvadorianische Streitmacht sind zum Schutz der demokratischen Entwicklung maßgeblich, wie es im gemeinsamen Kommuniqué von Ronald Reagan und dem frischgebackenen salvadorianischen Präsidenten Napoleon Duarte hieß. 40.000 Menschen hat, laut amnesty international, dieser „Schutz der Demokratie“ durch das Militär in den letzten 5 Jahren das Leben gekostet. Der Christdemokrat Duarte war noch vor seiner Wiedereinführung ins Amt des Staatspräsidenten nach Washington geeilt, um die Militärhilfe einzutreiben, die für die „Rückkehr zur Demokratie“ mit den Scheinwahlen im März und Mai 1984 versprochen worden war. 61,7 Mio Dollar sollen nach den Vorstellungen Reagans und Duartes zusätzlich in das Land gepumpt werden. Bei seinem Besuch war es Duarte gelungen, die Bedenken zahlreicher Kongreßmitglieder zu zerstreuen.

Nach der Kürung Duartes zum Präsidenten haben die salvadorianische Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über eine politische Lösung ohne jegliche Vorbedingungen erneut bekräftigt. FDR-Präsident Guillermo Ungo, gab am 25. Mai d.J. bekannt, der kostarikanische Präsident Luis Alberto Monge habe seine Bereitschaft erklärt, solche Gespräche zu vermitteln. Ruben Zamora, Mitglied des Exekutivkomitees der FDR, machte in einer Erklärung deutlich, daß es nun an Duarte sei zu entscheiden, ob er eine wachsende US-Einmischung oder eine politische Lösung wolle. Die FMLN/FDR sei auf beides vorbereitet.

Duarte selbst redet zwar davon, daß er die Linke in den politischen Prozeß einbeziehen wolle. Er stellt aber gleichzeitig Bedingungen, die es ihr unmöglich machen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen: Er verlangt von ihr die Niederlegung der Waffen und die Absetzung des FMLN-Kommandanten Joaquín Villalobos.

Ricardo Rivera

Duartes Wiederkehr ins Präsidentenamt

Trotz der Wahl – das Militär bleibt an der Macht



und sich deshalb gegen die Wahlen aussprach.

So war das Vorhaben, Wahlen abzuhalten, großen Schwierigkeiten und starken Pressionen, darunter neuen Putschversuchen, ausgesetzt. Erst als Washington – öffentlich und hinter den Kulissen – die Rechte unter Druck setzte und unmißverständlich klarstellte, daß es eine Verdrängung der PDC nicht dulden und bei den Wahlen nur den politischen Kampf zulassen würde, sah sich die Rechte gezwungen, an diesem Prozeß teilzunehmen. Sie ging dazu über, sich in politischen Parteien zu organisieren.

Die Funktionen der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung wurden sodann neu definiert:

- Stärkung der Christdemokratie in einer neuen, aus den Wahlen hervorgegangenen Regierung.
- Legitimierung der zunehmenden US-Intervention, da deren Bemäntelung es erleichtern könnte, über den Interamerikanischen Beistandspakt (TIAR), der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder über die zum gleichen Zweck gegründete Demokratische Gemeinschaft Zentralamerikas, Truppen anzufordern.

- Zusammenschluß der Rechtskräfte auf der Grundlage der These, daß die Wahlen eine Möglichkeit darstellten, der FMLN/FDR politisch entgegenzutreten, eine Frage, zu der die Parteien eine einheitliche Position einnahmen. In diesem Sinne würden – in der Propaganda – die Wahlen zu einem entscheidenden und zentralen Faktor für die Lage im Land, weil dadurch zu erreichen sei, daß der Krieg auf eine Randerscheinung reduziert würde, die von kleinen zerstreuten Terroristengruppen ausginge. Auf diese Art und Weise beabsichtigte das Regime, die FMLN politisch zu isolieren, sie zu schwächen und die Voraussetzungen für ihre Zerschlagung zu schaffen.

- Die Wahlen wurden anberaumt, um einen Weg zu einer politischen Lösung des Konflikts vorzuspiegeln mit dem Ziel, dem Druck der internen Gegner der Reagan-Administration und ihrer Verbündeten entgegenzuwirken. Die Nordamerikaner arbeiteten mit dem Argument, daß es nach den Wahlen Verhandlungen geben werde, um so die Wahlen schmackhaft zu machen.

Nach den Märzahlen 1982 konnte Washington seinen Plan nicht verwirklichen. Obwohl die PDC als einzelne Partei den höchsten Stimmenanteil „erhielt“, verlor sie ihre vorherrschende Stellung in der neuen Regierung.

Die Oligarchie bewies, daß sie in der Lage

war, sich mit ihrem Plan durchzusetzen. Das US-Außenministerium sah sich gezwungen, mit einer großen Kraftanstrengung zu versuchen, einen Kompromiß innerhalb der Rechtsparteien (vorab D'Aubuissons faschistische ARENA und der konservativen Nationalen Versöhnungspartei – PCN; d. Red.) zustandezubringen, damit die Beteiligung der Christdemokratie an dem neuen Kabinett Magaña akzeptiert wurde.

Zu diesem Zweck und um andere Zugeständnisse zu erreichen, benutzten die Nordamerikaner José Napoleón Duarte als Werkzeug zu Verhandlungen. Zum einen sollte damit verhindert werden, daß die Republikanisch-Nationalistische Allianz (ARENA) den ganzen Staatsapparat für sich in Beschlag nähme. Zum anderen sollten sich alle Beteiligten verpflichten, innerhalb eines Jahres Präsidentschaftswahlen anzusetzen.

Schließlich setzte sich im letzteren Punkt die ARENA durch, die eine Frist von mindestens zwei Jahren forderte. Sie war nicht bereit, die Kontrolle über die Regierung, die sie gerade erst wiedergewonnen hatten, aufs Spiel zu setzen.

Andererseits wurden auch die Bestrebungen Washingtons, die Armee aus der unmittelbaren politischen Aktion herauszuhalten, um ihren inneren Zusammenhalt und damit die Konzentrierung all ihrer Kraft auf den Krieg im Innern zu sichern, zunichte gemacht.

Nach dem unerwarteten Wahlausgang und dem dadurch entstandenen großen politischen Vakuum mußte das Weiße Haus auf die Rückkehr der Armee auf die politische Bühne zulassen, die dann den Parteien ihren Kandidaten, Alvaro Magaña, als Übergangspräsidenten aufzwang. Oder anders ausgedrückt: die Nordamerikaner beeinflussten die Armee und erzwangen diese Lösung.

So wurde die Farce, die diese Wahlen darstellten, noch offensichtlicher, denn vor den Augen des Volkes und der Welt hätte man für eine Lösung dieser Art keine Wahlen veranstalten müssen.

Abgewracktes Magaña-Regime

Folgerichtig schlugen auch die politisch-militärischen Pläne erneut fehl.

Die Bildung der „Regierung der nationalen Einheit“, die auf der Grundlage von Gelegenheitsbündnissen hinter dem Rücken des Volkes und unter der Vorherrschaft der Faschisten erfolgt war, versperrte den Weg zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen. Sie ließ die latenten Widersprüche innerhalb des Regimes aufbrechen, wodurch dieses völlig instabil und politisch immer schwächer wurde, während die FMLN politisch und militärisch unaufhaltsam an Stärke gewann.

Dies sind in groben Zügen die Hintergründe der Präsidentschaftswahlen vom 25. März 1984 und des zweiten Wahlgangs vom 6. Mai 1984.

Nach der Bildung der „Regierung der nationalen Einheit“ hatte das Wahlprojekt neue Funktionen zu erfüllen, die darauf abzielten, als Deckmantel für die Anforderung von Interventionstruppen zu dienen.

Der Krieg hat eine Ebene erreicht, auf der sich, wenn die gegenwärtige Entwicklung fort dauert, die Niederlage der salvadorianischen Armee abzeichnet. In dieser Situation mußte die Rolle, die den Präsidentschaftswahlen zugeschrieben wurde unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Sie sollten einmal einen Weg für eine politische Lösung der „Mitte“ öffnen. Angesichts der zunehmenden Isolierung des Magaña-Regimes wollte man mit einer neuen Regierung im Lande selbst und international an Glaubwürdigkeit gewinnen. Das Vorhaben, ein Minimum an Zusammenhalt innerhalb der Rechtskräfte zu erreichen, aber schlug fehl.

Die Bemühungen, das politische Zentrum um den Block aus PDC, PCN und der Partei der Demokratischen Aktion (PAD) zu schaffen, scheiterten.

Auch die Bemühungen, Wahlbündnisse des Zentrums und der Rechten, d.h. von ARENA, der PCN-Abspaltung PAISA und der Salvadorianischen Volkspartei (PPS) zu bilden, hatten keinen Erfolg.

Einigung von Mitte-Rechts

Für die praktischen Ziele der Intervention brauchen die Nordamerikaner indessen endlich eine Regierung, welche ein hohes Maß an Einheit zu gewährleisten vermag. Angesichts der nunmehrigen Schwierigkeiten verlor dieses Ziel so sehr an Bedeutung, daß für Washington nicht mehr so wichtig war, welches Bündnis sich durchsetzte. Was jetzt noch zählte, war allein der Wahlprozeß an sich.

Die Wahlen sollten auf jeden Fall den Prestigeverlust, der auf der vorherigen Regierung lastete, überwinden.

Von daher erklären sich auch die Anstrengungen des Imperialismus, D'Aubuisson und das, wofür er steht, auszuschalten, oder ihn einfach mehr in Mißkredit zu bringen oder zu verdrängen, um eine Lösung ohne Beteiligung von D'Aubuisson zu rechtfertigen. Die Bemühungen, einschließlich derjenigen, die erst im letzten Moment in dieser Richtung unternommen wurden (Angriffe gegen die Todesschwadronen, Druck zugunsten eines „unabhängigen“ Kandidaten für die Rechtskoalition als Alternative zur Kandidatur D'Aubuissons, usw.,



„Glückwunsch! Ihre demokratischen Wahlen qualifizieren Sie für bestimmte Privilegien!“

haben den Prestigeverlust des Regimes nicht im geringsten vermindert.

Die Wahlen wurden angesetzt, um den Weg für eine gefügigere und völlig den Interessen der Reagan-Administration verpflichteten Regierung frei zu machen. In dem Maße, in dem sich der Krieg ausweitet, werden die politischen Manöver, die das Weiße Haus unternimmt, schwieriger.

Allein schon um der Diskussion innerhalb der Vereinigten Staaten Rechnung zu tragen, braucht es noch dringlicher eine loyale und unterwürfige Regierung in El Salvador. Es ist bekannt, daß Washington in dieser Hinsicht Probleme hatte, die Wahlen als politische Alternative zu der von der FDR/FMLN vorgeschlagenen Verhandlungslösung zu benutzen.

In Übereinstimmung mit den vorherigen Wahlen lieferten sie den Nordamerikanern den Rahmen, ihre Verhandlungsmachenschaften durchzuführen. Mit der irreführenden Formel „Verhandlungswahlen“, d.h. Dialog, um die Bedingungen und Garantien für eine Teilnahme der Befreiungsbewegungen FDR und FMLN an den Präsidentschaftswahlen auszuhandeln, verfolgten die Imperialisten das illusorische Ziel, die FDR/FMLN zu spalten.

Zum anderen sollte damit die Opposition gegen Reagan in den USA eine Antwort gegeben werden. Sie hatte im Gegensatz zu Reagans militärischer Lösung einen Dialog und eine politische Lösung befürwortet. Auch diese Aufgabe konnten die Wahlen nicht erfüllen.

Die entscheidende Funktion des Wahlprojekts besteht schließlich darin, als Ergänzung zur militärischen Lösung mittels einer Truppeninvasion zu dienen. In-



ns qualify you for certain privileges.'

sofern stehen die Bemühungen der Reagan-Administration, das Wahlprojekt in El Salvador am Leben zu erhalten, in völliger Übereinstimmung mit dem strategischen Interesse „El Salvador zu retten“.

Der ganzen Welt ist klar, daß die Wahlen weder eine politische Lösung des Krieges darstellen noch eine solche Lösung anzubahnen vermögen. Ebenso offensichtlich ist, daß nach den Wahlen die Alternative für die salvadorianische Administration darin besteht, ernsthaft zu verhandeln oder die Intervention zu verstärken.

Die Logik ihres Verhaltens und die Fakten weisen in Richtung Intervention. Die Wahlen als politisches Ereignis beschränken sich also darauf, der Aggression den Weg zu öffnen.

Die Art und Weise, wie sich der Wahlprozeß 1984 entwickelt hat, ist weit davon entfernt, die Glaubwürdigkeit des Regimes zu stärken. Von Neuem wurden die Ergebnisse der Abstimmung in beiden Wahlgängen manipuliert, was schon bei den Wahlen 1982 geschehen ist.

Wie bei jener Gelegenheit war beabsichtigt, dieses offizielle Abstimmungsergebnis mit Behauptungen wie „das Volk hat sich gegen die Gewalt ausgesprochen“, „das Volk hat der Guerilla eine Abfuhr erteilt“ usw. propagandistisch als „politischen Sieg“ über die FMLN/FDR auszunützen.

Doch dieses Mal ging von dieser Art von Propaganda eine wesentlich geringere Wirkung aus.

Dies gilt zum Teil deshalb, weil es ganz offensichtlich war, daß die Wahlbeteiligung wesentlich geringer als 2 Jahre zuvor ausfiel. Andernteils gilt dies auch wegen der Angaben und „Enthüllungen“, die die Rechtsparteien selbst über

die Unregelmäßigkeiten und die Manipulation der Zahlen von 1982 gemacht haben.

Auf welche Art die Wahlfälschungen bei den Präsidentschaftswahlen vorgenommen wurden, faßte Ricardo Posada bei seinem Ausscheiden aus dem Zentralen Wahlrat so zusammen:

Erstellung eines manipulierten Wahlregisters; wiederholte Vermerke in den Personalausweisen; Behinderung, Bestechung und direkte Einflußnahme auf die Wähler; Manipulation und Austausch von Stimmzetteln; Manipulation beim Auszählen und Nachzählen der Stimmen; Manipulation der Wählerverzeichnisse; Austausch oder Vernichtung der Protokolle der Wahllokale; Manipulation der in den Protokollen angegebenen Endergebnisse; Anfechtung der Endauszählung und andere Vorwürfe allgemeiner Art.

Diese Manipulationen fielen im zweiten Wahlgang noch skandalöser aus, als sich der von den USA favorisierte Kandidat, Duarte, und mit D'Aubuisson der Führer der Oligarchie und breiter Kreise der Armee, gegenüberstanden.

Duarte – Wunschsieger der USA

Es gelang schließlich der Reagan-Administration, ihren Plan durchzusetzen, allerdings auf Kosten fast aller an die Wahlen geknüpften Ziele.

Es verschärfte sich nicht nur die Widersprüche innerhalb der Rechten. Auch die sich abzeichnende Polarisierung zwischen den das Regime tragenden Kräften spitzte sich zu. Die knappe Differenz (weniger als 7%) zwischen den beiden Kandidaten im zweiten Wahlgang widerspiegelt die einhellige Ablehnung des Planes, einen konterrevolutionären Krieg mit Reformen zu führen (wie Washington es will), durch die reaktionäre Oligarchie.

Die Faschisten und die Oligarchie haben eine eindeutige Entschlossenheit zur Erpressung und Torpedierung des nordamerikanischen Plans erkennen lassen. Dies wurde u.a. daran deutlich, daß sich D'Aubuisson provokatorisch selbst zum gewählten Präsidenten erklärte.

Der Christdemokrat Duarte, der nur mit wenig Unterstützung aus den Kreisen der Mächtigen in El Salvador rechnen kann, wird ohne Zweifel ein äußerst gefügiger und für die Befehle Washingtons zugänglicher Präsident sein. Doch dies löst die Probleme der Reagan-Administration keineswegs, denn diese Präsidentenmarionette wird nur wenig tun können, angesichts einer Gesetzgebenden Versammlung, in der die Ultrarechte die Mehrheit hat, angesichts eines von den Faschisten beherrschten militärischen Oberkommandos und angesichts einer

oligarchischen Wirtschaftsmacht, hinter deren Positionen die Mehrheit der Großgrundbesitzer steht.

Dies zwingt die Nordamerikaner zu ständigen Verhandlungen mit und Manövern gegenüber allen diesen Sektoren, um ihre Pläne voranzubringen. Die Oligarchie und die Faschisten El Salvadors haben oft genug bewiesen, daß sie, auch wenn sie eine Verstärkung der nordamerikanischen Intervention in der Region wollen und brauchen, nicht bereit sind, ihre eigenen Interessen und ihr Vorhaben, erneut oligarchisch-diktatorische Verhältnisse herzustellen, zu streichen. Sie sind nicht willens, diese „dem nationalen Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten und der Eindämmung der kommunistischen Expansion auf dem amerikanischen Kontinent“, wie Reagan verkündigt, zu opfern.

Diese Situation der widerstreitenden Interessen und das bestehende Kräfteverhältnis schaden nicht nur den politischen Manövern und kosmetischen Operationen, die Washington in El Salvador versucht. Sie bringt auch die reale Durchführung der geplanten Invasion in Gefahr: Dieser Plan wird nicht nur auf den patriotischen Widerstand der Mehrheit des salvadorianischen Volkes stoßen, sondern auch auf den Widerstand der chauvinistischen faschistischen Oligarchie, die sich nicht damit abfindet, die gesamte Kontrolle über den Krieg zur Guerillabekämpfung und die Entscheidung über seinen Ausgang zu verlieren.

Opfer von Todesschwadronen



Alfonso Gonzales

Steine auf dem Weg zur Demokratie

Jüngst erregten zwei vorzeitige Entlassungen prominenter politischer Gefangener Aufsehen.

Die Freilassung des Sekretärs der Kommunistischen Partei Uruguays, Ingenieur José Luis Massera, am 3. März d.J. nach 8 Jahren Haft und des Präsidenten der linken Einheitsfront Frente Amplio, General Liber Seregni, am 19. März d.J. nach 10 Jahren wurden von Tausenden in den Straßen jubelnden Montevideanern gefeiert. Und sie wurde von sämtlichen uruguayischen Parteien wie auch im Ausland als eine Lockerung des repressiven Regimes, als eine Öffnung im Prozeß der Rückkehr zur Demokratie verstanden und begrüßt.

Die Generäle wollen bleiben

Gewiß war es kein Akt der Barmherzigkeit der militärischen Machthaber, sondern der unerträglich werdende Druck des uruguayischen Volkes und die unüberhörbaren Stimmen aus aller Welt, die ihre Befreiung forciert hatten.

Zur gleichen Zeit aber hat sich die Repression in den letzten Monaten wieder verschärft.

Ein Presseorgan der Opposition nach dem anderen wird verboten. Die Tageszeitung *Cinco días*, die Wochenschrift *Tribuna Amplia* (beide indirekte Organe der *Frente Amplio*), die Gewerkschaftszeitung *Convicción* sowie die der Blancos (Nationalpartei) *Somos Idea* wurden definitiv geschlossen. Ein „Marsch für Menschenrechte“ durch die Hauptstraße Montevideos, mit dem 4.000 Personen für die Amnestie der politischen Gefangenen demonstrierten, wurde brutal auseinandergeknüppelt.

Der Haftbefehl gegen den Führer der Nationalpartei, Wilson Ferreira Aldunate, derzeit im Exil in Buenos Aires, ist jetzt auch auf seinen Sohn Juan Ferreira, Präsident der Demokratischen Konvergenz Uruguays¹, erweitert worden.

Die Behandlung der politischen Gefangenen, vor allem der Frauen im Militärgefängnis in Punta de Rieles hat sich

noch verschlechtert. 4 Frauen wurden in Kasernen verlegt. Am 17. April d.J. teilte der Oberkommandierende der Streitkräfte, Generalleutnant Aranco den Tod des 2 Tage zuvor verhafteten Arztes Vladimir Roslik aus San Javier² mit. Beim Verhör in der Kaserne des 9. Infanteriebataillons wäre er einem „Herzschlag“ erlegen.

Da der vom Militärarzt ausgestellte Totenschein mehrere Datenangaben unangefüllt ließ, beantragte die Witwe eine Autopsie unter Beteiligung ihr vertrauenswürdigster Ärzte. Wiewohl das Resultat nicht veröffentlicht wurde, verlautete, daß Wasser in den Lungen gefunden worden war ... „Unterseeboot“, eine Tortur, bei der der Kopf des Opfers in einen Kübel voll Jauchewasser getaucht wird. In den letzten Wochen sind auch die paramilitärischen Todesschwadronen wieder aktiv geworden. Oppositionelle Persönlichkeiten erhalten anonyme Todesdrohungen, eine Bombe explodierte in einem Möbelgeschäft, zwei andere wurden mit Gewehren von großem Kaliber erschossen. Sie hatten Annoncen bei *Cinco días* aufgegeben. Auch die Haustür des Direktors dieser Zeitung, Ignacio Lezama, durchschlugen vier Schüsse, wo noch vor drei Minuten seine Mutter gestanden hatte. Wenige Wochen zuvor wa-



Präsident Gregorio Alvarez

ren mehrere Bombenattentate gegen Führer der Nationalpartei in Durazno verübt worden.

Es versteht sich, daß in keinem Fall die Polizei die Täter ermitteln konnte. Wenn die Faschisten aber glauben, damit die Opposition einschüchtern und die Mobilisierung des Volkes aufhalten zu können, so sind sie mit Blindheit geschlagen. Die Angstpsychose ist längst durch den Hunger überwunden und gehört der Vergangenheit an, denn das Ende der Diktatur ist nun in greifbare Nähe gerückt.

Am Sonntag, den 25. November 1984, sollen die Wahlen stattfinden. Die Bedingungen, unter denen der Präsident und das Parlament gewählt werden sollen, sind derzeit aber alles andere als klar.

Anfang Mai d.J. überreichten die Militärs den bislang zugelassenen Parteien, der Colorado-Partei, der Nationalpartei („Blancos“) und der Union Cívica – einen neuen Vorschlag. Darin bestehen sie auf ihren alten Forderungen einer Verfassungsreform, die die Mehrheit des Volkes im Plebiszit von 1980 abgelehnt hatte und woran die Verhandlungen mit den Parteien³ im Parque Hotel vor einem Jahr gescheitert waren (siehe AIB 11-12/1983, S. 46-48).

Nicht einmal die Form, die äußere Verpackung des Damoklesschwertes über der künftigen Zivilregierung ist dekorativ abgeändert. Der COSENA, der Rat der Nationalen Sicherheit der Armeekommandanten bleibt „beratendes Organ der Exekutive“, der Präsident der Republik hat nicht mehr, wie in der Verfassung von 1967 vorgesehen, den Oberbefehl über die Streitkräfte, so daß diese, als Staat im Staate, ihre Kommandanten selbst bestimmen. Unter einer Notstandsgesetzgebung soll der „habeas corpus“ weiterhin aufgehoben sein, womit bei „Vergehen gegen die Nation“ die Militärjustiz auch für Zivilpersonen zuständig bliebe.

Zusammengefaßt: Regierung, Parlament und Bürger sollen unter der terroristischen Vormundschaft der Generäle verbleiben. Anfang 1986 sollte dann eine verfassungsgebende Versammlung in diesem Sinne eine neue Verfassung ausarbeiten und diese ein Jahr später einem Volksentscheid unterwerfen. Bis dahin blieben die Befugnisse der Armee mittels eines Dekrets der jetzigen Regierung in Kraft. Und dazu wollen sich die Generäle der Zustimmung der Parteien noch vor der Wahl versichern.

Generalleutnant Aranco erklärte sogar, daß, „käme es nicht vorher zu einem Übereinkommen betreffs des Vorschlags der Militärs mit den Parteien, man an eine andere Lösung, anstatt der Wahlen, denken müßte“. Das allerdings bedeutete, die Geduld des Volkes zu überfordern.

Außer diesen unannehmbaren Auflagen,

die die Rückkehr zur Demokratie um mindestens 2 weitere Jahre verschieben würde, werfen aber auch andere Umstände ihre Schatten auf die kommenden Wahlen.

Der Ausnahmezustand ist weiterhin in Kraft. Eine Wahlkampagne unter diesen Umständen – Zensur, Versammlungsverbot, ca. 1.000 politische Gefangene usw. – kann kaum als frei bezeichnet werden. Am Wahlergebnis allerdings wird auch das nichts ändern.

Mehr noch, es bestehen auch die „Proskriptionen“ (Ächtungen)⁴ weiter. Sie behält beispielsweise Gültigkeit gerade für die wichtigsten Persönlichkeiten wie für Ferreira Aldunate, den die Mehrheit der Nationalpartei (mit 307 gegen 15 Stimmen in ihrer Konvention) als ihren

Präsidentschaftskandidaten zu den Novemberwahlen 1984 aufgestellt hat, und der nach den Ergebnissen der Parteivorstandswahlen von 1982 alle Chancen hat, Präsident zu werden. Ebenfalls bestehen bleibt die zweijährige Proskription für Seregni, der 1971 für die Frente Amplio als Präsident kandidiert hatte und seinerzeit fast ein Fünftel der Stimmen im Lande und 30% in Montevideo auf sich vereinigt hatte.

Zudem kommt noch die Proskription aller Parteien, die der Frente Amplio angehörten. Ein derart bedeutendes Stimmvolumen, würde sich, falls es keinen zu den Wahlen zugelassenen Block der Linksparteien gäbe, großteils in die linken Flügel der traditionellen, zugelassenen Parteien, wahrscheinlich der radi-

kal demokratischeren Nationalpartei kanalisieren. Das wiederum paßt weder den Militärs noch den rechten Flügeln in ihr Konzept.

Sollte es überhaupt zu den Wahlen kommen, so wäre eine Legalisierung der Christlich-Demokratischen Partei (PDC), der Sozialistischen Partei sowie der linken Fraktionen der beiden traditionellen Parteien, die auch der Frente Amplio angehörten, wahrscheinlich. Illegal bliebe dann nur die Kommunistische Partei Uruguays (PCU), deren Legalisierung jetzt unter dem Eindruck der Massenmobilisierungen übrigens von sämtlichen Oppositionsparteien gefordert wird.

Vorausgesetzt, daß die Linke eine Liste zur Wahl stellen kann – ob unter dem Namen Frente Amplio oder einem anderen –, so würde die PCU fraglos ihre ganze Kraft und ihr Prestige für diese in die Waagschale werfen, genauso wie der „verbotene“ Seregni, ohne daß er selbst namentlich Kandidat wäre.

Die Position der Frente Amplio hat sich letzthin noch verstärkt. Nach einem Führungswechsel in der PDC⁵ hat sich diese wieder offiziell und organisatorisch in die Frente Amplio eingegliedert. Allein in Montevideo funktionieren jetzt wieder 500 Basiskomitees der Frente Amplio.

Nach einem Beschluß des Direktoriums der Nationalpartei („Blancos“) hat diese Partei begonnen, Unterschriften für die Abhaltung eines Plebiszits zu sammeln, bei dem die Aufhebung aller Proskriptionen von Personen wie Parteien und aller von der Diktatur erlassener „Verfassungsdekrete“ sowie eine allgemeine Amnestie gefordert wird. Die gesammelten Unterschriften machten nach wenigen Tagen bereits ein Vielfaches der laut Verfassung dazu notwendigen 220.000 aus.

Die anderen Parteien stehen dem allerdings skeptisch gegenüber. Obwohl sie die Forderungen befürworten und auch unterschreiben, halten sie diese Prozedur für wenig realistisch. Denn die Macht haben vorerst allemal noch die Militärs, und die haben das Ansinnen auf ein Plebiszit abgelehnt. Zur Zeit, da die Wiedergewinnung eines Rechtsstaates erst noch bevorsteht, handelt es sich hier weniger um eine legale Frage, als um eine der politischen Macht.

Natürlich ist die kompromißbereitere Haltung der Colorado-Opposition nicht nur ideologisch oder dadurch bedingt, daß dort der Einfluß des Großbürgertums etwa stärker als bei den Blancos wäre. Sondern die Ausschaltung Ferreira Aldunates, der einzigen überragenden Führerpersönlichkeit der Nationalpartei, gäbe ihnen Chancen, die ihre Kandidaten, Sanguinetti und Tarigo, andernfalls schwerlich hätten.

Mai-Manifest von Montevideo



Das am 1. Mai 1984 auf der Massenkundgebung in Montevideo verlesene Manifest vor dem Palacio Legislativo (Parlamentsgebäude) beginnt mit den Worten: „Compañeros: Von der uruguayischen Gewerkschaftsbewegung aufgerufen, die wie es das Transparent über unserer Tribüne besagt, eine einzige und unteilbar ist, mag sie PIT oder CNT heißen, stehen wir, Arbeiter Uruguays zusammen mit unserem Volk, hier am 1. Mai 1984 zur Erinnerung an das tragische Ereignis vor 98 Jahren...“

Das Manifest endet mit einer Palette von Forderungen, bezeichnet als

Sofort-Programm:

- Freiheit für alle gewerkschaftlichen und politischen Gefangenen.
- Freie Rückkehr aller Exilierten und Schluß mit den Verfolgungen.
- Wiederkehr, lebend, aller in Uruguay und anderen Ländern Verschwundenen.
- Keine Zivilpersonen mehr unter der Militärjustiz.
- Schluß mit der „überwachten Freiheit“.¹
- Aufklärung über die Vergewaltigungen der Menschenrechte und deren volle Achtung.

- Demontage des Repressionsapparates.
- Wiedereinstellung aller Staatsangestellten, die aus ideologischen, politischen, gewerkschaftlichen Motiven entlassen wurden und Wiedergutmachung der begangenen Willkürakte.
- Legalisierung der CNT, der FEUU² und der FUS³.
- Aufhebung der Ächtung aller Personen und gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Organisationen.

Anmerkungen:

- 1) Die politischen Gefangenen, die aus der Haft entlassen werden, müssen sich jede Woche oder jede zweite Woche einmal bei der Polizei bzw. in einer Militärkaserne melden. Sie dürfen ihre Stadt nicht ohne deren Erlaubnis verlassen.
- 2) Föderation der Universitätsstudenten Uruguays, 1973 illegalisierter Studentenverband, der im Untergrund eine bedeutende Rolle spielt.
- 3) Uruguayische Föderation der im Gesundheitswesen Beschäftigten, 1973 illegalisierte Gewerkschaft aller Angestellten des Gesundheitswesens.

Liber Seregni

Das Zusammengehen ist unerlässlich

Am 17. März d.J. wurde in Uruguay der bekannteste politische Gefangene Lateinamerikas, General Liber Seregni, aus dem Gefängnis entlassen. Auf der Kundgebung zum 1. Mai in der Hauptstadt Montevideo sprach L. Seregni vor über 300.000 Teilnehmern.

Der „General des Volkes“ gehörte 1967 der Militärspitze in Montevideo an. Nach Auseinandersetzungen mit der Regierung und der Militärführung verließ er die Streitkräfte. Für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1971 kandidierte er als Kandidat der Frente Amplio (Breite Front). In ihr hatten sich Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten zusammengeschlossen. Ihre wichtigsten Forderungen waren die Durchführung einer Agrarreform, die Nationalisierung der Banken und der wichtigsten Teile des Außenhandels. Nur 10 Monate nach Gründung der Frente Amplio stimmten 20% der Bevölkerung für dieses Programm.

Um den Vormarsch des Mitte-Links-Bündnisses zu stoppen, putschte das Militär im Juni 1973. Rechte Kräfte in der Armee übernahmen die Macht. Ihren Gegner Seregni verhafteten sie 1975. Auf einer Pressekonferenz äußerte er sich nach seiner Freilassung zu aktuellen Lage in seinem Land.

FRAGE: General Seregni, man redet innerhalb der politischen Parteien des Landes auf allen Ebenen darüber, daß die Zukunft in einem System der nationalen Versöhnung liegt, da es in unserem Land traditionell Regierungs- und Oppositionsparteien gibt. Wie werden sich die Oppositionsparteien verhalten, um der Regierung zu helfen?

L. SEREGNI: Ich meine, daß wir es in diesem Fall nicht mit einem unauflösbaren Widerspruch zu tun haben. Die Forderung und dringendste Notwendigkeit im Land sind die Rückgewinnung und Festigung der Demokratie.

Und man ist sich im Volk und in den zugelassenen und nicht zugelassenen Parteien darüber einig, daß die Wiedererlangung der Demokratie und vor allem ihre Festigung nur auf der Grundlage des Zusammengehens der politischen und gesellschaftlichen Kräfte möglich sein wird. (...)

FRAGE: Wie soll nicht nur irgendeine Demokratie erreicht, sondern auch eine fortschrittliche, antioligarchische und anti-imperialistische Demokratie wiedererlangt werden?

Zusammenschluß der Opposition

L. SEREGNI: Ihre Frage ist äußerst weitreichend und setzt nicht nur den Entwurf eines Regierungsplans, sondern auch eine Vorstellung oder einen Plan nationalen Charakters voraus, der nicht kurzfristig, sondern mittelfristig angelegt ist. Ich versuche, die Antwort auf Ihre so weitreichende Frage insofern zusammenzufassen, als meines Erachtens die Restrukturierung unserer gesamten Wirtschaft und eine tiefgreifende Änderung unserer gesamten sozioökonomischen Grundlage absolut notwendig sind.

Das heutige, moderne Uruguay kann unseres Erachtens kein Finanzplatz sein. Uruguay muß seine Landwirtschaft modernisieren, die Industrie seinen Möglichkeiten anpassen, sich grundlegend in das lateinamerikanische Umfeld integrieren, und dies alles auf der Basis der größtmöglichen Beteiligung der sozialen Schichten und vor allem der Arbeiter, die am Ende den Kopf hinhalten müssen.

FRAGE: Worin wird Ihre Beteiligung am politischen Prozeß in Uruguay bestehen, wenn Sie nicht wählen bzw. gewählt werden können?

L. SEREGNI: Ich möchte noch einmal erwähnen, daß mich die Schranken des Urteils des Obersten Militärgerichts an der Aus-



übung politischer Tätigkeit hindern. Meine Anwälte und ich verstehen darunter, daß ich weder wählen noch gewählt werden kann.

Ich kann folglich sprechen und meine Meinung äußern, und das einzige, was ich in dieser Zeit anstrebe, ist, daß es mir bis November und in der Zeit davor gelingt, ein Arbeiter mehr bei der Aufgabe des Wiederaufbaus der Demokratie zu sein und meinen winzigen Teil zu einer Aufgabe beizutragen, die, ich wiederhole es, nur wirklich erfüllt ist, wenn sie gemeinsam erfüllt wird.

FRAGE: Wie erklären Sie, daß Jugendliche, die nicht einmal die Gelegenheit hatten, die Situation vor 13 Jahren zu erleben, heute ihre Freude und ihre Verbundenheit nach Ihrer Freilassung zum Ausdruck bringen?

L. SEREGNI: Ich möchte Ihnen erklären, daß ich diese beeindruckende Massendemonstration am Tag meiner Freilassung und in der Zeit danach keineswegs als eine Verbundenheit mit meiner Person interpretiere, sondern als Verbundenheit mit den Ideen, dem Gedankengut und den Programmen einer politischen Kraft, der Frente Amplio, die, obwohl sie derzeit verboten ist, eine Zeit hatte, in der sie sich entwickelte und so verbreitete, daß sie in unserer Gesellschaft ihren festen Platz hat. Das ist bis heute noch gültig.

Gestern sagte ich, daß dieses politische Phänomen, die Frente Amplio, eine große Vitalität in sich trägt, die sich nicht in Ausrufen, sondern in Taten ausdrückt: 2 Jahre Legalität, 11 Jahre Unterdrückung, Tod, Gefängnis, Verbannung und ein Auftreten, wie

wir es neulich alle auf der Straße feststellen konnten. (...)

FRAGE: Wie haben Sie vom Gefängnis aus historische Ereignisse mitverfolgt, in denen die uruguayische Arbeiterklasse eine grundlegende Rolle spielte, so z.B. die Kundgebung zum 1. Mai (1983; d. Red.) und der Streik am 18. Januar (1984; d. Red.)?

L. SEREGNI: Ich kann nicht verhehlen, daß wir in diesen langen Jahren stets versucht haben, die Tragweite und Auswirkungen der Unterdrückung des Regimes auf die Volksbewegungen einzuschätzen.

Wir wußten nicht nur von der Auflösung der CNT (Nationale Konvention der Arbeiter, die 1973 verboten wurde; d. Red.), sondern auch von der Beseitigung der Gewerkschaftsführung. Wir erlebten in der Zelle Nr. 1 im 6. Sonderstock mit großer Besorgnis die Entwicklung vor der Organisation des 1. Mai des vergangenen Jahres. Und es war für uns eine Offenbarung und eine Überraschung zu

sehen, wie reif unsere Arbeiterklasse ist, wie tief ihr Gedankengut in ihr verwurzelt ist. (...)

FRAGE: Welche politische Bedeutung messen Sie Ihrer Freilassung bei?

L. SEREGNI: Ich meine, daß meine Freilassung ein konkretes Ereignis ist, das gemeinsam mit der vorangegangenen Freilassung des Ingenieurs Massera, der Erlaubnis der Berufsausübung für Künstler und der Möglichkeit, nationale Autoren zu hören, die wie Los Olimareños und Zitarrosa verboten waren, sicherlich einen Weg der politischen Entspannung anzeigt.

Mit der Fortführung solcher Maßnahmen befinden wir uns bis zum November auf dem besten Weg zu einer wirklichen Normalisierung in unserem Land.

FRAGE: Welche Beziehungen müssen zwischen den uruguayischen politischen Parteien bestehen, damit die zukünftige Demokratie stabil ist?

L. SEREGNI: (...) Ich halte es für eine absolut unerlässliche Bedingung, die Bemühungen der politischen und sozialen Kräfte des Landes abzustimmen. Dies gilt nicht nur für die Etappen, die zur Wiederherstellung der Demokratie führen, sondern auch für das Leben der Demokratie selbst.

Aufgrund der konkreten aktuellen Bedingungen, unter denen wir uns befinden, meine ich, daß diese Beziehungen, die sehr eng sein müssen, durch eine gemeinsame Organisation, die ja schon funktioniert und die „Interpartidaria“ heißt, geleitet werden müssen. (Quelle: Mayoria, Stockholm, 5.4.1984)

Unpolitisch war daher die Erklärung Tarigos, „die Colorados würden zur Wahlurne gehen, auch wenn die Proskription der Kommunistischen Partei und Ferreira Aldunates aufrechterhalten bliebe“. Diese voreilige Aussage kostete seinem Sektor 5 Vorstandsmitglieder, die zum linken Colorado-Flügel Manuel Flores Silvas überwechselten. Eine vorsöhnlichere Haltung nahm Sanguinetti ein, der einräumte, „Ferreira Aldunate sei Kandidat und wenn nicht so nur aus eigenem Willen und nicht durch einen Regierungsbeschluss“.

In dieser komplizierten Situation beging auch der Präsident des Direktoriums der Nationalpartei, Pivel Devoto, einen faux pas, den die Militärs aufbauschten, um so die Einheit der Opposition zu untergraben. Er sollte vorgeschlagen haben, die Wahlen zu verschieben und den Präsidenten der Republik indirekt wählen zu lassen. Das erste war eine Lüge, das zweite scheint eher ein wenig glücklicher Einfall, um Ferreira Aldunate auf einem Umweg am 1. März 1985 vom im November 1984 gewählten Parlament zum Präsidenten künden zu lassen, ohne daß sich die Militärs durch einen offenen Rückzieher zu brüskieren brauchten.

Einheitsfaktor Seregini

Die Intrige der Militärs fruchtete zunächst. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Blancos und Colorados, und auch innerhalb einer jeder dieser Parteien. Die Einheit wurde zumindest auf Eis gelegt, die Interpartidaria, Koordinationsorgan der Oppositionsparteien auf höchster Ebene, trat nicht mehr zusammen.

Es war das Verdienst des Generals Seregini, der sich unmittelbar nach seiner Freilassung mit den Führern einer jeden der Parteien zusammensetzte und die gemeinsame Front der Opposition wiederherstellte.

Am 10. April d.J. kam auf seine Initiative hin die Interpartidaria wieder zusammen. Er selbst und José Pedro Cardozo (Sozialistische Partei) repräsentierten dabei die Frente Amplio. Wiewohl eine öffentliche Erklärung über die einzuschlagende Taktik nicht zu erwarten ist, so scheint sich doch die These der gemeinsamen Aktion gegenüber der Diktatur durchzusetzen.

Das uruguayische Volk besteht auf den Wahlen am 25. November dieses Jahres. Es erwartet auch, daß sich keine der Oppositionsparteien auf Kompromisse mit den Militärs festlegt, die nach der Regierungübergabe deren legale Befugnisse oder die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger vorbelasten, was Verhandlungen und gewisse Vereinba-

rungen mit den Militärs allerdings nicht ausschließt.

Das Wahlergebnis wird auf jeden Fall, auch bei allen Beschränkungen und aller Terrorisierung der Wahlkampagne ein neuer Sieg über die Militärdiktatur sein, eine Eroberung neuer Positionen. Die Garantie für die reale Errichtung der Demokratie aber kann einzig die stete Mobilisierung des Volkes, in den Betrieben, auf der Straße und auf dem Lande geben. Alle bisher erreichten legalen Spielräume und die kommenden Wahlen selbst wurden nur dank der Mobilisierung der Massen gewonnen.

Den 1. Mai dieses Jahres legten 200.000 Arbeiter, Angestellte und Studenten allein in Montevideo vor dem noch geschlossenen Parlamentsgebäude Zeugnis dafür ab. Und dies gilt nicht allein wegen deren Zahl.

Der Aufruf zur Kundgebung war vom Innengewerkschaftlichen Plenum der Einheit (PIT)⁶ und der Nationalen Konvention der Arbeit (CNT)⁷ gekommen. Die beiden Einheitsgewerkschaftsverbände, die erste nach dem Generalstreik vom 18. Januar dieses Jahres illegalisiert, die andere bereits zur Zeit des Staatsstreiches im Juni 1973.

Tot gesagt und doch bei bester Gesundheit war sie präsent. CNT-Präsident José D'Elía war unter den Rednern.

Der fünfzehntägige Generalstreik, mit dem vor über 10 Jahren die Arbeiterklasse auf den Militärputsch geantwortet hatte, wurde in den Worten, die von der Tribüne kamen, wieder lebendig. Die Kontinuität der Gewerkschaftsbewegung und ihres Kampfes nahm von neuem Gestalt an. Die Anwesenheit der Vertreter sämtlicher Parteien auf der Tribüne bezeugte, daß, wer auch immer am 1. März 1985 die Regierung antritt, die Macht der Gewerkschaften in Rechnung zu stellen hat.

Trotz Verfolgung, Gefängnis, Folter, trotz dem polizeilich restriktiven Gewerkschaftsgesetz⁸, trotz der Entlassungen und Repressalien der Unternehmer, hier stand die organisierte Arbeiterklasse geeint denn je. Trotz des Streikverbots wurde gestreikt, wurden Fabriken besetzt (in der Textilindustrie, Fischerei, im Verkehrs- und Gesundheitswesen). Trotz der Diffamierung als „Marxisten“ und „Subversive“, da saßen auf der Tribüne viele der politischen Ex-Gefangenen zusammen mit den Repräsentanten der Parteien.

Der Repressionsapparat der Diktatur – gefährlich und brutal wie eh und je – entspricht heute nicht mehr dem Umfang des Widerstandes. Wenn der Innenminister General Rapela erklärt, „Seregini sei immer noch 'Proscripto' und dürfe sich nicht politisch betätigen“, so sind das Worte im luftleeren Raum.

Oder wenn der Präsident der Republik,

General Gregorio Alvarez, über Rundfunk und Fernsehen vor „der Gefahr des Kommunismus“ warnt, so ist der einzige Widerhall, den er findet, das ohrenbetäubende Töpferesseln in allen Stadtteilen, bis er zu Ende ist.

Mit 225.000 Arbeitslosen, fast 23% der Werktätigen; einem Mindestlohn von 3.090 N\$ (Nuevo Peso; 1 N\$ = 0,06 DM, Stand Dezember 1983; d. Red.), wo laut offizieller Statistik eine vierköpfige Familie 18.008 N\$ benötigt, mit bestenfalls einem Nudelgericht am Tag und dem baren Hunger in einem Land, wo 4 Kühe und 6 Schafe auf den Kopf der Bevölkerung kommen; mit einer Auslandsschuld von 5 Mrd Dollar (1.700 Dollar pro Kopf!) und einem Wirtschaftsminister wie Vegh Villegas, bei dem die Zahlung an die internationalen Banken vor der Ernährung und Gesundheit des Volkes und dem Überleben der nationalen Industrie rangieren, haben Drohungen und selbst die Waffen der Generäle ihre Wirkung verloren.

Vegetieren die Durchschnitts-Uruguayer individuell in nie gekannter Misere, so erleben sie kollektiv in der fast alltäglichen Konfrontation mit den uniformierten Machthabern die Emotion von Kampf und Sieg. Die faschistischen Generäle und ihre Hintermänner, die Großbankiers, können noch manövrieren, aber nur um ihren Abtritt ein wenig hinauszuzögern.

Anmerkungen:

- 1) 1979 im Exil in Mexiko gegründete Oppositionsallianz, die sich am 12. Mai 1984 auflöste, nachdem ihr Ziel, eine Allianz gegen die Diktatur in Uruguay herzustellen, erreicht war.
- 2) Ortschaft am Uruguay-Fluß, 360 km von Montevideo entfernt.
- 3) „Parteien“ ist jetzt faktisch mit Opposition identisch. Sowohl die Colorados als auch die Blancos sind Rahmenparteien, innerhalb derer Sektoren bestehen. Da in der Colorado-Partei 72,5% der Stimmen 1982 für die antidiktatorischen Sektoren abgegeben wurden, sind deren offizielle Repräsentanten die der Opposition. Bei der Nationalpartei (Blancos) sind dies sogar 82%. Die christlich-konservative Union Civica (1,4% der Stimmen 1982) ist ebenfalls antidiktatorisch.
- 4) Einem Dekret der Militärdiktatur zufolge war 12.000 Uruguayern jede politische Aktivität verboten. Jetzt ist ihre Zahl geringer.
- 5) Die Christlich-Demokratische Partei (PDC) gehörte bis 1973 der Frente Amplio an. Nach dem Staatsstreich vom Juni 1973 erklärte sie die Frente Amplio für überholt und war bis zum April 1984 nicht mehr organisatorisch vertreten. Heute gehört sie wieder dem Exekutivkomitee der Front an.
- 6) Die PIT fungiert seit 1983 als Dachgewerkschaft der legalen Betriebsgewerkschaften.
- 7) Die 1966 gegründete CNT erfaßte alle Gewerkschaften und organisierte den Generalstreik vom Juni 1973.
- 8) Das Gewerkschaftsgesetz zwingt nach dem Modell des italienischen Faschistenführers Mussolini die Betriebsgewerkschaften in ein polizeiliches Korsett. Faktisch ist dieses Korsett heute gesprengt.

Gespräch mit Vertretern der palästinensischen Linken Krise und Ausweg der PLO (Teil 2)



Palästinenser im israelischen Gefangenenlager al-Ansar

In Vorbereitung des 17. Palästinensischen Nationalrats (Exilparlament), der möglicherweise im Juli d.J. zustandekommen wird, fanden in Algier und Aden weitere Dialogrunden zwischen den wichtigsten Kräften der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der AL-Fatah (Vorsitz Yassir Arafat) und den palästinensischen Linksorganisationen – der Demokratischen Front (DFLP, N. Hawatmeh), der Volksfront (PFLP, G. Habbash), der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP, gegr. 1982) und der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF, Abspaltung von A. Jibrils PFLP-Generalkommando) – statt. In unserem Gespräch mit drei Führungsmitgliedern der palästinensischen Linksorganisationen, Jamil Helal (DFLP), Bassam Abu Scharif (PFLP) und Salim Al-Majdalawi (PCP), geht es im folgenden um die Einheit der Linken und ihre Sicht der neueren Entwicklung im Libanon. Der letzte Teil des Gesprächs wird sich eingehend mit der Lage des Widerstands im okkupierten palästinensischen Westjordan- und Gazagebiet befassen.

Über die Einheit der palästinensischen Linken

J. HELAL (DFLP): Wir begannen 1979 Diskussionen mit der Volksfront, nachdem diese auf der 14. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates das Etappenprogramm anerkannte. Wir begannen Diskussionen auf der politischen und ideologischen Ebene, um gemeinsame politische Positionen zu finden und um an der Basis unsere Aktivitäten besser zu koordinieren. Es gelang uns im Verlauf der Jahre 1981-82 viele unserer Differenzen aus dem Wege zu räumen.

1983 kündigten wir in einer Stellungnahme die Bildung der gemeinsamen politischen und militärischen Führung an. Wir setzten weitere Schritte zur Festigung dieser Einheit auf die Tagesordnung, wie die Zusammenlegung unserer Massenorganisation, der Jugendorganisation, der Frauenorganisation. Dies sollte eigentlich Ende letzten Jahre erfolgen, allerdings mußten wir dann jedoch unser Hauptaugenmerk auf die Krise innerhalb der PLO legen.

Wir koordinieren inzwischen einen großen Teil unserer militärischen Aktivitäten. Bestimmte Bereiche der Verwaltung wurden zusammengelegt, auch wie-

der insbesondere im militärischen Bereich. Es finden regelmäßig gemeinsame politische Treffen statt und wir geben gemeinsame Kommuniqués heraus.

Wir betrachten dies als Teil des Vereinigungsprozesses der Linken. Dieser Prozeß verläuft über Dialoge, über die Entwicklung gemeinsamer politischer Positionen, über die Koordination unserer Aktivitäten in der Gewerkschaftsbewegung und in den nationalen Massenorganisationen.

Wir haben auch Diskussionen mit der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP) begonnen, und unsere Beziehungen sind inzwischen sehr eng. Was die Probleme innerhalb der PLO betrifft, so hat die PCP die gleichen Positionen wie wir. Wir koordinieren viele unserer Aktivitäten mit der PCP, auf internationaler Ebene, in der Gewerkschaftsbewegung und an der Basis, insbesondere in den besetzten Gebieten, wo die PCP ihre Hauptmassenbasis hat.

Wir hoffen auch, unsere Organisationen eines Tages in einer einzigen Palästinensischen Kommunistischen Partei zusammenschließen zu können. Aber wir sehen dies als einen historischen Prozeß. Denn durch einen bloßen Beschluß läßt sich das noch nicht erreichen.

Wir sehen eine solche Vereinigung nicht als Alternative zur PLO, sondern als notwendigen Schritt, um die Einheit der PLO weiter zu festigen. Wir sehen eine solche Vereinigung – und dies wäre falsch und gefährlich – nicht als Versuch, die PLO zu spalten oder außerhalb der PLO zu arbeiten.

Die Hauptaufgabe einer solchen Vereinigung der marxistisch-leninistischen Kräfte muß darin bestehen, die fortgesetzte Einheit der PLO zu garantieren.

B.A. SCHARIF (PFLP): Die Differenzen zwischen uns und der Demokratischen Front sind in der Tat klein und betreffen nur die Ebene taktischer Details.

Wir haben gute Beziehungen auch zur PCP. Wir haben wegen ihrer Gründung 1982 Kritik geübt, so wie man unter Genossen Kritik übt. Denn der Aufbau einer Vereinigten Palästinensischen Kommunistischen Partei ist nicht etwas, das sich durch ein Kommuniqué vollziehen läßt.

Es ist auch nicht etwas, daß sich durch die Bildung einer gemeinsamen Führung von Volksfront und Demokratischer Front vollzieht oder durch die Zusammenlegung der Kommunistischen Organisationen des Ghazastreifens und der Westbank (vormals ein Zweig der KP Jordaniens; d. Red.).

Wir hatten den Vorschlag gemacht, daß alle marxistisch-leninistischen Organisationen zusammenkommen und die Frage diskutieren, um eine Kommunistische Einheitspartei Palästinas zu gründen. Unsere Kritik an der PCP-Gründung läuft

darauf hinaus, daß wir meinen, daß sich zuvor die PFLP, die DFLP, und die Kommunistischen Organisationen der Westbank und des Ghazastreifens hätten treffen sollen, um sehr eingehend den Prozeß der Vereinigung zu diskutieren und eine Vereinigte Kommunistische Partei zu gründen.

Aber die Tatsache, daß sich die Kommunistischen Organisationen der Westbank und des Ghazastreifens zusammengeschlossen haben, bedeutet nicht, daß wir im Widerspruch zu ihnen stehen oder sie boykottieren. Im Gegenteil, wir versuchen mit der PCP einen Dialog über die Frage zu eröffnen, wie die Palästinensischen Kommunisten sich in Zukunft zusammenschließen können. Wir haben keine Illusionen, daß dies nicht ein sehr komplizierter Prozeß sein wird. Aber es ist nicht unmöglich.

S. AL-MAJDALAWI (PCP): Wir palästinensischen Kommunisten erkennen an, daß es gegenwärtig innerhalb der PLO Organisationen gibt, vor allem unsere Genossen von der Volksfront und der Demokratischen Front, die Subjekt eines Transformationsprozesses sind. Sie haben begonnen, ihre Positionen von nationalrevolutionären Positionen zu marxistisch-leninistischen zu entwickeln. Für uns Kommunisten ist das eine sehr interessante und sehr ermutigende Entwicklung.

Zusammengefaßt: Erstens geben wir als Partei der Arbeiterklasse nicht vor, die gesamte Linke zu vertreten. Zweitens betrachten wir die Verbreitung marxistisch-leninistischer Gedanken innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung als sehr positiv und werden

alles uns mögliche dazu beitragen, daß sich dieser Prozeß weiter fortsetzt. Und drittens erkennen wir die Tatsache an, daß bestimmte palästinensische Organisationen, vor allem die Demokratische Front und die Volksfront sich immer mehr auf marxistisch-leninistischen Positionen hinbewegen.

In diesem Sinne haben wir alles unternommen und werden auch in der Zukunft alles unternehmen, um mit unseren Genossen in der Volksfront und in der Demokratischen Front kameradschaftliche Beziehungen zu pflegen, die Gemeinsamkeiten weiter zu entwickeln. In letzter Zeit haben sich unsere Beziehungen in einer exzellenten Weise entwickelt. Besonders seit dem Aufbrechen der inneren Krise in der PLO haben wir sehr ähnliche Positionen – nicht allein, was die Ursachen der Krise betrifft, sondern auch hinsichtlich der Überwindung der Krise.

Nach Ausbruch der Krise begann sich eine Strömung innerhalb der PLO herauszubilden, die einerseits die Genossen der DFLP und PFLP, andererseits unsere Partei sowie auch die Genossen der PLF umfaßt. Wir haben angefangen auf der Basis von gewissen Übereinstimmungen zusammenzuarbeiten. Wir haben verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie die PLO diese schwierige Situation bewältigen kann.

Natürlich bedeutet das nicht, daß wir eine Strömung außerhalb der PLO geschaffen hätten, aber wir waren der Ansicht, daß wir durch diese Zusammenarbeit eine gewichtigere Rolle spielen könnten, um die Einheit der PLO auf der Grundlage ihrer politischen Linie und

der Beschlüsse von Algier (vom Februar 1983; d. Red.) aufrechtzuerhalten.

Wir haben das Reformprojekt, das von den Genossen der beiden Organisationen vorgeschlagen wurde (Wortlaut in: AIB 1/1984, S.6; d. Red.), unterstützt. Unsere Partei war die erste palästinensische Organisation, der diese Vorschläge unterbreitet wurden. Wir haben gemeinsam darüber diskutiert. Wir haben auch einige Anregungen gegeben, um hier und dort einen Punkt zu vertiefen.

Das heißt nicht, daß wir 100% mit allem einverstanden sind. Aber wir glauben trotzdem, daß das DFLP/PFLP-Reformprojekt ein gemeinsamer Nenner, eine gemeinsame Basis sein kann, um alle Organisationen innerhalb der PLO zu vereinigen.

Aber bis jetzt gibt es noch Divergenzen – weniger was die arabische oder internationale Politik betrifft. Auch, was die Forderung nach Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Nationalstaates angeht, d.h. in allem, was in dem provisorischen politischen Programm der PLO enthalten ist, sind wir einer Meinung.

Aber es gibt Divergenzen, was die Endlösung der palästinensischen Frage betrifft. Die Genossen von der Demokratischen und der Volksfront schlagen die Schaffung eines demokratischen Staates in Palästina vor. Wir hingegen glauben, daß diese Forderung heute nicht mehr realistisch ist. Man kann also sagen, daß auf der strategischen Ebene, was die nationale Frage betrifft, noch Differenzen bestehen.

Aber wir sind sicher, daß durch offene Diskussionen, durch kameradschaftliche

Ausgebombte palästinensische Flüchtlinge in Badov, nahe Tripoli.



WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

5,- DM, Jg. 8, 2. Quartal, Mai 84

A 8104 F, Nr. 21

WECHSELWIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Ökologische Perspektiven & grüner Alltag

Schwerpunkt: Ökologische Perspektiven & grüner Alltag: Natur als Grenze oder als Partner?

* Die Grünen im Bundestagsausschuß für F&T
* Das Umweltlabor Krebsmühle * Öko-Institut
* Ökologie – Alternative zu den „klassischen“
Naturwissenschaften? * Irrationaler Pflanzenschutz * Sanfte Geburt – sanfte Natur? *

Weitere Themen: Die Reichsautobahn * Tier-schutz * Nitrate im Wasser * Wissenschaftlerinnen in der DDR * Ökologische Stabilität und menschliche Arbeit * Innovation, Arbeitnehmerinteressen und Akzeptanz *

Bestellungen an **WECHSELWIRKUNG**
Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61
DM 5,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 20,- Abonnement für 4 Hefte (incl.
Versandkosten) erscheint vierteljährlich

Beziehungen, durch die praktische Erfahrung und den täglichen Kampf auch diese Meinungsverschiedenheiten gelöst werden können. Und warum sollte sich dann nicht auch die Frage der Vereinigung aller Kräfte der palästinensischen Linken in einer einzigen Organisation stellen?

Lehren aus dem Libanonkonflikt

B.A. SCHARIF (PFLP): Gewiß haben verschiedene PLO-Organisationen im Libanon Fehler begangen – politische Fehler und Fehler in ihrem Verhalten gegenüber den libanesischen Massen. Das ist die eine Seite. Aber ich glaube, daß auch die libanesische Bewegung auf der gleichen Ebene Fehler begangen hat. Und deswegen glaube ich, daß sowohl palästinensische wie auch libanesische Kräfte zunächst einmal Selbstkritik üben sollten.

Natürlich müssen wir einräumen: Aufgrund der Tatsache, daß die PLO stärker war, daß die PLO in vielen Dingen eine führende Rolle spielte, kommt der Führung oder Teilen der Führung der PLO auch mehr Verantwortung zu.

Wir sind der Meinung und waren immer der Meinung, daß der Kampf im Libanon und selbst gegen die Israelis durch die fortschrittlichen libanesischen Kräfte geführt werden sollte, und nicht durch die Palästinenser. Aber die PLO war eine große Organisation, die PLO war stärker und die libanesischen patriotischen Kräfte waren schwächer. In dieser Situation entsprach es der Politik der PLO-Führung, die Dinge im Libanon zu kontrollieren, was ein großer Fehler war.

Wir beabsichtigen nicht, unsere Militärpräsenz im Libanon so wieder aufzubauen wie sie einmal war. Wir beabsichtigen nicht, zu dem alten Weg und dem alten Stil unserer Präsenz im Libanon zurückzukehren.

Aber es ist auch eine Tatsache, daß palästinensische Kräfte unter der Führung der libanesischen patriotischen Kräfte eine bedeutende Rolle bei der Erzielung der letzten Erfolge spielten. Wir haben als PLO im Libanon wieder die vollen Rechte, das palästinensische Volk zu repräsentieren. Wir haben das Recht, unsere Massen in den Lagern zu organisieren und dort politisch, kulturell, im Erziehungs- und Informationsbereich zu arbeiten, und niemand hält uns davon ab.

J. HELAL (DFLP): Es gab viele Fehler zu der Zeit, als die PLO ihr Hauptquartier im Libanon hatte. Viele dieser Fehler betreffen die Beziehung zu den libanesischen patriotischen Kräften.

Es gab innerhalb der bürgerlichen Führung des palästinensischen Widerstandes eine starke Tendenz, die Rolle der liba-

nesischen Nationalbewegung zu schwächen, anstatt sie dabei zu unterstützen, eine führende Rolle im Kampf des libanesischen Volkes gegen die phalangistischen Hegemonialbestrebungen und die Versuche der USA, den Libanon in ein amerikanisches Protektorat zu verwandeln, zu spielen.

Im Gegenteil, die bürgerliche Führung der PLO versuchte vielfach die der libanesischen Nationalbewegung zufallende führende Rolle zu übernehmen. Das ist die Realität. Und wir haben während der 10 Jahre aktiver palästinensischer Präsenz im Libanon immer wieder versucht, das zu verhindern.

Ich glaube, daß es gegenwärtig nicht unsere Aufgabe sein kann, als militärische Kraft in Beirut oder in den Bergen zu agieren. Trotzdem ist das, was sich im Moment im Libanon abspielt, ist der Sieg der patriotischen Kräfte in Beirut und in den Bergen auch ein Sieg für die palästinensische Revolution. Dies gilt in doppelter Hinsicht: Zum einen hat er gezeigt, daß es möglich ist, den amerikanischen Plänen eine Niederlage zu bereiten, unabhängig davon, wieviele militärische Machtmittel die USA zusammenziehen, um diese Pläne umzusetzen. Und er unterstrich auch, daß es möglich ist, dem Reagan-Plan (vom September 1982; d. Red.), der Verlagerung des palästinensischen Problems auf die jordanische Ebene und dem Versuch, eine Vertretung der Palästinenser durch Jordanien zu schaffen, eine Niederlage zu bereiten. Zum zweiten beendete der Sieg einen Alptraum der im Libanon lebenden Palästinenser, die ständiger Bedrohung und Unterdrückung ausgesetzt waren. Das ist der Faktor, auf den wir uns jetzt konzentrieren sollten. Wir sollten dazu beitragen, die Situation zu stabilisieren und es ermöglichen, daß die Palästinenser in Beirut und gegebenenfalls auch in ganz Libanon wieder in Sicherheit leben und ihre sozialen und politischen Grundrechte wiedererlangen können.

Wir hoffen, daß wir die Selbstverwaltung der Palästinenserlager im Libanon durch gewählte Volksräte wieder einführen können. Wir hoffen, daß sich die Palästinenser im Libanon wieder zur palästinensischen Revolution bekennen können, ohne deswegen als Verbrecher behandelt zu werden, daß die PLO ihre Büros wieder eröffnen kann und sich die Situation im Libanon wieder normalisiert.

Auf diese Aufgaben sollten wir uns konzentrieren, anstatt uns mit den patriotischen libanesischen Kräften über unsere Militärpräsenz auseinanderzusetzen. Sie haben uns nicht gebeten, militärisch präsent zu sein, und wir respektieren dies. Sie haben es übernommen, unsere Lager militärisch zu schützen.

Wird fortgesetzt

D 74 26 E

AIB

Sonderheft 4/84

2DM

NIKARAGUA

5 Jahre Revolution



Inhalt

<i>Wolfram Bröner</i> Bonn und die Nikaraguafrage	II
<i>Interview mit Tomas Borge</i> Den Ölbaum des Friedens aufrichten	IV
<i>Ute Kampmann</i> 5 Jahre Revolution – Eine Bilanz der Wirtschafts- und Innenpolitik Landreform 1978–84 Nikaragua – Daten Gewerkschaften und Massenorganisationen Parteien und Bündnisse	VII VIII X XII XIII
<i>Gespräch mit Fernando Saavedra</i> Verteidigungskomitees (CDS) – das ist Volksmacht	XV
<i>Interview mit Rafael Solis</i> Die Wahlen sind keine Prinzipienfrage	XXI
<i>John Cavanagh/Joy Hackel</i> Der Wirtschaftskrieg gegen Nikaragua	XXIII
<i>Rüdiger Mack</i> Brigadeinsatz in Nueva Guinea	XXVI
<i>Nico Biver</i> Die US-Intervention und die „Contras“ Chronologie der US-Interventionen Die Miskitofrage – eine Desinformationskampagne	XXVIII XXIX XXX
<i>Julio Cortazar</i> Das neue Nikaragua – Enklave der Hoffnung Material- und Aktionsspiegel	XXXII XXXIV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechtild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluss: 14. 6. 1984

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anzeigen: FDCL, Hammer-Verlag, Frontal, Nahua, Brigade „Carlos Fonseca“, UNIDOC, Solidaritätsshop 3. Welt.

Bonn und die Nikaraguafrage

Die noch unter der sozialliberalen Regierungskoalition, d.h. vor der Herbst-„Wende“ 1982, zugesagten Bonner Entwicklungshilfegelder für Nikaragua wurden kürzlich offiziell eingefroren.

Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) begründete diesen Schritt namens des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in unnachahmlicher Manier: „...anders als in El Salvador geht von Nikaragua eine destabilisierende Wirkung auf die mittelamerikanische Region aus, von Nikaragua aus wird Ideologie, beispielsweise nach Kostarika, exportiert. Es wird auch Gewalt und Revolution exportiert. Und hier ist für uns die entscheidende Trennungslinie.“

Da wird das Opfer dreist zum Täter verzerrt. Da wird ausgerechnet Nikaragua, das sich auf Reagans Geheiß einer systematischen Destabilisierung von außen, d.h. einer wirtschaftlichen Abschnürung und einem Abnutzungskrieg von CIA und „Contras“ gegenüberstellt, selbst als Destabilisierer hingestellt.

Der Zweck der Übung? Washington als eigentlicher Gewaltexporteur und Blockierer einer politischen Verhandlungslösung in der mittelamerikanisch-karibischen Krisenregion (siehe Beitrag von N. Biver), wird aus der Schußlinie genommen. Und papageiengleich unterstellte der bundesdeutsche UN-Botschafter Günter van Well in einer Debatte des Welticherheitsrates am 29.3.1983 Nikaragua, der Verursacher der „Spannungen in der Region“ schlechthin zu sein.

Koppelung mit El Salvador

Die Anschuldigungen werden in Bonn je nach Bedarf unterschiedlich betont oder gewechselt.

Einmal heißt es, Gelder an Nikaragua könnten erst dann bewilligt werden, „wenn die Sandinisten ihren Revolutionsexport einstellen“ (Warnke). Tatsächlich dient Nikaragua weder der Befreiungsbewegung El Salvadors noch Guatemalas als Aufmarschbasis, wohl aber nimmt sein nördlicher Nachbar Honduras diese Funktion für die somozistischen „Contras“ wahr.

Die Bonner Rechtskoalition trägt sich dennoch mit der Absicht, die Hilfe für den wirklichen Gewaltexporteur Honduras zu erhöhen, während sie in einer Erklärung vom 25.1.1984 Neuzusagen an Nikaragua verneint, solange sich dieses nicht „nachhaltig von der Politik der Destabilisierung (der Nachbarländer) abwendet“.

Ein anderes Mal mahnt die Bundesregie-



BMZ-Minister Warnke

rung ausgerechnet gegenüber der sandinistischen Revolutionsführung, die nach dem opferreichen Sturz der Somoza-Diktatur vom Juli 1979 Milde selbst gegenüber den Folterknechten der Diktatur walten ließ, die „Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Institutionen“ (van Well) an. Dergleichen hat man weder Somoza noch den Völkermordregimes El Salvadors und Guatemalas abverlangt, welche es immerhin seit 1979 auf über 50.000 Morde an Oppositionellen gebracht haben.

Nach ihrer Amtsübernahme hatte die CDU/CSU/FDP-Regierung zunächst die bereits unter Minister Offergeld (SPD) zugesagte Nikaragua-Entwicklungshilfe von insgesamt 40 Mio DM übernommen. Die von nikaraguanischer Seite dazu im Februar 1983 unterbreiteten vier Projektvorschläge (Warenhilfekredit für den Kauf landwirtschaftlicher Maschinen, Fernmelde-, Energie- und Industrie-einrichtungen) aber wurden in Bonn erst einmal nicht beantwortet.

Schließlich, am 20.5.1983, überraschte die CDU/CSU im Bundestagsausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit damit, daß sie die Wirtschaftshilfe für Nikaragua und El Salvador gegeneinander verrechnete.

Da – so Warnke – „die Tendenz zu Menschenrechtsverletzungen in El Salvador sinke, in Nikaragua dagegen steige“, müßten die Nikaragua-Vergaben gekürzt, die 1980 unterbrochene Entwicklungshilfe für El Salvador hingegen wieder aufgenommen werden.

Weder Warnkes Menschenrechtssicht noch das ergänzende BMZ-Argument, in El Salvador, nicht aber in Nikaragua fände ein tiefgreifender Reform- und

Demokratisierungsprozeß statt, halten jedoch einer Überprüfung stand. Aus einer vergleichenden Untersuchung der beiden Entwicklungsmodelle, die die Christliche Initiative El Salvador im Juni d.J. anstellte, geht nur Gegenteiliges hervor:

„Gegenüber dem Ausmaß des in El Salvador herrschenden und systematisch vom Staatsapparat entfaltetes Terrors gegen jede Art von Linksoption erscheinen die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua geradezu als nicht sehr schwerwiegend. (...)“

Während selbst Untersuchungen der zuständigen salvadorianischen Behörden zeigen, daß die sog. „Agrarreform“ keines ihrer ursprünglichen Ziele erreicht hat, macht Nicaragua zur Zeit eine tiefgreifende Umstrukturierung des Agrarsektors durch. Als Ergebnis dieses Reformprozesses sind in Nicaragua schon jetzt tausende von Arbeitsplätzen geschaffen worden. Die Produktion an Grundnahrungsmitteln konnte erhöht und die Genossenschafts-

genden Teil der verbindlich zugesagten Geldmittel. Vom BMZ abhängige Institutionen wie der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) werden unter Druck gesetzt, ihre Aktivitäten in Nicaragua einzuschränken bzw. völlig einzustellen. Im Fall El Salvador sind für 1984 hingegen Neuzusagen in Höhe von 23 Mio DM und die Reaktivierung der stornierten Altzusagen vorgesehen.

Das heißt, Bonn beabsichtigt, im Anschluß an die Rückbeorderung eines Botschafters nach San Salvador, noch im Jahr 1984 an die salvadorianische Regierung Duarte 50 Mio DM Entwicklungshilfe auszuzahlen.

Davon sollen ein Gutteil in die Förderung von Kleinbetrieben und 20 Mio DM in die Reparatur der zerstörten Infrastruktur in den umkämpften Zonen flie-

menden Leitlinie der eigenen Mittelamerikapolitik, „weil alles, was die Sicherheit der USA, also unserer eigenen Sicherheitsgaranten, gefährden kann, auch uns gefährdet“.

Mertes' gleichzeitiges Bekenntnis zur Contadora wie zur Kissinger-Kommission sind reine Augenwischerei, stehen doch beide unvereinbar gegeneinander. Erstere legt den Akzent gerade auf eine Entmilitarisierung Mittelamerikas, d.h. auch Abzug der US-Truppen. Letztere zielt in die konträre Richtung, einschließlich der weiteren Unterstützung der antisandinistischen „Contras“.

Ist es bloßer Zufall, daß diese Killer über die christdemokratische Adenauer-Stiftung mit Geldern des CIA versorgt werden? Ist es nur eine kleine Unhöflichkeit am Rande, wenn der Mitdestabilisierer Warnke Nicaragua das Schicksal Grenadas, alsö eine US-Invasion, in einem Welt-Interview vom 16.12.1983 an den Hals wünscht? „Am Beispiel Grenadas“ – so Warnke – „hat man gesehen, daß man nicht unbesaft die Souveränität mißbrauchen kann.“

Nicaragua „bestrafen“!

Der Kurswechsel in der Krisenregion Mittelamerika zeigt darüber hinaus an, daß der außenpolitische Schulterschuß der Bonner Rechtskoalition mit Washington nicht bei der Raketenstationierung „AirLand Battle“ und der „Lastenteilung“ im Nahen und Mittleren Osten (siehe AIB-Sonderheft 2/1984) haltmacht.

Bundeskanzler Helmut Kohl sah das in seiner Regierungserklärung vom 4.5.1983 kaum anders: „Jeder weiß, daß unsere vitalen Interessen über den NATO-Vertragsbereich hinausreichen. Krisenhafte Entwicklungen in anderen Teilen der Welt wirken sich auch auf uns aus. Deshalb brauchen und üben wir Solidarität und Abstimmung mit den Verbündeten, die weltweit Verantwortung übernommen haben.“ Nicaragua als „Übungs“gelände? **Wolfram Brönnner**



„Contra“ Bondilla im ARDE-Büro in Kostarika: Kohl an der Wand, CDU-Gelder in die Hand

bildung entscheidend stimuliert werden.

Während der US-amerikanische Kongreß feststellen mußte, daß ein großer Teil der für El Salvador bestimmten Entwicklungshilfe in die Korruption geflossen ist und sich heute – nach der Ansicht von Experten – auf Konten der salvadorianischen Oligarchie in Miami wiederfindet, zeigen die Erfahrungen von Hilfsorganisationen aus aller Welt, daß in Nicaragua äußerst günstige Bedingungen für die Durchführung sinnvoller Entwicklungsprojekte herrschen. (...)“

Während deutsche Entwicklungshelfer und Experten in Nicaragua u.a. an der Planung eines Krankenhauses, an der Unterstützung der Primärschulbildung und der Einführung eines integrierten Pflanzenschutzes mitwirken, sollen in El Salvador mit deutscher „Entwicklungshilfe“ Straßen und Brücken wieder aufgebaut werden. Solche Art von „Hilfe“ kommt zuallererst der Operationsfähigkeit der salvadorianischen Armee zugute...“

Die Regierungsparteien freilich schlossen unterdessen für den Bundeshaushalt 1984 (Einzelplan 23 des BMZ) Neuzusagen für Nicaragua aus und kürzten die alten Verpflichtungen auf formal 5 Mio DM. Sie blockieren somit den überwie-

ßen. Während man so de facto den salvadorianischen Regierungstruppen im Antiguerillakrieg gemeinsam mit Washington unter die Arme greift, soll das auf einen eigenständigen, revolutionären Entwicklungsweg pochende Nicaragua finanziell mattgesetzt werden.

Diese Wende in der bundesdeutschen Mittelamerikapolitik beinhaltet insofern weit mehr als einen Rückfall in das alte Schema Freund oder Feind der „freien Welt“ bei der entwicklungspolitischen Vergabepaxis. Vor allem nämlich geht es hierbei um den schrittweisen Anschluß an den Interventionismus der Reagan-Administration, an die regionale Kriegsvorbereitung.

Diese wird in Washington penetrant damit gerechtfertigt, die „nationalen Sicherheitsinteressen“ der USA seien akut gefährdet. Bonner Regierungsvertreter wie Staatsminister Alois Mertes (CDU) wiederum erklären eben diese Vorherrschaftsinteressen zur bestimm-





Massendemonstration in Managua gegen die US-Intervention

Tomas Borge Den Ölbaum des Friedens aufrichten

Tomas Borge, einziger noch lebender Begründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), ist heute Innenminister Nikaraguas und Mitglied der Nationalen Leitung der FSLN. Geboren im Jahr 1930, beteiligte sich T. Borge ab 1946 in verschiedenen revolutionären Organisationen am Kampf gegen die Somoza-Diktatur.

1961 gründete er zusammen mit Carlos Fonseca und 10 anderen Gleichgesinnten die FSLN. Borge wurde Anfang 1976 von der Nationalgarde inhaftiert und anschließend 9 Monate lang gefoltert. Mit der Besetzung des Nationalpalastes am 22.8.1978 durch ein FSLN-Kommando konnte auch seine Freilassung erzwungen werden. Zusammen mit Daniel Ortega nahm er an der Befreiung von Leon teil, wo er am 19. Juli 1979 den Sieg der Revolution feierte.

FRAGE: Wie schätzen Sie die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage Nikaraguas und Mittelamerikas ein? Glauben Sie, daß es in dem gesamten Gebiet Krieg geben wird, wenn die USA in das Land oder in El Salvador einmarschieren?

T. BORGE: Die sandinistische Volksrevolution ist ein strategischer Beitrag zum Frieden in Mittelamerika, weil sie die wirklichen Ursachen des Krieges abgeschafft hat. Andere Länder Mittelamerikas sehen sich einer Lage gegenüber, die derjenigen Nikaraguas entgegengesetzt ist.

Honduras ist ein von den USA besetztes Land, das in eine große Militärenklave verwandelt worden ist und eine Wirtschaft besitzt, die, genauso wie die salvadorianische, am Rande des Abgrunds balanciert.

Das salvadorianische Volk führt einen Kampf für seine Befreiung gegen eine Regierung, die von ihrem Völkermord-

heer und dem Weißen Haus unterstützt wird, um zwei sehr typische Länder (El Salvador und Honduras; d. Red.) des Kampfes und der Unterdrückung zu nennen.

Die Folgen werden unabsehbar sein, wenn die USA sich entscheiden, einen Einmarsch in Nikaragua oder El Salvador zu verwirklichen, obgleich sich die nordamerikanische Regierung bereits praktisch, ohne Feigenblatt, an den Angriffen gegen beide Länder beteiligt.

US-Einmarsch wäre folgenschwer

Eine Intervention wird nicht nur die Aussicht auf Frieden in ganz Mittelamerika in weite Ferne rücken, sondern auch angesammelte und verborgene revolutionäre Kräfte entfesseln, was mit einer nicht gekannten Wucht die gesamte politische Landschaft Mittelamerikas verändern wird.



FRAGE: Was waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten Fehler und Irrtümer, die in diesen 4 Jahren vorgekommen sind? **T. BORGE:** Wir haben bei anderen Gelegenheiten gesagt, daß einer unserer wichtigsten und ersten Fehler der war, fast unmittelbar nach dem Sieg zur Normalität überzugehen, während wir in Wirklichkeit mit der Übernahme der Macht ein Land in Ruinen vorfanden, das ausgeplündert war, mit einer gelähmten und zerrütteten Wirtschaft. Das hätte notwendigerweise erfordert, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um einer Situation des nationalen Notstandes entgegenzutreten.

Deswegen, weil wir diese Lage nicht richtig erkannt haben, war es so, daß wir nachher, zu spät, Maßnahmen ergreifen mußten, welche von unseren Feinden ausgenutzt wurden, um auf nationaler und internationaler Ebene Kampagnen mit dem Ziel der Destabilisierung zu starten.

Ein anderer Fehler, über den wir auch zu anderen Gelegenheiten gesprochen haben, ist der, daß wir zu Beginn der Revolution an der Atlantikküste einsehen mußten, daß wir zu wenig Verständnis für die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung dieser Zone hatten.

Die Genossen, die am Anfang zur Atlantikküste geschickt wurden, die ständig an das geschichtliche Programm dachten, mit den besten Absichten, mit dem festen Willen, unseren Brüdern an der Atlantikküste die Bildung, die Gesundheit, die Revolution zu bringen, kannten jedoch nicht die Anthropologie, die Sprachen dieser Völker. Und diese waren vom Somozismus vergessen worden, der sie völlig aus der Erinnerung verbannt hatte.

Dieser kulturelle Zusammenstoß wurde von den Feinden unseres Volkes geschickt ausgenutzt, um in äußerst grausamer Weise die eingeborene Bevölkerung, besonders die Miskitos, zu täuschen.

Trotzdem haben wir jedoch einige wichtige Fortschritte an der Atlantikküste erreicht, wir haben nach und nach diesen Teil Nikaraguas wiedereingegliedert, der heute gemeinsam mit den Bewohnern des Pazifikgebietes voranschreitet.

Trotz dieser Fehler, der unvermeidlichen Unweisheiten eines revolutionären Prozesses — man begeht nur dann keine Fehler, wenn man nichts macht — und in einer Revolution nichts zu tun, nichts zu ändern, das wäre nicht nur ein Fehler, das wäre eine Katastrophe — ist das Ergebnis unterm Strich positiv. (...)

FRAGE: Welche Meinung vertreten Sie hinsichtlich der Anschuldigungen der nordamerikanischen Regierenden gegen Nikaragua über den Export der Revolution, Waffenlieferant der Guerilla, Satellit Kubas und der UdSSR usw.?

Von wegen Export der Revolution

T. BORGE: Wenn wir die Geschichte untersuchen, so sehen wir, daß das dieselben sind, die gestern Augusto Cesar Sandino beschuldigt haben, „Satellit des mexikanischen Bolschewismus“ zu sein, weil er ein Kämpfer der Verteidigung der nationalen Souveränität gegen die nordamerikanische Besatzung war.

Als ob wir die Revolution exportierten! Wir exportieren Kaffee, Baumwolle, Fleisch, aber wir exportieren auch unser Beispiel der Würde und des Patriotismus, und dagegen kann man keine Blockade verhängen.

Wie können wir jemals eine Revolution exportieren? Der Kampf der mittelamerikanischen Völker hat seinen Ursprung in der expansionistischen Politik der USA quer durch die Geschichte hin-

durch. Sie bedeutete Krieg, Hunger und Ausbeutung für Arbeiter und Bauern und Bereicherung für die ausbeuterischen Minderheiten. Deswegen kämpfen die mittelamerikanischen Völker! Man beschuldigt uns auch, die salvadorianische Guerilla mit Waffen zu versorgen, obwohl die wichtigste Bezugsquelle der salvadorianischen Brüder die Waffen sind, die die Regierung der USA an das salvadorianische Heer geliefert hat.

Niemandes Satellit!

Satelliten von Kuba und der UdSSR? Wir sind selbst Herren unserer Entscheidungen. Das kann man leicht an unserer nichtpaktgebundenen internationalen Politik feststellen, an der ganzen Reihe der Beziehungen mit europäischen, asiatischen und afrikanischen Ländern, und mit Ländern des amerikanischen Kontinents. Wir unterhalten Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen und sozialistischen Ländern.

Wir sind sehr auf unsere Unabhängigkeit und Souveränität bedacht, und wir unterwerfen uns keinerlei wie auch immer geartete Bedingungen. Deshalb bestehen unsere Beziehungen zu Kuba und der Sowjetunion innerhalb des Rahmens der

gegenseitigen Achtung. Wir sind Freunde Kubas und der Sowjetunion und vieler anderer Länder, aber wir sind niemandes Satellit.

Deshalb mußte die nordamerikanische Regierung zu einer Lügenkampagne gegen Nikaragua Zuflucht nehmen, um unsere Revolution herabzuwürdigen. Aber wir ziehen es vor, 10 Wahrheiten in einer Sprache zu verbreiten, als eine Lüge in 10 Sprachen, wie es jene tun.

FRAGE: Seit dem Sieg der Revolution haben Sie die schwierige Verantwortung für das Innenministerium. Was war der glücklichste und was war der schmerzlichste Augenblick, den Sie erlebt haben?

T. BORGE: Das Innenministerium verfolgt das Ziel, ein „Wachposten der Freude unseres Volkes“ zu sein. Ich glaube, daß es das in großem Maße erreicht hat. Die Führung des Innenministeriums hat große Erfolge in seinen zwei wichtigsten Gebieten erreicht: Innere Ordnung und Sicherheit des Staates. Im Bereich der inneren Ordnung können wir das Sinken der Verbrechenskennziffer während der ersten 4 Jahre der Revolution in den Mittelpunkt stellen. Heute ist Nikaragua das Land mit dem niedrigsten Niveau an Straftaten in Mittelamerika.



Arbeiter und Milizionär, Faustino Guzman, gehört dem Verteidigungskomitee des industriellen Komplexes INCA von Masaya an.

Während 1980 38.781 Delikte verzeichnet wurden, wurden diese 1981 auf 22.554 reduziert, 1982 auf 10.439, und 1983 wurden nur 8.402 Verbrechen festgestellt. (...)

Unser höchstes Glück ist das Wohlergehen des Volkes und die Sicherheit der Revolution. Die Freude des Volkes ist unsere Freude. Unser Schmerz ist der Schmerz über den Tod unserer kämpfenden Brüder, die aus dem Inneren unseres Volkes geboren wurden.

FRAGE: Verschiedentlich wurde die Großzügigkeit der Revolution gegenüber einigen Gefangenen kritisiert, die freigelassen wurden und sich später der Konterrevolution anschlossen. Denken Sie, daß diese Großzügigkeit ein Fehler war?

T. BORGE: Die Großzügigkeit ist eine Tugend, sie kann kein Fehler sein.

Die Großzügigkeit befindet sich immer in Übereinstimmung mit den moralischen Grundsätzen, mit einer Taktik, die zur Strategie wurde, mit einer Menschlichkeit um jeden Preis, mit der Rechtmäßigkeit einer Auffassung, die sich weigert, die andere Wange hinzuhalten, die aber die Berufung der ausgestreckten Hand, der Barmherzigkeit besitzt.

Großzügigkeit ist eine Tugend

Die Revolution hat ein gutes Gedächtnis, aber sie ist in der Lage, Vergehen immer dann zu vergessen, wenn sich eine menschliche Erneuerung zeigt.

Wir haben immer geglaubt, daß alle Menschen Menschen sind, und daß deswegen die Entmenschlichung umkehrbar ist. Die Revolution glaubt an die Wiedererstattung des verlorenen Paradieses im Bewußtsein der menschlichen Wesen.

Die Großzügigkeit ist auch ein Ergebnis der moralischen Kraft. Bisweilen sagen wir, daß wir unerbittlich im Kampf sind, und großzügig im Sieg.

FRAGE: Können Sie irgendwelche Zahlen, Daten oder Informationen liefern, die zeigen, daß in Nicaragua die Menschenrechte, die religiösen Bekenntnisse und die Freiheit der Presse verteidigt und geachtet werden?

T. BORGE: Das ist ein Thema, das Hauptgegenstand der Lügenkampagnen war, die unsere inneren und äußeren Feinde entfaltet haben.

In Nicaragua hat nur die Revolution die Achtung der Menschenrechte möglich gemacht. Zu einer Gelegenheit haben wir gesagt, daß wir wünschen, uns in ein leuchtendes Beispiel der Achtung der Menschenrechte in diesem Erdteil zu verwandeln, und daß wir das erreichen werden.

Heute können wir sagen – und es gibt weltweit angesehene Zeugen – daß wir die Menschenrechte mit Tatkraft, mit



FSLN-Plakat: „Sandino lebt im Kampf für den Frieden!“

Unduldsamkeit verteidigen und achten, wobei wir Rückfällen, der Beharrlichkeit von Verhaltensweisen und Auslegungen entgegentreten.

Nur mit der Revolution war es möglich, die Folter und die unmenschliche Behandlung Gefangener auszurotten. Nur die Revolution konnte die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Gefangenen durch eine geeignete Politik der Umziehung hervorbringen. Dabei werden die Gefangenen in die produktive Arbeit einbezogen. Sechs Landgüter mit offenem Vollzug sind als ein wirkungsvolles Mittel der Wiedereingliederung in Betrieb.

Nur die Revolution war imstande, sich damit zu befassen, wie die Gefangenen ihre Schuld gegenüber dem Volk unter menschlichen Bedingungen abtragen. Darum haben wir Gebäude für den Strafvollzug verbessert und bauen neue.

Wir geben jedoch zu, daß es in Nicaragua noch immer keine vollständige Achtung der Menschenrechte gibt. Trotz der großen Fortschritte, die die Revolution gemacht hat, gibt es immer noch Menschen ohne Arbeit, gibt es immer noch Kinder, die arbeiten müssen, um zuhause mitzuhelfen, gibt es immer noch Familien, die keine würdige Wohnung haben.

Erst wenn wir keinen Nicaraguaner mehr ohne Brot, ohne Bildung, ohne Wohnung, ohne Arbeit, ohne Gesundheit, ohne Land, ohne Liebe, ohne Glück haben, können wir sagen, daß die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit geachtet werden. (...)

Was die Freiheit der Presse anbetrifft, so muß daran erinnert werden, daß 55% der Radiosender des Landes privat sind, ebenso wie zwei der drei Tageszeitungen, die im ganzen Land verbreitet werden. Jedenfalls gibt es heute eine breite und wirkliche Meinungsfreiheit des Ausdrucks, weil Gruppen von Menschen, die Klassen, die am Rande der Gesellschaft leben – Arbeiter und Bauern –, die praktische Möglichkeit haben, ihre Ideen zum Ausdruck zu bringen; weil nicht nur drei oder vier Einzelne, die die Geldmittel hatten, ein Verlagshaus zu kaufen,

ihre Meinung ausdrücken können, sondern die breiten Massen, die nie Radiosender oder Tageszeitungen hatten, heute Zugang zur Kommunikation haben.

Das ist die wahre Meinungsfreiheit.

FRAGE: Sie haben gesagt, daß Nicaragua einen Wahlprozeß durchführen wird, um die Revolution zu institutionalisieren und nicht, um den USA einen Gefallen zu tun. Glauben Sie, daß dieser Prozeß durchgeführt werden kann, wenn die Tätigkeit der vom CIA finanzierten Gruppen zunimmt?

T. BORGE: Die nordamerikanische Administration setzt ihre verbrecherische und sinnlose Politik der Aggression fort, wie die jüngsten Angriffe auf Ferry de Potosi, auf die Treibstofflager in San Juan del Sur und auf ein Küstenschutzboot im Golf von Fonseca mit hochmodernen, vom CIA gelieferten Booten und Helikopter der Konterrevolutionäre, die Sabotageakte gegen Propangas-LKWs, der Angriff auf Minatas, Chinandega oder die Verminung der Häfen von El Bluff und Corinto beweisen, die zur gefährlichen Havarie des panamaischen Schiffes „Los Caribes“ führte.

Aber nur ein Krieg in großem Maßstab oder ein direkter Einmarsch von seiten der USA wird die Abhaltung von Wahlen verhindern können.

Ungeliebte Wahlen

FRAGE: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es eine nationale und internationale Kampagne gegen den Wahlprozeß in Nicaragua. Was sind die Ziele dieser Kampagne?

T. BORGE: Sicher gibt es eine nationale und internationale Kampagne gegen den Wahlprozeß Nicaraguas, der am kommenden 4. November durchgeführt



Nutznießer und Stützen der Revolution: Landarbeiterfamilie des Produktionszentrums „Pikin Guerrero“, dem Pilotprojekt der Agrarreform

wird. Das überrascht uns nicht, denn das ist Teil des weltweiten Plans des Imperialismus, diese Revolution — um jeden Preis — zu destabilisieren und zu zerstören.

Da sie wissen, daß sie keine Grundlage haben, um an den Wahlen zu gewinnen, und da sie sich der Niederlage bewußt sind, verfolgen sie die Strategie, die Rechtmäßigkeit der Wahlen in Frage zu stellen, wobei sie die Stimmhaltung und die Verwirrung begünstigen.

Natürlich ist der Anführer dieser Kampagne die nordamerikanische Regierung. (...)

FRAGE: Wie sehen Sie die Zukunft Nikaraguas und seiner Revolution angesichts der Tatsache, daß die Regierung der USA Honduras in einen riesigen Stützpunkt der militärischen Aggression gegen den (revolutionären) Prozeß verwandelt hat, und jetzt schon die Durchführung der neuen Manöver „Big Pine III“ (Große Pinie III; d. Red.) vorbereitet?

T. BORGE: Wir ziehen in Erwägung, daß wir uns lange Zeit der Angriffe unserer Feinde erwehren müssen, hauptsächlich der Konterrevolution, die, durch den CIA finanziert, frei in Honduras operiert und die sein Territorium besetzt hat, um unser Land anzugreifen.

Die neuen Manöver stellen nur eine weitere Stufe der Unterstützung der nächsten Operationen dar, die die Konterrevolution und der Imperialismus mit Sicherheit gegen unsere Revolution entfesseln werden. Darüber haben wir keinerlei Zweifel!

Die Revolution vertiefen

Jetzt haben wir die vorherigen Erfahrungen der vergangenen „Big Pine“, die jeden Tag größer werden. Wir sind uns dessen bewußt, daß, solange es den Imperialismus gibt, es die Konterrevolution geben wird.

Und solange es beide gibt, werden wir das Ziel destabilisierender Tätigkeiten sein, weil sie nicht einsehen können, daß sie ihren ehemaligen Hinterhof verloren haben. Trotzdem haben wir Hoffnung, erwarten wir sinnvollere Haltungen späterer nordamerikanischer Regierungen. (...)

Was tun? Wir müssen diese Revolution vertiefen, und uns gleichzeitig mit dem Stahl der Gewehre wappnen, um einem Krieg gegenüberzutreten. Wir müssen mit Optimismus fortfahren, komme was da wolle, den Ölbaum des Friedens aufzurichten, der eine halbwelke Blume ist, eine gemeinsame Sache, und gleichzeitig eine Hoffnung und eine Verpflichtung.

(Quelle: Patria Libre, Managua, Nr. 29, März-April 1984, S. 38-47)



Ute Kampmann

5 Jahre Revolution Eine Bilanz der Wirtschafts- und Innenpolitik

Nikaragua muß sich für „einen verlängerten Kampf mit langen Perioden von Opfern und Not“ vorbereiten, „und gleichzeitig beim Aufbau eines neuen Nikaragua voranschreiten“.¹ Fast 5 Jahre nach der Revolution vom 19. Juli 1979 resümierte so die Sandinistische Versammlung, ein Führungsgremium der Sandinistas, am 18. Mai d.J., die Aufgaben vor denen das Land heute steht.

Wer in Nikaragua selbst oder im Ausland der Illusion erlag, daß nach der Revolution Milch und Honig fließen würden, mußte sich eines Besseren belehren lassen. Die Destabilisierungspolitik der USA, die Angriffe der „Contras“ und der Preisverfall seiner Exportprodukte haben Nikaragua heute vor scheinbar unüberwindbare Probleme gestellt.

Die Mühen der Ebene

Nichtsdestotrotz steht die Mehrheit des Volkes hinter der Revolution, weil es einen Teil der Früchte des Sieges bereits genießt und erkannt hat, daß die Voraussetzungen für seine endgültige politische, wirtschaftliche und kulturelle Befreiung geschaffen sind.

Bereits nach dem Befreiungskrieg mußte der Neuaufbau unter denkbar schwierigen Bedingungen erfolgen. Das Erbe der Diktatur war gekennzeichnet durch Abhängigkeit und Unterentwicklung, die Ausbeutung des Volkes durch den So-

moza-Clan, die Zerstörungen des Erdbebens 1972 und die Folgen des Befreiungskampfes 1978/79.

Der Krieg hatte ungefähr 50.000 Menschenleben gefordert. Der durch die Zerstörung entstandene Schaden wird auf 800 Mio Dollar geschätzt. Über 500 Mio Dollar gingen bis Mitte 1979 dem Land durch Kapitalflucht verloren. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ging 1979 um 25% zurück. Ca. ein Drittel aller Nikaraguaner hatten keine Arbeit.

Daraus ergab sich eine schier unübersehbare Fülle schnell zu bewältigender Aufgaben: Von der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten, der Inangsetzung der Wiederaufbauarbeiten bis zur Neustrukturierung des gesamten Staatsapparates.

Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN), als die führende politische Kraft, setzte dabei das im Kampf gegen Somoza entstandene Bündnis mit der antisomozistischen Bourgeoisie fort. Zwar wurden als eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung der Besitz des Somoza-Clans, die Banken, die Minen und der Außenhandel verstaatlicht, der Anteil des Privateigentums an der Produktion überwiegt aber nach wie vor.

Die Politik der „Nationalen Einheit“ und der „gemischten Wirtschaft“ war in der ersten Phase des Wiederaufbaus relativ erfolgreich.

Die landwirtschaftlichen Produktionsziele wurden zu 97% erreicht. Im Bereich



Die Zerstörungen des Krieges und die Armut des Volkes: das Erbe der Somoza-Diktatur

der Grundnahrungsmittel lagen die Produktionsergebnisse aufgrund der Förderung der Kleinbauern, die zum großen Teil für den Binnenmarkt produzieren, sogar über dem Erwarteten. Dagegen wurde im industriellen Bereich der Plan nur zu 90% erfüllt.²

Der Lebensstandard, vor allem der ärmsten Schichten der Bevölkerung, hat sich einschneidend verbessert. Die Arbeitslosigkeit konnte auf nunmehr 17,5% gesenkt werden. Das Realeinkommen wurde trotz der Inflation erhöht.

Zur Verbesserung der sozialen Lage des Volkes trugen auch Maßnahmen wie die Verringerung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden, die Festlegung eines freien Tags pro Woche und 4 Wochen bezahlten Urlaubs im Jahr, die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und die Einführung eines einheitlichen Gesundheitsvorsorgesystems bei.

Da im Jahr 1980 vor allem der Dienstleistungssektor angewachsen war, sah der Plan 1981 verstärkte staatliche Investitionen im produktiven Bereich und in der wirtschaftlichen Infrastruktur vor. Das BIP wuchs statt der geplanten 18,5% nur um 6%.

Die Gründe für diese insgesamt unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung lagen neben den Destabilisierungspraktiken durch die USA (siehe Beiträge von J. Cavanagh/J. Hackel und N. Biver), der teilweisen Ineffizienz des öffentlichen Sektors und Produktivitätsproblemen durch Streiks und mangelnde Arbeitsdisziplin, vor allem im Investitionsboykott und der Dekapitalisierung der Betriebe durch die Privatunternehmer. Man schätzt, daß durch die Kapitalflucht 120-140 Mio Dollar ins Ausland transferiert wurden.³

Daraufhin erließ die Regierung am 9. September 1981 ein wirtschaftlich-so-

ziales Notstandsprogramm, das im wesentlichen folgende Maßnahmen beinhaltet: Sparmaßnahmen des öffentlichen Haushalts; schärfere Kontrolle des Außenwirtschafts- und Devisenverkehrs; Verbote der Störung der Produktion und der Verteilung.⁴

Konflikt mit der Bourgeoisie

Im Folgenden kam es zu Konflikten sowohl mit der ultralinken Gewerkschaft CAUS als auch mit dem Unternehmerverband COSEP, die in der Verhaftung einiger führender Vertreter beider Organisationen gipfelte.

Die Bourgeoisie sah sich schon durch zwei im Juli 1981 verkündete Gesetze in ihrem Recht auf Privateigentum bedroht: durch das Gesetz über die Konfis-

zierung verlassener und dekapitalisierter Unternehmen und durch das Agrarreformgesetz.

Mit dem Agrarreformgesetz wurde die Möglichkeit der Enteignung für bestimmte Größenordnungen verpachteten oder ungenutzten Landes (je nach Region 380 bzw. 760 ha) gegeben. Die traditionellen Pachtverhältnisse (Arbeits- und Naturalientribut) wurden abgeschafft.⁵

Das Land kann sowohl einzelnen Bauern oder Kooperativen übereignet, als auch als Staatsbetrieb weitergeführt werden. Da die Neubildung von Kooperativen bevorzugt wurde, ging die Verteilung zuerst nur langsam voran. In den ersten anderthalb Jahren bis Dezember 1982 wurden über 100.000 ha vergeben, davon 82% an Kooperativen und 18% an Einzelpersonen. Seit 1983 wurde, um

Landreform 1978-84

Eigentümer	Landverteilung (in 1000 ha)					
	1978 Ausdehnung	%	1983 Ausdehnung	%	1984 (Planung) Ausdehnung	%
Einzelbauern						
mehr als 380 ha	2.219	36,2	861	14,0	709	11,5
152 bis 379 ha	996	16,2	776	12,6	761	12,4
38 bis 151 ha	1.848	30,1	1.817	29,6	1.817	29,6
8 bis 37 ha	943	15,4	426	6,9	426	6,9
weniger als 8 ha	129	2,1	97	1,6	97	1,6
Kredit- und Dienstleistungs-genossenschaften			611	10,0	611	10,0
Produktions-genossenschaften			288	4,8	531	8,7
Agrarreformbetriebe			1.260	20,5	1.183	19,3
Summe	6.135	100,0	6.135	100,0	6.135	100,0



den „Contra“-Angriffen im Norden des Landes zu begegnen, die Landvergabe an Kooperativen beschleunigt und – bis Ende 1983 – über 450.000 ha Land neu verteilt.⁶

Im Jahr 1982 kam es durch Naturkatastrophen und zunehmende Überfälle im Norden zu einem ersten Rückschlag in der Wirtschaftsentwicklung. Durch die Überschwemmung im Mai/Juni und der darauffolgenden Dürre entstand ein Schaden von ca. 450 Mio Dollar.

Negativ wirkten sich auch die von den USA verhängten Wirtschaftsboykottmaßnahmen und die Angriffe der von ihnen unterstützten „Contras“, die 1982 einen Schaden von 58 Mio Dollar verursachten, aus.

Hinzu kommen die aus den verstärkten Verteidigungsmaßnahmen resultierenden Produktionsausfälle.

Dies trug mit dazu bei, daß Nicaragua seit 1979 erstmals einen realen Produktionsrückgang zu verzeichnen hatte. Das BIP sank um 2%. Die Landwirtschaftsproduktion stagnierte, so daß das Ziel der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln bislang nicht erreicht werden konnte. Die Industrieproduktion war rückläufig.

Die durch die Inflation verursachte Reallohnsenkung konnte durch den Ausbau der Subventionen und der staatlichen Sozialleistungen ausgeglichen werden.⁷

Da sich 1983 die Angriffe der „Contras“ und des CIA verstärkt gegen wirtschaftliche Objekte (z.B. den Hafen von Corinto) richteten, waren die Verluste enorm. Die gesamten Schäden belaufen sich mittlerweile auf über 200 Mio Dollar.

Die Ausgaben für Verteidigung im Staatshaushalt stiegen von 18% 1982 auf 20% 1983, und sie werden 1984 schätzungsweise 25% betragen. Dies führte unweigerlich zu Steuererhöhungen, Begrenzungen der Ausgaben für Gesund-

heit und Erziehung und zu einer steigenden Inflationsrate.⁸

Trotz dieser ungünstigen Bedingungen war die Wirtschaftsentwicklung mit einer Wachstumsrate von 5,1% wieder positiv, wozu u.a. die gute Baumwoll- und Kaffeernte, die 36% bzw. 2% über dem Plan lagen, beigetragen haben.

Auch die Subventionierung der Güter des täglichen Bedarfs, deren Verbrauch von 1979-83 um durchschnittlich 10% pro Jahr gestiegen war, wurden 1983 weiter ausgebaut. Von 57 Mio Dollar im Jahr 1981 stieg sie auf 136 Mio Dollar im Jahr 1983, was 26% des Staatshaushalts entspricht.

Diese Politik kann 1984 jedoch nicht beibehalten werden, da die Ausgaben für Subventionen auf 190 Mio – fast die Hälfte des voraussichtlichen Exporterlöses – steigen werden. Von daher wird die Liste der Produkte, die bislang staatlicher Kontrolle und Verteilung unterliegen, von 25 auf 10 gekürzt und sämtliche Subventionen, mit Ausnahme derer für Milch und Zucker, gestrichen.⁹

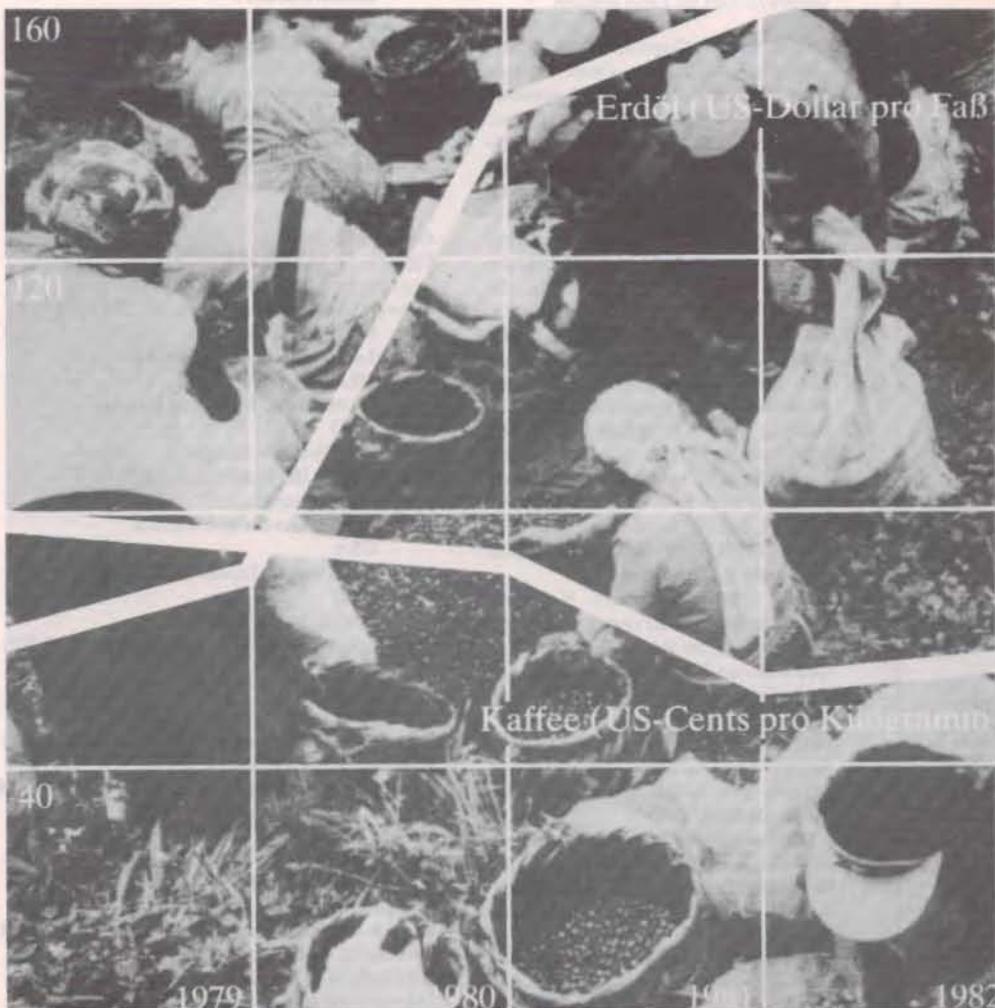
So ist gerade die wirtschaftliche Entwicklung ein Beispiel dafür, wie die äußere Bedrohung durch den Imperialismus den Aufbau einer neuen, gerechteren Gesellschaft behindert.

Ein großes Problem war außerdem die einseitige, auf den kapitalistischen Weltmarkt ausgerichtete Produktionsstruktur. Ziel der sandinistischen Wirtschaftspolitik ist es daher – neben der Förderung der Produktion von Grundnahrungsmitteln –, die Landwirtschaftsexporte so zu steigern, daß der Exporterlös für den Aufbau einer eigenen Industrie verwandt werden kann, und man somit etwas unabhängiger von den Importen aus den Industrieländern wird. Außerdem wurden die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern, vor allem zu den Staaten des sozialistischen Lagers und der Dritten Welt, ausgeweitet.¹⁰

Folgen des ungerechten Tauschs

Die geplante Umstrukturierung der Wirtschaft kam umso schwerer in Gang, da erst einmal die rasche Wiederbelebung der Wirtschaft und die Bewältigung der akuten Notsituation im Vordergrund stehen mußten.

Aufgrund der hohen Inlandsnachfrage nach Konsumgütern und der ständig steigenden Preise für Investitionsgüter und Energie mußte immer mehr Geld für Importe ausgegeben werden.



Steigende Erdölpreise und sinkende Kaffeeerlöse – Hauptgründe für Nicaraguas Außenhandelsdefizit

Nikaragua-Daten

Territorium: 130.649 qkm (BRD 124.000 qkm)

Hauptstadt: Managua mit 693.800 Einwohnern (1981)

Bevölkerung: 2,9 Mio Einwohner (1983); Wachstumsrate: 3,3%. Ethnische Zusammensetzung: 74% Mestizen, 17% Weiße, 9% Schwarze

Sprache: Spanisch, an der Atlantikküste wird auch Englisch, Miskito und Sumo gesprochen

Religion: 94% katholisch, 4% protestantisch

Verwaltung: Das Land ist in 16 „Departamentos“ (Bezirke) und in 136 „Municipios“ (Gemeinden) unterteilt

Geschichte:

- 600 Beginn der Besiedlung durch Tolteken und Azteken
- 1502 Kolumbus entdeckt als erster Europäer Nicaragua
- 1522 Beginn der Eroberung durch die Spanier
- 1678 England erklärt die Atlantikküste zu seinem Protektorat
- 1821 Unabhängigkeit von Spanien
- 1838 Bildung eines eigenständigen Staates
- 1909 Sturz des Reformpräsidenten José Santos Zelaya mit Unterstützung von US-Truppen, die bis 1933 fast ununterbrochen im Land bleiben
- 1926 Beginn des Guerillakrieges unter Führung von Augusto Cesar Sandino gegen die Besatzer, die 1933 abziehen
- 1934 Auf Betreiben des US-Botschafters und des Kommandeurs der Nationalgarde, Anastasio Somoza, wird Sandino ermordet. Damit beginnt die bis 1979 dauernde Somoza-Diktatur
- 1961 Gründung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) unter Führung von Carlos Fonseca, der 1976 fällt
- 1972 Ein Erdbeben zerstört fast vollständig die Hauptstadt Managua
- 1977 Die FSLN dehnt ihre militärischen Aktionen auf das ganze Land aus
- 1978 Bildung der bürgerlichen Breiten Oppositionellen Front (FAO) und der Linksallianz Vereinigte Volksbewegung (MPU)
- 1979 Bildung der Nationalen Patriotischen Front (FPN) aus MPU und linkem Flügel der FAO. Beginn des allgemeinen Volksaufstands am 4. Juni. Er endet am 19. Juli mit dem Sieg der Revolution. Der Somoza-Besitz wird verstaatlicht
- 1980 Ankurbelung der Wirtschaft und Durchführung einer Alphabetisierungskampagne
- 1981 Beginn der Destabilisierungskampagne und des Aufbaus der „Contras“ durch die USA
- 1982 Verhängung des Ausnahmezustands
- 1983 Mehrere „Contra“-Invasionen. Militärmanöver der USA in Honduras und Aufbau von militärischen Einrichtungen
- 1984 Die nikaraguanische Regierung kündigt allgemeine Wahlen für den 4. November an. Die USA lassen die Häfen des Landes verminen



Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

	1977-79	1982-84
Bruttoinlandprodukt (BIP)		
Gesamt (in Mio Dollar von 1980; 1978/83)	2.481	2.363
Je Einwohner (in Dollar von 1980; 1978/83)	975	814
Struktur nach Wirtschaftssektoren (in %; 1977/82)		
Landwirtschaft	22	24
Industrie	22	24
Bergbau und Bauwesen	9	3
Staatliche Verwaltung	5	9
Dienstleistungen	42	40
Struktur nach Eigentümern (in %; 1977/82)		
Staatliches Eigentum	11	39
Privateigentum	67	31
Kleinproduzenten	22	30
Außenwirtschaft		
Exporte (in Mio Dollar; 1978/83)	646	405
Importe (in Mio Dollar; 1978/83)	533	819
Exporte nach Bestimmung (in %; 1977/82)		
Mittelamerika	21,5	13,2
Lateinamerika und Karibik	3,8	3,6
USA	22,7	21,6
Westeuropa, Japan und Kanada	41,5	44,6
BRD	13,4	9,4
Sozialistische Länder	3,5	6,4
Importe nach Herkunft (in %; 1977/82)		
Mittelamerika	22,6	16,8
Lateinamerika und Karibik	16,5	27,2
USA	28,8	19,0
Westeuropa, Japan und Kanada	30,1	22,2
BRD	6,7	3,7
Sozialistische Länder	0,4	11,5
Exportgüter (in % des Gesamtexports; 1978/82)		
Kaffee	30,9	30,4
Baumwolle	21,8	21,4
Zucker	3,0	8,9
Auslandsverschuldung (in Mrd Dollar; 1979/83)	1,7	3,7
Schuldendienst (in Mio Dollar; 1978/83)	44	290
Wechselkurs (Cordobas für 1 DM 1978/Mai 1984)	3,4	3,9
Soziale Kennziffern		
Arbeitslosenrate (in %; 1979/83)	28,0	20,9
Inflation (in %; 1979/83)	48,2	43
Analphabetenquote (in %; 1979/83)	50,4	8
Schüler- und Studentenzahl (in Tausend; 1978/82)	502	902
Lehrerzahl (in Tausend; 1979/82)	13	12
Säuglingssterblichkeit (pro Tausend; 1979/82)	121	90
Lebenserwartung (in Jahren; 1978/82)	52,5	57,6
Sozialversicherte (in Tausend; 1979/82)	112	242

Die Preise der nikaraguanischen Exportgüter, deren Produktion außerdem wegen der oben genannten Schwierigkeiten nur unzureichend gesteigert werden konnte, sanken dagegen beständig ab.

Die Handelsbilanz wies daher seit 1980 in jedem Jahr ein Defizit von ungefähr 400 Mio Dollar auf. Um dieses Handelsbilanzdefizit finanzieren zu können, mußten im Ausland neue Kredite aufgenommen werden. Die Gesamtverschuldung belief sich 1983 auf 3,7 Mrd Dollar. 1,6 Mrd davon hatte Somoza dem Land hinterlassen. Um nicht völlig von der Vergabe neuer Kredite ausgeschlossen zu werden, mußten die Sandinistas die alten Schulden anerkennen.

Bei den 1981 abgeschlossenen Umschuldungsverhandlungen konnte jedoch ein Zahlungsaufschub bis 1985/86 vereinbart werden; momentan sind hauptsächlich die Zinsen zu zahlen.¹¹

Trotz dieses relativ günstigen Verhandlungsergebnisses betrug der Schuldendienst 1983 290 Mio Dollar. D.h. 71,6% der Exporterlöse mußten für die Tilgungs- und Zinszahlungen aufgewendet werden.

Bisher hat Nicaragua seine Schulden pünktlich bezahlt. Nach den letzten Zinserhöhungen in den USA erklärte der Präsident des Internationalen Fonds für Wiederaufbau (FIR), Blandon, Anfang Juni d.J. in Managua, die Regierung könne ihren Auslandsverbindlichkeiten nicht mehr nachkommen.¹²

Politischer Pluralismus

Mit dem Sieg der Revolution wurde nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politisch-administrativen Bereich ein Neuaufbau erforderlich. Die Grundlage hierfür war, analog dem System der gemischten Wirtschaft im Bereich der Wirtschaft, der politische Pluralismus.

So setzte sich die Regierungsjunta des nationalen Wiederaufbaus (JGRN), die eigentliche Exekutive, zunächst neben den beiden Vertretern der FSLN (Daniel Ortega, Moises Hassan) aus zwei Vertretern des bürgerlichen Spektrums (Alfonso Robelo, Violetta Chamorro) und einem Vertreter der „Gruppe der 12“ (Sergio Ramirez) zusammen.

Dieses Bündnis drohte erstmals durch den Rücktritt V. Chamorros und A. Robelos zu zerbrechen. Doch die beiden Junta-Posten konnten wieder mit zwei Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager, mit Rafael Cordova und Arturo Cruz, besetzt werden. In dieser Zusammensetzung blieb die Junta bis März 1981 bestehen. Seither ist sie, unter Beibehaltung der politischen Proportionen, auf drei Personen (Daniel Ortega, Rafael



Die wichtigsten politischen Führer (vlnr.): Sergio Ramirez, Dr. Rafael Cordova Rivas, Daniel Rivas (Mitglieder der Regierungsjunta), Tomas Borge (Innenminister)

Cordova und Sergio Ramirez) reduziert. Neben Junta und Regierung steht der parlamentsähnliche Staatsrat, in dem alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, Verbände, Organisationen und Parteien vertreten sind.

Zu Beginn des Jahres 1980 wurden die Sitze im Staatsrat von 33 auf 47 erhöht (später sogar auf 50), da inzwischen neue Organisationen, z.B. die sandinistische Gewerkschaft CST gegründet worden waren. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung sollten sie ebenfalls Sitz und Stimme im Staatsrat erhalten.

Da sich durch die Einbeziehung der Massenorganisationen das Kräfteverhältnis zugunsten der FSLN verschob, kam es zu Konflikten mit den bürgerlichen Kräften, in deren Folge sich die Demokratische Nationale Bewegung (MDN), die Partei des heutigen „Contra“-Führers Alfonso Robelo, aus dem Staatsrat zu-

rückzog.

Die Hauptaufgabe der Massenorganisationen (siehe Kasten) ist es, verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu organisieren, um eine möglichst große Beteiligung der Bevölkerung am revolutionären Prozeß zu erreichen. Neben dieser allgemeinen Aufgabe, die Verteidigung der Revolution, ist durch die Vertretung im Staatsrat gewährleistet, daß auch gruppenspezifische Forderungen dort vorgebracht und diskutiert werden.

Organe der Volksmacht

Die größte Massenorganisation sind die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), die nach Stadtteilen organisiert sind. Sie entstanden während der Aufstandsperiode 1978-79 und spielten eine herausragende Rolle bei der Unterstüt-



Die Mutter eines gefallenen Kämpfers übergibt im Beisein von Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock an einen Bauern eine Landbesitzurkunde

zung der Guerilla. Nach dem Sieg waren sie eine wichtige Hilfe bei der Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen an der Basis. Sie übernahmen z.B. die Organisation der Lebensmittelversorgung, unterstützten die Alphabetisierungskampagne, die Impfkampagnen usw. (siehe Gespräch mit Fernando Saavedra in diesem Heft).

Der eigentliche Aufbau der Sandinistischen Gewerkschaftszentrale (CST), die aus den vormaligen Betriebskomitees der Sandinistas hervorging, vollzog sich erst nach dem Sieg. Aufgrund zahlreicher Neugründungen einzelner Betriebsgewerkschaften, die sich mehrheitlich der CST anschlossen, hatte diese eine rasche Mitgliederexpansion und vertritt heute über 80% der organisierten Arbeiter.

Gewerkschaften und Massenorganisationen

Sandinistische Organisationen

Sandinistische Verteidigungskomitees (CDS), die auf Stadtteil- und Dorfebene 500.000 Nikaraguaner organisieren
Sandinistische Jugend 19. Juli (JS 19J), mit 40.000 Mitgliedern

Vereinigung der Frauen Nikaraguas „Luisa Amanda Espinoza“ (AMNLAE), 30.000 Mitglieder

Nationale Vereinigung der Bauern und Viehzüchter (UNAG), die 80.000 Klein-, Mittel- und Genossenschaftsbauern organisiert
Sandinistische Kinderorganisation (ANS)

Gewerkschaften

Es bestehen 6 Gewerkschaftszentralen, die über Mitglieder in allen Wirtschaftsbereichen verfügen:

Sandinistische Arbeiterzentrale (CST), 111.498 Mitglieder

Allgemeine Arbeiterföderation (CGT(i)), unabhängig, 17.177 Mitglieder, unter Führung der PSN

Nikaraguanische Arbeiterzentrale (CTN); 2.734 Mitglieder; unter Führung der PSC

Zentrale der Gewerkschaftlichen Aktion und Vereinigung (CAUS), 1.939 Mitglieder, unter Führung der PCN

Föderation der Gewerkschaftlichen Vereinigung (CUS), 1.670 Mitglieder, unter Führung der PSD

Arbeiterfront (FO), unter Führung der MAPML

Fünf Gewerkschaften, mit bestimmendem Einfluß der FSLN, organisieren nur bestimmte Berufsgruppen:

Vereinigung der Landarbeiter, 40.000 Mitglieder

Föderation der im Gesundheitswesen Beschäftigten (FETSALUD), 15.613 Mitglieder

Nationale Vereinigung der Lehrer Nikaraguas (ANDEN)

Union der Journalisten Nikaraguas (UPN)

Nationale Union der Angestellten (UNE).

Insgesamt waren Ende 1983 207.391 Nikaraguaner in Gewerkschaften organisiert. CST, ATC, CGT(i), CAUS, FO, FETSALUD, ANDEN, UPN und UNE sind Mitglieder der Gewerkschaftskoordination Nikaraguas (CSN), die 1980 gegründet wurde.



„Wir sind keine Vögel, die von der Luft leben; wir sind keine Fische, die vom Meer leben; wir sind Menschen, die von der Erde leben“

In dem Bemühen um eine stärkere gewerkschaftliche Einheit fand im November 1980 auf ihre Initiative ein erster Gewerkschaftskongreß statt, bei dem die Nikaraguanische Gewerkschaftskoordination (CNS) gegründet wurde. Die CNS umfaßt alle Gewerkschaftsverbände außer der CUS und der christlichen CTN¹³ (siehe Kasten).

Auch bei der Landarbeitergewerkschaft ATC, die im März 1978 gegründet wurde, begann der Aufbau erst nach dem 19. Juli 1979. Die ATC konnte sowohl in staatlichen, als auch in privaten Betrieben wesentliche soziale Verbesserungen durchsetzen. In beiden Bereichen ist die ATC in verschiedenen Gremien an der Mitbestimmung der betrieblichen Entscheidungen vertreten.

Aufgrund der Interessenunterschiede zwischen Landarbeitern und Kleinbauern wurde im April 1981 eine eigene Organisation der Klein- und Mittelbauern gegründet, die UNAG. Vor allem die Mitglieder der Kooperativen haben sich in der UNAG organisiert.¹⁴

Die sandinistische Frauenorganisation AMNLAE gab sich nach dem Sieg der Revolution den Namen Luisa Amanda Espinoza, der ersten Frau, die als Mitglied der FSLN 1964 im Kampf gegen Somoza fiel.

Die AMNLAE versucht die Beteiligung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen durch die Abschaffung institutioneller Barrieren und durch Bewußtseinsänderung zu erreichen.¹⁵ Der dazu

nötigen Erziehungs- und Bildungsarbeit wird große Bedeutung beigemessen.

Im Staatsrat konnte AMNLAE einige wichtige Verbesserungen der juristischen Situation der Frau durchsetzen. Sie betreffen vor allem das Familien-, Ehe-, und Scheidungsrecht, aber auch frauenspezifische Bestimmungen im Arbeits- und Strafrecht. Ebenso wurde auf Initiative von AMNLAE die Kommerzialisierung, Darstellung und Benutzung der Frau als Sexualobjekt verboten.

Die Sandinistische Jugend (JS) ist eine wichtige Kraft bei der Mobilisierung von Jugendlichen für freiwillige Ernteeinsätze und für die Sandinistische Volksmiliz (MPS). Ihre erste große Aufgabe erfüllte sie in der Mitarbeit bei der Alphabetisierungskampagne.

Neben den Lehrern waren viele nikaraguanische Schüler und Studenten zu Alphabetisatoren ausgebildet worden, die aufs Land und in die Berge zogen, um dort gemeinsam mit den Bauern zu arbeiten und nach Feierabend die Alphabetisierungskurse durchzuführen. Es wurden ca. 500.000 Menschen unterrichtet und die Analphabetenquote von ca. 50% auf 8% reduziert.

Obwohl Fernando Cardenal, Bruder von Kulturminister Ernesto Cardenal und Mitglied des Jesuitenordens, Hauptverantwortlicher der Alphabetisierungskampagne war, äußerte neben der bürgerlichen Opposition auch die katholische Kirche Bedenken gegen die Kampagne, weil sie der „ideologischen In-



doktrinierung" diene. Dieses Zusammengehen von rechter Opposition und Kirchenhierarchie sollte auch in der Folge bestehen bleiben.

Bereits im Mai 1981 ließ es die Bischofskonferenz auf eine Machtprobe ankommen, als sie die vier in hohen Regierungsämtern tätigen Priester aufforderte, diese Ämter niederzulegen. Durch die Unterstützung der christlichen Basisgemeinden und der Vermittlung des Vatikans konnten die Priester in ihren Ämtern bleiben. Sie verzichteten jedoch darauf, ihre Priesterfunktionen auszuüben.

Auch die Umsiedlung der Miskitos (siehe Kasten) aus den Kriegszonen im Norden des Landes Anfang 1982 veranlaßte die Kirche zu schweren Vorwürfen gegen die Regierung. Keine Worte der Verurteilung fand sie dagegen für die Überfälle und Morde der „Contras“.

Bruch mit dem Klerus

Daß der Konflikt nicht zwischen Regierung und Kirche, sondern zwischen Kirchenhierarchie und Basiskirche verläuft, machte der Papstbesuch im März 1983 deutlich. Anlässlich einer Messe in Managua, an der 700.000 Menschen teilnahmen, wurden Rufe wie „Wir wollen Frieden“ laut, die den Papst teilweise am Reden hinderten. Er hatte die Erwartungen der Menschen nach einer Verurteilung der Überfälle an der Grenze nicht

erfüllt und sich offen hinter den rechten Erzbischof Obando y Bravo gestellt.¹⁶ Ein anderer Konfliktpunkt zwischen Regierung und Kirchenhierarchie war das 1983 verabschiedete Wehrpflichtgesetz, demzufolge Männer zwischen 17 und 25 Jahren mit ihrer Einberufung rechnen müssen. Der erste Entwurf sah die Verweigerungsmöglichkeit aus Gewissensgründen vor.

Erzbischof Obando erklärte dazu, nicht nur die Gewissensablehnung des Tötens, sondern auch die der Regierung rechtfertigte die Wehrdienstverweigerung, zumal es sich in diesem Fall nicht um die Verteidigung des Vaterlandes, sondern einer Ideologie handele.¹⁷ In der endgültig verabschiedeten Gesetzesvorlage wurde der Passus daraufhin ganz gestrichen.

Mit dem Treffen am 9.11.1983 zwischen Vertretern der Kirche und der Regierung wurde nach 2 Jahren der offizielle Dialog wieder aufgenommen. Denn auch Erzbischof Obando, der, als die Verbrechen Somozas allzu offenkundig wurden, an der Seite der Opposition stand, ist gezwungen, auf die Basis, die mehrheitlich auf seiten der Regierung steht, Rücksicht zu nehmen.

So ist anzunehmen, daß der Versuch, die Konterrevolution über die Kirche auszufragen, zum Scheitern verurteilt ist.

Ein weiteres wichtiges Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung ist die Abhaltung von Wahlen, die im Grundgesetzstatut der Republik vorgeschrieben sind, „soweit es die Bedingungen des nationalen Wiederaufbaus erlauben“. Vor allem die bürgerliche Opposition, die den Sandinistas ständig mangelnden Pluralismus vorwirft, drängte darauf hin.

Wahlen wie versprochen

Im August 1983 wurde durch die Verabschiedung des Parteiengesetzes ein erster Schritt in Richtung Wahlen getan. Dieses Gesetz definiert zum ersten Mal in der Geschichte Nikaraguas die rechtliche Stellung der Parteien und gibt ihnen die Möglichkeit, „ihren Anspruch auf die politische Macht geltend zu machen“. Als Einschränkung gilt das Verbot der Rückkehr zum Somozismus oder die Einrichtung eines ähnlichen politischen Systems.¹⁸

Seit Dezember 1983 wurde im Staatsrat der Entwurf eines Wahlgesetzes diskutiert, dessen endgültige Fassung am 15. März 1984 verabschiedet wurde. Es sieht Wahlen für ein 90köpfiges Parlament, einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten vor. Auf einer Kundgebung am 21.2.1984, anlässlich des Todestages von Augusto Cesar Sandino, wurde der ursprünglich erst 1985 geplante Wahltermin für den 4. November 1984, 2 Tage

vor den Präsidentschaftswahlen in den USA, bekanntgegeben.

Wahlberechtigt sind alle Nikaraguaner ab 16 Jahre, auch die Angehörigen der Streitkräfte. Die Herabsetzung des Wahlalters erfolgte auf Initiative der Sandinistischen Jugend, die dies mit ihrer aktiven Teilnahme am Kampf gegen Somoza und am Wiederaufbauprozeß begründete.

Vom Wahlrecht ausgenommen sind Strafgefangene, ehemalige Offiziere der somozistischen Nationalgarde, Angehörige der „Contras“, die die Amnestie von Dezember 1983 nicht in Anspruch genommen haben, und ihre Anführer.

Parteien und Bündnisse

In Nicaragua bestehen heute 12 politische Parteien.

Linksparteien

Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN), entstand 1961 unter Führung von Carlos Fonseca

Sozialistische Partei Nikaraguas (PSN), gegründet 1944; beruft sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus

Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC), entstand 1976 als Linksabspaltung der PSC (s.u.)

Unabhängige Liberale Partei (PLI), entstand 1944 aus einer Abspaltung der Liberalen Partei Somoza Garcias; gehört der Liberalen Internationalen an

Kommunistische Partei Nikaraguas (PC de N), entstand 1970 als ultralinke Abspaltung der PSN

Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP-ML); stand bei ihrer Gründung 1972 auf maoistischen Positionen

Rechtsparteien

Christlich-Soziale Partei (PSC), entstand 1957, Mitglied der Christdemokratischen Internationale

Sozialdemokratische Partei (PSD), entstand einen Monat nach der Revolution, um die Unterstützung der Sozialistischen Internationale von der FSLN abzulenken

Liberale Konstitutionalistische Partei (PLC), entstand 1967 als Abspaltung der Liberalen Nationalistischen Partei Somozas

Konservative Demokratische Partei (PCD), entstand 1956 aus der Konservativen Partei, die mit Somoza zusammenarbeitete.

Außerdem wurden nach der Revolution die unbedeutenden Parteien **Authentische Christlich-Soziale Volkspartei (PPSCA)** und die **Demokratische Aktion (AD)** gegründet.

Die FSLN, die PSN und die PPSC gehören der Revolutionären Patriotischen Front (FPR) an. PSC, PSD, PLC und ein Teil der PCD bilden zusammen mit dem Unternehmerverband COSEP und den beiden rechten Gewerkschaften CTN und CUS die **Demokratische Koordination „Ramiro Sacasa“ (CDN)**. Die PLI trat im März d.J. aus der FPR aus. Alle Parteien, mit Ausnahme der MAP-ML, der PPSCA und der AD, verfügen über einen Sitz im Staatsrat, die FSLN über sechs Sitze.

frontal, das sozialistische
Magazin – nicht nur für Studenten
Autoren + Gesprächspartner waren u. a.:

frontal POLITIK Detlef
Hensche: 35 Stunden sind
genug **frontal** FRIEDEN Pe-
ter Glotz/Wolfgang Abend-
roth: SPD und Frieden
frontal INTERNATIONALISMUS
Ernesto Cardenal: Nicaragua
frontal HOCHSCHULE Björn
Engholm: Elite
frontal



frontal im Juli u. a.:
TITEL: Imperialismus
heute – Leben und sterben lassen
Weltbank und „Dritte Welt“ ★ Sahelzone ★
USA und Europa ★ Entwicklungshilfe der EG ★
USA und UN-Organisationen ★ Medienordnung ★
POLITIK: SPD nach dem Parteitag ★ Chile heute ★
35-Stunden-Streiks ★ ANC und Südafrika ★
KULTUR: Wolfgang Pohrt zum Abschied ★ Martin
Buchholz: Intelligenztests ★ Ina Deter: Ein Verriß
UND: Kritische Psychologie ★ Interview mit Gert
Weisskirchen, SPD-MdB ★ Frauen und
Rechtsregierung

Ein Angebot



GESCHENKT bekommt jeder neue Abonnent das „Frauen Bilder Lesebuch“ von EP.
KOSTENLOS möchte ich die frontal kennenlernen. Schickt mir bitte ein Exemplar gratis für 14 Tage unverbindlich zur Probe.
Wenn ich Euch nach Ablauf der 14 Tage nicht schriftlich mitteile, daß ich auf ein frontal-Abonnement verzichte, erhalte ich frontal im Abonnement und bekomme als Geschenk das „Frauen Bilder Lesebuch“. Der Preis für ein Jahresabonnement (6 Hefte) beträgt 12 DM inkl. Porto. Nach Ablauf eines Jahres verlängert sich das Abonnement um ein weiteres Jahr, ich kann jedoch den Bezug zum Jahresende beenden.

Name

Straße

Wohnort

Datum/Unterschrift

An: frontal, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn

Die Durchführung und Kontrolle der Wahlen liegt in den Händen des dreiköpfigen Obersten Wahlrates, der vom Obersten Gerichtshof ernannt wird. Vor den Wahlen werden die politischen Bestimmungen des Ausnahmezustands aufgehoben, d.h. die Pressezensur beschränkt sich auf rein militärische Berichterstattung und die Versorgungslage. Allen Parteien wird die gleiche Sendezeit in Fernsehen und Radio eingeräumt werden. Der Staat gewährt jeder Partei zur Unterstützung ihres Wahlkampfes eine Grundfinanzierung von 6 Mio Cordobas.¹⁹

Das Dilemma der Opposition

Noch vor der Verabschiedung des Wahlgesetzes zogen sich die rechten Parteien aus dem Staatsrat zurück. Sie waren teilweise Ende Januar 1984 erst wieder in den Staatsrat zurückgekehrt, um an der Diskussion um das Gesetz teilzunehmen, konnten sich aber gegen die Revolutionäre Patriotische Front (FPR), der die FSLN, die Sozialistische Partei Nikaraguas (PSN), die Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC) und – bis dahin – die Unabhängige Liberale Partei (PLI) angehörenden, nicht durchsetzen.

Da sich die rechten Parteien ihrer geringen Wahlchancen bewußt sind, standen sie nun vor einem Dilemma. Sollten sie die ständig von ihnen geforderten Wahlen boykottieren, und damit ihre alten Forderungen in erster Linie als Propaganda gegen die Regierung entlarven? Oder aber sollten sie sich an den Wahlen beteiligen, und damit zur Legitimierung der sandinistischen Regierungspolitik beitragen?

So versuchten sie durch einige unannehmbare Forderungen den Wahlen einen undemokratischen Anstrich zu geben. Sie verlangten z.B. die Aufhebung des Wehrdienstgesetzes, des Gesetzes zur Behinderung der Kapitalflucht und – ungeachtet des Kriegszustandes – die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Pressezensur. Weiter forderten sie im Gleichklang mit Washington, den Bischöfen und den „Contras“ die Abhaltung „eines nationalen Dialogs mit allen politischen Parteien und Bewegungen, eingeschlossen diejenigen, die zu den Waffen gegriffen haben“.²⁰

Ferner verlangten sie eine Amnestie für die „Contra“-Führer, die Überwachung der Wahlen durch die Organisation Amerikanischer Staaten oder die Contadora-Gruppe sowie gesonderte Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung. Die Regierung lehnte diese Forderungen ab. Daniel Ortega, der Koordinator der Regierungsjunta, erklärte dazu: „Wir

werden keine Konzessionen machen, die denen die Macht in die Hand geben, die die Interessen des Somozismus vertreten.“²¹ Die rechten Parteien gaben daraufhin am 12. Juni d.J. bekannt, unter den gegebenen Bedingungen nicht an der Wahl teilzunehmen.

Auch unter den revolutionären Kräften gab es Auseinandersetzungen um die Wahlen. Obwohl der PLI-Vorsitzende Virgilio Godoy das Wahlgesetz als „das bestmögliche, was man unter den gegebenen Umständen erreichen konnte“²² bezeichnete, beschloß die PLI aus der FPR auszutreten und eigenständig zu kandidieren.

Differenzen gab es ebenfalls mit den ultralinken Parteien PCdeN und MAP-ML, die den Sandinistas eine zu große Kompromißbereitschaft vorwarfen. Offen ist bisher noch, wie die Massenorganisationen, die als solche nicht an den Wahlen teilnehmen können, künftig Einfluß auf die Regierungsentscheidungen nehmen können. Da aber in den Reihen der FSLN Vertreter der Massenorganisationen kandidieren werden, ist auf dieser Ebene auf jeden Fall abgesichert, daß die Probleme und Forderungen der Bevölkerung weiterhin Eingang in die Gesetzgebung finden.

Anmerkungen:

- 1) Barricada Internacional, Managua, 28.5.1984
- 2) Vgl. R. Peltzer/J. Buddenkotte, Zur Entwicklung in Nicaragua, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/Mai 1981, S. 561-575
- 3) Siehe: E. Fürst u.a., Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten, Zwei Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik, Wuppertal 1982, S. 80ff.
- 4) Ebenda, S. 88
- 5) Siehe: Patria Libre, Managua, Nr. 29, März-April 1984
- 6) Siehe: Mittelamerika-Informationsdienst (mid), Frankfurt, 14.-20.12. 1983
- 7) Siehe: Envio, Managua, Nr. 24, Juni 1983
- 8) Vgl. Barricada Internacional, 28.5. 1984
- 9) Vgl. Agencia Nueva Nicaragua (ann), Managua, 28.5. 1984
- 10) Siehe: mid-Analyse, Nr. 1, März 1984
- 11) Siehe: R.S. Weinert, Nicaragua's debt renegotiation, in: Cambridge Journal of Economics, Juni 1981, S. 187-194
- 12) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.6. 1984
- 13) Siehe: GEW/FDCL (Hrsg.), Der Kampf hat viele Gesichter. Gewerkschaften in Nicaragua, El Salvador und Guatemala, Wuppertal 1982, S. 24-37
- 14) Siehe: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 6-7/Juli-August 1983
- 15) Vgl. L. Luger/B. Sulzbacher, Somos. Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung, Berlin-West 1984, S. 50ff.
- 16) Siehe: Envio, Nr. 21, März 1983
- 17) Siehe: mid, 29.10.-18.11.1983
- 18) Siehe: Envio, Nr. 34, April 1984
- 19) Ebenda
- 20) Barricada Internacional, 9.1. 1984
- 21) Süddeutsche Zeitung, München, 24.2.1984
- 22) Frankfurter Rundschau, 4.6. 1984



CDS-Versammlung in Managua

Gespräch mit Fernando Saavedra Verteidigungskomitees (CDS) – das ist Volksmacht

Mit dem Sturz des Somoza-Regimes im Juli 1979 entstanden die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS). Sie gelten heute als eigentliche Basisorgane der Volksmacht und mit über 500.000 Mitgliedern als größte Massorganisation. Über Werdegang und Aufgaben der CDS befragte das AIB in Managua Fernando Saavedra (23), Sekretariatsmitglied des Nationalen Exekutivkomitees der CDS.

AIB: Die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) wurden doch wohl erst nach dem Sieg der Sandinistas 1979 aus der Taufe gehoben? Woraus gingen sie hervor?

F. SAAVEDRA: Historischer Vorläufer der CDS waren die Komitees zur Zivilverteidigung (CDC). Sie waren im Jahre 1978 gegründet worden, um die Zivilbevölkerung im wesentlichen auf den Endaufstand vorzubereiten.

AIB: Dies waren Komitees, die die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) initiiert hatte?

F. SAAVEDRA: Ja. Die Gründung der CDC ist von den Sandinistas angeleitet worden über die Bewegung Vereintes Volk (MPU, im Juli 1978 gegründetes Linksbündnis; d. Red.).

Die Vorläuferkomitees (CDC) waren...

Die ersten Aufgaben bestanden darin, in den Stadtvierteln Volksapotheeken und Volksläden zu organisieren und zwar für den Fall, daß Streiks oder Versorgungsschwierigkeiten beständen.

Sie hielten Seminare für die erste Hilfe ab. Es wurden Geheimkliniken gegründet, um die Verwundeten zu betreuen und der Zivilbevölkerung die am Kampf gegen Somoza teilnahm, die Möglichkeit zu geben, sich am sichersten zu versorgen.

Außerdem gründete man über diese Komitees sog. Volksabziehmaschinen. Das sind kleine Druckereien. Dort vervielfältigte man die Kommuniqués und die Analysen der politischen Lage, die dann verteilt wurden.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, Sicherheitshäuser für die Kämpfer der FSLN zu suchen. Man organisierte ein Warnsystem bei den Häusern der Nationalgarde, der Paramili-

tärs, der Angehörigen von Mitgliedern der Nationalgarde und allen Personen, die am Völkermord gegen die nikaraguanische Bevölkerung beteiligt waren.

Die Komitees der Zivilverteidigung erfüllten zwei fundamentale Rollen: einerseits der Bevölkerung Schutz zu geben und andererseits dazu beizutragen, die Somoza-Diktatur zu destabilisieren.

Man kann auch sagen, daß über die CDC die sandinistischen Milizen gestärkt und Sabotageakte verwirklicht wurden. Gleichzeitig trug



F. Saavedra beim Gespräch mit dem AIB

unser Volk auch dazu bei, in der logistischen Versorgung der Guerilla mitzuhelfen. Am Ende des Befreiungskampfes war das Volk massiv einbezogen in die CDC und nahm aktiv am Endaufstand teil.

Mit dem Sieg der Revolution verschwanden die Komitees zur Zivilverteidigung, da sie ihre historische Rolle bereits erfüllt hatten. Aber auf ihnen, ihren Erfahrungswerten und Beteiligten, baute man dann die Sandinistischen Verteidigungskomitees-(CDS) auf.

...die Geheimwaffe im Endaufstand

AIB: Wann wurden die CDS genau gegründet?

F. SAAVEDRA: Man kann nicht sagen, sie wurden am so und sovielten gegründet, weil ihr Entstehen ein einziger Prozeß ist.

Wir begehen den Gründungsfeiertag der CDC am 9. September, weil das der Tag war, an dem die Endoffensive gestartet wurde. Am 9. September 1978 agierten zum ersten Mal die Komitees zur Zivilverteidigung (CDC).

Wenn es auch wahr ist, daß diese Schlacht im September 1978 verloren ging, so ist doch festzuhalten, daß diese Erfahrung es möglich machte, die CDC umzustrukturieren. Es war eine große Erfahrung für die zukünftige Organisation.

Ich darf daran erinnern, daß man in einigen befreiten Zonen von Komitees der Sandinistischen Widerstands sprach, wie z.B. in Masaya und Leon, um auszudrücken, daß es befreite Zonen waren.

Die Verallgemeinerung der Komitees fand aber nach dem 19. Juli 1979 statt.

AIB: Die Verteidigungskomitees formierten sich doch vornehmlich auf Wohngebiets-ebene? Oder entstanden sie auch in Betrieben?

F. SAAVEDRA: Richtig, die CDC wurden vor allem in den Stadtvierteln organisiert. Über die Betriebsorganisationen wäre ein Teil der Bevölkerung nicht erfaßt worden und hätte nicht organisiert am Kampf teilnehmen können. Das war der Grund, warum man die CDC auf dieser Ebene gegründet hat.

Und in den Betrieben, da bestanden ja die Gewerkschaften.

AIB: Welche Rolle kam den nunmehrigen Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) unmittelbar nach dem Sturz der Somoza-Diktatur zu?

F. SAAVEDRA: Die CDS hatten nach dem Sieg der Revolution eine wirklich wichtige und staatstragende Funktion, da ja unmittelbar nach dem Sieg der Revolution kein Staatsapparat mehr bestand.

Die CDS in ihrer auf Stadtviertelebene organisierten Form hatten die Volksorganisationen zu sein, die die Volksdemokratie ausübte.

AIB: Welche Sofortmaßnahmen haben die Komitees damals ergriffen?

F. SAAVEDRA: Die ersten Aufgaben die die CDS erfüllten, waren eine allgemeine Reinigungsaktion, d.h. die Ruinen aufzuräumen, den Mist zu verbrennen und die vorhandenen Leichen zu begraben.

Eine weitere Aufgabe bestand darin, die Bevölkerung dahin zu orientieren, daß man das Leben der Überbleibsel der Somoza-Diktatur und der Paramilitärs respektierte, zu deren Gefangennahme die CDS beitrugen, und die man an die zuständigen Stellen ablieferte.

So trugen wir einerseits dazu bei, daß nicht noch mehr unschuldige Menschen ums Leben kamen, denn diese Überbleibsel der Somoza-Diktatur mordeten den nächsten Menschen einfach hin. Und auf der anderen Seite trugen wir dazu bei, daß diese Überbleibsel nicht ermordet wurden, denn das Volk war in diesen Momenten zu allem bereit.

AIB: Waren die CDS nicht auch an Gesundheitskampagnen o.ä. beteiligt?

F. SAAVEDRA: Gewiß, Wir führten bereits im September 1979 die erste große Impfkampagne gegen Poliomyelitis (Kinderlähmung; d. Red.) durch.

Ich kann mich an den Sonntag erinnern, an dem die Impfkaktion durchgeführt wurde, wo wir alle Kinder zwischen 6 Monaten und 5 Jahren impften, und bei der wir eine Effektivität von 80% auf nationaler Ebene erreichten. In der Folge organisierten wir die zweite und dritte Impfung. Ich hebe das hervor, weil es ein sehr wichtiger Schritt war, diese Impfkaktion durchzuführen, denn wir sagen, daß die Kinder der Nation die einzig Privilegierten sind.

Aufgrund dieser Impfungen gab es im Jahr 1982 keinen einzigen Fall von Poliomyelitis in Nikaragua mehr.

Im Oktober 1979 haben wir die erste große Zählung der Analphabeten mit Hilfe aller anderen Volksorganisationen durchgeführt.

Ich möchte betonen, daß wir in dieser ersten Phase Aufgaben übernahmen, die eigentlich dem Staat zufielen.

AIB: Aber in der anschließenden Phase wandelte sich die Aufgabenstellung der CDS doch

AIB: Wie weit sind die sozialen Tätigkeitsfelder der CDS heute gesteckt?

F. SAAVEDRA: Wir haben mit allem zu tun, was die Gemeinde, die Gesundheit, die Erziehung usw. betrifft.

Z.B. helfen wir in der Wohnungsfrage landlosen Leuten zu Wohngelegenheiten und Eigentumstiteln. Nach der Revolution verteilen wir leerstehende Häuser.

Wir haben auch ein Wort mitzureden bei der Verteidigung der Rechte der Mieter. All dies tun wir in Zusammenarbeit mit dem Wohnungsministerium. Wir nehmen da eine wirklich aggressive Haltung ein, da nach unserer Auffassung dies einen sozialen Zweck erfüllt. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens nehmen wir u.a. an Präventivaktionen teil, z.B. Polioimpfungen, Dreifachimpfung (TBC usw.). Dazu haben wir etwa 30.000 Personen mobilisiert, auf die wir ständig zurückgreifen können.

Auf dem Gebiet der Gemeindeentwicklung sorgen wir für die Reparatur von Wohnungen, der Straßenpflaster, der Elektrifizierung, der Anlage von Abwassersystemen. Das alles tun wir, um den Forderungen des Volkes gerecht zu werden.

schnidungen mit der Miliz. Wenn wir aber von Kooperation zwischen beiden sprechen, so meinen wir, daß etwa die Wachtposten gemeinsame Rundgänge machen.

Aber die CDS tragen auch dazu bei, daß sich ihre Mitglieder in die Milizen einreihen. Festzuhalten ist, daß die Milizen nicht unabhängig von den Stadtvierteln existieren.

AIB: Wie steht es mit der Wacht in den Betrieben? Existiert sie unabhängig von den CDS? Organisieren die Arbeiter ihre Milizen selbst?

F. SAAVEDRA: Die Milizen existieren entweder auf Stadt- oder Betriebsebene, aber auch auf Universitätsebene. D.h., wenn wir von Koordination sprechen, beziehen wir uns auf Stadtviertel.

Es gibt auch Bataillone der Reserveinfanterie, die aus festen Milizionären zusammengestellt werden und zusätzliche Funktionen übernehmen. Wir arbeiten daraufhin, daß mehr Leute sich auf beiden Ebenen (Arbeitsplatz und Wohnviertel) organisieren.

Die Territorialmilizen bewegen sich nicht aus ihrem Stadtgebiet weg, während die Reserveinfanterie überall einsetzbar ist.

AIB: Welche Rolle spielen die politischen Parteien in den CDS?

F. SAAVEDRA: Einige Mitglieder von Parteien beteiligen sich als Staatsbürger in den CDS. Natürlich sind ein Großteil der Mitglieder Sandinistas, nicht als FSLN-Mitglieder, sondern als Anhänger der FSLN.

Es gibt hier politischen Pluralismus. Alle Parteien sind zugelassen, alle haben ein Recht auf Vorschläge, auf Kritik und dazu zur Lösung von Problemen des Wiederaufbaus beizutragen.

So gesehen kann jeder Staatsbürger, jeder Parteizugehörige daran teilhaben, aber er muß zur Lösung konkreter Aufgaben beitragen.

AIB: Wie spielen sich innerhalb der CDS die Entscheidungsprozesse ab? Sprechen Sie in diesem Zusammenhang nicht von Volksdemokratie?

F. SAAVEDRA: Oh ja, wir bezeichnen das Ganze als Volksdemokratie. Es fängt damit an, daß alle CDS-Vertreter demokratisch von der Basis gewählt werden. Wichtig ist, daß wir nicht nur Basisforderungen nachkommen, sondern daß wir auch dem Staatsapparat Unterstützung geben. Über unsere Organisation artikuliert das Volk Kritik und macht Vorschläge. Deshalb sagen wir, daß das die Volksmacht (Poder Popular) darstellt. Es ist so, daß jedes Gesetz des Staates mit uns durchdiskutiert wird.

Volksdemokratie drückt sich auch so aus: Wenn es z.B. Probleme mit Wasserrechten gibt, dann tragen wir es der entsprechenden Instanz vor, die verpflichtet ist, dies anzuhören.

CDS heißt Volksdemokratie

Aber wir bringen auch Lösungen vor, Lösungen die aus dem Volk kamen, und die vom Staat befolgt werden. Volksdemokratie ist dies auch, weil niemand verpflichtet ist daran teilzunehmen, weil sie auf der Basis der Freiwilligkeit beruht.

Volksdemokratie, sie drückt sich auch in der Repräsentanz der CDS im Staatsapparat aus. Wir haben neun Vertreter im Staatsrat (von insgesamt 55), die direkt von der Basis kommen. Und das erlaubt es uns, einerseits Gesetzesvorschläge zu machen, andererseits über alle anderen Gesetze mitzuentcheiden.

Wir sagen daher, daß die CDS nicht nur stark sind, um eine politische Mobilisierung zu erzielen, sondern auch, um zu Lösungen an der Basis beizutragen. Es gibt keine bessere Politik um direkt an das Volk heranzugehen. Ganz im Gegensatz zu der Politschwätzeri zur Somoza-Zeit.



Revolutionäre Wacht der CDS: „Konterrevolutionär! Tausende Augen wachen über dich 24 Stunden am Tag.“

etwas, oder? Wann setzen Sie ihren Beginn an?

F. SAAVEDRA: Als Übergangsphase könnte man die Zeit vom März 1980 bis 1981 bezeichnen. Im März 1981 legt man die politischen und organisatorischen Grundlinien der CDS fest.

Man definiert sie als eine Massenorganisation mit heterogener Zusammensetzung zur Verteidigung der Revolution. Und wichtig ist es hervorzuheben, daß es sich um eine freiwillige Organisation handelt, die unabhängig ist von ihrer politischen Haltung und Stellung sowie ihrer Organisation.

Außerdem legten wir fest, daß die Hauptaufgabe der Komitees die Verteidigung der Revolution ist. Eine weitere Aufgabe von uns ist es, zu der Lösung der kommunalen Probleme beizutragen.

So nehmen wir z.B., obwohl wir nicht direkt in die Produktion eingebunden sind, die Verteidigung der Interessen der Konsumenten wahr und verteilen die Produkte.

So sorgen wir dafür, daß die Verteilung der Grundnahrungsmittel gerecht stattfindet. Zudem kontrollieren wir, daß die Preise gerecht sind, was wir durch unsere Volkspreisinspektoren überprüfen. Wir kämpfen damit gegen die Spekulation mit den Gebrauchsgütern. Wir entlarven dabei in einer Vielzahl von Fällen große Hamsterer.

Auf dem Gebiet der Verteidigung verwirklichen wir die revolutionäre Wacht, um Verbrechen und konterrevolutionären Anschlägen vorzubeugen. Heute zählen wir 170.000, die revolutionäre Wacht halten.

Wir haben damit erreicht, daß die Verbrechensrate um 70% zurückging.

Wir machen auch Kampagnen, damit sich das Volk in die revolutionären Milizen eingliedert.

AIB: Sind die Milizen Teil der CDS?

F. SAAVEDRA: Die Miliz ist nicht Teil der CDS, sondern eine eigene Organisation zur Verteidigung des Vaterlandes, die dem sandinistischen Volksheer zugeordnet ist.

Wir koordinieren zwar unsere revolutionäre Wacht mit den Milizen und mit der sandinistischen Polizei. Weil wir nur eine vorbeugende Funktion haben, machen wir sie auch unbewaffnet. Die revolutionäre Wacht ist nicht dazu da, zu exekutieren, sondern lediglich, um zu verhindern, daß geraubt wird, Frauen vergewaltigt oder Kinder geraubt werden. Zudem hat sie die Aufgabe die „Contras“ aufzuspüren. Unsere revolutionären Wächter verwenden Stöcke, Macheten und Trillerpfeifen, um den Dieb zu stören. Wenn aber die Notwendigkeit besteht zu handeln, dann rufen wir die Polizei zur Hilfe.

AIB: Wie eng ist die Verzahnung bzw. Koordination von Miliz und CDS?

F. SAAVEDRA: Es gibt personelle Über-

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot: _____

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1



Bestellliste

Stück	Artikel	Einzelpreis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00
—	Espresso-Kaffee aus Angola 250 Gramm	7,50
—	Tee aus Mozambique 250 Gramm	8,50
—	Tee aus Mozambique 100 Gramm	3,50
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00
—	Graphikmappe R. Cabrera	10,00
—	Schallplatte „Vamos Muchachos“ der salvadorianischen Gruppe IOLOCAMBA-I-TA, LP	18,00
—	ASK-Hintergrund zu Nicaragua, 24 Sn.; zu Honduras, 14 Sn. je	1,50
—	ASK-Hintergrund zu El Salvador, 16 Sn.	1,00
—	Postkartenmappe B. Karkutll	3,00
—	Kunstplakat „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“ von Sullman Mansour, DIN A 1	10,00
—	Kochbuch „Die chilenische Küche“ 60 Rezepte mit Abbildungen und Zeichnungen, 84 Sn.	6,80
—	Anhänger ASK-Taube in gold	78,00
—	Anhänger ASK-Minлтаube, gold	26,00
—	Kettchen passend dazu	34,00
—	Ohrstecker ASK-Taube, silber, Paar	22,00
—	Ohrstecker einzeln, silber	12,00
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, blau oder braun.	6,50
—	Anhänger Copinol-Kern mit salvadorianischen Motiven	10,00



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Four vertical lines for the sender's address.

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM



Anhänger ASK-Taube, gold, 78,00 DM.

Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, s/w,

3,— DM

Rafael Solis

Die Wahlen sind keine Prinzipienfrage



Rafael Solis, Mitglied der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), ist Sekretär des Staatsrates. Der Staatsrat hat bis zur Wahl eines Parlaments gesetzgebende Funktion. In ihm sind 50 Vertreter von Parteien, Massenorganisationen und anderen Gruppen vertreten.

FRAGE: Es wird behauptet, die FSLN würde Wahlen durchführen, „um eine mögliche nord-amerikanische Intervention zu verhindern“ oder „um nicht die Unterstützung der Contadora-Gruppe und der Sozialistischen Internationale zu verlieren“, und sogar „um Zeit zu gewinnen“ um sich zu konsolidieren, bevor sie sich in ein „totalitäres Regime“ verwandelt. Warum führt die Sandinistische Front Wahlen durch?

Die Wahlen sind notwendig

R. SOLIS: Die Durchführung von Wahlen in Nicaragua entspricht der Notwendigkeit, unsere Versprechen zu erfüllen.

In der schwierigen Situation, in der sich die Revolution befindet und in Anbetracht der Art und Weise wie sich der revolutionäre Prozeß entwickelt hat, halten wir die Durchführung dieser Wahl für notwendig.

Das bedeutet nicht, daß dies für uns eine Frage des Prinzips ist. Unsere Grundsatzpositionen gehen vielmehr von der politischen Teilnahme des Volkes auf vielen anderen Ebenen durch die verschiedenen Massenorganisationen und andere Instanzen der Volksdemokratie aus.

(...) Wenn die Abhaltung dieser Wahlen falsch verstanden wird, nämlich als Teil einer bestimmten ideologischen Konzeption oder als Teil einer Entwicklung auf einen Sozialismus

hin, dann ist das ein theoretisches Problem.

Mehr noch, dies ist eine Diskussion, die wir noch nicht einmal in der FSLN geführt haben, um zu vermeiden, daß wir unsere Kräfte verschleifen. (...)

Danach können die „Theoretiker“ darüber diskutieren und zu dem Schluß kommen, daß „diese Sandinistas Eurokommunisten sind“, wie das manchmal schon behauptet wurde, oder daß „sie totalitär sind, aber sich nach außen demokratisch geben wollen“, was auch schon gesagt wurde.

Für uns ist das eine theoretische Debatte.

FRAGE: Die Präsidentschafts-, Vizepräsidentschaftswahlen und die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung ähneln denen in den westlichen Ländern.

Warum wurde dieses politische Schema gewählt? Gerät dies nicht in Widerspruch mit den anderen Formen der politischen Teilnahme und der Demokratie, die von den Sandinistas in den vergangenen 5 Jahren entwickelt wurden?

R. SOLIS: Dieses Wahlmodell, das dem des Westens näher kommt, wurde deshalb gewählt, weil es am angemessensten den politischen Pluralismus im Land erhalten kann.

Wenn wir zur Bildung eines Parlaments eine andere Art von Wahlen durchführen würden, an denen auch unsere Massenorganisationen teilnähmen, würde zum Beispiel die Mehrheit der Oppositionsparteien verschwinden, weil sie nur geringes politisches Gewicht und eine geringe Repräsentativität besitzen. So wie die Wahlen jetzt durchgeführt werden, haben sie eine größere Chance ein oder zwei Mandate zu erringen.

Die Wahlbezirke sind sehr groß. Wir haben die Zahl der Abgeordnetensitze von 60 auf 90 erhöht. Damit braucht man jetzt nur noch

10.000 bis 15.000 Stimmen, um ein Mandat zu erhalten. Wenn unter diesen Bedingungen eine Partei kein Mandat mehr erringen kann in irgendeinem Wahlbezirk, dann ist es besser, wenn sie verschwindet. Sie hat dann kein Recht, zu existieren. (...)

Andererseits ist die FSLN nicht der Meinung, daß dieser Wahltyp im Widerspruch steht zu den Mitbestimmungsmöglichkeiten des Volkes durch die Massenorganisationen, oder daß er sie begrenzt. Tatsächlich ist es so, daß auf den Listen der FSLN, die jetzt erarbeitet werden, Kader dieser Massenorganisationen mehrheitlich vertreten sein werden.

So wird das Volk wie bisher weiterhin an der Erarbeitung von Gesetzen des Landes teilnehmen und ein Forum besitzen, in das es seine Sorgen und Forderungen einbringen kann.

FRAGE: Die konservative Opposition hat 5 Jahre damit verbracht, Wahlen zu fordern und heute, wo der Wahlprozeß in Gang gebracht wird, droht sie damit, nicht daran teilzunehmen. Welche Haltung nimmt die FSLN gegenüber den Bedingungen, die von der Opposition gestellt werden, ein?

Kein Dialog mit den „Contras“

R. SOLIS: Alle Maßnahmen bezüglich einer politischen Öffnung sind Bestandteil des Wahlprozesses. Und die FSLN wird sie auf jeden Fall vorantreiben, unabhängig davon, ob die Opposition dies verlangt oder nicht. Es wäre absurd und kontraproduktiv einen Wahlprozeß in Gang zu setzen, wenn ein Ausnahmezustand existiert und kein breiter Raum für Meinungsfreiheit und Zugang zu allen Mitteln der Information, der Organisation und Mobilisierung vorhanden ist. Das ist klar.

Wir sind auch bereit, einen öffentlichen Dialog, ohne Einschränkungen – so wie es die Opposition fordert – mit allen existierenden Organisationen des Landes, rechts und links von der FSLN zu akzeptieren.

Anderer Punkte jedoch sind nicht Gegenstand einer Diskussion. Sie wissen das und bestehen darauf nur, um zu stören. Niemals werden wir mit der Konterrevolution in einen Dialog treten, „überwachte“ Wahlen akzeptieren oder verbieten, daß Soldaten wählen.

Wir werden auch keinen Dialog führen über Forderungen wie die „Entpolitisierung der Armee“ oder die angebliche Verbindung zwischen FSLN und Staat oder zwischen letzterem und den Massenorganisationen. Wir haben nie über eine ähnliche Verbindung gesprochen noch wird sie durch irgendein Gesetz geregelt. Wenn die Konservativen Mitglieder oder Soldaten in der Armee oder im Staat haben wollen, dann sollen sie sie anwerben.

Es zeigt sich aber, daß sie das nicht können, sie haben keine Kraft.

FRAGE: Werden die Massenorganisationen und die Parteien links von der FSLN, die Kom-



Der Staatsrat: „Der Wille des Vaterlandes zur Verteidigung der Revolution.“ Mit den Wahlen vom 4. 11. 1984 wird der Staatsrat von einem Parlament abgelöst.

munistische Partei und die Bewegung der Volksaktion in die ideologische Auseinandersetzung einbezogen?

R. SOLIS: Ja, natürlich. Man muß diesen Bereich öffnen. Wir, die FSLN, glauben, daß unsere Positionen richtig sind. Und wir müssen das Volk damit konfrontieren, um zu sehen, ob es sie auch für richtig hält.

Unsere Organisationen müssen diese Gelegenheit nutzen, um sowohl hinsichtlich ihrer Mitglieder- und Aktivistenzahl als auch in ideologischer Hinsicht zu wachsen.

Es geht nicht darum, eine Situation, die zu einer bestimmten Zeit entstanden ist, künstlich aufrechtzuerhalten. (...) Wir versuchen, daß die Hinwendung zur FSLN so bewußt wie möglich erfolgt.

Was die „Ultralinke“ betrifft, so sind wir auch

schwankt haben, wie z.B. die mittleren Bauern, die ca. 30% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung stellen, zu verlieren?

R. SOLIS: Dies bedeutet tatsächlich ein Risiko. Dieser Bevölkerungsteil ist sehr schwankend, teilweise weil er sich von der Situation der reichen Bauernschaft oder der Agrarbourgeoisie, die in Nicaragua existieren, angezogen fühlt und außerdem unter dem Einfluß der konservativeren Strömungen der Kirche steht. Die FSLN ist der Meinung, daß es diesem Bevölkerungsteil schwerer fällt, den revolutionären Prozeß und den Wandel zu begreifen. Mit ihm muß eine Politik betrieben werden, die sich grundsätzlich an der Praxis orientiert.

Dieser Bevölkerungsteil ist nicht gegen den revolutionären Prozeß und legt seine Position eher über die Neuverteilung des Landes und

Teilnahme hervorgehoben, wie z.B. die, die sich durch die Massenorganisationen entwickelt.

Welche Fortschritte und welche Hemmnisse würde die FSLN in dieser Hinsicht feststellen?

Andere Formen der Volksdemokratie

R. SOLIS: Den grundlegenden Fortschritt stellt die massenhafte Integration des Volkes in die verschiedenen Massenorganisationen dar, d.h. der Arbeiter in die Sandinistische Gewerkschaftszentrale (CST), der Landarbeiter in den Verband der Landarbeiter (ATC), der armen und mittleren Bauern in die Vereinigung der Landwirte und Viehzüchter (UNAG), der Frauen in die Nikaraguanische Frauenvereinigung „Luisa Amanda Espinoza“ (AMNLAE), der Jugendlichen in die Sandinistische Jugend 19. Juli (JS19J) und der Bewohner jedes Stadtviertels in die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), um nur die wichtigsten zu nennen.

Diese Organisationen leiten die Probleme oder Sorgen der Basis weiter.

Zweifellos wird manchmal auf die Probleme keine Antwort gegeben. Das hängt manchmal damit zusammen, daß einige mittlere Kader die Wichtigkeit dieser Besorgnisse nicht richtig einschätzen können und sich entscheiden, sie nicht weiterzuleiten. Andere mittlere Kader, die zwar fähig sind, sie zu lösen, leiten sie nicht weiter aus Angst, sich zu irren, so daß von oben nachgefragt werden muß. (...)

Dann wiederum gibt es andere, die alles auf dem Dienstweg weiterleiten, einen Papierkrieg führen, alles bürokratisch machen und nichts rechtzeitig lösen können. (...)

Aber all das ist nicht vorherrschend. Wenn die Petitionen dann schließlich zu den entsprechenden staatlichen Instanzen gelangen, können sie manchmal nicht erfüllt werden – nicht etwa aus mangelndem politischen Willen, sondern aufgrund der bestehenden sehr ersten Beschränkungen wirtschaftlicher Natur.

Es gibt Fälle, in denen sich die Basis besonders stark um eine Antwort bemüht, dann diese Kanäle überspringt und direkt zu den regionalen Instanzen geht, oder gleich im Staatsrat vorstellig wird, um ihre Situation darzustellen. Das ist schon verschiedene Male vorgekommen.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 12, Februar/März 1984, S. 22-24)



Daniel Ortega und andere Regierungsmitglieder bei der wöchentlichen Diskussion mit der Bevölkerung

bereit, uns mit ihren Positionen auseinanderzusetzen. Unserer Meinung nach erhalten sowohl die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCdN) als auch die Bewegung der Volksaktion (MAP) prinzipielle theoretische Positionen aufrecht, die unserer Realität in diesem Moment und diesem Raum „1984 – Mittelamerika“ nicht entsprechen.

Wie Comandante Carlos Nuñez einmal sagte, diese Parteien scheinen manchmal zu glauben, daß ein Strukturwandel, daß die Entwicklung eines neuen politischen Systems sich durch Dekrete verordnen läßt.

Obwohl diese Organisationen Positionen vertreten, die sich von unseren unterscheiden, handeln sie heute gemäßiger. Kurz nach dem Sieg initiierte die Kommunistische Partei eine Reihe von Lohnstreiks, mitten in einer Situation des wirtschaftlichen Notstands. Die MAP ihrerseits unterhielt noch einige Monate nach dem Sieg bewaffnete Gruppen, die ihre Waffen nicht niederlegen wollten, weil sie mit der Bündnispolitik, die die FSLN betrieb, nicht einverstanden waren.

Risiken des Wahlprozesses

Im allgemeinen glauben wir, daß eine politische Auseinandersetzung eine wichtige Weiterentwicklung im Bewußtsein der fortgeschrittensten Teile des nikaraguanischen Volkes bedeuten kann, insbesondere bei dem städtischen und ländlichen Proletariat, der armen Bauernschaft und vor allem bei der Jugend.

FRAGE: Könnte eine solche Auseinandersetzung das Risiko in sich bergen, andere Bevölkerungsteile, die historisch gesehen immer ge-

bessere Anbaumöglichkeiten fest als über politische Auseinandersetzungen. Im allgemeinen folgen die Bauern nicht besonders stark den Auseinandersetzungen, obwohl sie bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit haben werden, sie übers Radio zu hören.

FRAGE: Die Sandinistische Front hat behauptet, daß „derjenige, der meint, daß Wahlen den vollendetsten Ausdruck der politischen Teilnahme des Volkes darstellen, sich irrt“. Sie hat demgegenüber andere Formen der politischen

Edition Nahua

Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH
Postfach 10 13 20 - Tel.: 0202/ 76 05 27
D - 5600 Wuppertal 1

Nahua Taschenbücher (Auswahl)

Edgar Fürst u.a.
Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten
Sandinistische Wirtschaftspolitik
Z., erweiterte u. aktualisierte Neuaufgabe
Etwa 124 S. Etwa DM 9,80 (Band 1)

Ohland/Schneider
Nationale Revolution und indianische Identität
Der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern an Nicaraguas Atlantikküste
212 S. DM 18,00 (Band 4)

Grübling/Siess (Hrsg.)
Róger Sánchez - Karikaturen aus Nicaragua
Mit einem Vorwort von Raúl Leis
Etwa 108 S. Etwa DM 9,80 (Band 5)

Schmidt Cuadra
Ökonomie und koloniale Erbe
Möglichkeiten und Perspektiven der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung
Fallstudie Nicaragua
280 S. DM 20,00 (Band 6)

nahua scripte (Auswahl)

Blockfreiheit in Nicaragua und Lateinamerika
Machtloses Prinzip oder Chance gegen die US-Intervention? (script 1)

Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der BRD für Nicaragua
Ein Exempel für die gezielte Boykottierung des nicaraguanischen Wiederaufbaus (script 3)

Wahlen in Nicaragua
Fortschritt oder Farce? (script 4)

Nicaraguas Miskito-Indianer im Ost-West-Konflikt
Zur Instrumentalisierung einer Menschenrechtsfrage (script 5)
(Alle scripte etwa 44-64 S.; ca. DM 6,00)

"Die weiße Reihe" (Auswahl)

"Todos juntos venceremos!"
Deutsche Arbeitsbrigaden in Nicaragua

Gewerkschaften und Kleinbauernverband in Nicaragua
Beginn einer Einmischung

Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua
Johrdarische Bilanz
(Alle Hefte ca. 60-72 S.; ca. DM 6,50)



Brennende Treibstofflager im Hafen von Corinto nach dem Angriff eines CIA-Kommandos

John Cavanagh/Joy Hackel

Der Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua

Kriege brauchen nicht ausschließlich mit Waffen ausgetragen zu werden. Im Schatten der von den USA unterstützten militärischen Aggression gegen Nicaragua führen die Regierung, Banken und Firmen der USA einen stillen, aber verheerenden Wirtschaftskrieg mit dem Ziel, die Regierung von Nicaragua zu schwächen oder sogar zu stürzen.

Die Reagan-Administration betreibt diese konzertierte Kampagne zur wirtschaftlichen Sabotage, um jene zu unterstützen, die sie als „gemäßigte Kräfte“ bezeichnet – die Privatwirtschaft in Nicaragua –, von der sie behauptet, sie sei der wichtigste Fürsprecher des demokratischen Pluralismus für das nikaraguanische Volk.

Parallele zu Chile?

Bisher hatte die Politik der USA eigentlich für die Mehrheit der Nicaraguaner ganz andere Auswirkungen. Indem die Reagan'sche Kampagne der nikaraguanischen Regierung den größten Teil der Auslandskredite entzog und sie zwang, ihre knappen Mittel zunehmend für den militärischen Bereich auszugeben, schwächte sie die Wirtschaft Nicaraguas und zehrte die Mittel für Sozial- und Entwicklungsprogramme auf. Mit der Hilfe

des CIA an die „Contras“ hat sie außerdem die Mobilisierung des nikaraguanischen Volkes zur Verteidigung der Revolution gefördert.

Nach Angaben der Nicaraguaner verloren sie allein 1983 wegen der wirtschaftlichen Sanktionen der USA 345 Mio Dollar durch Exportverluste und entgangene Kredite. Auf internationaler Ebene führte der Druck der USA seit 1980 zum Verlust von weiteren 112,5 Mio Dollar an multilateralen Krediten.¹

Diese Sanktionen, die die USA in klarer Verletzung der Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) durchsetzte, sind nicht ohne Beispiel.

Als 1970 in Chile ein linksgerichteter Präsident vom Volk gewählt wurde, gab Richard Nixon an seinen CIA-Chef Richard Helms die knappe Direktive: „Bringen Sie die Wirtschaft zum Schreien.“ Wie von Henry Kissinger und seinen Untergebenen vorgesehen, gipfelte diese Politik wirtschaftlicher Erstickung in einem blutigen Staatsstreich (11. September 1973; d. Red.), der Chile ein Jahrzehnt brutaler Militärdiktatur und eine tiefe Wirtschaftskrise bescherte, die seit 1983 zu ausgedehnten sozialen Unruhen geführt hat.

Durch die Verletzung elementarster Grundsätze des internationalen Rechts und des freien Handels haben die USA

gegen Nicaragua einen ähnlichen wirtschaftlichen Großangriff gestartet, indem sie bilaterale Hilfe und Einfuhrquoten strichen, internationale Agenturen drängten, Nicaragua die Kredite zu sperren und die Beteiligung von US-Unternehmen an Investitionen und Bankkrediten behinderten. Kurz ausgedrückt: Wirtschaftskrieg.

Der Sieg der sandinistischen Revolution im Juli 1979 bedeutete für die Außenpolitik der Carter-Administration eine der größten Herausforderungen. Carters Taktik unmittelbar nach dem Triumph der Sandinistas bestand eher darin, durch massive Hilfe für die Privatwirtschaft die Revolution zu vereinnahmen als sie zu stürzen.

Im November 1980 begann die US-Politik gegenüber Nicaragua, innerhalb der antisandinistischen Opposition neue Bündnisse zu schmieden. An diesem Punkt wurde mit kräftiger Unterstützung der Agentur für Internationale Entwicklung (AID) eine 75-Mio-Dollar-Anleihe für Nicaragua gewährt.²

Dieses Programm, dessen Realisierung für das Haushaltsjahr 1981 vorgesehen war, war vor allem zur Finanzierung von Organisationen der Privatwirtschaft mit offen antisandinistischen Zielen bestimmt: den Obersten Rat Privater Unternehmen (COSEP), FUNDE (die regierungsfeindliche Alternative zur sandinistischen Organisation für Genossenschaften) und das Amerikanische Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD), das häufig im direkten Konflikt mit den sandinistischen Gewerkschaften steht.³

Vom Stopp der Wirtschaftshilfe...

Den Sieg Ronald Reagans über Carter bekamen die Nicaraguaner sofort nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten im Januar 1981 zu spüren.

Die neu angetretene Reagan-Administration begann schnell mit der Umklammerung der nikaraguanischen Wirtschaft. Wenige Tage nach seiner Amtsübernahme stellte Reagan den größten Teil der US-Hilfe ein, mit Ausnahme des Teils des 75-Mio-Dollar-Programms der AID, der bis dahin noch ausstand.⁴

Im April 1981 legte die Regierung Reagan für die verbliebene bilaterale Hilfe noch strengere Bedingungen fest, und zwar unter dem Vorwand, Nicaragua unterstütze durch Waffenlieferungen an die salvadorianische Guerilla den „Terrorismus“ (wodurch US-Wirtschaftshilfe aus gesetzlichen Gründen nicht mehr in Frage kam).

Gleichzeitig stoppte Reagan 9,8 Mio Dollar von zuvor aufgrund des Gesetzes 480 („Lebensmittel für den Frieden“) gewährten Lebensmittelkrediten für den

Kauf von Weizen. Damit wurde Nikaraguas Versorgung mit Brot und Nudeln wirksam abgeschnitten.⁵ (...)

Reagan dehnte die restriktiven Maßnahmen auf den Handel aus, indem er Nikaraguas Quote für die Ausfuhr von Zucker in die USA von 59.000 Tonnen (t) im Haushaltsjahr 1983 um 90% auf 6.000 t reduzierte.⁶ Diese Kürzung bedeutete für die Nikaraguaner einen Verlust an Exporterlösen von 15,6 Mio Dollar in einer Zeit extremer Devisenknappheit.⁷

...zum Handelsboykott

Obwohl die Sandinistas sich vor allem in Algerien und im Iran neue Zuckermärkte sichern konnten, erhalten sie dort nur 6 Cent pro Pfund, während sie das Pfund Zucker an die USA zu einem Vorzugspreis von 17-22 Cent hätten verkaufen können.⁸ Mit der Begründung, die Vereinigten Staaten hätten ihre Verpflichtung zum freien Handel verletzt, reichte Nicaragua beim Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) formell Klage ein.

Regierungsvertreter in den USA behaupteten, „wir haben sie (die Zuckerquote) nicht abgeschafft, sondern nur angepaßt“.⁹ Sie gaben zu, der einzige Grund, warum die USA Nikaraguas Quote nicht ganz aufgekündigt hätten, seien die Vorschriften des GATT, wonach die Importländer bei der Anwendung von Quotensystemen auf „gleiche Behandlung“ der Exportländer achten müssen. (...) Während die Vereinigten Staaten ihren wirtschaftlichen Druck auf den Handel ausdehnten, versuchte Nicaragua darauf durch Diversifizierung seiner Handelspartner zu reagieren.

1983 gingen 10% seiner Ausfuhren in völlig neue Märkte im Nahen Osten und in Nordafrika. Die europäischen Länder – vor allem Frankreich und Spanien – haben ihre Exporte nach Nicaragua verstärkt. Mexiko schätzte, daß es 1983 Industrieprodukte im Wert von 100 Mio Dollar nach Nicaragua exportieren würde, und plante für 1984 eine weitere Steigerung um 25%. Mexiko hat somit die Vereinigten Staaten als wichtigsten Handelspartner abgelöst. (Die Importe Nikaraguas aus den USA gingen von einem Gesamtanteil von 30% vor der Revolution auf 16% 1983 zurück).¹⁰

Durch Druck seitens der USA wurden in die finanzielle Blockade Nikaraguas auch Institutionen einbezogen, deren Satzung politische Kriterien für die Entscheidung über Kredite ausdrücklich verbietet – die multilateralen Kreditorganisationen.

1979 gab es einen flagranten Verstoß des Internationalen Währungsfonds (IMF) gegen das Politikverbot, als er der Somoza-Diktatur, gerade 9 Wochen vor ihrem Sturz, einen Kredit von 66 Mio Dollar gewährte.¹¹

Finanzsperre von IMF, Weltbank

Als Somoza aus dem Land floh, war in der Zentralbank von Nicaragua von den 66 Mio Dollar – übrigens nach allgemeiner Ansicht einer der am schlechtesten begründeten Kredite in der Geschichte des IMF – so gut wie nichts mehr vorhanden. Für die Sandinistas war es eine zusätzliche Belastung, daß man von ihnen die sofortige Rückzahlung des Kredits verlangte, da das von Somoza offiziell bekanntgegebene Haushaltsdefizit für 1979, wie es dem IMF mitgeteilt wor-

den war, auf falschen, willkürlich zusammengestellten Zahlen beruhte.

Seit Somozas Sturz hat der Exekutivdirektor der USA beim IMF die Kampagne geführt, um alle Kredite an Nicaragua mit so harten Bedingungen zu verknüpfen, daß es seither zu keinem Abkommen zwischen den beiden mehr gekommen ist. Dabei hat jedes andere Land des mittelamerikanischen Isthmus in den letzten beiden Jahren umfangreiche Kredite vom IMF erhalten.¹²

Was für ein Wirtschaftsprogramm hat Nicaragua verfolgt, das internationale Agenturen wie den IMF so aufgebracht und befremdet haben könnte? Nun, Nikaraguas „Politik der Anpassung“ gibt, im Gegensatz zu Anpassungsprogrammen, die der IMF versuchen würde durchzusetzen, sozialen und wirtschaftlichen Zielen Vorrang, die einen Ausgleich von Armut und Reichtum herbeiführen sollen.

Statt den Leitlinien des Fonds zu folgen und den Privatsektor zu „ermutigen“, widersetzt sich Nikaraguas Wirtschaftsprogramm der allgemeinen Abwertung der Landeswährung, des Cordoba, indem es zur Förderung bestimmter Exportbereiche ein System differenzierter Wechselkurse vorsieht und auf nicht lebenswichtige Importe wie Luxusgüter eine Steuer von 50% erhebt.

Nach der Ausschaltung des IMF hat die Reagan-Administration die beiden anderen bedeutenden multilateralen Finanzorganisationen in die Wirtschaftsblockade gegen Nicaragua einbezogen: die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB).

Während Nicaragua 1979 von den beiden Institutionen 179 Mio Dollar erhielt, wobei weitere 149 Mio Dollar in Aussicht gestellt wurden, wurde dieser Betrag durch direkten Druck der Reagan-Administration 1983 auf 30 Mio Dollar reduziert.¹³

Als Präsident Reagan im vergangenen Sommer den Vertretern der USA in diesen beiden Institutionen Anweisung gab, gegen jegliche Kredite für Nicaragua zu stimmen, sprach er nur deutlich aus, was schon zuvor die inoffizielle Politik war. Seit Januar 1982, als die USA mit ihrer – der einzigen – Gegenstimme vergeblich versuchten, einen 16-Mio-Dollar-Kredit zur Finanzierung von Verbesserungen in einkommensschwachen Wohngebieten und für die Beseitigung von Sturmschäden zu blockieren, hat Nicaragua von der Weltbank keinen einzigen Cent mehr erhalten.¹⁴ (...)

Bei der IDB wiederholte sich das Spiel in ähnlicher Weise, wobei die Vereinigten Staaten mit ihrer Stimme gegen Kredite für Nicaragua häufig isoliert dastanden.¹⁵ Im Juli 1983 blockierten die USA die Freigabe von 2,2 Mio Dollar der IDB an Nicaragua. Sie setzten sich dabei



Fertighäuserfabrik in der Nähe Managuas. Ein Geschenk Kubas zur Linderung der Wohnungsnot

über die Unterstützung aller anderen 42 Mitglieder der Bank für das Projekt hinweg. Die Mittel sollten zur Fertigstellung eines Straßenprojektes dienen, das die USA noch während der Somozaherrschaft unterstützt hatten.

Die Kampagne zur Ächtung Nikaraguas innerhalb der IDB ist beileibe nicht geheim.

Wie das Wall Street Journal unter Bezug auf eine kürzlich vom Kongreß angeforderte Untersuchung berichtete, hat die Reagan-Administration Nikaragua 1981 zusammen mit vier anderen linksgerichteten Regierungen auf eine „Hitliste“ gesetzt (um bei der Terminologie der Regierung selbst zu bleiben). Die USA waren bemüht zu verhindern, daß Länder auf der „Hitliste“ von der IDB oder anderen internationalen Kreditinstituten Mittel erhalten.

Der finanzielle Würgegriff der Vereinigten Staaten hat auch den Druck auf private Banken bei der Gewährung von Krediten an Nikaragua laufend erhöht. Die Folgen waren beachtlich, haben die US-Banken doch einen gewichtigen Einfluß bei der Vergabe von Krediten in diesem Weltteil – sie gewähren 40% der Bankkredite an die Länder des karibischen Beckens, und Anfang 1983 hatten die US-Banken an Nikaragua insgesamt 404 Mio Dollar verliehen.

Als Somoza 1979 aus Nikaragua flüchtete, hinterließ er der neuen Regierung eine Bürde von 1,6 Mrd Dollar an privaten Schulden, davon ungefähr die Hälfte bei Geschäftsbanken. Im Überschwang des Sieges der Sandinistas 1979 versprach Nikaragua, Somozas Schulden zu bezahlen, und die privaten Banken setzten sich dafür ein, weiterhin Kredite zu gewähren.

Unter dem harten Druck der US-Regierung erreichte jedoch nur ein kleiner Teil von 11 Mio Dollar seit 1979 Nikaragua, und dabei handelt es sich nur um 90-Tage-Kredite. (...)

Bananendiplomatie

Konzerne aus den USA spielen bei der Unterstützung des Wirtschaftsembargos eine wichtige Rolle.

Im Oktober 1982 brach, mit der begeisterten Unterstützung von Reagans Außenministerium, die Standard Fruit (für Castle & Cook im Bananengeschäft tätig), einziger Käufer von Bananen aus Nikaragua, plötzlich ein 5-Jahres-Abkommen, das sie 1981 mit der sandinistischen Regierung abgeschlossen hatte.¹⁶ Als die nikaraguanische Regierung Pläne zur eigenen Vermarktung von Bananen ankündigte, die nach England, Holland und Frankreich verschifft werden sollten, drohte der Präsident der Standard Fruit, Nikaraguas Bananen durch „Über-



Der Kaffee wird unter dem Schutz der Miliz geerntet

flutung des Marktes“ mit den eigenen Bananen zu „begraben“.¹⁷ Trotz der Drohungen hat die staatseigene Em-banco nach dem Rückzug der Standard Fruit mehr als 4 Mio Kisten Bananen auf den Markt gebracht, wofür sie 35 Mio Dollar in kostbaren Devisen erhielt.¹⁸

Sabotage durch die „Contras“

Jüngst hat Exxon, Besitzer der größten ausländischen Einzelinvestition in Nikaragua – nämlich der Ölraffinerie von Managua¹⁹ –, es abgelehnt, Erdöl von Mexiko nach Nikaragua zu transportieren.²⁰ Die Weigerung erfolgte nach einer dramatischen Eskalation der Kampagne der „Contras“, der Rebellen, die vom CIA finanziert und beraten werden, zur wirtschaftlichen Sabotage.

Streitkräfte der „Contras“ griffen im Laufe der Monate September und Oktober 1983 fünfmal Ölanlagen an und erklärten, sie würden alle einlaufenden Schiffe in die Luft jagen.

Neue Schiffe zum Transport des Rohöls wurden gechartert, und Exxon verarbeitet weiter Erdöl innerhalb der Grenzen Nikaraguas. Eine Unterbrechung der nikaraguanischen Öltransporte könnte einen ersten und lähmenden Schlag für die Wirtschaft bedeuten.

Nikaragua dürfte nur für 1 oder 2 Monate Ölvorräte haben, und mehr als ein Drittel der Exporterlöse des Landes werden für den Kauf von Erdöl verwendet. Im Moment bestreitet Mexiko praktisch den gesamten Ölimport – im Wert von 225 Mio Dollar jährlich – zu einem Preis, der aufgrund langfristiger Kreditvereinbarungen unter dem Marktpreis liegt.

Die vielleicht wirksamste Komponente der Kampagne der USA zur Aushöhlung der nikaraguanischen Wirtschaft besteht in der großzügigen Finanzierung und Zusammenarbeit mit den Streitkräften der „Contras“, deren Ziel die Zerstörung der Infrastruktur Nikaraguas ist.

Nach Schätzungen der nikaraguanischen Regierung beläuft sich der Schaden, den die nikaraguanischen „Contras“ zwischen Mai 1981 und Oktober 1983 angerichtet haben, auf insgesamt über 1 Mrd Dollar (siehe Beitrag zur US-Intervention in diesem Heft; d. Red.) (...)

Staaten wie Mexiko und Venezuela haben das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen Nikaragua als eine klare Verletzung der OAS-Charta gebrandmarkt. Die Charta verbietet es Mitgliedern, wirtschaftliche Sanktionen zu ergreifen, um sich anderen Ländern gegenüber Vorteile zu verschaffen oder das wirtschaftliche Wachstum einer Nation zu beeinträchtigen.

(Quelle: CounterSpy, Washington, Nr. 3, Mai-Juni 1984, S. 12-17)

Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: Christian Science Monitor, 6.12.1983
- 2) Vgl. David Landes, Bilateral Economic Aid Policy, Papier, das für die Konferenz über Politische Alternativen für die Karibik und Mittelamerika (PACCA) vorbereitet wurde, Oktober 1982, S.8
- 3) Siehe: Jeff McConnell, Counterrevolution in Nicaragua: The US Connection, in: CounterSpy, Mai-Juni 1982, S.16
- 4) Vgl. ebenda, S.15
- 5) Siehe: New York Times (NYT), 12.2.1982
- 6) Angaben nach: NYT, 11.5.1983
- 7) Vgl. Washington Post (WP), 10.5.1983
- 8) Siehe: Multinational Monitor, Juni 1983, S.6 und WP, 10.5.1983
- 9) Washington Times, 4.4.1983
- 10) Angaben nach: Financial Times, 5.9.1983
- 11) Siehe: Center for International Policy, International Policy Report, März 1983, S.11
- 12) Vgl. ebenda
- 13) Angaben nach: Christian Science Monitor, 6.12.1983
- 14) Siehe: NYT, 3.2.1983
- 15) Vgl. WP, 30.7.1983
- 16) Siehe: Guardian, New York, 19.1.1983
- 17) Ebenda
- 18) Siehe: Guardian, 8.12.1982
- 19) Vgl. NYT, 8.12.1982
- 20) Siehe: WP, 6.10.1983

Rüdiger Mack

Brigadeeinsatz in Nueva Guinea



Alltag im Grenzgebiet - Arbeit mit der Waffe in der Hand

Talolinga ist ein 600-Einwohner-Dorf, das 20 km nördlich von Nueva Guinea liegt. Als Mitglieder einer bundesdeutschen Solidaritätsbrigade hielten wir uns hier, in der Atlantikprovinz Zelaya, während der Monate März und April d.J., auf.

Bei der Beurteilung der heutigen politischen Lage in der Gegend um Nueva Guinea muß die Geschichte dieses Landstrichs berücksichtigt werden.

Eine Hochburg des Somozismus

Vor 20 Jahren war hier, im Süden der Provinz Zelaya praktisch nur tropischer Regenwald. Zu Beginn der 60er Jahre wurde damit begonnen, zahlreiche Bauern aus der Pazifikregion von ihrem Land zu vertreiben, um der profitableren Baumwollproduktion einiger Großgrundbesitzer Platz zu machen. Diese Bauern wurden in Süd-Zelaya angesiedelt und erhielten dabei meist größere

Landparzellen als sie vorher besaßen.

Diese Maßnahmen wie auch die kostenlose Krankenversorgung waren Teil eines von den USA finanzierten Anti-Guerilla-Programms, das zunächst für das Somoza-Regime Früchte zu tragen schien.

Hierzu sagte uns der regionale Verantwortliche der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), Rigoberto Puertocarrera: „Hier war 1979 fast nichts.

Man muß sich in Erinnerung rufen, daß Nueva Guinea, so wie es gegründet wurde, auch 1979 noch eine Hochburg des Somozismus war. Von hier holten sie noch vor dem Triumph, also vor dem 19. Juli, ungefähr drei bis vier Bataillone des somozistischen Heeres, um sie nach Managua in den Kampf zu werfen. Damals waren der Somozismus und die Nationalgarde hier in großem Umfang vertreten. Die Frente (FSLN; d. Red.) war hier erstmals 1972 vertreten mit vier Organisationen.“

Dazu kommt der erhebliche Einfluß

evangelischer Sekten, von denen es in der 7.000-Einwohner-Stadt Nueva Guinea 21 gibt; selbst im kleinen Talolinga waren drei Sekten mit eigenen Versammlungshäusern vertreten. Die meisten dieser Minikirchen, deren Führer größtenteils in den USA sitzen, verbreiten eine Ideologie, die behauptet, daß die Revolution gegen Gottes Willen ist und daß man die von Gott geschaffene Gesellschaft nicht verändern darf.

Der Einfluß dieser Ideologie geht soweit, daß viele Eltern ihre Kinder nicht impfen lassen, weil sie davon überzeugt sind, daß ihnen der Kommunismus injiziert wird. In der Bundesrepublik mag man darüber lächeln. Die deutschen Krankenschwestern und Ärzte, die dort ebenfalls Solidaritätsarbeit leisten und zu Impfkationen auf die Dörfer geschickt werden, konnten darüber allerdings nicht lachen.

Die Offensive der „Contras“

Aus all diesen Faktoren erklärt sich auch eine relativ starke Aktivität der „Contras“.

Teilnehmer unserer Gruppe befragten dazu ebenfalls Rigoberto Puertocarrera: „Uns kommt es vor, als hätte die Contra hier an Einfluß gewonnen. Gibt es eine Offensive oder haben sie nur den Ort der Überfälle weiter nach Norden verlegt? Hat Pastora jetzt mehr Leute?“ Rigoberto: „Die neue Situation, die sich ergeben hat, ist Bestandteil einer Großoffensive, die die konterrevolutionäre Bewegung seit Februar d.J. betreibt, die im März verstärkt wurde und von der wir meinen, daß sie im April noch mehr verstärkt wird. Es ist eine große Zahl von 'Contras' in den Norden eingedrungen. Und Pastora hat ebenfalls mehr Leute für die Südgebiete.

Seit Beginn der Großoffensive haben sich FDN (Nikaraguanische Demokratische Kraft; d. Red.) und ARDE (Revolutionäre Demokratische Allianz; d. Red.) vereinigt. Vorher waren sie getrennt, weil sie Probleme hatten in der Frage der Führung. Alle wollten die Führer und Chefs sein. Die Gringos (US-Amerikaner; d. Red.) haben ihnen jetzt deutlich gesagt: 'Gut, ihr vereinigt euch oder ihr bekommt kein Geld und keine Waffen

mehr!' Darauf gab es die Vereinigung und sie wurde zum Teil des globalen Plans einer starken Offensive; genauso stark im Süden wie im Norden. Vorher war es hauptsächlich im Norden, weil Pastora nicht viel Kraft hatte. Jetzt haben sie ihm Waffen gegeben und Leute aus dem Norden, die vorher in Honduras waren. Daher ist die Situation jetzt natürlich auch hier schwieriger."

Die oben angesprochene Verankerung des Somozismus in der Gegend setzt sich zum Teil noch heute fort in einer Kollaboration von Teilen der Bevölkerung mit den „Contras“. Viele Contras kommen aus der Gegend, haben noch Kontakte zu Angehörigen, Verwandten, Freunden. Für Geld besorgen sie sich Informationen über politische Aktivisten, über die militärische Lage usw.

Die Kooperativen – Rückgrat der Revolution

Das politische Rückgrat der Revolution auf dem Lande bilden die Bauern und Landarbeiter, die besitzlos waren oder sehr wenig Land besaßen.

Aus ihren Reihen wurden bisher zahlreiche Kooperativen gebildet. In der Region Nueva Guinea sind es hauptsächlich Kakao-Kooperativen, die Teil eines regionalen Kakao-Projektes sind. Die Kakao-Kooperative von Talolinga wurde 1983 gegründet. In etwa 3 Jahren kann der erste Kakao geerntet werden. Dann soll schrittweise mit dem Aufbau einer Kakaoverarbeitung im Lande bis zur Herstellung von Schokolade begonnen werden.

Mit diesem Projekt sind verschiedene Aspekte verknüpft. Zum einen sollen die bisher besitzlosen Landarbeiter Arbeit bekommen. Mit dem Export von Kakao soll die Exportpalette des Landes erweitert und damit der Außenhandel weniger anfällig werden. Ein weiterer Aspekt ist, daß im Rahmen dieses Projekts die Infrastruktur der Region, die bisher noch sehr

unterentwickelt ist, durch den Bau von Straßen, Schulen, Ausbildungsstätten, Wohnhäusern usw. verbessert wird.

Ökologisch gesehen ist das Anpflanzen von Baumkulturen in dieser Urwaldregion wesentlich sinnvoller als die bisher noch weitverbreitete Brandrodung, die den Boden rasch einer starken Erosion aussetzt. Schließlich bietet das Kakao-Projekt noch folgende Perspektive: für die zahlreichen Flüchtlinge aus dem Süden, können neue Häuser und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein Mitglied der Kooperative aus Talolinga, Porfirio Ocón, sagte zur politischen Bedeutung der Kooperativen: „Das paßt den Banditen, die in der Region ihr Unwesen treiben, nicht. Denn sie wissen, wenn die Situation der Bauern sich verbessert, wird die Vergangenheit, die sie wollen, nicht wiederkehren.“

Er bezieht sich auf Eden Pastoras bewaffnete Banden, die verstreut durch die Gegend streifen und Terror unter den Bauern verbreiten. „Die Vergangenheit ist überwunden, und wenn die 'Contras' auch die Pflanzungen zerstören wollen, es wird ihnen nicht gelingen, denn die Bauern sind bereit, die Revolution zu verteidigen.“

Die Kooperativen bilden den politisch bewußten Kern der Dorfbewölkerung und in der Regel die Dorfmilizen.

Unser örtlicher FSLN-Verantwortlicher war als Kakao-Techniker sowohl für den Aufbau der Kakao-Kooperative verantwortlich als auch für die Milizen. Auf ihn hatten es die „Contras“ auch bei einem Überfall am 22. März d.J. auf unser Nachbardorf abgesehen. Die „Contras“ wissen genau, daß sie nur eine Chance haben, wenn es ihnen gelingen würde, die politische Avantgarde Nikaraguas, die FSLN und alle ihre Mitglieder physisch zu vernichten. Diesem Überfall, der mit zwei Verletzten noch relativ harmlos ausfiel, folgte 2 Wochen später ein Überfall auf ein anderes Nachbardorf, der mit vier Ermordeten endete.

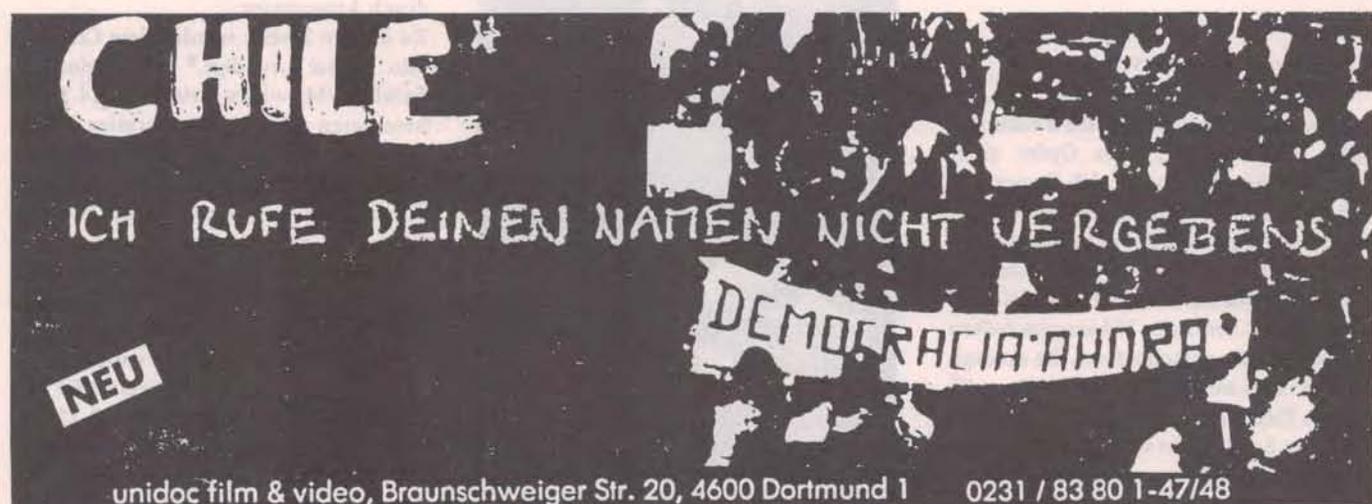
Durch Informanten hatten die Contras erfahren, daß in der staatlichen Ankaufsstelle für Bohnen 800.000 Cordobas (80.000 DM) eingetroffen waren. Am Morgen des 11. April fielen sie in das unbewaffnete Dorf ein, schossen fünf Menschen an, raubten das Geld und ermordeten vier Verletzte mit Bajonettstichen. Ein Schwerverletzter konnte entkommen.

Zulauf zu den Milizen

Unter den Ermordeten befand sich ein Ehepaar, das 13 Kinder hatte. So schrecklich dieses Verbrechen war, hatte es doch für das politische Bewußtsein der Leute eine positive Wirkung. Nach einer kämpferischen Rede des FSLN-Verantwortlichen Fernando auf der Beerdigung, meldeten sich 30 Männer, die bereit waren, ein Gewehr zu nehmen und in die Miliz einzutreten. In den nächsten Tagen bekamen auch 15 Bauern ein Gewehr.

Auch in unserem Dorf wurde die Miliz durch einige Gewehre verstärkt. Man muß dazu wissen, daß es bis zum März weder in Talolinga noch in den Nachbardörfern auch nur ein einziges Gewehr gegeben hatte, weil die Bauern den Standpunkt vertraten, daß der Besitz von Gewehren nur die „Contras“ anlockt. In der zugespitzten Situation begriffen die Bauern den prinzipiellen Irrtum dieser Überlegung.

Wenn man auf die eingangs angesprochene Kollaboration mit dem Somozaregime und die auch heute noch vorhandene Unterstützung der „Contras“ zurückkommt, so ist festzustellen, daß sich die „Contras“ die letzten Sympathien der Bevölkerung verschmerzen. Die politisch bewußten Bauern sind bereit sich zu verteidigen. Ein Kooperativebauer zeigt auf die Kakaopflanzung und sagt: „Das müssen wir verteidigen, denn das ist die Zukunft unserer Kinder.“



unidoc film & video, Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund 1

0231 / 83 80 1-47/48



Gutausgerüstete „Contras“ bei der Attacke auf San Juan del Norte

Nico Biver

Die US-Intervention und die „Contras“

„Produktion, die Nahrungsmittelversorgung, die Reichtümer des Landes und die Anstrengungen der gesamten Bevölkerung müssen in erster Linie darauf ausgerichtet sein, die Bedürfnisse jener zu befriedigen, die täglich ihr Leben an der Kampffront riskieren.“¹

So hatte am 18. Mai d.J. die Sandinistische Versammlung, ein beratendes Gremium der Nationalen Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), eine Umorientierung der nikaraguanischen Wirtschaftspolitik beschlossen. Die Losung der Stunde: „Alles für die Verteidigung!“

Dieser Schritt war notwendig geworden, nachdem sich durch eine Großoffensive der „Contras“, an der mehr als 8.000 Mann teilnahmen und durch die Verminung der Häfen durch CIA-Kommandos die militärische Situation erheblich verschlechtert hatte.

Die Revolution zerstören

„Nikaragua ist heute“, so die Sandinistische Versammlung, „das Opfer einer brutalen Aggression der US-Regierung, die versucht ihre imperialistische Hegemonie auf Kosten des Fortschritts anderer Nationen und des Voranschreitens des Weltfriedens, dem Rest der Welt aufzuzwingen... Im Falle Nikaraguas halten es die USA für entscheidend, die sandinistische Volksrevolution zu zerstören.“² Dieses Ziel verfolgt Washington seit dem Sieg der Sandinistas vom Juli 1979. Unter Präsident Carter geschah dies erst unter zivilen Vorzeichen, obwohl man da-

mals bereits ehemaligen Mitgliedern der Nationalgarde Somozas erlaubte, in Florida und Kalifornien militärische Übungen durchzuführen.

Washington versuchte zunächst vor allem durch Hilfe für die Privatwirtschaft Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Der damalige US-Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten begründete einen 75-Mio-Dollar-Kredit für das Finanzjahr 1980 damit, daß dies das beste verfügbare Mittel der USA wäre, um zu erreichen, daß Nicaragua nicht-paktgebunden, „pluralistisch“ und „gemäßigt“ bleibe.³



Destabilisierungsverantwortliche Reagan und CIA-Chef Casey

Für das Finanzjahr 1981 erfolgte jedoch bereits eine Wende. Lediglich 7,5 Mio Dollar sollten noch gewährt werden, die allerdings an politische Organisationen wie den Unternehmerverband COSEP oder über das Amerikanische Institut für die Entwicklung der Freien Gewerkschaften (AIFLD) an die Rechtsgewerkschaften CUS und CTN gehen sollten.

Mit dem Machtantritt von Ronald Reagan im Januar 1981 wurden alle Hilfsprogramme mit Ausnahme des letzteren gestrichen.

Da allein durch Unterstützung der inneren Opposition eine Änderung in der Politik der Sandinistas nicht durchzusetzen war, beschloß die Administration ihre Druckmaßnahmen auszuweiten.

Am 1. Dezember 1981 stimmte Präsident Reagan einem umfassenden Destabilisierungsplan zu, der unter der Bezeichnung NSDD 17 vom Nationalen Sicherheitsrat (NSC) ausgearbeitet worden war.

Er sah u.a. vor: verstärkte subversive Aktionen innerhalb Nikaraguas, Unterstützung für paramilitärische Aktionen, wirtschaftlicher Druck, militärische Drohungen, Planungen für eine militärische Intervention, verstärkte Geheimdienstaktivitäten, Propagandaanstrengungen, und gemeinsame Planungen mit Verbündeten.⁴ In einer Sitzung des NSC vom April 1982 wurde die Gültigkeit dieser Maßnahmen bestätigt.⁵

„Contras“-Arm des CIA

Die wirtschaftlichen Maßnahmen bestanden vor allem darin, Nicaragua keine Kredite mehr zu gewähren, dies auch bei Privatbanken und internationalen Finanzorganisationen durchzusetzen, sowie Importe aus Nicaragua einzuschränken (siehe Beitrag von J. Cavanagh/J. Hackel).

Die paramilitärischen Aktivitäten bestanden ursprünglich im Aufbau einer 500-Mann-Truppe durch den CIA und eines Kontingents von 1.000 Mann durch Argentinien.

Zu diesem Zweck wurden dem CIA 19,9 Mio Dollar bewilligt.⁶ Mit Beginn des Falkland/Malwinen-Krieges (2.4.1982) beteiligten sich die Argentinier jedoch nicht mehr am Aufbau der „Contras“.

Der CIA übernahm damit alleine die Ausrüstung und Ausbildung dieser Gruppen, die unter Bezeichnung Demokratische Nikaraguanische Kraft (FDN) von Honduras aus zu operieren begannen. Sie bestanden am Anfang aus ehemaligen Nationalgardisten Somozas, wurden aber im Laufe der Zeit mit insgesamt 64 Mio Dollar vom CIA zu einer 12.000-15.000 Mann starken Truppe ausgebaut. Ihr gehören heute auch Bauern aus dem Norden Nikaraguas und 2.000-3.000 ge-

flüchtete Miskitos an. Zur weiteren Verstärkung der „Contras“ hat Ronald Reagan 21 Mio Dollar für dieses Jahr und 28 Mio Dollar für das nächste Jahr beantragt. Der Großteil der US-Unterstützung (80-150 Mio Dollar im Jahr) wird jedoch am Kongreß vorbei gezahlt.⁷

Ab April 1982 begann der ehemalige Sandinist Eden Pastora zusammen mit dem Unternehmer Alfonso Robelo, der anfangs der nikaraguanischen Regierungsjunta angehörte, in Kostarika mit dem Aufbau der Demokratisch-Revolutionären Allianz (ARDE). Diese Gruppe, die ab Mai 1983 aktiv wurde, verfügt mittlerweile über 3.000-4.000 Mann. Auch sie wird – teilweise auf Umwegen

Bereits Anfang 1983 war aufgedeckt worden, daß die Führung der FDN dem US-Botschafter in Honduras John D. Negroponte obliegt.⁸

Die Angriffe der „Contras“ waren in den Jahren 1981 und 1982 wenig erfolgreich. Der verursachte Schaden belief sich auf 23,7 Mio Dollar.

Ab März 1983 drangen jedoch regelmäßig Gruppen von 1.000-2.000 Mann nach Nikaragua ein, ohne jedoch dauerhaft einen Teil des Territoriums besetzen oder – wie erhofft – einen Volksaufstand in Nikaragua auslösen zu können. Aus diesem Grunde beschränkten sie sich zusehends auf Angriffe gegen wirt-

Chronologie der US-Interventionen

Seit Präsident Monroe im Jahr 1823 mit der Parole „Amerika den Amerikanern“ (Monroe-Doktrin) den Anspruch der USA – gegenüber den Kolonialmächten Spanien und Großbritannien – auf die eigene Vorherrschaft in Lateinamerika geltend machte, rissen ihre militärischen Interventionsakte gen Süden nicht mehr ab.

Nach dem Raubkrieg gegen Mexiko 1846-48, bei dem sich die USA nahezu die Hälfte des mexikanischen Territoriums einverleibten, gab es serienweise Truppenentsendungen „zum Schutz von Leben und Eigentum der USA“ in Panama (1873, 1885, 1901 und 1902 und in Nikaragua (1894, 1898 und 1899).

1898-1902 Die USA reißen im Ergebnis des Krieges mit Spanien Puerto Rico als Kolonie an sich. Und sie erteilen sich mit dem Platt Amendment (1901) ein Interventions-„recht“ auf Kuba

1903 Errichtung des Militärstützpunktes Guantanamo auf Kuba. Intervention in Panama

1904 US-Streitkräfte „schützen die Interessen der USA“ mit ihrer Landung in der Dominikanischen Republik und machen den Dollar zur Landeswährung

1905 Landung von Marineinfanteristen in Honduras

1906-09 Dreimaliges Eingreifen von US-Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung auf Kuba

1908 Marines intervenieren in Panama

1909-10 Intervention von US-Streitkräften in Honduras

1912 Marines werden zur „Verhinderung einer Revolte“ auf Kuba eingesetzt. Sie greifen zum Schutz kommerzieller Interessen der USA in Honduras und Panama ein

1912-25 Streitkräfte der USA besetzen Nikaragua

1914 US-Intervention in der Dominikanischen Republik. Veracruz, Mexiko, wird von der US-Marine bombardiert und besetzt

1914-34 Die USA okkupieren Haiti

1916-24 Okkupation der Dominikanischen Republik

1917-23 US-Truppen marschieren in Kuba auf, um Streiks niederzuschlagen

1918 Entsendung von Marines nach Panama

1919 und 1924 US-Interventionen in Honduras

1925 US-Truppen werden nach Panama entsandt

1926-33 Die Marines besetzen Nikaragua aufs neue. Sie formieren die Nationalgarde mit dem späteren Diktator Anastasio Somoza als Befehlshaber

1954 CIA-geführte Söldnerinvasion in Guatemala und anschließender Putsch gegen die Reformregierung Arbenz

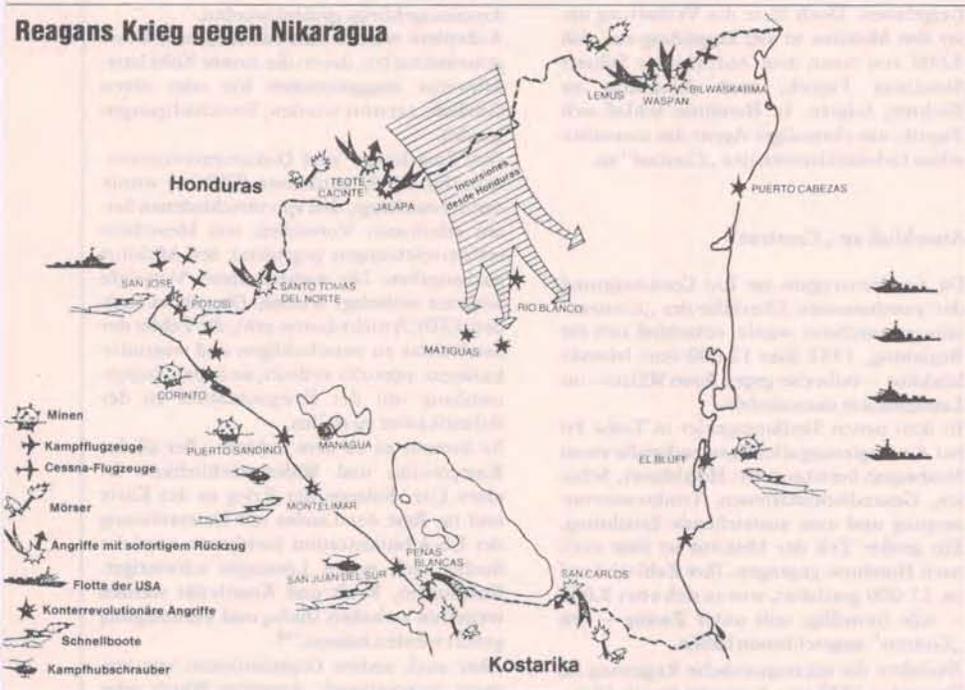
1961 Söldnerinvasion mit US-Beteiligung auf Kuba, die von der Revolutionsregierung Castro zurückgeschlagen wird

1965 Invasion von US-Kampftruppen (23.000 Mann) in der Dominikanischen Republik, mit der der Sturz der progressiven Regierung Bosch erzwungen wird

1981 Beginn der CIA-gelenkten militärischen Einfälle antisandinistischer Truppen („Contras“) in Nikaragua

1983 Invasionsversuche der „Contras“ im Norden und Süden Nikaraguas werden zurückgeschlagen. Invasion und Besetzung Grenadas durch US-Streitkräfte und karibische Hilfskontingente

Reagans Krieg gegen Nikaragua



– vom CIA unterstützt, obwohl besonders Eden Pastora dies stets bestritten hat. Anfang 1984 hat der CIA eine Abstimmung mit den Aktionen der FDN zur Voraussetzung für die weitere Unterstützung der ARDE gemacht und diese dazu gedrängt, sich mit den Somozisten zusammenzuschließen.

Eine Mehrheit der ARDE unter Führung Alfonso Robelos unterstützte diese Forderung, doch drohte eine Spaltung der Organisation. Als Eden Pastora eine Pressekonzferenz zu diesem Thema im nikaraguanischen Grenzgebiet abhielt, wurde ein Bombenanschlag verübt, bei dem er verletzt und sieben Personen getötet wurden.

Obwohl man in Kostarika der sandinistischen Regierung das Attentat in die Schuhe schieben wollte, deutet alles darauf hin, daß ein Agent des uruguayischen Geheimdienstes die Bombe im Auftrag des CIA gelegt hatte, um mit Pastora das größte Hindernis für die vollständige Unterordnung der ARDE unter den US-Geheimdienst aus dem Weg zu räumen.

schaftliche Ziele, die teilweise sogar mit Flugzeugen und von See aus durchgeführt wurden. Diese Aktionen werden freilich nicht nur von den „Contras“, sondern auch vom CIA direkt durchgeführt. So wurden die Angriffe auf die Häfen Puerto Sandino (8.9.1983) und Corinto (10.10.1983) unter direkter Beteiligung des CIA von Lateinamerikanern ausgeführt.⁹

Gleiches gilt für die Verminung der nikaraguanischen Häfen, die im Januar d.J. begann, und zu der Präsident Reagan persönlich seine Zustimmung gegeben hatte.¹⁰

Die direkte Beteiligung der USA beschränkt sich jedoch nicht nur darauf. Regelmäßig überflogen Spionageflugzeuge nikaraguanisches Territorium und geben Informationen an die „Contras“ weiter.

Ihre Kontingente, die innerhalb von Nikaragua stehen, sowie die der ARDE in Kostarika, werden außerdem von US-Flugzeugen mit Lebensmitteln und Waffen versorgt. Dies erlaubt es ihnen,

Miskitofrage – eine Desinformationskampagne

„Die Sandinisten haben nach meinem Augenschein in den letzten Jahren 15.000 Miskitos umgebracht. 30.000 leben in Zwangs- und Arbeitslagern in Nicaragua, 5.000 in Gefängnissen.“

Diese schweren Anschuldigungen des französischen Journalisten Denis Reichle und des bundesdeutschen Filmemachers Werner Herzog konnte man am 25. Mai d.J. in der Frankfurter Rundschau lesen.

„Zehntausende ermordet“?

Gewohnt war man solche Vorwürfe von Reagans UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, die schon 1981 die sandinistische Regierung beschuldigt hatte, sie habe 250.000 Miskitos – mehr als überhaupt in Nicaragua leben – in Konzentrationslagern eingesperrt.

Ähnlich hatte auch Ronald Reagan getönt, der im April d.J. in einer Rundfunkansprache erklärte: „Die Sandinisten, die Nicaragua regieren, haben Zehntausende der Miskito-, Rama- und Suma-Indianer brutal ermordet, sie ins Gefängnis geworfen und aus ihrer Heimat vertrieben.“¹

Die Tatsache aber, daß nicht die Frankfurter Allgemeine oder Peter Scholl-Latour, sondern Werner Herzog und die Rundschau diese Vorwürfe in die Welt setzten, mag manchen Sympathisanten der sandinistischen Revolution zum Zweifeln veranlaßt haben. Sind die Sandinistas dabei, ihre Revolution zu verraten und den Indios ihre Vorstellung von Befreiung mit brutaler Gewalt aufzuzwingen?

In der Tat haben die Sandinistas gegenüber der indianischen Bevölkerung Fehler begangen, die inzwischen auch erkannt, zugegeben und korrigiert worden sind. Diese Fehler resultierten zum großen Teil aus der mangelnden Kenntnis über die Kultur und Lebensweise der Indianer der Atlantikküste, die vom übrigen Nicaragua weitgehend isoliert war.

Gegenüber des in der spanischen Kulturtradition stehenden Westteils des Landes war der Osten von den englischen Kolonialherren geprägt worden. Erst 1894 wurde die Provinz Yelaya endgültig in das Land Nicaragua eingegliedert, blieb aber ohne wirkliche Verbindung mit dem Westen.

Neben den ca. 182.000 spanischsprechenden Mestizen und den 27.000 englischsprechenden Kreolen leben hier ca. 67.000 Miskitos, 5.000 Sumos und 1.000 Ramas,² drei Stämme von Indianermischlingen, die sich ihre alte Indiosprache erhalten haben.

Die Indianer gehören zu 70% der Moravischen Kirche an, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in dieser Region mit großem Erfolg missioniert hat.

Nach dem Sieg der Revolution versuchten die Sandinistas die Atlantikküste in die allgemeine Entwicklung des neuen Nicaragua miteinzubeziehen. Was ihnen als selbstverständlicher Vorzug erschien, stieß bei den Indianern auf Skepsis und Zurückhaltung.

Mit der am 11. September 1979 gegründeten MISURASATA (Bündnis zwischen Miskitos, Sumos, Ramas und Sandinistas), die einen Sitz im Staatsrat erhielt, schien ein erster Schritt der Integration der Indianer in den revolutionären Prozeß gemacht zu sein.

Bei der zunächst nur auf Spanisch geplanten Alphabetisierungskampagne kam es jedoch zu ersten Auseinandersetzungen zwischen

der Regierung und der indianischen Bevölkerung. Daraufhin wurde vom Erziehungsministerium gemeinsam mit der MISURASATA ein Programm in Miskito, Sumo und Englisch ausgearbeitet und durchgeführt. Ebenfalls wurde ein Gesetz zur Einführung des zweisprachigen Grundschulunterrichts verabschiedet.

Als indessen im Februar 1981 die MISURASATA ein indianisches Territorium forderte, das einem Drittel des nikaraguanischen Staatsgebietes entsprochen hätte, wurde die MISURASATA im August 1981 verboten und ihre Führer wegen „Separatismus“ verhaftet.

Auf Vermittlung des Bischofs der Moravischen Kirche wurden sie zwar bald wieder freigelassen. Doch löste die Verhaftung unter den Miskitos so viel Empörung aus, daß 3.000 von ihnen dem Aufruf ihres Führers Steadman Fagoth, nach Honduras zu flüchten, folgten. In Honduras schloß sich Fagoth, ein ehemaliger Agent des somozistischen Geheimdienstes, den „Contras“ an.

Anschluß an „Contras“

Da die Grenzregion am Rio Coco aufgrund der zunehmenden Überfälle der „Contras“ immer unsicherer wurde, entschloß sich die Regierung, 1982 über 12.000 dort lebende Miskitos – teilweise gegen ihren Willen – ins Landesinnere umzusiedeln.

In dem neuen Siedlungsgebiet in Tasba Pri hat die Regierung alles Notwendige für einen Neubeginn bereitgestellt: Holzhäuser, Schulen, Gesundheitsstationen, Trinkwasserversorgung und eine ausreichende Ernährung. Ein großer Teil der Miskitos ist aber auch nach Honduras gegangen. Ihre Zahl wird auf ca. 17.000 geschätzt, wovon sich etwa 2.000 – teils freiwillig, teils unter Zwang – den „Contras“ angeschlossen haben.

Nachdem die nikaraguanische Regierung im Dezember 1983 eine Amnestie für alle Miskitos erlassen hat, die 1981 wegen konterrevolutionärer Aktivitäten verurteilt worden (insgesamt 307) oder nach Honduras geflüchtet waren, sind ca. 500 nach Nicaragua zurückgekehrt.

Viele wurden jedoch von der honduranischen

Armee und den „Contras“ an ihrer Rückkehr gehindert. So haben honduranische Regierungssoldaten am 6. Januar d.J. etwa 200 Miskitos, die auf dem Weg nach Nicaragua waren, ermordet.³

Die honduranische Regierung hat bisher jede Verhandlung mit Managua über die Rückkehr der Flüchtlinge abgelehnt, obwohl das UN-Flüchtlingshochkommissariat versucht hat, zwischen beiden Regierungen zu vermitteln.

Auch in anderen Bereichen hat die nikaraguanische Regierung erste Schritte gemacht, um den unter der Kriegssituation leidenden Indianern entgegenzukommen. So hat sie Untersuchungen angeordnet, um die Vorfälle aufzuklären, bei denen Miskitos durch Armeegehörige getötet wurden.

Außerdem werden den Familien oder Dorfgemeinschaften, denen die Armee Kühe bzw. Schweine weggenommen hat oder deren Gebäude zerstört wurden, Entschädigungen gezahlt.

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Atlantikküste (CIDCA) wurde damit beauftragt, den von verschiedenen Seiten erhobenen Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Miskitos nachzugehen. Die meisten dieser Vorwürfe konnten widerlegt werden. Obwohl es auch dem CIDCA nicht darum geht, die Fehler der Sandinistas zu entschuldigen und wegzudiskutieren, versucht es doch, sie in den Zusammenhang mit der Kriegssituation an der Atlantikküste zu stellen.

So kommt es zu dem Schluß: „Bei all der Komplexität und Widersprüchlichkeit ist eines klar. Solange der Krieg an der Küste und im Rest des Landes mit Unterstützung der US-Administration fort dauert, wird die Suche nach neuen Lösungen schwieriger. Ressourcen, Kraft und Kreativität werden weiterhin zwischen Dialog und Verteidigung geteilt werden müssen.“⁴

Aber auch andere Organisationen wie amnesty international, Americas Watch oder die Gesellschaft für bedrohte Völker haben die von Reichle erhobenen Anschuldigungen als unhaltbar zurückgewiesen. Robin Schneider von der Gesellschaft für bedrohte Völker sagte dazu: „Ein Völkermord in diesem Ausmaß hätte den verschiedenen Organisationen nicht verborgen bleiben können.“⁵

Die „Enthüllungen“ von Reichle und Herzog kommen jedenfalls der Reagan-Administration und der Regierung Kohl gerade recht, um ihre Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua zu untermauern.

Wohl wissend, daß diesen die Argumente fehlen, haben die beiden eine lukrative Marktlücke entdeckt. Der Film von Herzog und Reichle, den sie bei ihren Streifzügen zusammen mit den „Contras“ gedreht haben, soll von der US-Fernsehgeseellschaft CBS, vom französischen Fernsehen und vom Süddeutschen Rundfunk ausgestrahlt werden.

Anmerkungen:

- 1) Amerika-Dienst, Bonn, 18.4. 1984
- 2) Siehe: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 10-11, Januar 1984
- 3) Vgl. Die Tageszeitung (taz), Berlin-West, 31.1. 1984
- 4) CIDCA, Avances de investigacion, Trabil Nani. History and current situation in Nicaragua's Atlantic Coast, Managua 1984
- 5) Frankfurter Rundschau, 1.6. 1984



Miskitos im Flüchtlingslager Morocho



US-Truppen beim gemeinsamen Manöver in Honduras – ein Dauerzustand

ständig 4.000 Mann auf nikaraguani-
schem Gebiet zu stationieren.

Insgesamt verursachten die Angriffe bis-
her einen Schaden von über 200 Mio
Dollar und führten zu über 3.000 Todes-
opfern, meist Zivilisten.

Die US-Administration hat die Unter-
stützung für die „Contras“ von Anfang
an damit begründet, daß sie angebliche
Waffenlieferungen Nikaraguas an die Be-
freiungsbewegung El Salvadors unterbin-
den sollten.

US-Basis Honduras

Aber trotz Spionageflügen, US-Soldaten
in Honduras und einer Radarstation im
Golf von Fonseca, der an Nicaragua und
El Salvador grenzt, konnten bisher keine
Beweise für die Anschuldigungen er-
bracht werden. Aufgrund von Aussagen
des ehemaligen CIA-Agenten David
McMichael erklärte vielmehr am 13. Juni
d.J. Daniel P. Moynihan, Vorsitzender
des Geheimdienstausschusses des Senats,
daß keine schlüssigen Beweise für Waf-
fenlieferungen vorlägen.

Nichtsdestotrotz beharrt Washington
auf dem Vorwurf, Nicaragua würde den
„Terrorismus exportieren“. „Mittel-
amerika ist zum Schauplatz eines drei-
sten Versuches der Sowjetunion, Kubas
und Nikaraguas geworden“, so Ronald
Reagan in seiner Fernsehansprache vom
9. Mai d.J., „den Kommunismus mit Ge-
walt in der gesamten Hemisphäre zu ver-
breiten. Wenn ... nahezu die Hälfte unse-
res gesamten Außenhandels durch den
Panamakanal und die karibischen Ge-
wässer geht, dann geht es auch um
Amerikas Volkswirtschaft und um
Amerikas Wohlergehen.“¹¹

Das Argument, daß die nationale Sicher-
heit der USA bedroht sei, wird nicht nur
ins Feld geführt, um die Unterstützung
der „Freiheitskämpfer“, wie die „Con-
tras“ bei Reagan mittlerweile heißen, zu
begründen, sondern auch um den eige-

nen Militäraufbau in Honduras zu recht-
fertigen.

Bereits 1982 begannen die USA die hon-
duranischen Streitkräfte auszubauen
und eigene militärische Einrichtungen in
Honduras zu schaffen.

Dies geschah vor allem während der
Manöver „Big Pine II“, die von August
1983 bis Februar 1984 andauerten. An
ihnen beteiligten sich mehr als 5.000 US-
Militärs sowie salvadorianische und hon-
duranische Soldaten.

1.750 US-Militärs befinden sich mittler-
weile andauernd im Land. Ihre Zahl ist
aber meist höher, da fast ständig Militär-
manöver stattfinden. Auf die Manöver
„Grenadero I“, die am 1. April d.J. be-
gannen, sollen „Big Pine III“ und weitere
militärische Übungen bis 1988 folgen.

Die bei dieser Gelegenheit aufgebauten
Militäreinrichtungen umfassen sechs
Flugpisten (zwei weitere sind im Bau),
Radarstationen, ein Ausbildungszen-
trum für salvadorianische und hondura-
nische Truppen sowie Munitions- und
Materiallager. „Nach Angaben von Mili-
tärspezialisten und Mitgliedern des Kon-
gresses ist das Pentagon heute in der
Lage“, so die New York Times, „in Mit-
telamerika Kampfaufgaben zu überneh-
men, wenn Präsident Reagan es be-
fieht.“¹²

Nach dem Drehbuch Grenada

Um die Voraussetzungen für einen mili-
tärlichen Überfall auf Nicaragua zu ver-
bessern, hat die Reagan-Administration
Anfang Oktober 1983 den Mittelameri-
kanischen Verteidigungsrat (CON-
DECA), dem Honduras, Guatemala und
El Salvador angehören, wiederbelebt.

Nach einem provozierten Konflikt mit
Nicaragua sollen sie die US-Truppen zu
Hilfe holen, und ihrem Einsatz einen An-
schein von Legitimität geben. Allerdings
ist die CONDECA nur begrenzt hand-
lungsfähig, und es ist nicht gelungen,

Panama und Kostarika zu integrieren.
Kostarika hat vielmehr seine Neutralität
erklärt. Trotzdem versucht Washington
das Land in seine Pläne einzubeziehen,
indem es Grenzzwischenfälle nutzt, um
die US-freundlichen Kräfte in der dortigen
Regierung zu stärken. Von den drei
Mitgliedern der CONDECA ist lediglich
Honduras begrenzt handlungsfähig, ob-
wohl auch hier der Widerstand gegen die
US-Präsenz wächst. El Salvador ist zu
sehr mit der eigenen Guerilla beschäftigt,
als daß es gegen Nicaragua eine aktive
Rolle spielen könnte. Gleiches gilt in ge-
ringerem Maße auch für Guatemala.¹³
Doch selbst wenn nur Honduras in der
Lage und gewillt ist, sich an einem Krieg
gegen Nicaragua zu beteiligen, so kann
doch die CONDECA, ähnlich wie im Fal-
le Grenadas die Organisation Ostkaribi-
scher Staaten, die US-Truppen zum Ein-
marsch einladen.

Gegen diese Gefahr wehrt sich Nicaragua
sowohl auf diplomatischem wie militäri-
schem Gebiet. Die Milizen sind erheblich
ausgeweitet und Maßnahmen für einen
Guerillakrieg gegen die Invasoren getrof-
fen worden.

Durch die Anprangerung der Kriegsvor-
bereitungen der USA vor UNO-Gremien
wie den Sicherheitsrat und den Inter-
nationalen Gerichtshof, sowie durch ihre
Verhandlungsbereitschaft haben die
Nikaraguaner den politischen Preis, den
Washington für eine Invasion zu zahlen
hätte, erhöht.

Verhandlungen in der Sackgasse

Verhandlungsangebote Nikaraguas hat
die Reagan-Administration bisher immer
mit neuen Forderungen beantwortet.
Anfangs warfen sie Nicaragua vor, Waf-
fen an die Befreiungsbewegung El Salva-
dors zu liefern.

Als Nicaragua zustimmte, darüber zu
verhandeln, forderten die USA multila-
terale Verhandlungen.

Daraufhin willigte Nicaragua ein, im
Rahmen der Contadora-Gruppe (Mexi-
ko, Venezuela, Panama, Kolumbien)
über den Konflikt zu verhandeln.

Diese Gruppe legte unter Zustimmung
von Guatemala, El Salvador, Honduras,
Kostarika und Nicaragua im Oktober
1983 einen 21-Punkte-Plan vor, der u.a.
vorsieht, daß alle Waffenlieferungen in
die Region gestoppt werden, die Militär-
berater und ausländischen Truppen ab-
gezogen werden und jegliche Hilfe an
Gegner der Regierung eines anderen Lan-
des eingestellt wird.

Trotz verbaler Unterstützung der USA
für diesen Plan ist seine Umsetzung we-
gen der Obstruktionspolitik ihrer mittel-
amerikanischen Verbündeten keinen
Schritt vorangekommen. Der Grund da-
für liegt darin, daß die USA dann ihre

Unterstützung für das salvadorianische Regime und die „Contras“ einstellen müßten.

Umso lautstärker machen die USA die Sandinistas für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich, weil diese nicht bereit sind, sich das Wohlwollen der USA durch die Aufgabe der nationalen Souveränität und der Revolution zu erkaufen.

Deshalb, so die Sandinistische Versammlung, „ist die gesamte Welt Zeuge dieses historisch entscheidenden Moments, in dem Nikaraguaner ihre Entschlossenheit als Nation zu existieren verteidigen, obwohl wir möglicherweise als Konsequenz den Preis einer direkten militärischen US-Intervention zu zahlen haben.“¹⁴

Anmerkungen:

- 1) Barricada Internacional, Managua, 28.5. 1984
- 2) Ebenda
- 3) CounterSpy, Washington, Nr. 3, Mai/Juni 1982
- 4) Vgl. ebenda
- 5) Siehe: New York Times (NYT), 7.4. 1983
- 6) Vgl. NACLA Report on the Americas, New York, Nr. 1, Januar/Februar 1982
- 7) Angaben nach: South, London, Juni 1984
- 8) Siehe: Time, New York, 4.4. 1983
- 9) Siehe: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 19.4. 1984
- 10) Siehe: The Wall Street Journal, New York, 6.4. 1984
- 11) Amerika-Dienst. Dokumentation, Bonn, 16.5. 1984
- 12) NYT, 23.4. 1984
- 13) Siehe: AIB-Sonderheft 3/1984, S. 3-4
- 14) Barricada Internacional, 28.5. 1984

FUSL FORSCHUNGS- UND
DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE/LATEINAMERIKA



Lisa Luger /
Bäbel Sulzbacher

**SOMOS — Nicaraguas
Frauen zwischen Alltag
und Befreiung**

286 S. mit 40 Abb., DM 12,80

„SOMOS“ — „Wir sind“ ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaraguanische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Erfolgen und Schwierigkeiten, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseeindrücke, Comics und Fotos in diesem 'Lesebuch' informieren über:

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den „machismos“
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution
- viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

Julio Cortazar Enklave der Hoffnung

Die Werke Julio Florencio Cortazars (1914-84), Argentinier und einer der prominentesten zeitgenössischen Schriftsteller Lateinamerikas, wurden von Sandinistaführer Tomas Borge als „Aufforderung an die Phantasie“ gewürdigt. Borge machte Bekanntschaft mit Cortazars Literatur 1976 (siehe AIB 5/1984, S. 52 ff.) hinter somozistischen Gefängnismauern, ohne zu ahnen, daß dieser zur gleichen Zeit Nikaragua heimlich bereiste. Wenige Monate nach dem Sieg der Sandinistas vom Juli 1979 kehrte Cortazar in das befreite Land zurück. Er erlebte das revolutionäre Nikaragua als Enklave der Hoffnung.

Es fehlt mir nicht gerade an Vorstellungskraft, aber wenn mir vor einem Monat jemand gesagt hätte, ich würde in Somozas Privatflugzeug nach Nicaragua fliegen, hätte ich ihn ausgelacht. Wenn ich es genau bedenke, bin ich aber immer auf eine mehr als ungewöhnliche Weise nach Nicaragua gekommen.

Vor drei Jahren (im Jahr 1976; d. Red.) nahmen wir — Ernesto Cardenal, Sergio Ramirez, Oskar Castillo und ich — in Costa Rica ein Flugzeug bis zur Grenze, wo uns Freunde erwarteten und erst im Jeep und dann im Boot nach Solentiname brachten — ich habe es an anderer Stelle erzählt und einige Leser haben mir sicher unterstellt, es erfunden zu haben.

Zumindest, was mich betrifft, halte ich im Fall Nicaraguas die Grenzen zwischen Literatur und Wirklichkeit für fließend: auch meine zweite Reise besaß ihre phantastischen Seiten, obwohl sie nichts Heimliches an sich hatte, besser gesagt, sie begann mit einem Alptraum am hellichten Tag: Carol und ich wurden im belebten Zentrum von Panama, wo wir vor dem Abflug einen Spaziergang machten, überfallen und verloren fast alles, was wir bei uns hatten, auch unsere Pässe.

Den Paß zu verlieren ist kein Kinderspiel; man kann nie sicher sein, daß einem die Behörden einen neuen ausstellen, und ohne ihn kann leider auch niemand einfach in ein Flugzeug steigen. Der Alptraum wurde auf der Polizeiwache vollends kafkaesk (Franz Kafka, in Prag geborener Schriftsteller, 1883-1924; d. Red.): wir sollten auf einem Formular ausführlich beschreiben, was in Sekunden geschehen war. (...)

Meine zweite Taufe

Das Irrationale blieb weiter wirksam; Wirklichkeit im Übermaß verdichtet, wechselt schließlich ihre Vorzeichen, und alles wird möglich — wie in Träumen oder phantastischen Erzählungen. Torrijos (damals in Panama regierender General und Freund der Sandinistas; d. Red.) schlug vor, uns in seinem Privatflugzeug nach Managua bringen zu lassen. Wir hatten gerade dankbar zugestimmt, als einer seiner Mitarbeiter die Nachricht brachte, daß in Managua schon alle von unseren Schwierigkeiten wußten und Tomás Borge uns am nächsten Morgen ein Flugzeug schicken würde.

War unsere Reise schon ernsthaft in Frage gestellt gewesen, hatten wir jetzt plötzlich gleich zwei Flugzeuge zur Weiterreise zur Verfügung. Torrijos zog sein Angebot taktvoll zurück und ließ uns am nächsten Morgen in aller Frühe zum Flughafen bringen. Und das, was jetzt folgte, verdient einen besonderen Absatz.

Auf der Piste stand, klein, naß glänzend, mit zwei jungen Piloten und einer Stewardess (es war ihr erster Flug, und sie war genauso



aufgeregt wie wir) — Somozas Privatflugzeug, zurückgeblieben bei der kläglichen Flucht dieses Tyrannen. Innen gab es eine Bank für vier Personen, gegenüber zwei Sessel um einen Tisch, alles lederbezogen. Der symbolische Höhepunkt: die Toilette, das notwendige Utensil nur mit Mühe erkennbar unter lauter Marmorschnörkeln — wie in einem prunkvoll orientalisch ausgestatteten Hollywoodfilm.

In diesem Flugzeug nach Managua zu kommen, überstieg alle Erwartungen. Wir kosteten jede Minute aus. Ich versuchte, mir die Gespräche vorzustellen, die hier zwischen Diktator und Gefolge geführt worden waren. Ich sah seine Aasgeieraugen vom Fenster aus die Wiesen und Felder als Privatbesitz abgrasen.

Ich stellte mir den üblichen Empfang auf dem Flughafen vor, die in Reih und Glied aufgestellte Nationalgarde, die unterwürfigen Begrüßungen.

Wir landeten vor einem leeren Schuppen und sahen die Freunde am anderen Ende des Flughafens warten. Ein Auto brachte uns zu ihnen.

Meine zweite Taufe in Nicaragua: das Eintauchen in ein durch Befreiung und Wiedergeburt glückliches Volk. Radio, Fernsehen, Blitzinterviews, dazwischen Umarmungen, Pläneschmieden, neue Nachrichten; der erste Anblick der Milizen, Jungen und Mädchen mit Maschinengewehren, Pistolen, manchmal unbeschreiblichen „Uniformen“; und überall: das Lachen der Freiheit, zugleich: die Freiheit des Lachens.

Tomás Borge hatte uns nicht nur das Flugzeug geschickt, er und seine Frau Josefina

nahmen uns in ihrem Haus gastfreundlich auf.

Ernesto Cardenal erwartete uns im Kulturministerium, überraschte mich mit einem so umfangreichen Arbeitsplan, daß ich ihn mit einiger Energie wieder kürzen mußte, um ihn auf ein menschliches Maß zu bringen. Ich war froh über die freundschaftliche Rivalität zwischen den beiden Ministern — ganz zu schweigen vom Dritten, Sergio Ramirez —, es wurde eine Woche, die nicht nur kulturelle Kontakte brachte, sondern auch die unmittelbare Nähe zu den arbeitenden Massen in der Stadt und auf dem Land.

Ich tauschte ein paar Podiumsgespräche gegen Versammlungen in kleinen Dörfern im Landesinneren ein, manchmal nicht ohne Mühe, denn Zuneigung und Freundschaft verlangen nicht selten die Gabe der Allgegenwart. Aber ich glaube, daß diese eine Woche ausreichend war, um diese Enklave der Hoffnung, die Nicaragua heute in Lateinamerika ist, in großen Zügen zu erfassen. (...)

Ich verwende das Wort **Revolution** hier so, wie es heute in Nicaragua für den Zustand nach dem Sieg der FSLN über die jahrzehntelang herrschende, infame Somoza-Diktatur gebraucht wird.

Etymologisch ist der Begriff nur dann korrekt, wenn man ihn als eine Zukunftsprojektion versteht, während das Wort **Befreiung** voll und ganz der heute gelebten Wirklichkeit entspricht: die Menschen fühlen sich befreit.

Allgemein bekannte Gründe veranlassen die Regierung, mit einer Behutsamkeit vorzugehen, die von radikalen Kreisen heftig kritisiert, von der Masse des Volkes aber verstanden und verteidigt wird. Deshalb war es möglich, in so kurzer Zeit so vieles zu erreichen. Erstaunlich zu sehen, was sich in nur vier Monaten bereits verändert hat, die unglaublichen Anstrengungen zu spüren, mit denen der umfassende Wiederaufbau eines

Landes betrieben wird, das von der Raffgier und Zerstörungswut der zu Unrecht Nationalgarde genannten Armee Somozas in den letzten Phasen des Krieges schrecklich verwüstet wurde.

Um ein Beispiel zu nennen: in dem Raum der Universität, in dem ich an einem Podiumsgespräch mit Schriftstellern und Studenten teilnahm, fielen mir als erstes die großen Wandtafeln mit den langen Listen der Freiwilligen für die im März beginnende Alphabetisierungskampagne auf. Gemeinsam diskutierten Lehrer und Studenten die Unterrichtsprogramme, die Aufteilung der Gruppen. Eine für die hiesigen Verhältnisse fast vollständige Volkszählung gibt über die totale kulturelle Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen unter Somozas Regime Auskunft.

Auf allen Massenversammlungen, an denen ich teilnahm — und auf denen immer auch über die Alphabetisierung gesprochen wurde —, spürte ich die große Zustimmung und Unterstützung für die Kampagne. Kurz vor unserer Abreise trafen die ersten hundert kubanischen Lehrer, die große Erfahrungen aus ihrer eigenen Alphabetisierungskampagne mitbringen, ein. (...)

Revolution mit Behutsamkeit

In Managua und den kleinen Provinzstädten wimmelt es von Kindern und Jugendlichen. Man sieht sie während der Massenkundgebungen auf dieselben Bäume klettern, auf denen sie vor kurzem vielleicht noch ihr Leben verloren hätten. Hoch über der Menschenmenge schauen sie wie Äffchen oder tropische Blüten zwischen den Zweigen hervor.

Die Ärmsten sind zurückgekehrt zu ihren Gelegenheitsarbeiten, die Schuhputzer und die Zeitungsverkäufer stehen wieder an ihren Straßenecken; kleine Kinder bitten am Eingang der Restaurants um eine Münze. Ich kenne die Politik der Regierung für die Familienplanung nicht, aber ich weiß: es werden mehr Schulen, mehr Krankenhäuser, mehr Wohnungen gebraucht, viel mehr Schulbücher und Impfungen (gerade wird eine allgemeine Polio-Schutzimpfung vorbereitet, die sehr viel mehr kostet als der Staat sich im Augenblick leisten kann).

Unwillkürlich denke ich an meine erste Reise nach Kuba, vor zwanzig Jahren, als Kuba das erste Beispiel einer lateinamerikanischen Revolution war. Ich sehe die gleichen Dinge. Die Alphabetisierung durchzieht wie ein Sturmwind von Lachen und Wandtafeln die Insel, Schulen schießen wie Pilze aus dem Boden, auf dem Land werden Krankenhäuser gebaut, Spielplätze entstehen, ich höre Fidel Castro von den Kindern sprechen wie jetzt Ernesto Cardenal oder den Minister für Gesundheit oder den Kommandanten Borge — alle, die in die Zukunft schauen und wissen, daß es immer und überall Kinder gibt, die hoffen und vertrauen. (...)

Ernesto Cardenal und Sergio Ramirez kenne ich seit vielen Jahren, die neu geschlossene Freundschaft mit Tomás Borge ist eins der größten Geschenke während dieser Reise.

Wenn Elefanten ansteckend sind, wie die Surrealisten behaupten, dann sind es Kuba und Nicaragua in meinem Fall noch viel mehr. Und gegen diese Krankheit ist kein Kraut gewachsen.

Das Erinnerungsbuch von Tomás Borge über Carlos Fonseca, den Mitbegründer der Sandinistischen Befreiungsfront und damit ei-

nen der Vorreiter der Bewegung, die schließlich der Somoza-Diktatur ein Ende bereitete, kannte ich bereits.

In diesem kurzen, im Gefängnis geschriebenen Text kommt indirekt auch die Persönlichkeit von Tomás zum Ausdruck, ohne daß er sich selbst je in den Vordergrund rückt. Sie klingt an in Sätzen wie „besessen vom Gott des Zorns und vom Teufel der Zärtlichkeit“. Kein anderer als er hätte mit so wenigen Worten die bewundernswerte Persönlichkeit Carlos Fonsecas und zugleich sich selbst beschreiben können, im Stil frei von jeder Rhetorik und doch fähig, in einer Andeutung alles zu sagen — einen solchen Stil statt der Klischees, die wir ständig hören und lesen müssen, habe ich mir von Revolutionären immer gewünscht. Tomás Borge Buch ist ein seltenes Beispiel für diesen Stil.

Ansteckend wie Elefanten

Wenn die Mitglieder der Regierung das Wort „Solidarität“ aussprechen, dann fast immer mit einem Lächeln zwischen Ironie und Enttäuschung. Denn — es muß gesagt werden — die internationale Solidarität hat sich im Hinblick auf Nicaragua nicht gerade besonders hervorgetan.

Alle wissen inzwischen, was der Befreiungskrieg gekostet hat, welche Schäden er hinterlassen hat; alle wissen, daß Somoza nicht zögerte, die wichtigsten Städte des Landes aus rein faschistischer Freude an der Zerstörung bombardieren zu lassen. Felder blieben unbestellt, große Mengen Vieh gingen verloren, die kleinen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen still, die Lebensbedingungen am Rande des Existenzminimums wurden noch prekärer.

Rechtfertigte das allein nicht die unverzügliche Bereitstellung von Medikamenten, von Maschinen und technischer Hilfe aus jenen Ländern, die sich in weniger dringlichen Notlagen oft aufgeschlossener gezeigt haben? Die Nicaraguaner bitten um nichts. Sie besitzen den stillen Stolz derjenigen, die ihre Schlacht allein gewonnen haben und bereit sind, sie weiterhin allein zu schlagen.

Wir Ausländer jedoch, die wir das Land besuchen und die große Not mit eigenen Augen sehen, haben die Pflicht, für sie um Hilfe zu bitten, uns spontan zu Sprechern eines Volkes zu machen, das bald unter einer sogar noch zunehmenden Nahrungsmittelknappheit — auch an Milch für die Kinder — leiden wird, die aus Mangel an Devisen nicht behoben werden kann.

Wenn wir Nicaragua heute helfen, dann helfen wir der Sache der Freiheit und Gerechtigkeit in Lateinamerika. Kommt etwa deswegen die Hilfe so spärlich, ihr Pseudodemokratien des Nordens und Westens? (...)

Verfallen wir am Schluß dieser Impressionen, die voller Licht und Hoffnung waren, nicht in Pessimismus. Vielleicht findet sich unter meinen Lesern ein Minister für Finanzen, Landwirtschaft oder Gesundheit oder der Präsident einer Stiftung oder einer Bank, die fähig sind, diese bittere Wirklichkeit zu begreifen und ein Hilfsprogramm in die Wege zu leiten.

Die Nicaraguaner bitten um nichts, aber sie können nicht verhindern, daß ich es für sie tue, und zwar aus Bewunderung und Achtung für ihren Mut und für die fortschrittliche Lektion, die sie unserem notleidenden Lateinamerika erteilen.

(Quelle: Nicaragua. Vor uns die Mühen der Ebene, Hammer Verlag, Wuppertal 1982, S. 8-11)



Bücher

In den letzten Jahren erschien im deutschsprachigen Raum eine Vielzahl von Buchtiteln aus und über Nicaragua. Unter den Sachbüchern greifen wir jene heraus, die sich zur Einführung eignen und hinreichend aktuell sind. Tips zur nikaraguanischen Literatur (Beltristik) schließen sich an.

Sachbücher zur Einführung

Als einführende Gesamtschau für Neulinge, die sich Land und Leute Nicaraguas („Nicas“) nicht allzu aufwendig erschließen wollen, können Unterschiedliches zur Hand nehmen. Einen äußerst humorvollen, leicht bekömmlichen Einstieg bietet der weltbekannte mexikanische Karikaturist Eduardo del Rio (Rius) mit

Rius, *Hallo Nicaragua*. Sach-Comic, Weltkreis-Verlag 1983, 144 S., 12,80 DM.

Rius arbeitet mit Fotomontagen, Collagen und spitzer Feder. Er zeichnet einen geschichtlichen Abriss der „Nicas“, von der Besiedlung mit vornehmlich mexikanischen Indianern über die Christianisierung durch die spanischen Kolonialherren, die Quasi-Kolonisierung seitens der USA bis hin zum Aufbau eines neuen Nicaraguas nach 1979.



Sach-Comic



Reihe konkret

Einen ähnlich lebendigen Einblick in die Szenerie des Landes bietet

Günter Wallraff, *Nicaragua von innen*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1983, 191 S., 18 DM.

Wallraffs Reportage enthält sowohl einen Überblick zur Innenentwicklung (Wirtschaftsschwierigkeiten, Mitbestimmung, Wahlen usw.) als auch zur Intervention von „Contras“ und den USA. Ein mitreißend geschriebenes Buch.

Zwei Einführungstexte wissenschaftlichen Zuschnitts, die den nötigen Hintergrund liefern, liegen vor mit

Dieter Boris, *Nicaragua*, in: D. Boris/R. Rausch (Hrsg.), *Zentralamerika*, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1983, 405 S., 14,80 DM, S. 249-345 und

Hermann Schulz, *Nicaragua*. Eine amerikanische Vision, Rowohlt Verlag (rororo aktuell), Reinbek 1983, 203 S., 9,80 DM.

Szenarisch gehalten ist auch ein Gutteil des Buches von Schulz, das die sandinistische Bewegung und den Revolutionsprozeß von verschiedenen Seiten beleuchtet. Andernteils werden hilfreiche Faktenübersichten zu Politik (Revolutionschronik, Staatsorgane, Par-

teien u.a.) und Kultur geboten. Auffällig zu kurz gekommen sind allerdings die Seiten US-Intervention und Wirtschaftsentwicklung.

Bei Boris steht gerade letzteres im Vordergrund. Er bietet einen systematischen, geschichtlichen Abriss der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung Nicaraguas und seines politischen Herrschaftssystems vom 16. Jahrhundert bis ins Jahr 1983. Ausgezeichnet gelungen sind auch die Skizzierung des antisozialistischen Befreiungskampfes (Sandinistas, Gewerkschaftsbewegung!) und die abschließende Zwischenbilanz des revolutionären Veränderungsprozesses seit Juli 1979.

Ergänzende Sachbücher

Als eine ergänzende Gesamtschau, reich bebildert, welche eine Fülle von Selbstdarstellungen (Gespräche, Impressionen) des neuen Nicaragua bietet, sei empfohlen mit

Gritta Rösing/Frank Lehmann, *No pasaran. Bilder und Berichte aus Nicaragua*, Basisbücher No 1 Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/Olten/Wien 1984, 239 S., 22,90 DM.

Eine Textsammlung zum brisanten Thema Christen/Kirche und Revolution ist soeben erschienen mit

Dorothee Sölle/Horst Goldstein (Hrsg.), *„Dank sei Gott und der Revolution“*. Christen in Nicaragua, Rowohlt Verlag (rororo aktuell), Reinbek 1984, 212 S., 9,80 DM.

Es dokumentiert u.a. die Grundsatzpositionen von Sandinistas und revolutionären Christen sowie das Konfliktgeschehen anlässlich des Papstbesuches vom März 1983. Die Rolle der nikaraguanischen Frauen in Gesellschaft und

Revolutionsprozeß behandelt die Neuerscheinung

Lisa Luger/Bärbel Sulzbacher, *SOMOS. Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung*, FDCL, Berlin-West 1984, 286 S., 12,80 DM.

Literarisches zum Einstieg

Carlos Rincon/Krista Tebbe (Hrsg.), *Nicaragua. Vor uns die Mühen der Ebene*, Hammer Verlag, Wuppertal 1982, 224 S., 28,80 DM.

Wer sich in der Literaturszene Nicaraguas zu rechtfinden will; erhält hier eine Reihe von Anregungen, so etwa im Überblick E. Cardenals über die Volksdichtung des Landes (S. 166ff.).

Einen noch systematischeren Einstieg in die nikaraguanische Dichtkunst vermittelt Carlos Rincon in dem spanisch-deutschen Band *Moderne Lyrik aus Nicaragua*, Reclam Verlag, Leipzig 1981, 285 S., 2,50 M.

Hier werden Ruben Dario (1867-1916), der Begründer des lateinamerikanischen Modernismus, und der amtierende Kulturminister, Priester und Revolutionär Ernesto Cardenal als die beiden überragenden Poeten Nicaraguas präsentiert. Mit José Coronel Urtecho (geb. 1906), Leonel Rugama (1949-70) usw. sind auch alle anderen führenden Lyriker des Landes in dieser Gedichtauswahl vertreten. Eine Sammlung von *Erzählungen Ruben Darios* erschien im gleichen Verlag 1983 (127 S., 1,50 M) unter dem Titel „Das Gold Mallorcas“.

Eine Vielzahl von Gedicht- und Prosabänden Ernesto Cardenals brachte in den letzten Jah-

Eine andere Ankunft

Es war in der Woche nach dem Sieg.

Wir kamen aus Kuba

von der Feier des 26. Juli.

Ich dachte an die Rede Fidels

und die Worte Martis: „Alles ist herrlich im Juli.“

Da taucht plötzlich, blau auf blau, der Momotombo auf, zum ersten Mal frei seit der Zeit der Indianer.

Die Felder viereckig, sanftgrün im Morgenlicht.

Der See von Managua rosenrot an diesem Morgen,

die kleine Vogelinsel nah bei Managua

(auch sie gehörte Somoza)

und ich merke, daß mein Land jetzt viel schöner ist.

Ich sage es Dora Maria, die neben mir sitzt,

wie ich den verzückten Blick auf dem befreiten Vaterland,

diesem Traum, den wir alle träumen und aus dem wir nie mehr erwachen.

Früher war es, als ob diese Schönheit sich schämte...

Wie schön ist jetzt unser Land.

Wie herrlich unsere Natur ohne Somoza.

Und unsere Ergriffenheit, über dem rötlichen See zu hören,

wie das Mädchen der kubanischen Fluggesellschaft

durchsagt,

daß wir gleich landen werden auf dem Flughafen „Augusto César Sandino“.

Das Flugzeug voller Guerilleros.

Und dann eine Ankunft ohne jede Angst (wir hatten nicht einmal Pässe)

und dann der Zoll und die Kontrolle

und das Wort „compañeros“ als Gruß.



Ernesto Cardenal

ren der Hammer Verlag heraus. Den repräsentativsten Querschnitt seiner Gedichte (Gebet für Marilyn Monroe, Stunde Null usw.) enthält das Buch

Ernesto Cardenal, Die Stunde Null, 400 S., 16,80 DM.

Von ähnlich herausragender Aussagekraft ist sein Werk

Das Evangelium der Bauern von Solentiname, 680 S., 36,80 DM.

Als ein brillanter Erzähler und Romancier ist schließlich Nikaraguas amtierendes Mitglied der Regierungsjunta Sergio Ramirez (geb. 1942) zu nennen. Die Tyrannei des Somoza-Regimes nimmt er in Fabeln/Erzählungen der Jahre 1969-76 aufs Korn in

Sergio Ramirez, Vom Vergnügen des Präsidenten, Hammer Verlag 1981, 142 S., 16,80 DM.

Nicht minder empfehlenswert sind seine beiden Romane, die die Persiflage der Militärdiktatur mit der Schilderung von Volkswiderstand verknüpfen:

Die Spur der Caballeros, Aufbau-Verlag, Berlin-DDR/Weimar 1981, 210 S., 7,80 M und Chronik des Spitals Juan de Dios, Hammer Verlag, Wuppertal 1973, 160 S., 16 DM.

Zwei mitreißende Zeugnisse des sandinistischen Befreiungskampfes legte der Hammer Verlag schließlich vor mit

Gabriel Garcia Marquez, Die Geiselnahme, 1982, 112 S., 12,80 DM und

Antonio Skarmeta, Der Aufstand, 1981, 218 S., 22,80 DM.

Während der kolumbianische Nobelpreisträger Garcia Marquez das Drehbuch einer spektakulären Guerillaaktion des Jahres 1974 schrieb, verfaßte der Exilchilene Antonio Skarmeta einen fesselnden Roman über die letzten Wochen des Volksaufstands 1979. Am Beispiel der zuerst befreiten Stadt Leon schildert er die dramatische Entscheidungsschlacht und den Opfermut des Volkes.

Plattentip

Luis Enrique Mejía Godoy und Mancotal, Sonnenaufgang. Neue Lieder. Nicaragua libre, Hammer und Vorwärts Verlag, Langspielplatte Dialog 002, 18 DM.

Der Sandinist und Sänger Luis Enrique Mejía Godoy und die Gruppe Mancotal spielen Lieder der nikaraguanischen Revolution und nikaraguanische Volksmusik. Der derzeit populärste Interpret des Landes versucht, alte nikaraguanische und neue Instrumente in einer Musik zu integrieren, in der der Rhythmus ein wichtiger Bestandteil ist. Der Hörer lernt Musik der Küstenregion kennen und erfährt einiges über die Probleme des Wiederaufbaus im zerstörten Nicaragua.

Luis Enrique Mejía Godoy y Mancotal de Nicaragua

Sonnenaufgang



Neue Lieder
Nicaragua Libre

Peter Hammer Verlag
Vorwärts Verlag



Filme

Den Transport des Fährschiffes „Gröpeln“ an seinen Bestimmungsort in Nikaraguasee hat der Film von Rolf Neddermann und Manfred Vosz „Die nackten Füße Nicaraguas“ zum Gegenstand. Dabei entsteht ein Porträt der südlichsten Provinz Nikaraguas, Rio San Juan, ihrer Menschen und ihrer Lebensbedingungen (1983, 16 mm, Farbe, 100 Min.). Dieser Film wie alle folgenden können bei CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1 bezogen werden.



Die Invasionsvorbereitungen der USA in Honduras und die Aktivitäten der „Contras“ schildert der Film „Honduras Connection“ von Leo Gabriel (1983, 16 mm und Video, Farbe, 47 Min.).

„Buchstaben der Revolution“ von Werner Biermann ist ein Film über die Alphabetisierungskampagne. Er zeigt den Unterricht und Diskussionen über die Situation nach der Befreiung (1980, 16 mm, Farbe, 30 Min.).

„Sandino heute und immer“ ist eine Produktion des Niederländers Jan Kees de Rooy. Er zeigt den Wiederaufbau des Landes, die Alphabetisierungskampagne und die Gründung der Volksmilizen (1981, 16 mm, Farbe, 55 Min.). Bei der Noticiero (Wochenschau)-Reihe han-

delt es sich um Schwarz-Weiß-Kurzfilme (10-17 Min.) des nikaraguanischen Filmstudios INCINE. Sie behandeln folgende Themen: Die wichtigsten Vorgänge des Jahres 1979 bis zur Befreiung (Nr. 2); die Atlantikküste, politische, geographische und kulturelle Besonderheiten (Nr. 11); die Verteidigung gegen die wirtschaftlichen Angriffe von innen und außen (Nr. 14); Agrarreform in Zelaya/Atlantikküste.

Zeitschriften/Broschüren

Seit 1981 erscheint monatlich eine deutsche Ausgabe der nikaraguanischen Zeitschrift *Envio*. Sie enthält politische Analysen der Situation des Landes und ist für 20 DM pro Halbjahr über die Edition Nahua, Postfach 101320, Wuppertal, zu beziehen.

Ebenfalls ausschließlich mit Nikaragua beschäftigt sich die vom Dietzenbacher Verein zur Förderung der deutsch-nicaraguanischen Beziehungen herausgegebene Zeitschrift *Monimbo*. Sie bringt vor allem Berichte und Interviews aus Nikaragua. Der Verein hat seinen Sitz in der Schäfergasse 15, 6057 Dietzenbach.

Das *ann-Bulletin* veröffentlicht wöchentlich Meldungen der Agentur Neues Nikaragua (ann) aus Managua in deutscher Sprache. Es kann für 30 DM im Vierteljahr bezogen werden bei: Alvaro Rojas, Stroberg 1, 7000 Stuttgart 1.

In der Reihe *Nahua-Scripte* sind bisher zwei Broschüren erschienen. Die erste setzt sich mit dem Konzept der Blockfreiheit in Nikaragua und Lateinamerika auseinander, die zweite dokumentiert die Klageschrift des New Yorker Zentrums für Verfassungsrechte gegen US-Präsident Ronald Reagan, Außenminister George Shultz und CIA-Direktor William Casey wegen der Intervention in Nikaragua. Beide sind für 5 DM über die Edition Nahua zu beziehen.

Ein 24seitiges *Hintergrundmaterial* zu Nikaragua ist für 1,50 DM beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) zu beziehen. Es enthält Grunddaten zu Nikaragua, einen historischen Rückblick und Materialien zum Aufbau nach dem Sieg der Revolution.

Über die Rolle der USA im Krieg gegen Nikaragua informiert eine Broschüre, die vom Lateinamerikakomitee Duisburg herausgegeben wurde. Sie kostet 3 DM und kann über Yvonne Ayoub, Johanniterstraße 130, 4100 Duisburg bezogen werden.

Mit den Problemen der Einbeziehung der Bewohner der Atlantikküste in die Revolution setzt sich die Broschüre „Ein Gigant erwacht – Die Atlantikküste Nicaraguas“ auseinander. Interessenten mögen sich an den Dietzenbacher Verein Monimbo wenden.

Vom Landesverband Hamburg der GEW wurde eine *Unterrichtseinheit* zu Nikaragua erarbeitet. Sie ist konzipiert für den gesellschaftskundlichen Unterricht, enthält aber auch Elemente für die Fächer Erdkunde, Geschichte und Deutsch. Der Textteil kostet 12 DM, der audiovisuelle (2 Diaserien und ein Videofilm) kann für 45 DM ausgeliehen werden. Das Gesamtpaket kostet 350 DM. Die Unterrichtseinheit kann beim CON-Verleih angefordert werden.

Die Broschüre *Nicaragua – El Salvador. Zwei Entwicklungsmodelle im Vergleich*, Münster 1984, 60 S., 4 DM kann bei der Christlichen Initiative El Salvador, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster, bezogen werden. Sie führt den Nachweis, daß und wie sich die

Material- und Aktionsspiegel

„Wende“ auch in der Entwicklungspolitik niederschlägt. Seit geraumer Zeit versucht die Bundesregierung Projekte in Nicaragua auf allen Ebenen zurückzudrängen. Gleichzeitig soll El Salvador wieder hoffähig gemacht werden. Die Broschüre bietet eine detaillierte Beschreibung der Entwicklungsmodelle der beiden Länder.

Plakate/Buttons

Plakate, Buttons und andere Nicaragua-Solidaritätsmaterialien können auf Grund der Fülle des Materials hier nicht im einzelnen vorgestellt werden. Deswegen sei auf den Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main und die Edition Nahua verwiesen, bei denen Materiallisten angefordert werden können.

Solidaritätsaktionen und Projekte

Spenden von je 100.000 DM für Nicaragua und El Salvador sollen laut Beschluß des Bundestreffens der Nicaragua- und El Salvador-Solidaritätskomitees gesammelt werden. In Nicaragua soll damit die Agrarkooperative Pantasma wieder aufgebaut und die Neuansiedlung von Flüchtlingen im Süden Nicaraguas finanziert werden. Spendenkonto: Informationsbüro Nicaragua, Stadtparkasse Wuppertal, Kto.Nr. 963611, Sonderkonto Kampagne 19. Juli.

Seit 1979 unterstützt medico international (Hanauer Landstraße 147-149, 6000 Frankfurt/M.) den Aufbau eines Basisgesundheitsdienstes. Jetzt sollen ein Gesundheitsposten in San Juan, eine mobile medizinische Einheit auf dem Wasser, ein Gesundheitszentrum und die Ausbildung der dortigen Krankenpfleger und -schwestern finanziert werden. Spendenkonto: Stadtparkasse Frankfurt, Kto.Nr. 1800 oder Postscheckamt Köln, Kto.Nr. 6999-508.

Direkt an die Sandinistische Front gehen die Gelder, die das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) sammelt. Sie werden ohne Zweckbindung nach Nicaragua weitergeleitet. Spendenkonto: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postscheckamt Frankfurt/M., Kto.Nr. 527055-602, Kennwort Nicaragua.

Eine Druckerei für die Jugendorganisation Sandinistische Jugend 19. Juli soll mit einer Spendenaktion von DKP, SDAJ und MSB Spartakus finanziert, gebaut und eingerichtet werden. Die sandinistische Jugendzeitschrift Los Muchachos und andere Infomaterialien sollen dort gedruckt werden. Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Kto.Nr. 1012575700.

Karl-Heinz Hansen, Mitglied des Bundesvorstands der Demokratischen Sozialisten, hat eine Spendensammlung für die Finanzierung von Sanitätsflugzeugen initiiert. Sie sollen die medizinische Versorgung der Opfer der „Contra“-Überfälle verbessern helfen. Spendenkonto: Bonner Sparkasse, Sonderkonto Karl-Heinz Hansen, Initiative Sanitätsflugzeuge für Nicaragua, Kto.Nr. 1902286.

Auf Beschluß der Nicaragua-Solidaritätsgruppen wird zur Zeit ein Projektreader zu Nicaragua erstellt. Allen Gruppen, die bereits für Projekte sammeln oder dies planen, sollen so die Vorhaben anderer Solidaritätsgruppen bekanntgemacht werden. Gruppen, die ihr Projekt darin vorstellen wollen, können sich an Thomas Kolbe, Theodorstraße 11, 2000 Hamburg 1 wenden. Der Reader wird voraussichtlich Mitte Juli 1984 fertiggestellt, danach aber noch laufend aktualisiert. Er kostet 20 DM.



Ausstellung

Sehr zu empfehlen ist eine brandneue Nicaragua-Ausstellung mit Fotos und Dokumenten. Auf 27 Tableaus wird gezeigt, was in Nicaragua heute schon verteidigungswert ist, und warum es angegriffen wird. Die Ausstellung „No Pasaran“ (Sie werden nicht durchkommen) kann über medico international, die Edition Nahua und den Solidaritätsshop Dritte Welt bezogen werden. Sie kostet 75 DM.



Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte und Bilder aus Solentiname und dem Neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, DM 12,80

Ernesto Cardenal
Heimweh nach der Zukunft
Bilder und gute Nachrichten aus Solentiname
72 Seiten, durchgehend vierfarbig illustriert, DM 12,80



Das Evangelium der Bauern von Solentiname
Gespräche über das Leben Jesu in Lateinamerika
Aufgezeichnet von E. Cardenal
Gesamtausgabe, 2. Auflage,
680 Seiten, Leinen, DM 38,80

Ernesto Cardenal
Ufer zum Frieden
Ein Meditationsbuch mit Fotos von Conrad Contzen
64 Seiten, Großformat, DM 22,80

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
Von der Heiligkeit der Revolution/
Gebet für Marilyn Monroe/
Für die Indianer Amerikas/
Das Buch von der Liebe
4. Auflage, 400 Seiten,
Taschenbuch, DM 16,80

Die Welt ist ein großer Farbtropf
Bauernmalerei aus Nicaragua
Postkarten, 10 farbige Motive,
eingeschweißt, DM 10,-

Sergio Ramirez
Vom Vergnügen des Präsidenten
Erzählungen aus Nicaragua
Mit Zeichnungen von Dieter Masuhr
144 Seiten, Broschur, DM 16,80

Omar Cabezas
Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera
Autobiografischer Bericht eines Guerillakommandanten aus Nicaragua
2. Auflage, 240 Seiten, Taschenbuch,
DM 16,80

Nicaragua - Vor uns die Mühlen der Ebene
Herausg. von Carlos Rincon und Krista Tebbe
224 Seiten, Format DIN A 4, mehr als 100 s/w und farbige Abbildungen
Broschur, DM 28,80

Antonio Skármeta
Der Aufstand
224 Seiten, Broschur, DM 22,80
Die Geschichte der letzten Wochen vor dem Sieg der Revolution in Nicaragua

Ursula Schulz
Dein Friede sei mein Friede
Geschichten von der Veränderung in Solentiname
Mit einem Vorwort von E. Cardenal
Fotos von Conrad Contzen
84 Seiten, 38 ganzseitig farbige Abbildungen, Format 24,5 x 22 cm,
Hardcover, DM 24,80

Sergio Ramirez
Viva Sandino!
Leben und Tod des ersten Guerillaführers
4. Auflage, 160 Seiten, Taschenbuch,
DM 9,80

Die Bauern von Solentiname malen das Evangelium
Mit Meditationen von H. Frenz
72 Seiten, 31 Farbbilder,
Format 24,5 x 22,5 cm,
Hardcover, DM 24,80

Die Bauern und Fischer von Solentiname haben nach ausführlichen Gesprächen untereinander die Geschichte des Neuen Testaments in Ölbildern umgesetzt. Daraus ist ein farbenprächtiges Ereignis und ein wohl einmaliges Beispiel naiver Bauernmalerei entstanden.

Bitte fordern Sie unsere Sonderprospekte zu Dialog Dritte Welt und Lateinamerika an!

Jugenddienst Verlag Peter Hammer Verlag

Föhrenstraße 33-35, D-5600 Wuppertal 2

In Österreich zu beziehen:

Oskar Höfels Verlagsauslieferung · Seilerstätte 18 · 1010 Wien



Rainer Werning

Marcos' Nöte nach den Maiwahlen

Wenn der Spruch „Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“ Gültigkeit beanspruchen kann, dann unter diktatorischen Regimes. Die trüben Schiebereien vor und nach den Parlamentswahlen vom 14. Mai d.J. bildeten keine Ausnahme.

Aufs Neue wurde das im philippinischen Volksmund gängige makabre Bonmot bestätigt, wonach die Toten einmal, die Lebenden mehr als zweimal und gar die Schmetterlinge auf Mindanao wählen.

Jagd auf Opponenten

Daß trotz dieser Manipulationen, Fälschungen bei der Auszählung, Bestechung von Wählern und dem Wahlboykott vieler Filipinos 63 der 200 Parlamentssitze auf die bürgerliche Opposition entfielen, macht die Isolation des Regimes von Präsident Ferdinand Marcos deutlich.

Am Charakter des Regimes hat sich dadurch jedoch nichts geändert. Marcos bekräftigte nach den Wahlen, daß er nicht daran denke, seine diktatorischen Vollmachten aufzugeben.

Von Interesse sind deshalb weniger die manipulierten Ergebnisse als vielmehr die Umstände, unter denen diese Wahlen stattfanden, sowie die Konsequenzen, die sich daraus für die Entwicklung der revolutionären Bewegung ergeben.

Daß das Regime gerade dieser „freien und fairen Wahlen“ (Marcos) zu dieser Zeit dringend bedurfte, resultierte aus der Notwendigkeit, gegenüber dem Ausland zweierlei zu beweisen: die Wiederherstellung der nach der Aquino-Ermordung im August 1983 schwer angeschlagenen politischen Legitimität und – damit eng gekoppelt – die Fähigkeit, die exportorientierte Wirtschaftsstrategie auf Trab zu halten. Angesichts einer mittlerweile auf knapp 26 Mrd Dollar angestiegenen Auslandsverschuldung wollte Marcos die Kreditwürdigkeit des Landes verbessern (siehe AIB 10/1983, S. 42f. und 3/1984, S. 17ff.).

Beides hat sich für das Regime als Fehlschlag erwiesen, was nicht zuletzt die internationale Berichterstattung widerspiegelte.



Meinungsfreiheit auf den Philippinen: Polizeiprügel für Demonstranten

Bereits Wochen vor den Wahlen wurden etliche Provinzen Schauplätze intensiver Militarisierungskampagnen: So wurden im Barrio Sicalao im Cagayan-Tal (Nordluzon) 500 Familien in ein „strategisches Wehrdorf“ getrieben, wobei mindestens drei Kinder an Hunger starben. Die in der Nähe stationierte 7. Infanteriebrigade hatte zudem strikte Ausgangssperren verhängt, was u.a. die Ernteeinholung unmöglich machte.¹

In der südlichen Provinz Misamis Oriental (auf Mindanao) massakrierte das „Tadtad“-Terrorkommando im März d.J. mehrere der Sympathie mit der Neuen Volksarmee (NPA) verdächtige Dorfbewohner. Die „Tadtad“ rekrutiert sich teilweise aus Mitgliedern der gefürchteten Bürgerwehrtruppen (CHDF) und operiert als paramilitärische Bande mit Duldung der philippinischen Armee.²

An den beiden jeweils Anfang März und Anfang Mai d.J. zum Wahlboykott aufrufenden „Volkmärschen für Freiheit“ („Lakbayan“ und „Sakbayan“) nahmen über 1 Mio Menschen teil. Nach unvollständigen Untersuchungen wurden allein 4 Demonstrationsteilnehmer in den südlich von Manila gelegenen Provinzen Batangas und Cavite Opfer von „salvaging“.³ In anderen Landesteilen wurden Bürgermeister, die der Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) angehörten oder ihr nahestanden, von Regierungstruppen eingeschüchtert oder erschossen.⁴

Eingebettet waren diese Maßnahmen in eine seit März d.J. systematisch geschürte „psychologische Kriegführung“. In einem 30 Seiten umfassenden Pamphlet mit dem Titel „Was die Bevölkerung wissen sollte – die Kommunistische Partei

der Philippinen/Neue Volksarmee" wurden sämtliche Propagandaregister gezogen und zur Kommunistenhatz aufgerufen: „Stellen Sie die Kommunisten bloß“, hieß es darin u.a., „und leisten Sie Widerstand gegen sie. Ohne Unterstützung werden sie wie Fische aus dem Wasser springen. Verweigern Sie ihnen jegliche Unterstützung; sie verdienen sie nicht.“

Dies bildete das Fanal zu der dann am 17. April d.J. von General Fabian Ver, einem Marcos-Verwandten und Generalstabschef der philippinischen Streitkräfte, verkündeten landesweiten militärischen Offensive gegen die NPA, um „sie an der Störung der Parlamentswahlen zu hindern“.⁵

Beunruhigende Wirtschaftskrise

Marcos selbst gab keine einzige seiner Sondervollmachten Preis – im Gegenteil, allen Nichtwählern drohte er mit einer Inhaftierung bis zu 6 Monaten.

Als Pendant zu dieser im Vorwahlklima ausgreifenden militärischen Repression verdienten die Aktivitäten US-amerikanischer Beamter Aufmerksamkeit. Ulrich A. Strauss, Direktor des Büros für philippinische Angelegenheiten im US-Außenministerium, und Scott Hallford, ein der US-Botschaft in Manila angehöriger politischer Berater, unternahmen Mitte März d.J. „Inspektions“reisen durch Südmindanao, um dortige regionale Oppositionsgruppen auf eine Wahlteilnahme einzuschwören.

Sollte, so Strauss und Hallford, die Boykottbewegung erfolgreich sein, gelte es, eine schärfere Gangart des Regimes in Kauf zu nehmen.⁶

Zur gleichen Zeit erbat Premier- und Finanzminister Cesar Virata ein neuerliches – mittlerweile das dritte – Zahlungsmoratorium, welches Mitte Juli

1984 ausläuft.

Außerdem stehen für 40% der knapp 26 Mrd Dollar betragenden Auslandsschuld Umstrukturierungen bzw. Umwandlungen in langfristige Kredite an. Als Vorbedingung für die Gewährung eines kurzfristigen, frühestens aber im September d.J. zur Auszahlung anstehenden Beistandskredits in Höhe von 650 Mio Dollar drängt der Internationale Währungsfonds (IMF) u.a. auf eine Abwertung des Peso um 22%.⁷

So einschneidend sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise, daß selbst Regierungsstellen sich nicht einmal mehr Spielraum für „aufmunternde“ Statistiken zugestehen mögen. Laut NEDA, der regierungseigenen Nationalen Wirtschaftsentwicklungsbehörde, stiegen die Preise allein von Januar bis März d.J. landesweit um 33% an. In Metro-Manila kletterte die Inflationsrate gar auf die Rekordhöhe von 37%.⁸

Zahlreiche Fabriken machten bereits ihre Tore dicht, und bis Jahresende sollen allein im Großraum Manila über 100.000 Menschen arbeitslos werden. Als düsterer Vorbote für ähnliche Entwicklungen dürfte die Schließung der seit 1967 auf den Inseln operierenden Ford Philippines, eines Tochterunternehmens der amerikanischen Ford Motor Co., zu werten sein.⁹

Daß die UNIDO dennoch auf ihrer Wahlteilnahme mit dem Slogan „Geben wir der Demokratie und nationalen Aussöhnung eine letzte Chance!“ beharrte, hat gleich dreierlei deutlich gemacht:

Sie verlieh dem Marcos-Regime auf ihre Weise – wiewohl brüchige – Legitimität. Sie demonstrierte die Unmöglichkeit, unter den bestehenden Verhältnissen einen friedlichen Übergangsmodus einzuleiten. Und sie trug schließlich dazu bei, im Rahmen eines allgemein gewachsenen politischen Bewußtseins die poli-

tische Polarisierung voranzutreiben. Letzteres ist von Bedeutung, zumal dadurch gleichzeitig das Dilemma sichtbar wird, in das sich die UNIDO hineinbugsierte.

Daß etliche vormalig aus Furcht für Marcos abgegebene Stimmen nunmehr als Protestsignal der UNIDO zugute kamen, unterstreicht mehr die tiefe Isolation des Regimes denn die Stärke der UNIDO. Was die Situation auf dem Lande betraf, wo die Kontrollmöglichkeiten der Bevölkerung weitaus größer sind als in den Städten, bildeten die für die UNIDO abgegebenen Stimmen ebenfalls kein Spiegelbild ihrer Stärke.

Da nach philippinischem Recht die Teilnahme an Wahlen vorgeschrieben ist, schöpfte dort eine Stimmenabgabe für die UNIDO, deren Verankerung wesentlich auf die Städte begrenzt ist, die Marge einer Regimekritik aus. Ganz anders verhielt es sich in Widerstandsgebieten und unter großen Teilen der nichtbürgerlichen Klassen und Schichten in den Städten, in denen der Boykott erfolgreich war.

Das Dilemma der UNIDO

Die UNIDO hat auf einen Wahlsieg gesetzt und Illusionen beflügelt, die mitunter nicht einmal mehr unter ihren als gemäßigt geltenden Politikern wie Reuben Canoy und Teofisto Guingona verfangen, welche sich der Boykottbewegung anschlossen.

Die UNIDO-Führung unter Salvador Laurel hat sich, abgesehen von persönlich gewendeten Attacken gegen Marcos und allgemeinen proamerikanischen Bekundungen, bei Aussagen über die Umgestaltung der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auffallend in Schweigen gehüllt. Auch dem am 3. und 4. April d.J. in Hongkong abgehaltenen Treffen zur Gründung eines Vorbereitungskomitees für eine Übergangskoalitionsregierung blieb sie fern.¹⁰

Als grundlegende Alternative zum gegenwärtigen Regime kann sie nicht in Betracht gezogen werden. Mit einfühlsamer Feder charakterisierte die Frankfurter Rundschau die Parteien der UNIDO denn auch als „Organisationen von Familienclans, regionale Seilschaften, aber sicherlich keine Reformorganisationen“.¹¹ Und: „Die UNIDO-Politiker haben keinen Hehl daraus gemacht, daß sie die Wirtschaft zu Lasten der Armen sanieren möchten, nach dem Vorbild der Chicago Boys oder bestenfalls des Südkoreaners Chun Doo Hwan.“¹²

Wenn es bei den Parlamentswahlen überhaupt einen Sieger gab, dann am ehesten die Boykottbewegung.

Geschmälert wurde ihr Sieg dennoch, da



Demonstration für den Boykott der Wahlen vom 14. 5. 1984

es ihr nicht gelang, die UNIDO in ihrer Gesamtheit von der massiven Verweigerung in Form des passiven Widerstands zu überzeugen. Die Erfolge der Boykottbewegung lagen zweifellos in ihrer inhaltlichen Begründung und in den von ihr angewandten Organisationsformen. Träger der Bewegung war die am 25. Februar d.J. gegründete Vereinigung von Organisationen zur Wiederherstellung der Demokratie (CORD), deren Mitglieder – ob Einzelpersonen oder Selbsthilfegruppen – sich aus allen Gesellschaftsschichten rekrutierten.

Sog. Volksboykottzentren wurden von ihr landesweit eingerichtet, um die „Unsitte fliegender Wähler“ im Zuge der vom Regime verordneten Neuregistrierungen zu dokumentieren. Durch Straßentheater, Kundgebungen, Demonstrationen, Kundgebungen, Demonstrationsmärsche vermochte sie namhafte Politiker, Juristen, Professoren, Künstler, Schriftsteller und Journalisten von der Unmöglichkeit „fairer und freier Wahlen“ zu überzeugen.

Daß ihr dabei selbst Einbrüche in die UNIDO und in die ebenfalls die Wahlen befürwortende Nationale Bürgerbewegung für freie Wahlen (NAMFREL) gelangen, sollte als Beginn eines Prozesses begriffen werden, in dessen Verlauf sich die nationalen und demokratischen Anliegen des philippinischen Volkes klarer und schärfer artikulieren werden.

Es entspricht wohl der List der Geschichte, daß dies nicht zuletzt auch durch die Wahlen begünstigt wurde.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Philippine Signs, Manila, 7.-13.4.1984
- 2) Siehe: Malaya, Manila, 5.4.1984
- 3) Eine von Militärs in den vergangenen Jahren „erprobte“ Praxis, Leute zu ermorden und die Leichen anschließend zu verscharren. Man beachte allein die zynische Sprachregelung – „salvaging“ heißt wörtlich die Rettung von in Seenot geratenen!
- 4) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 12.4.1984
- 5) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 26.4.1984
- 6) Siehe: Poll Meddling Exposed: US Agents Now At Work in: Philippine Signs, 24.-30.3.1984
- 7) Vgl. IHT, 14.3.1984, Christian Science Monitor, 26.3.1984 und FEER, 19.4.1984
- 8) Angaben nach: Mr. & Ms. Magazine, Manila, 3.4.1984
- 9) Siehe: FEER, 29.3.1984
- 10) An ihm nahmen Lorenzo Tañada, José W. Diokno, Agapito „Butz“ Aquino, der Bruder des Ermordeten, Abraham Sarmiento, Raul Manglapus und Jovito Salonga sowie Mitglieder verschiedener Volksorganisationen und der Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF) teil. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde Tañada gewählt, der u.a. auch der Nationalistischen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD) vorsteht. Vgl. AIB 3/1984, S. 17ff.
- 11) Frankfurter Rundschau, 16.5.1984
- 12) Ebenda

Walden Bello

US-Basen für den Atomkrieg



US-Marinestützpunkt Subic Bay

Zwei der wichtigsten militärischen Anlagen der Vereinigten Staaten in Übersee, der Flottenstützpunkt Subic und der Luftstützpunkt Clark, liegen auf den Philippinen. (...)

Die US-Regierung hat keinerlei Zweifel an dem Wert dieser Einrichtungen. Ihr gegenwärtiges Grundprinzip wurde vom Außenministerium so formuliert: „Ohne Frage ... sind diese Stützpunkte heute für uns wichtiger, als sie es zu vielen Zeitpunkten in der Vergangenheit waren. Sie sind nicht mehr Nachhutstützpunkte zur Unterstützung von vorgeschobenen Stellungen an den Küsten des asiatischen Kontinents. Sie sind vorgeschobene Stellungen im Westpazifik.“¹

Vorposten in Ostasien

Für die Menschen im eigenen Land wurden immer die defensiven Aufgaben unterstrichen, die diese Stützpunkte für die USA haben sollen. In Wirklichkeit dienen die Basen vielfältigen aggressiven Zwecken.

Sie haben als Sprungbrett für den Aufmarsch konventioneller Streitkräfte in Ostasien und im Indischen Ozean gedient.

Sie waren auch Ausgangspunkt für geheime Operationen, die sich sowohl gegen die Philippinen als auch gegen ihre Nachbarn richteten. In jüngster Zeit kommt ihnen eine wichtige Rolle in der „Gegenschlags“- oder „Erstschlags“-Strategie der Atomkriegführung gegen die Sowjetunion zu.

Schon ein nur oberflächlicher Überblick über den US-Stützpunktkomplex vermag das furchterregende Aufgebot militärischer Fähigkeiten und Funktionen, die er in sich vereint, offenzulegen:

- Von einem Trainingslager für US-Marines und einem U-Boot-Stützpunkt hat sich der Subic-Flottenstützpunkt zur größten logistischen Nachschubbasis der US-Marine im Westpazifik entwickelt.² Er dient als Heimathafen für einen US-Flugzeugträgerkampfverband, der im Indischen Ozean eingesetzt ist. Und hier werden zwei Drittel der Reparaturarbeiten und anderer Nachschubaufgaben für die 7. US-Flotte abgewickelt – eine Armada, die aus 70.000 Soldaten, 550 Flugzeugen und 90 Schiffen besteht.³

- Der Clark-Luftstützpunkt ist das Hauptquartier der 13. Luftflotte und der größte US-Luftstützpunkt in Ostasien – weit entfernt von seinen Anfängen als Außenposten der Kavallerie und

einer unbefestigten Rollbahn von einer halben Meile. Clark verfügt über Allwetterstart- und -landebahnen, die um die 12.000 Flugbewegungen pro Monat aufnehmen können. Er dient als Mittelpunkt der Nachrichtenverbindungen für den größten Teil des Luftwaffen-Verkehrs im Westpazifik und zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean.⁴

● Für die Luftwaffe ist eine der attraktivsten Besonderheiten von Clark das „Crow Valley“-Gebiet, das für seine „ausgeklügeltsten Trainingsmöglichkeiten für die Luftwaffe in Asien“ gerühmt wird, und „einen Schießplatz zum Abfeuern von Raketen, Artillerie-Übungsgebiete und ein Areal für elektronische Kriegführung einschließt“.⁵

Sieben- oder achtmal im Jahr beteiligen sich Einheiten der US-Luftwaffe aus dem gesamten Pazifik, manchmal in Verbindung mit Einheiten von Verbündeten wie Australien, Neuseeland und den Philippinen, an Kriegsspielen mit der Bezeichnung „Cope Thunder“ – dem größten und ausgedehntesten Luftkampf-Trainingsprogramm, das außerhalb der USA durchgeführt wird.⁶

● Die San-Miguel-Nachrichtenstation, 25 Meilen nördlich von Subic gelegen, dient als Schlüsselzentrum der Nachrichtenübermittlung für die 7. Flotte. Beide, San Miguel und Clark, beherbergen auch vom Pentagon und der CIA gesteuerte Anlagen, die Teil des Satelliten-Netztes sind, das gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Clark, Subic: „Staaten im Staate“

Der Komplex der US-Stützpunkte ist als „Staat im Staate“ beschrieben worden.⁷ Dieses Bild trifft zu, denn Clark allein ist größer als der ganze Staat Singapur. Auch wenn die Gesamtfläche für Stützpunkte unter direkter US-Militärkontrolle durch das Abkommen zwischen den USA und den Philippinen aus dem Jahre 1979 von 192.000 acres auf 24.810 acres (1 acre = 4.046,8 qm; d. Red.) reduziert wurde, so ist diese Fläche doch noch beträchtlich. Darüber hinaus sicherten sich die USA das Recht, das Land, das der philippinischen Regierung „abgetreten“ wurde, zu nutzen.

Das Stützpunktnetz, das neben Clark, Subic und San Miguel noch mindestens sechs weitere Anlagen umfaßt, hat eine Gesamtpersonalstärke von 15.400 Militärs und Angehörigen des Verteidigungsministeriums, die jederzeit durch 9.000 Matrosen der 7. Flotte im Hafen ergänzt werden.⁸

Unterstützt wird diese Garnison von 39.000 zivilen Arbeitern, meist Filipinos, die als qualifizierte Arbeitskräfte zu den billigsten Löhnen dem US-Militär in Ostasien zur Verfügung stehen. (...)

Als die Carter-Administration Anfang 1981 aus dem Amt schied, sah sie in der „Rettung“ der US-Positionen in Ostasien eine ihrer wichtigsten außenpolitischen Errungenschaften.

Carters Verteidigungsminister, Harald Brown, formulierte es so: „Fast 30 Jahre nach dem Ende des (Korea)krieges und ein Jahrzehnt nach dem Ende des (Vietnam)krieges) zeigte sich 1980 das politisch-militärische Gleichgewicht im Pazifik günstiger für die Sicherheitsinteressen der USA als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit der kommunistischen Revolution in China 1949.“⁹

Brown hob die strategische Einkreisung der Sowjetunion durch die Entwicklung einer Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten, Chinas und Japans als zentralen Faktor für die günstige strategische Position der USA hervor:

„Für die Sowjets repräsentieren diese drei Staaten einmal die in der Welt immer noch führende und gegnerische Supermacht, zweitens den Konkurrenten in der Rolle der zweitgrößten Industriemacht und drittens den volkreichsten Staat der Erde, der an die am dünnsten besiedelten und rohstoffreichen Gebiete der UdSSR angrenzt. Die Möglichkeit so eines Bündnisses muß für die Sowjets wirklich ein Alptraum sein, und die bescheidenen Schritte zu einer Zusammenarbeit in den Jahren 1975-80 haben m.E. das politisch-militärische Gleichgewicht in einem solchen Maße zuungunsten der Sowjetunion verändert, was die Vorteile bei weitem übersteigt, die der Sowjetunion aus ihrem beträchtlichen militärischen Aufbau in dieser Region in den späten 60er und den 70er Jahren unseres Jahrhunderts erwachsen.“¹⁰

Entgegen den Bestrebungen der Carter-Strategen hat die Reagan-Administration bei Übernahme des Regierungsamtes 1981 nicht versucht, diesen politisch-militärischen Vorteil in eine Politik der Entspannung mit den Sowjets umzusetzen.

Schaltstelle im Vielfrontenplan

Vielmehr sah die republikanische Rechte ihre Rolle darin, den „strategischen Alptraum“ der Sowjets zu schüren, indem sie eine Politik des schnellen Ausbaus der strategischen Atomwaffen und der Verbesserung der Fähigkeiten der Streitkräfte zu schnellen konventionellen Einsätzen in verschiedenen Teilen der Welt verfolgte. Das vertrauliche „Leitlinien-Dokument“ (des Pentagon von 1982; d. Red.) für 1984-88 enthüllte die Vorbereitung einer Strategie „für einen langandauernden Konflikt mit konventionellen Waffen gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Welt.“¹¹



Äußerste Sperrzone um die Luftwaffenbasis Clark

Die Stützpunkte auf den Philippinen sind für eine solche Strategie von zentraler Bedeutung, da sie über einen langen Zeitraum dazu ausersehen waren, eine Schlüsselrolle bei Interventionen in verschiedenen Teilen der Welt zu spielen.

Auf den Stützpunkten fußt die Machtposition der USA hinsichtlich des südostasiatischen Festlands und der Region Indischer Ozean/Persischer Golf.

Zudem spielen die Stützpunkte ihre traditionelle Rolle bei der Unterstützung der US-Streitkräfte in Südkorea: die auf Clark stationierten F-48E-Kampfflugzeuge und der Flugzeugträgerkampferverband von Subic stehen im Falle eines Krieges für einen Einsatz zur Verfügung.¹² Die Stützpunkte sind auch für eine Nutzung bei einer Intervention in Ostafrika eingerichtet. (...)

Diese vielfältigen Funktionen erhalten besondere Bedeutung angesichts der Berichte, daß einige Pentagon-Planer dabei sind, die sog. „Dreieinhalb Kriege-Strategie“ zu erkunden, d.h. die Vereinigten Staaten darauf vorzubereiten, in Europa, am Persischen Golf und in Korea größere Kriege zu führen und gleichzeitig einen „kleineren“ Konflikt auf See irgendwo im Pazifischen Ozean zu beginnen.¹³ Die Lage der Philippinen ist für zweieinhalb dieser Kriege zentral – für die Kriege im Indischen Ozean, in Korea und im Pazifik.

Der Vielfrontenplan beinhaltet, nach der letzten im Februar 1983 durchgesickerten Version der Leitlinien, jetzt auch „logistische Unterstützung“ für „chinesische Militärmanöver zur Lahmlegung der sowjetischen Pazifikflotte, ihrer taktischen Luftgeschwader und ihrer ca. 50 Armeedivisionen an der chinesisch-sowjetischen Grenze“.¹⁴

Eine solche Operation kann nur erfolgreich von Basen in Japan und auf den Philippinen aus, wo ein taktisches Luftgeschwader von 16 C-130 und 3 C-9-

Flugzeugen in Clark stationiert ist, durchgeführt werden.¹⁵

Diese aggressiven Pläne drohen die Stützpunkte nicht nur in konventionelle Kriege einzubeziehen.

Sie versetzen sie auch in die Lage, Ereignisse zu unterstützen, die zu taktischen oder umfassenden Atomkriegen eskalieren können. Diese Möglichkeit ist natürlich immer gegenwärtig seit den 50er Jahren. (...)

Das vielleicht Alarmierendste ist in diesem Zusammenhang die kürzlich von Admiral Robert Long, Chef des US-Pazifik Kommandos, getroffene „Vor-aussage“, daß es der Pazifik „am wahrscheinlichsten sein wird, wo wir einer Konfrontation mit der Sowjetunion entgegensehen“. Dies kann nur eine atomare Konfrontation sein, hat die 7. Flotte, laut dem Militärexperten Admiral Gene La Roque, zu 70% atomare Waffen an Bord.¹⁶

Clark und Subic sind, gemäß dem angesehenen Zentrum für Verteidigungsinformation (CDI) in Washington, auch Gebiete zur Lagerung taktischer Atomwaffen im Westpazifik.¹⁷

Eine nicht veröffentlichte Einschätzung, die von verlässlichen Quellen, die ungenannt bleiben wollen, erstellt wurde, erklärt ebenfalls, daß eine Lagerung auf den philippinischen Stützpunkten aus zwei Gründen am wahrscheinlichsten ist: Dort werden die atomar bestückten Flugzeugträger der 7. Flotte gewartet, und die Stützpunkte sind, außer dem Stützpunkt in Sasebo, Japan, die einzigen größeren Artilleriedepots im Pazifik. Da Sasebo vom Indischen Ozean sehr weit entfernt ist und die öffentliche Meinung in Japan Atomwaffen im eigenen Land äußerst feindlich gegenübersteht, „ist die logistische Schlußfolgerung, daß die Philippinen der Hauptlagerungsort für taktische Atomwaffen im Pazifik sind“.¹⁸ (...)

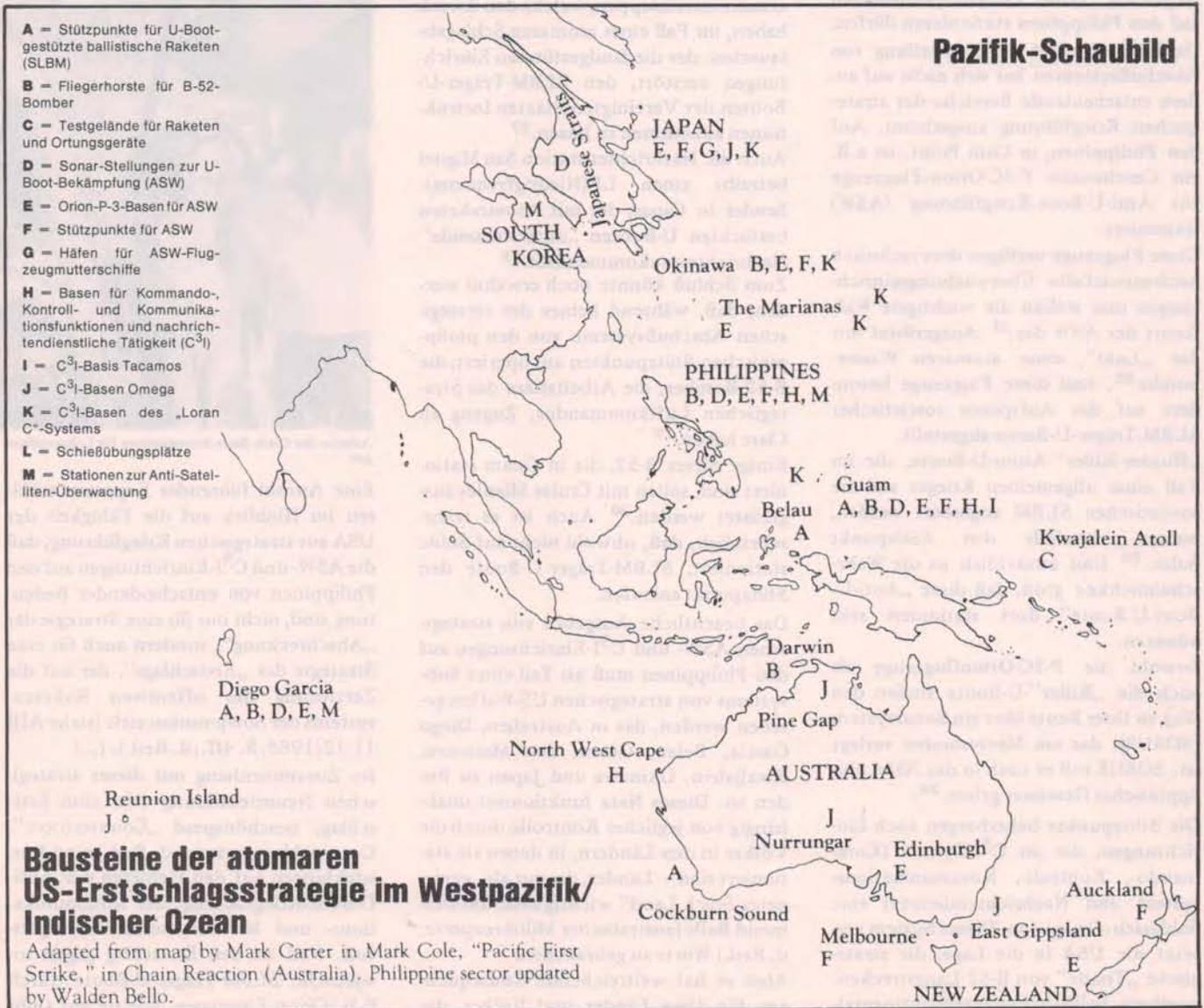
Unter der Reagan-Administration sind die Linien zwischen begrenztem Krieg, taktischem und strategischem Atomkrieg verwischt worden. Um die klassische Äußerung des Verteidigungsministers Weinberger bei seinen Bestätigungsverfahren zu zitieren: „Immer, wenn man in einen Krieg eintritt, muß die Möglichkeit des Einsatzes aller verfügba-

ren Waffen offengelassen werden.“¹⁹ Mit diesem Verwischen von Kriegsstrategien ging auch ein Verwischen der Funktionen der philippinischen Stützpunkte einher.

In der frühen Nachkriegszeit hatte das US-Stützpunktnetz vor dem ostasiatischen Festland gleichermaßen als Sprungbrett für den Einsatz konventioneller Streitkräfte und als Basen für die gegen die Sowjetunion und China gerichteten Abschußsysteme für die strategische Kriegführung gedient.

„Die Ausweitung bestehender Einrichtungen in Japan, Okinawa und Guam“, schrieb ein prominenter Angehöriger des Außenministeriums, „resultierte aus der Entscheidung, auf die B-47 als Hauptinstrument der strategischen Luftwaffe der USA zu bauen. Der effektive Einsatzradius dieses Flugzeugtyps erforderte vorgeschobene Stützpunkte, die den Zielgebieten näher lagen, als dies von den USA kontrolliertem Territorium möglich gewesen wäre.“²⁰

Mit dem Auftauchen der weiterreichenden B-52-Bomber und der Möglichkeit des Auftankens in der Luft, mit der Ent-



wicklung der ballistischen Interkontinentalraketen (ICBM) und der U-Boot-gestützten ballistischen Raketen (SLBM) wurden die Stationierungen von Abschußsystemen für strategische Waffen auf vorgeschobenen Positionen im Pazifik als nicht mehr notwendig erachtet, ausgenommen Guam, das weiterhin als Stützpunkt für B-52-Bomber des Strategischen Luftkommandos (SAC) und als Hafen für die mit Polaris-Raketen bestückten U-Boote dient.

Basen für die U-Boot-Jagd

Aber nicht nur neue Technologien ließen diese Gebiete als strategische atomare Abschußsysteme ausscheiden. Auf den Philippinen zum Beispiel, mündete der Widerstand der Bevölkerung, angeführt von dem ehemaligen nationalistischen Senator Claro Recto, in das Bohlen-Serrano-Abkommen von 1959. Es reduzierte nicht nur die Pachtzeit für die Stützpunkte von 99 auf 25 Jahre, sondern machte es auch zur Bedingung, daß die Vereinigten Staaten „ohne vorherige Rücksprache“ mit der philippinischen Regierung keine Langstreckenraketen auf den Philippinen stationieren dürfen. Doch das Verbot der Aufstellung von Abschußsystemen hat sich nicht auf andere entscheidende Bereiche der strategischen Kriegführung ausgedehnt. Auf den Philippinen, in Cubi Point, ist z.B. ein Geschwader P-3C-Orion-Flugzeuge zur Anti-U-Boot-Kriegführung (ASW) stationiert.

Diese Flugzeuge verfügen über technisch hochentwickelte Überwachungseinrichtungen und stellen die wichtigste Waffenart der ASW dar.²¹ Ausgerüstet mit der „Lulu“, einer atomaren Wasserbombe²², sind diese Flugzeuge besonders auf das Aufspüren sowjetischer SLBM-Träger-U-Boote abgestellt.

„Hunter-Killer“-Atom-U-Boote, die im Fall eines allgemeinen Krieges auf die sowjetischen SLBM angesetzt werden, nutzen ebenfalls den Stützpunkt Subic.²³ Und tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß diese „Anti-U-Boot-U-Boote“ dort stationiert sein könnten.

Sowohl die P-3C-Orionflugzeuge als auch die „Killer“-U-Boote finden den Weg zu ihrer Beute über ein Sonarsystem (SOSUS), das am Meeresboden verlegt ist. SOSUS soll es auch in der Nähe philippinischer Gewässer geben.²⁴

Die Stützpunkte beherbergen auch Einrichtungen, die im C³I-System (Kommando-, Kontroll-, Kommunikationssystem und Nachrichtendienste) eine Schlüsselrolle spielen. Dieses System versetzt die USA in die Lage, die strategische „Triade“ von B-52-Langstreckenbomben, ballistischen Interkontinental-

raketen (ICBM) und U-Boot-gestützten ballistischen Raketen (SLBM) optimal zu nutzen. Kurz gesagt, es ist die „Software“ (Kommunikations- und Überwachungssystem; d. Red.), das die „Hardware“ (Waffensysteme; d. Red.) äußerst wirksam macht.

Der Clark-Luftstützpunkt verfügt z.B. über einen Empfänger für nachrichtendienstliche Mitteilungen, die über Satellit gesammelt und von der nachrichtendienstlichen Anlage Pine Gap in Australien übermittelt werden. Von Pine Gap wird das geheime Satellitenüberwachungssystem des CIA, das das atomare Verteidigungssystem der Sowjetunion beobachtet, kontrolliert. (...)

US-Stützpunkte bieten auch strategische Nachrichtenverbindungen für Abschußsysteme. Clark verfügt über einen Kommunikationsknoten, der Teil von „Signal Cope“, dem weltweiten Nachrichtensystem des Strategischen Luftkommandos (SAC), ist.²⁵

Clark ist auch für die strategischen Kommunikationsflugzeuge Tacamo zugänglich.²⁶ Dies sind mit VLF (sehr niedriger Frequenz)-Ausrüstung ausgestattete Transportflugzeuge, die 7 km lange Antennen mitschleppen, welche den Zweck haben, im Fall eines atomaren Schlagabtausches, der die landgestützten Einrichtungen zerstört, den SLBM-Träger-U-Booten der Vereinigten Staaten Instruktionen zukommen zu lassen.²⁷

Auch die Nachrichtenstation San Miguel betreibt einen LF (Niedrigfrequenz)-Sender in Capas, der mit Atomraketen bestückten U-Booten „unterstützende“ Nachrichten zukommen läßt.²⁸

Zum Schluß könnte noch erwähnt werden, daß, während keines der strategischen Abschußsysteme von den philippinischen Stützpunkten aus operiert, die B-52-Bomber, die Arbeitstiere des Strategischen Luftkommandos, Zugang zu Clark haben.²⁹

Einige dieser B-52, die in Guam stationiert sind, sollen mit Cruise Missiles ausgerüstet werden.³⁰ Auch ist es wahrscheinlich, daß, obwohl nicht auf Subic stationiert, SLBM-Träger-U-Boote den Stützpunkt anlaufen.

Das beachtliche Aufgebot von strategischen ASW- und C³I-Einrichtungen auf den Philippinen muß als Teil eines Subsystems von strategischen US-Waffen gesehen werden, das in Australien, Diego Garcia, Belau, Guam, den Marianen, Kwaljalein, Okinawa und Japan zu finden ist. Dieses Netz funktioniert unabhängig von jeglicher Kontrolle durch die Völker in den Ländern, in denen sie stationiert sind – Länder, die nur als „geeignetes Stück Land“ wichtig sind, um Desmond Balls (australischer Militärspezialist; d. Red.) Worte zu gebrauchen.

Aber es hat weitreichende Konsequenzen für diese Länder und Völker, die

zwangsläufig der Drohung atomarer Vergeltungsschläge durch die Sowjetunion ausgesetzt sind. C³I-Einrichtungen im Pazifik sind entscheidend für die Leistung der US-Raketen in einem atomaren Schlagabtausch.

Um Schlüsselziele für einen Angriff zu werden, bedürften die US-Basen auf den Philippinen gar keiner Atomwaffen.

Ihre beachtlichen ASW- und C³I-Einrichtungen allein lassen sie vom Standpunkt sowjetischer Planer zu notwendigen Angriffszielen werden. Deshalb ist es nicht überraschend, daß – wie das Brookings-Institut (Denkfabrik der Demokratischen Partei der USA; d. Red.) enthüllt – die im Fernen Osten der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen auf US-Einrichtungen im Westpazifik, einschließlich derjenigen auf den Philippinen, gerichtet sind.³¹



Arbeiter der Clark-Basis demonstrieren für Lohnerhöhungen

Eine Anzahl führender Experten erklären im Hinblick auf die Fähigkeit der USA zur strategischen Kriegführung, daß die ASW- und C³I-Einrichtungen auf den Philippinen von entscheidender Bedeutung sind, nicht nur für eine Strategie der „Abschreckung“, sondern auch für eine Strategie des „Erstschlags“, der auf die Zerstörung des offensiven Raketen-systems der Sowjetunion zielt (siehe AIB 11-12/1983, S. 4ff.; d. Red.). (...)

Im Zusammenhang mit dieser strategischen Neuorientierung (hin zum Erstschlag, beschönigend „Counterforce“, Gegenschlag genannt; d. Red.) sind Entwicklungen auf den Gebieten der Anti-U-Boot-Kriegführung, der Kommunikations- und Waffensysteme verhängnisvoll, weil sie den Erstschlag gegen sowjetische SLBM-Träger-U-Boote durch P-3C-Orion-Flugzeuge, wie sie auf Cubi

Point stationiert sind, für US-Planer attraktiver machen.³² (...)

In Anbetracht dieser Entwicklungen und angesichts der sowjetischen Politik, nur 10 Raketen-U-Boote auf See zu haben, ist die Option, einen Erstschlag gegen die sowjetischen SLBMs zu führen, attraktiver geworden. „Wenn eine fast vollständige Überraschung erzielt werden kann,“ erklärt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut, „ist es ganz offensichtlich einfacher, 10 U-Boote auf See zu lokalisieren und zu zerstören, wenn der Rest der mit ballistischen Raketen bestückten U-Boot-Flotte (SSBN) im Hafen liegt, als zu versuchen, einen bedeutenden Teil der Flotte von etwa 90 SSBN zu treffen, wenn sie erst einmal ausgelaufen sind, insbesondere inmitten des Chaos eines globalen Atomkrieges.“³³



Kurzum, es ist möglich geworden, in einem koordinierten Erstschlag eine der Säulen der sowjetischen Atomstrategie auszuschalten. Abschreckung kann also nicht mehr länger als die einzige Aufgabe der P-3C-Orion-Geschwader auf Cubi Point und der „Hunter-Killer“-U-Boote, die Subic anlaufen, betrachtet werden. Was die strategischen Nachrichtendienste, Frühwarnsysteme und Kommunikationseinrichtungen anbelangt, wie sie auf Clark und San Miguel untergebracht sind, so ist heute klar – so argumentiert Ball – daß „diese in viel mehr verwickelt sind, als in die einfache Abschreckung eines Überraschungsangriffs.“

Sie werden z.B. ebenso für die Identifizierung und genaue Ortung von Zielen verwendet, die für die Planung von „Countervorce“-Angriffen notwendig sind, wie auch zur kontinuierlichen

Überwachung von sowjetischen Raketen- und Bomberbasen, von Kommando- und Kontrollzentren usw., die für allmähliche Conterforce-Veränderungen in der gegenwärtigen US-Doktrin der strategischen Atomkriegführung“ erforderlich sind. Er folgert daraus: „Wenn diese Fähigkeiten als der Aufrechterhaltung der Abschreckung abträglich erachtet werden, dann sind auch die nachrichtendienstlichen Systeme schädlich, von denen sie abhängig sind.“³⁴

Zusammengefaßt: Die US-Einrichtungen auf den Philippinen sind Teil des gesamten Komplexes der strategischen Kriegführung der Vereinigten Staaten und entscheidend für die Erstschlagsdoktrin, die heute die strategische Planung der Amerikaner beherrscht. Sie auszuschalten, würde eine Beeinträchtigung der Fähigkeit der USA, konventionelle Angriffskriege zu beginnen, bedeuten. Es wäre auch ein Beitrag zum Weltfrieden, da dadurch die Fähigkeit der USA, einen atomaren Präventivangriff auszulösen, geschwächt würde. (...)

(Quelle: Southeast Asia Chronicle, Berkeley, Nr. 89/1983, S. 3-16)

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: W.E. Berry, American Military Bases in the Philippines. Base Negotiations and Philippine. American Relations: Past, Present and Future, Unveröffentlichte Dissertation, S. 467/468. Erhältlich über Internationale Mikrofilm Universität, Ann Arbor, Michigan. Dies ist eine exzellente Quelle über die Geschichte der Stützpunkt-Verhandlungen.
- 2) U.S. State Department, Annex to Economic Support Fund, Program in the Philippines, Washington, September 1982
- 3) Ebenda
- 4) L. Grinter, The Philippine Bases: Continuing Utility in a Changing Strategic Context, Washington, National Defense University, Februar 1980, S. 65
- 5) Ebenda, S. 66
- 6) Clark Air Force Base. Part of Punch to Protect U.S. Far East Trade, Washington Times, 21.1.1983, S.1
- 7) W. Bello/S. Rivera (Hrsg.), The Logistic of Repression, Washington 1977
- 8) State Department, Annex to „Economic Support Fund Program in the Philippines“, Washington, September 1982
- 9) N. Brown, Thinking About National Security: Defense and Foreign Policy in a Dangerous World (Boulder, CO: Westview Press 1983), S. 113
- 10) Ebenda, S. 138
- 11) R. Halloran, New U.S. Military Strategy, New York Times News Service, abgedruckt in: San Jose Mercury News, 17.4. 1981. Deutsch in: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 36-38; d. Red.
- 12) L. Niksch, Philippine Bases: How Important to U.S. Interests in Asia? Kurze Veröffentlichung des Forschungsdienstes des Kongresses, 1.8. 1980, S.6
- 13) New York Sunday Times, 27.3.1983
- 14) Less Talk of Nuclear War in Weinberger's New Defense Guidance, Defense Week, 14.3.1983, S.2
- 15) Schätzung der Luftwaffe nach: W.E. Berry, a.a.O., S. 437/438

- 16) FBIS, Soviet Union, 15.4.1982
- 17) 30.000 Nuklearwaffen, Defense Monitor, Jg. 4, Nr. 2, S.8
- 18) Anti-Bases Coalition (Philippinen), Twenty Questions on U.S. Bases, Manila 1983, S.3
- 19) Nomination of Caspar Weinberger to be Secretary of Defense, U.S. Senate Armed Services Committee, 6.1. 1981, S.45
- 20) T. Hoopes, Overseas Bases in American Strategy, Foreign Affairs 1958, S.70
- 21) Siehe O. Wilkes, Strategic Anti-Submarine Warfare and Its Implications for a Counterforce First Strike, Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI), Jahrbuch 1979, S. 449
- 22) M. Cole, Pacific First Strike, Chain Reaction, Australien, S. 31
- 23) O. Wilkes, Foreign Military Presence in the West Pacific and Indian Oceans, Proceedings of the World Assembly of Religious Workers for General and Nuclear Disarmament, Tokio, Int. Liaison Organizing Committee, 22.-24. April 1981, S. 49
- 24) D. Ball, An Overview of Strategic Trends in the Indo-Pacific Region, Reference Paper Nr. 49, Strategic and Defense Studies Centre, Australische National-Universität von Canberra 1981, S.8
- 25) O. Wilkes, Unveröffentlichte Liste der ausländischen Militärbasen, PHL/1/5
- 26) O. Wilkes, Foreign Military Presence in the West Pacific and Indian Oceans, S. 49
- 27) M. Cole, Pacific First Strike, a.a.O. S.35
- 28) O. Wilkes, Unveröffentlichte Liste..., PHL/1/6
- 29) R. Aldridge, U.S. Bases: Stepping Stones to Disaster, Proceedings of Okinawa Conference Against Military Bases, S.74
- 30) M. Cole, Pacific First Strike, a.a.O., S.34
- 31) R. Berman, J. Baker, Soviet Strategic Forces: Requirements and Response, Washington, Brookings Institution 1982, S.21
- 32) O. Wilkes, Strategic Anti-Submarine Warfare..., S. 445
- 33) Ebenda, S. 445
- 34) D. Ball, An Overview of Strategic Trends..., S. 11/12

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

herausgegeben von Georges Labica
 unter Mitarbeit von Gérard Bensussan
 Herausgeber der dtsh. Fassung:
 Wolfgang Fritz Haug
 Titel der Originalausgabe:
 Dictionnaire Critique du Marxisme
 Presses Universitaires de France, Paris 1982
 ISBN 3-88619-033-1

Im Oktober 1983 erschien der erste Band der deutschen Ausgabe des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus. Das Gesamtwerk soll bis Ende 1985 geschlossen vorliegen. Es wird aus zwei Teilen bestehen:

1. Die deutsche Übersetzung des Dictionnaire critique du marxisme, das 1982 von Prof. Georges Labica (Universität Paris X) unter Mitarbeit von Gérard Bensussan im Verlag der Presses universitaires de France herausgegeben worden ist. Die Übersetzung beruht auf der in Vorbereitung befindlichen verbesserten und wesentlich erweiterten zweiten Auflage. Sie erscheint in 7 Bänden zu je ca. 200 Seiten bis Ende 1984. Über 60 marxistische Wissenschaftler Frankreichs, aus unterschiedlichen Generationen und von unterschiedlicher politischer Orientierung, bearbeiten über 400 Begriffe der marxistischen Theorie.
2. Im Anschluß sollen 2 bis 3 Ergänzungsbände zur deutschen Ausgabe erscheinen. Die behandelten Stichwörter werden teils Lücken des französischen Werks ausfüllen, teils ergänzende Aspekte zu bereits behandelten Stichwörtern hinzufügen. Das Konzept der Ergänzungsbände ist noch in Entwicklung. Anregungen sind willkommen.
 Das Subskriptionsangebot gilt bis 30. September 1984. Die Subskription verpflichtet zur Abnahme des Gesamtwerks.
 Ausgabe in frz. Broschur: Subskription 19,80 DM pro Band (später 24,-),
 Leinwandausgabe: 29,80 DM (später 34,-).

Pressestimmen

„Dieses Wörterbuch bereichert beträchtlich die verfügbaren Mittel einer seriösen Kenntnis des Marxismus.“ Lucien Lévy in „Le Monde“

„... liest sich so spannend wie ein Geschichtsbuch.“ Libération

„Kurz, eine Summe, die man unbedingt in den Händen haben muß, wenn man die Welt des Marxismus verstehen will. Nicht nur ein Wörterbuch, sondern ein Ganzes, das es bis heute noch nicht gab.“ La gazette

„... ein unentbehrlicher Instrumentenkasten für die 80er Jahre.“ Frieder O. Wolf in „Moderne Zeiten“

Fordern Sie den ausführlichen Sonderprospekt zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus an.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Günter Giesenfeld

Chinas Rache für Kampuchea

Am 2. April d.J. hat die chinesische Artillerie nach langer Zeit wieder die nördlichen vietnamesischen Provinzen Lang Son und Ha Tuyen bombardiert. Diese neuen Aggressionen wären als Begleitmusik zu Reagans Besuch in Peking (siehe: AIB 6/1984, S. 14-15; d. Red.) zu qualifizieren, wenn nicht massive Truppenkonzentrationen und – zum ersten Mal überhaupt – der Einsatz der chinesischen Luftwaffe die Befürchtung aufkommen ließen, daß die chinesische Führung konkrete Vorbereitungen für eine neue, breit angelegte Invasion in das Gebiet der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) trifft.

Wie früher schon üblich, wurden die militärischen Aktionen als Antwort auf angebliche Grenzverletzungen vietnamesischer Einheiten legitimiert.

Man konnte in diesen Tagen aber auch Anderes in der chinesischen Presse lesen: „Diese Gegenangriffe Thailands und Chinas sind das einzige Mittel, um mit den Vietnamesen umzugehen.“¹

Und Prinz Sihanouk (ehemals kambodschanischer Staatspräsident; d. Red.), immer noch Chef einer antivietnamesischen „Koalition“, der noch vor kurzem zu einer moderaten Haltung der Regierung Heng Samrin gegenüber aufgerufen hatte, schlägt nun wieder aggressive Töne an: „Es gibt nur eins, was Vietnam dazu bringen kann, an den Verhandlungstisch zu kommen, nämlich, daß China ihm den Krieg macht, eine zweite, noch härtere Lektion als die erste erteilt.“²

„Noch härtere Lektion“ für Vietnam

Aber vor allem die chinesische Formulierung ist aufschlußreich. Man gibt in Peking offen einen Zusammenhang zwischen den Kämpfen an der thailändisch-kampucheanischen Grenze und den Aggressionen im Norden Vietnams zu.

Einmal wird damit das Argument der „vietnamesischen Aggression“ gegen China ziemlich unglaubwürdig. Zum anderen fällt auf, daß nur von Kämpfen zwischen vietnamesischen und thailändi-

schen Truppen die Rede ist – man scheint sowohl den Pol-Pot-Terroristen nicht recht zu trauen, als auch davon auszugehen, daß die thailändische Armee längst auf deren Seite mitkämpft, was in Bangkok bisher stets dementiert wurde.

Die bislang geltende Tabus antastende Eskalation der Worte und der Waffen hat sicher etwas damit zu tun, daß die diesjährige vietnamesisch-kampucheanische Offensive zur Bekämpfung des Terrorismus der Pol-Pot-Kräfte und ihrer rechtsgerichteten Verbündeten nicht nur militärisch erfolgreich verlief, sondern auch von diplomatischen Vorstößen begleitet

der „Khmer Serei“ (Weiße Khmer unter Son Sann; d. Red.), Ampil, zu besetzen und mit der Eroberung der Basis Tannak Jeak das naheliegende Hauptquartier der Pol-Pot-Terroristen Phnom Mala direkt zu bedrohen.

Aber wie stets bei solchen Teilerfolgen hatten sich die Guerilleros auf thailändisches Territorium zurückgezogen und die Bevölkerung gezwungen, sie zu begleiten. „Die roten Khmer auf dem kampucheanischen Territorium selbst zu vernichten, ist leicht“, sagt dazu der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach, „was die Sache kompliziert macht, das sind die zurückgezogenen La-



Vietnamesische Einheit an der Grenze zu China

war, die den politischen Konsens der Staaten der Allianz Südostasiatischer Nationen (ASEAN) erheblich erschüttert hat.

Im Rückblick kann man sagen, daß die drei Gruppen der von Thailand unterstützten Rebellen alle ihre für die Regenzeit vorgenommenen militärischen Ziele nicht erreicht haben: die Städte Siem Reap (nahe den Angkor-Tempeln), Battambang und Kampong Thom sollten eingenommen, am Tonle-Sap-See eine Basis errichtet werden.³

Demgegenüber gelang es den diesen Versuchen entgegnetretenden verbündeten vietnamesischen und kampucheanischen Schutztruppen u.a., das Hauptquartier

(„Sanktuarien“) auf dem Gebiet Thailands, dessen Souveränität wir nicht verletzen wollen.“⁴

Es ist jedem Beobachter längst klar, daß der antivietnamesische „Widerstand“ bei der Bevölkerung Kampuchreas nicht die mindeste Unterstützung genießt: „Nichts ... deutet darauf hin, daß die roten Khmer auch bei der Bevölkerung mehr Rückhalt finden. Sie sind weit davon entfernt, so wie zur Zeit des Widerstands gegen Lon Nol Anfang der siebziger Jahre, größere Territorien zu kontrollieren, und es ist ihnen bisher nicht gelungen, in der Region der Hauptstadt auch nur eine bedeutende Militäraktion zu unternehmen.“⁵

Es handelt sich um eine Aggression von außen, bei der Thailand, China und im Hintergrund die USA die treibenden Kräfte sind. Schon seit 1980 ist es kein Geheimnis mehr, daß die Flüchtlingslager an der Grenze zu Kampuchea von der thailändischen Regierung als „Militärbasen“ angesehen werden.⁶

Sie unterstehen der Befehlsgewalt der thailändischen Armee, die hierfür die „Spezialtruppe 80“ aufgestellt hat. Diese militärische Formation ist es auch, die den Pol-Pot-Terroristen logistische und militärische Unterstützung gibt und direkt an ihren Aktionen teilnimmt.

Direkt von der thailändischen Regierung organisiert werden die jährlichen Verlegungen von Flüchtlingen in Gebiete diesseits (in der Trockenzeit) und jenseits (in der Regenzeit) der Grenze zu Kampuchea, was in unserer Presse gelegentlich als „freiwillige Repatriierung“ bezeichnet wird. Es ist indessen nur verständlich als direkte Unterstützung der Pol-Pot-Aktionen in Kampuchea (Regenzeit) und ihres Rückzuges nach Thailand (Trockenzeit).⁷

Nach den internationalen Bestimmungen (Hager, Genfer Konventionen, Beschlüsse der internationalen Konferenz

Die dauerhafte Ausschaltung der Bedrohung der kampucheanischen Bevölkerung durch die Terrorakte der Guerilla wäre nur durch die Zerstörung der in Thailand gelegenen Stützpunkte möglich und würde außer dem Einsatz der gerade wieder von den USA neu aufgerüsteten thailändischen Armee auch eine Aggression Chinas im Norden auslösen.

Solange sich diese Situation nicht ändert, wird Vietnam vor allem daran interessiert sein, die kampucheanische Regierung und Armee soweit bei ihrem Aufbau zu unterstützen, daß sie selbst die Sicherheit des Landes gewährleisten kann. Am Kampf um die Basis Ampil waren schon kampucheanische Einheiten beteiligt, aber nach Premierminister Pham Van Dong kann dieser Prozeß noch „5 bis 10 Jahre dauern“.⁹

„Verschiedene Träume“ der ASEAN und Chinas

Inzwischen verlegen die indochinesischen Staaten ihre Aktivitäten vor allem auf die diplomatische Front und haben dabei in letzterer Zeit einige Erfolge zu verzeichnen. Vor einigen Wochen mußten die ASEAN-Länder eiligst eine Außenministerkonferenz nach Djakarta einberufen, um den gemeinsamen Standpunkt in der Kampucheafrage erneut zu festigen. Was war geschehen?

Im März 1984 war überraschend der Verteidigungsminister Indonesiens („Nummer 2 des Regimes“), General Benny Murdani, zu Besuch in Hanoi gewesen und hatte anschließend abweichende Meinungen vertreten: „Gewisse Länder verbreiten die Ansicht, Vietnam sei eine Gefahr für Südostasien, aber die Armee und das Volk Indonesiens glauben dies nicht.“¹⁰

Schon zuvor hatte man ähnliche Aussagen des Oberbefehlshabers der indonesischen Armee gehört, diesmal aber führten sie zu einer offenen Auseinandersetzung in der indonesischen Führung und im ASEAN-Pakt. Prinz Sihanouk machte eine Tournee durch die Hauptstädte der sechs Verbündeten. Die Vorschläge des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach, wenig später in Djakarta zu Gast, wurden stark beachtet: Kampuchea könne vorrangiges Verhandlungsthema sein, Absprachen über eine humanitäre Lösung des Flüchtlingsproblems seien nicht mehr von einer Anerkennung der Regierung Heng Samrin abhängig.

Zwar fand Thach bei dem indonesischen Ministerpräsidenten Suharto keine Unterstützung, aber sein Außenminister Kusumaatmadja nahm neue indonesische Vorstellungen über ein neutrales Kampuchea mit auf seine Reise nach Moskau.

Das „Zwischenspiel“ – so die Far Eastern Economic Review – der Murdani-Initiative scheint nun, vermutlich auch infolge einer diskreten, aber intensiven US-Intervention, zu Ende zu sein. Auf ihrer Konferenz haben die ASEAN-Außenminister nur ihren Vorschlag erneuert, Vietnam solle erst einmal seine Truppen abziehen, und zwar „beginnend in der westlichen an Thailand grenzenden Region“.¹¹

Und der ehemalige indonesische Vizepräsident Malik forderte gar die Abhaltung von ASEAN-Militärmanövern mit einer Truppenstärke von 10.000 Mann an der kampucheanischen Grenze. „Es gibt in diesem Augenblick keinen anderen Weg, um Hanoi und der Welt zu zeigen, daß die ASEAN-Länder immer noch in einem Block zusammenhalten.“¹² Wer solche drastischen Provokationen für nötig hält, der scheint auch die Zweifel für sehr groß zu halten!

So hat offenbar die kontroverse Diskussion in der indonesischen Führung etwas auch für die anderen ASEAN-Staaten, vielleicht außer Thailand, durchaus Typisches: zunehmend wird die starre Haltung Pekings als Ausdruck einer expansionistischen Politik gesehen. Hatte nicht die „verbündete“ chinesische Führung gerade einen bescheidenen Vorstoß „einiger Länder Südostasiens“ brüsk zurückgewiesen, doch wenigstens ihre Unterstützung der weltweit geächteten Hauptverantwortlichen des Völkermordes, Pol Pot und Ieng Sary, ein wenig zu vermindern, ohne deren Truppen fallen zu lassen?¹³

„Sie schlafen vielleicht in einem Bett, haben aber verschiedene Träume“ – so kommentierte Nguyen Co Thach die Verlautbarungen Reagans bei seinem Besuch in Peking.¹⁴ Es scheint, daß der Gedanke ans Erwachen sich im südostasiatischen Raum ausbreitet.

Anmerkungen:

- 1) China Daily, zit. nach: Le Monde (LM), Paris, 13.4.1984
- 2) LM, Paris, 22.4.1984
- 3) Frankfurter Rundschau (FR), 17.1. und 7.5.1984
- 4) LM, 17.4.1984
- 5) FR, 7.5.1984
- 6) Washington Post, 29.7.1980
- 7) Vgl. UPI, 24.3.1980; Le Monde, 2./3.1.1983; Figaro, Paris, 11.7.1983
- 8) Schon im Juli 1980 hat die kampucheanische Regierung in einer 4-Punkte-Erklärung Thailand aufgefordert, als Grundlage für eine humanitäre Lösung des Flüchtlingsproblems diese Bestimmungen einzuhalten (Memorandum des Außenministeriums der Volksrepublik Kampuchea vom 18.4.1984).
- 9) Newsweek, New York, 14.5.1984
- 10) LM, 1./2.4.1984
- 11) Far Eastern Economic Review, Hongkong, 24.5.1984
- 12) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 9.5.1984
- 13) LM, 13.4.1984
- 14) Newsweek, 14.5.1984



Vorläufig gestoppt: Teilrückzug aus Kampuchea

zum Schutz der asiatischen Flüchtlinge vom Januar 1981 in Manila) ist es verboten, Flüchtlingslager in der Nähe der Grenze des Ursprungslands oder von Schauplätzen militärischer Auseinandersetzungen zu unterhalten. Der Verletzung solcher internationalen Bestimmungen hat bis jetzt keine westliche Regierung Thailand beschuldigt.⁸

Die Unterstützung aus Bangkok und Peking wird zwar die Terroristen nicht in die Lage versetzen, größere militärische Erfolge zu erzielen. Sie kann aber sehr wohl alle Versuche Vietnams, die Voraussetzungen für einen vollständigen Abzug seiner Truppen aus Kampuchea zu schaffen, sabotieren.



Aufständische Sikhs in Amritsar (Pandschab)

Georg Diederichs/Andreas Krajczek

Was steckt hinter den Unruhen in Pandschab und Assam?

In der Nacht zum 5. Juni d.J. setzte im indischen Bundesstaat Pandschab die Armee zum Sturm auf den Goldenen Tempel von Amritsar, dem Hauptheiligtum der Angehörigen der Sikh-Religion, an.

Dort hatten sich bewaffnete Anhänger der Sikh-Führer Harchand Singh Longowal und Jarnail Singh Bhindranwale verschanzte. Ca. 1.000 Sikhs, darunter Bhindranwale und 48 Soldaten, kamen bei den Kämpfen, die die ganze Nacht andauerten, ums Leben.

Die Erstürmung des Goldenen Tempels war der bisherige Höhepunkt eines Konflikts zwischen indischer Zentralregierung und Sikhs, die eine Ausweitung ihrer politischen, wirtschaftlichen und religiösen Rechte fordern.

Auseinandersetzungen dieser Art, die bis Anfang Juni d.J. in Pandschab bereits 460 Tote forderten, beschränken sich jedoch nicht nur auf diesen Unionsstaat. Bereits seit mehreren Jahren kommt es in verschiedenen Regionen Indiens immer wieder zu Konflikten zwischen unterschiedlichen nationalen und religiösen Gruppen, die die nationale Einheit des Landes bedrohen.

Im Mai d.J. forderten in Bombay blutige Kämpfe zwischen Hindus und Moslems 230 Tote. In Assam gab es Anfang 1983 bei Pogromen gegen Einwanderer aus Bangladesch mehr als 3.000 Tote. Konflikte mit der Zentralregierung gibt es ebenfalls in den Unionsstaaten Jammu und Kaschmir, Tamil Nadu und Andhra Pradesh, wo regionalistische Parteien die Regierung bilden.

Die Ursachen für diese Spannungen sind

unterschiedlicher Natur. Teilweise gehen sie noch auf den britischen Kolonialismus zurück, der im Rahmen seiner Teil- und herrsche-Politik bestimmte Bevölkerungsgruppen bevorzugte und andere benachteiligte. Teilweise liegt die Ursache jedoch auch in einer realen Benachteiligung einer Region durch die Zentralregierung.

Hauptsächlich beruhen sie jedoch auf den Bestrebungen der lokalen Bourgeoisie und der Großbauern, ihre wirtschaftliche und politische Position auf Kosten der lokalen Konkurrenz und der gesamtindisch organisierten Großkonzerne auszubauen. Durch Betreibung einer religiösen und/oder nationalistischen Propaganda versuchen sie die arme Bevölkerung für ihre Ziele einzuspannen und gleichzeitig von den wahren Ursachen des sozialen Elends abzulenken.

„Grüne Revolution“ in Pandschab

Erleichtert werden diese Bestrebungen dadurch, daß die vereinigenden Ideen des antikolonialen Kampfes gegen Großbritannien langsam verblassen und die fast ununterbrochen vom Indischen Nationalkongreß (INC) geführte Zentralregierung keine grundlegende Verbesserung der sozialen Lage der ärmsten Schichten herbeiführen konnte.¹ Eine besondere Gefährlichkeit erreichen diese Konflikte dadurch, daß sie von außen geschürt werden.

Nicht nur Pakistan und China unterstützen separatistische Bewegungen in Jammu, Kaschmir und Pandschab bzw. im

Nordosten Indiens, sondern auch die USA versuchen durch Finanzierung und Unterwanderung dieser Bewegungen Indien zu balkanisieren.

Bereits 1982 war unter der Federführung der US-Botschafterin bei der UNO, Jeane Kirkpatrick, ein Plan zur Destabilisierung Indiens ausgearbeitet worden (siehe AIB 4/1984, S.15). Er sieht vor, die außenpolitische Stärkeposition Indiens durch das Schüren separatistischer Bewegungen zu schwächen, um u.a. zu verhindern, daß Indien mit seiner Forderung nach Entmilitarisierung des Indischen Ozeans Erfolg hat.

Da die Ursachen für die Konflikte sehr unterschiedlich sind, sollen an zwei Unionsstaaten die davon besonders betroffen sind, Pandschab und Assam, die Hintergründe des Konfliktgeschehens exemplarisch aufgezeigt werden.

Der im Nordwesten Indiens, an der Grenze zu Pakistan, gelegene Unionsstaat Pandschab ist ein Agrarstaat.

Von seinen fast 17 Mio Einwohnern leben über 70% auf dem Lande. Die Landwirtschaft, einschließlich der Viehzucht, erbringt rund 45% des Bruttoinlandsprodukts.

In Indien wird der Pandschab als Gebiet der „grünen Revolution“ bezeichnet, als eine Zone jener agrotechnischen Umgestaltungen, die besonders in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre erfolgten. Damals wurde im Pandschab durch den Einsatz von hochwertigem Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlicher Technik, durch Bewässerungsmaßnahmen und nicht zuletzt dank der äußerst günstigen natürlichen Bedingungen die



Radikaler Sikh-Führer Bhindranwale vor dem Goldenen Tempel

endgültige Wende zu einer leistungsfähigen Landwirtschaft vollzogen.

In sozialökonomischer Hinsicht unterscheidet sich der Pandschab von anderen Gebieten Indiens vor allem dadurch, daß hier die kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft am stärksten ausgeprägt sind. Mit der Entwicklung des Kapitalismus vollzog sich gleichzeitig eine Differenzierung der Landbevölkerung. So betrug 1961 der Anteil derer, die eigenen Boden besaßen, 82,7%, der der Landarbeiter 17,3%. Doch schon ein Jahrzehnt später betrug dieses Verhältnis 68% zu 32%, und Anfang der 80er Jahre gar 61,74% zu 38,26%.²

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich im Pandschab also tiefgreifende Veränderungen in der Klassenstruktur vollzogen. Die ländliche Großbourgeoisie wurde tonangebend. Parallel dazu entwickelten sich aber auch die politischen Aktivitäten der Landarbeiter und anderer werktätiger Schichten. So gingen von den mit der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) und der Kommunistischen Partei Indiens - Marxisten (CPI-M) verbundenen Landarbeiterorganisationen sowie dem Allindischen Gewerkschaftskongreß (AITUC), der einflußreichsten

Aus: Stern



Gewerkschaftsorganisation im Pandschab, Aktionen für höhere Löhne und die Verteidigung demokratischer Rechte gegenüber den Dorfberechtigten aus.

Der Verlauf dieser sozialen Kämpfe wird im Pandschab aber auch durch spezifische Probleme konfessioneller Art beeinflusst. Deutlicher Ausdruck dafür sind die Aktivitäten der nationalistischen Sikhs und ihrer Partei Akali Dal, die sich in den vergangenen 2 Jahren erheblich verstärkt haben.

Dorfberechtigter als Drahtzieher

Im Pandschab gibt es im wesentlichen drei politische Hauptkräfte: den von Indira Gandhi geführten Indischen Nationalkongreß - INC(I), die Kommunisten und die Sikh-Partei Akali Dal. Auf den INC(I) entfallen bei Wahlen gewöhnlich rund 45% der Stimmen, die CPI und die CPI(M) erhalten zusammen etwa 10%. Rund 1/4 der Wähler geben ihre Stimme der Akali Dal, die damit die größte Oppositionspartei ist.

Während der INC(I) Unterstützung von den unterdrückten Kasten, von Kaufleuten und anderen Teilen der hinduistischen Bevölkerung erhält, ist die Akali Dal die Partei wohlhabender sikhistischer Bauern und Großgrundbesitzer. Entsprechend fallen auch die politischen Ambitionen dieser Partei aus, wobei sie sich vor allem das zahlenmäßige Übergewicht der Sikhs (etwa 52% der Bevölkerung Pandschabs) zunutze macht.

Die 12 Mio Sikhs, die nur etwa 2% der Gesamtbevölkerung Indiens ausmachen, aber stark in den Bereichen Verwaltung, Polizei und Militär (ihre Stärke in der Armee wird auf 10% der Soldaten und 25% der Offiziere geschätzt) vertreten sind, sind eine Religionsgemeinschaft, die sich sowohl auf Elemente des Islam als auch des Hinduismus stützt.

Der während des Kampfes gegen die Unterdrückung durch den Islam entstan-

dene Wille zur Verteidigung des Glaubens lebt bei vielen Sikhs im Aufbegehren gegen die vermeintliche Vorherrschaft der Hindus im heutigen Indien fort.³

Diesen Umstand nutzt die Akali Dal zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen, indem sie konfessionelle und politische Ansprüche eng miteinander verknüpft.

So wurde vor einiger Zeit z.B. das Recht gefordert, Predigten aus dem Goldenen Tempel in Amritsar, mit Hilfe eines eigenen Rundfunksenders zu übertragen, oder in Flugzeugen den traditionellen Krummdolch tragen zu dürfen.

Weiterhin wurde gefordert, Amritsar zur heiligen Stadt zu erklären und ein für ganz Indien geltendes Gesetz zu beschließen, das die Tätigkeit der Gurdwaras, der Tempel der Sikhs, regelt. Doch neben diesen, auf einen Sonderstatus der Sikhs und ihres Glaubens hinauslaufenden Forderungen, wurden auch solche nach einer territorialen Vergrößerung des Pandschab sowie nach einem größeren Anteil an Wasserressourcen von Flüssen, die auch durch andere Unionsstaaten fließen, erhoben.

Die Führung der Akali Dal besteht im übrigen darauf, daß die Stadt Chandigarh, die Hauptstadt der beiden Unionsstaaten Pandschab und Haryana ist, dem Pandschab angegliedert wird.

In religiösem Gewand

Zur Durchsetzung dieser und ähnlicher Forderungen initiierte die Akali Dal in den vergangenen Jahren wiederholt Kampagnen des Massengehorsams, die zunehmend mehr von gewalttätigen Übergriffen extrem nationalistischer Sikh-Gruppen auf die hinduistische Bevölkerung des Unionsstaates begleitet wurden. Dies wiederum veranlaßte nationalistische Kräfte der Hindus, allen voran die extrem rechte Bharatiya Jana-

ta Partei (BJP), mit Gewalttätigkeiten gegen Sikhs zu reagieren.

Durch die Eskalierung der Gewalt im Pandschab sah sich die indische Zentralregierung im Oktober 1983 schließlich gezwungen, die Regierung des Unionsstaates direkt dem Präsidenten der Indischen Union zu unterstellen.

Gleichzeitig wurden Verhandlungen mit der Akali Dal aufgenommen, in deren Verlauf die Zentralregierung in Delhi die religiösen Begehren der Sikh-Fundamentalisten weitgehend erfüllte. Die Verhandlungen wurden jedoch abgebrochen, als es im Februar/März d.J. erneut zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Sikhs und Hindus kam, in deren Verlauf mehr als 70 Menschen getötet und über 300 verletzt wurden.⁴

Ausgelöst wurden diese bis dahin schwersten Zusammenstöße durch Anhänger des fanatischen Sikh-Priesters Bhindranwale. Jarnail Singh Bhindranwale, vor Jahren wegen Mordes an einem Journalisten und dem Führer einer abtrünnigen Sekte inhaftiert, und später von Anhängern durch eine Flugzeugentführung wieder freigeprüft, verschanzte sich seitdem im Goldenen Tempel von Amritsar, den seine Jünger zu einer waffenstarrten Festung ausgebaut hatten. Von dort predigte der selbsternannte „Heilige“ den Krieg gegen alle Hindus und den Kampf für einen unabhängigen Sikh-Staat „Khalistan“.

Der CIA mischt mit

Hintermänner und Nutznießer der von Bhindranwale und seinen Anhängern geschürten religiösen Psychose und den damit verbundenen Gewalttätigkeiten, die mittlerweile auch von den eher als gemäßigt geltenden Kräften der Akali Dal unter ihrem Chef H.S. Longowal unterstützt werden, sind die Großbauern und Großgrundbesitzer Pandschabs.

Durch die chauvinistische Demagogie wollen sie ihre politische und wirtschaftliche Stellung stärken, indem sie die jeweils andere Bevölkerungsgruppe als den Hauptschuldigen für die Not des Volkes darstellen. Damit mobilisieren sie die armen Sikhs für ihre Ziele und lenken von den eigentlichen politischen und sozialen Problemen ab.

Gerade auch aus diesem Grund setzen die Linksparteien des Pandschab, die Landarbeiterorganisationen und Gewerkschaften alles daran, den extremen Nationalisten durch Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung und Massenaktionen, z.B. Friedensmärschen, an denen sich Sikhs und Hindus beteiligen, eine Abfuhr zu erteilen.

Doch das Problem des Pandschab, das soweit eine rein interne Angelegenheit

Indiens ist, hat auch eine internationale Komponente.

Im vergangenen Jahr publizierten indische Tageszeitungen Dokumente, die eine Unterstützung der extremen Nationalisten der Sikhs durch die USA belegen. Danach fördert Washington den Schmuggel von automatischen Waffen sowie von Karabinern und Sprengstoff über Pakistan nach Indien und finanziert Ausbildungslager der Sikh-Nationalisten auf pakistanischem Boden.⁵

Ende vorigen Jahres besuchte Jagjit Singh Chauhan, ein meist in London lebender Führer der Bewegung für ein unabhängiges Khalistan, heimlich Pakistan. In London zurück, erklärte er, wie dem indischen Geheimdienst bekannt wurde, daß sich in 2-3 Monaten „im Pandschab etwas Dramatisches ereignen“ werde.

Chauhans Organisation hat Zweigstellen in den USA, in Großbritannien und Kanada. Wie Mitarbeiter der Bombayer Wochenzeitung Blitz News Magazine in Erfahrung bringen konnten, werden die Sektionen der Bewegung für ein unabhängiges Khalistan in den drei genannten Ländern direkt vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA angeleitet.⁶

Stacheldraht gegen Einwanderer

Während in Pandschab der Konflikt unter einem religiösen Deckmantel von Großbauern ausgeht, vollziehen sich die Auseinandersetzungen in Assam vor allem unter nationalistischen Vorzeichen. Aufmerksamkeit in der Weltöffentlichkeit erregte dieses Gebiet Anfang 1984, als der indische Innenminister Prakash Chandra Sethi ankündigte, daß die Grenze zu Bangladesch mit einem 3.300 km langen Stacheldrahtzaun abgesperrt werden sollte. Mit diesem 1,5-Mrd-DM-Projekt soll der Zustrom illegaler Einwanderer, vor allem nach Assam, gebremst werden.⁷

In der Tat sind die Zuwanderer seit ge-



Demonstration gegen bengalische Moslems in Assam

raumer Zeit Anlaß für erhebliche Spannungen in dem an Bangladesch grenzenden Bundesstaat Assam. Teile des eingewanderten Bürgertums stehen an der Spitze einer nationalistischen Kampagne, welche sich gegen eine „Überfremdung“ Assams wendet und den Abzug eines Großteils der „Ausländer“ fordert. Diese Kampagne findet bei sehr vielen Assamesen Zustimmung.

Eine der Wurzeln für die Nationalitätenproblematik in Assam geht auf die Kolonialpolitik Großbritanniens zurück. Die Kolonialherren holten für den Aufbau und die Bewirtschaftung der Teeplantagen Arbeitskräfte aus Bengalen. Durch gezielte administrative Maßnahmen, wie der gewaltsamen Ablösung der Landessprache Assami durch Bengali, die Bevorzugung von Bengalen bei der Bekleidung öffentlicher Ämter sowie den Ausschluß der Assamesen von jeglicher Berufsausbildung wurden die beiden Bevölkerungsgruppen im Gegensatz zueinander gebracht.

Zwar konnte nach der Unabhängigkeit Indiens eine weitgehende Assimilation erreicht werden, jedoch wuchs die bengalische Minderheit aufgrund des Zustroms, vor allem durch Wanderarbeiter aus Ostpakistan bzw. dem heutigen Bangladesch, immer stärker an. Heute hat Assam mit 20,5 Mio Einwohnern eine anderthalbfach über dem indischen Durchschnitt liegende Bevölkerungsdichte.

Zugleich ist die Wirtschaft des Unionsstaates vernachlässigt worden.

Assam verfügt zwar über genügend Ressourcen, die eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen würden, das Land wird aber dennoch von der Zentralregierung in Delhi der Rückständigkeit überlassen. So stammen

Mosaik Indien

Die indische Bevölkerung (derzeit rund 730 Mio) zeichnet sich durch eine Vielfalt an religiösen Bekenntnissen und Sprachen aus. Ihre Prozentualanteile sind folgende:

Religionsgruppen		Sprachengruppen	
Hindus	81,8	Hindi	30,4
Moslems	11,7	Telugu	8,6
Christen	2,8	Bengali	7,7
Sikhs	2,0	Marathi	7,6
Buddhisten	0,8	Tamil	7,0
Jains	0,5	Urdu	5,3
Sonstige	0,4	Gudscharati	4,6

In Indien gibt es außerdem weitere 45 Sprachen, die von mehr als 100.000 Menschen gesprochen werden, sowie ca. 720 Dialekte.

z.B. 54% der indischen Teeproduktion aus Assam. Die erzielten Profite kommen jedoch nicht der einheimischen Wirtschaft zugute, sondern fließen in andere Unionsstaaten.

Die vorhandenen Rohstoffe werden nur zum Bruchteil erschlossen. Beispielsweise wird wesentlich weniger Rohöl gefördert, als es möglich wäre. Hinzu kommt, daß die Weiterverarbeitung der in Assam erzeugten Rohprodukte, wie z.B. des Erdöls, außerhalb des Gliedstaates erfolgt, und dadurch die Infrastruktur weiterhin unterentwickelt bleibt. Die Folge davon ist eine drastisch steigende Arbeitslosigkeit. Über 73% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.

Die soziale Lage der Bevölkerung, das Desinteresse der Zentralregierung an der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch das Bestreben der assamesischen Bevölkerung, ihre kulturelle Identität zu wahren, verbunden mit der Befürchtung einer „Überfremdung“ ihrer Kultur durch die Eingewanderten, bereiten schließlich einen fruchtbaren Boden für die Agitation nationalistischer Oppositionsgruppierungen. Sie weisen die Schuld an der sozialen und wirtschaftlichen Not in Assam nicht nur der Zentralregierung, sondern vor allem den sog. Ausländern zu.⁸

Ihre seit 1979 betriebene Kampagne zur Ausweisung der fast 2 Mio (seit 1961) zugewanderten Bengalen führte anlässlich der Wahlen zum Regionalparlament

im Februar 1983 zu Pogromen, denen über 3.000 Menschen zum Opfer fielen. Die weitgehende Befolgung des Wahlboykotts, zu dem die nationalistischen Opponenten aufgerufen hatten, durch die Bevölkerung (Wahlbeteiligung unter 10%) zeigt an, über welchen Einfluß die Nationalisten verfügen.⁹

Die Speerspitze der nationalistischen Oppositionsbewegung bilden der Studentenverband Assams (AASU) und die Kampffront des Volkes von Assam (AAGSP), die vom assamesischen Mittelstand dominiert werden.

Auch hier gibt es, ähnlich wie in Pandschab, Anzeichen dafür, daß die einheimische Reaktion und die USA bestrebt sind, die Bewegung zur Destabilisierung Indiens zu instrumentalisieren. Zudem unterstützt China in den angrenzenden Staaten Mizoram und Nagaland tribalistische Rebellenorganisationen.¹⁰

Keine Lösung in Sicht

Das harte Durchgreifen der indischen Zentralregierung gegen die separatistischen Bewegungen in Pandschab und Assam zeigt, daß sie verhindern will, daß derartige Bestrebungen in anderen Regionen Schule machen.

Da diese Maßnahmen jedoch nicht an den Ursachen der Auseinandersetzungen ansetzen, ist ihr Erfolg mehr als zweifelhaft. An der Beseitigung des sozialen

Hintergrunds der Konflikte hat die INC(I)-Regierung selbst geringes Interesse. Als Sachwalterin vorab der Monopolbourgeoisie ist es ihr nur recht, wenn die Massen von den Ursachen ihres Elends abgelenkt werden.

Damit öffnet sie allerdings den Bestrebungen des US-Imperialismus, über die Schürung des Separatismus Einfluß auf die indische Außenpolitik zu nehmen, Tür und Tor.

Angesichts der Aufrüstungsmaßnahmen der USA und ihrer Verbündeten in der Region bedeutet dies allerdings eine Gefahr für den Weltfrieden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl.: South, London, Mai 1984, S.11
- 2) Zahlen nach: Probleme des Friedens und des Sozialismus (PFS), Prag, Nr. 2/1984
- 3) Zur Sikh-Kultur siehe u.a.: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 7.5. 1983; Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 24.5. 1983; Stern, Hamburg, 19.5.1983
- 4) Vgl.: Tageszeitung (taz), Berlin-West, 21. und 28.2. 1984; Le Monde, Paris, 10. und 25.4. 1984; Time, New York, 9.4. 1984; Die Zeit, 9.3. 1984; FAZ, 1.3. 1984; Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 26.4. 1984; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 29./30.4. 1984
- 5) Siehe: The Tribune, Chandigarh, 1.6.1983
- 6) Vgl.: Neue Zeit, Moskau, 14.4.1984
- 7) Vgl.: taz, 10.3.1983
FAZ, 14. und 17.10.1983
- 8) Zu den Auseinandersetzungen in Assam siehe: FEER, 10.3. 1983; taz, 17.3. 1983; NZZ, 14.10. 1983; FAZ, 2.3. 1984
- 9) Siehe auch: AIB 4/1983, S. 12ff.
- 10) Vgl.: El Pais, Madrid, 27.2.1983 und NZZ, 14.10. 1983

horizont

Sozialistische Monatszeitung
der DDR für internationale
Politik und Wirtschaft

weltweit informativ konkret lebendig

Kupon

Ich möchte „horizont“ zum Jahresabonnement von 15,60 DM zzgl. Portogebühren von 2,40 DM beziehen.

Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

„horizont“ vermittelt Ihnen Interessantes und Wissenswertes aus allen Kontinenten

Journalisten aus der DDR und anderen Ländern informieren Sie in Tatsachenberichten, Reportagen und Dokumentationen zu Fragen der internationalen Politik und Weltwirtschaft.

Übersichten, Grafiken, Karten, Schaubilder und Diagramme ergänzen Ihre Nachschlagwerke.

Direktversand ab Berliner Verlag

Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Gebr. Petermann
Buch + Zeitung international
Kurfürstenstraße 111
1000 Berlin 30
Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag
DDR - 1026 Berlin
Karl-Liebknecht-Straße 29

Karl Rössel Kein Urlaub im „Land der Sonne“!

„Türkei erlebte Super-Sommer“, so lautete die Überschrift einer hiesigen kleinen Zeitungsmeldung vom 8. März d.J. „Die Türkei hat ihren Platz im internationalen Tourismus festigen können: Nach ersten Schätzungen sollen im vergangenen Jahr 1,2 Millionen ausländische Besucher das 'Land der Sonne' besucht haben. Dies schließen türkische Fremdenverkehrsexperten aus der nun vorgelegten Statistik... An erster Stelle ... der ausländischen Besucher lagen die Bundesbürger.“ (Aus: Badische Zeitung, 8.3.1984)

Ein Jahr der Rekorde

„Seit die Generäle die Macht übernommen haben“, sagte mir ein bundesdeutscher Urlauber, der gerade braungebrannt aus dem „Land der Sonne“ zurückgekehrt war, „ist es in der Türkei wieder ruhiger geworden. Die Straßen sind sicher, man kann wieder hinfahren...“

In der Türkei ist es wieder ruhiger geworden. Die Gewerkschaften sind verboten. Die Parteien sind zerschlagen. Die Presse ist zensiert. Jede demokratische Opposition wird brutal verfolgt.

Als NATO-Partner und wichtigster Handelspartner hat die BRD mit wirtschaftlicher und militärischer Hilfe viel dazu beigetragen, diese „Beruhigung“ herbeizuführen. Daß Siemens den Zentralcomputer für die Polizei in Ankara geliefert hat, ist dafür nur ein kleines Beispiel. Das Jahr mit dem Supersommer war für die Türkei tatsächlich ein Jahr der Rekorde: Die offizielle Zahl der Arbeitslosen stieg auf 20%, nach inoffiziellen Schätzungen sollen sogar fast 40% der türkischen Erwerbstätigen ohne Arbeit sein. Die meisten der Arbeitslosen leben ohne jede soziale Absicherung mit ihren Familien in Hunger und Elend.

In den ersten 2 Jahren der Militärdiktatur „sind laut Angaben der 'Alternativen Türkei-hilfe' 21 Menschen hingerichtet, 153 Todesstrafen verhängt, 4.943 Anträge auf Todesstrafe gestellt worden; über 100.000 Menschen wurden seither inhaftiert.“ (Vgl. Rainer Werle, 'Modell' Türkei. Ein Land wird kaputt saniert, S.9)

Nach Angaben von amnesty international gibt es zur Zeit in der Türkei 27.000 politische Gefangene. Dutzende Oppositionelle sind in den Gefängnissen zu Tode gefoltert worden. Einige hundert Gefangene kämpfen mit Hun-

ger- und Durststreiks unter Einsatz ihres Lebens für eine Verbesserung der mörderischen Haftbedingungen.

Doch gleichzeitig erlebt dieses Land der traurigsten Rekorde einen unvergleichlichen Touristenboom. Insgesamt trugen die Touristen im letzten Jahr etwa „400 Millionen Dollar Devisen“ ins Land der Diktatoren. (vgl. Badische Zeitung, 8.3.1984)

Dieses Jahr sollen es noch mehr werden. Aus der Badischen Zeitung vom 29. März 1984: „Auf einen Ansturm von Touristen wie noch nie muß sich diesen Sommer die Türkei gefaßt machen. Denn nicht nur die Chartergesellschaften haben neue Flugketten angekündigt. Erstmals wird es ab Mai eine täglich bediente Verbindung von Italien aus in das Land unter dem Halbmond geben.“ Und damit auch bloß niemandem Zweifel an diesem Reiseland kommen, wird an gleicher Stelle neben einem Artikel über „die beste Bauchtänzerin der Türkei“ (Zitat: „Körperkontakt und tiefere Einblicke bei der ohnehin Leichtgeschürzten sind aber nicht im Eintrittsgeld inbegriffen“) und „ein ausgiebiges Mahl im Galaturm-Restaurant“ folgender beruhigender Hinweis geliefert: „Berichte, wonach Touristen in der Türkei leicht in Gefahr geraten können und sich plötzlich in einem türkischen Gefängnis wiederfinden, haben die Reiseredaktion der Badischen Zeitung veranlaßt, im Zusammenhang mit unserem Bericht beim Auswärtigen Amt in Bonn nach der Sicherheit deutscher Bundesbürger in der Türkei nachzufragen. Dabei wurde uns versichert, daß es nicht gerechtfertigt wäre, vor der Türkei als Tourismusland zu warnen. Die Gefahr für Touristen sei nicht größer als in anderen südlichen Ländern. Man müsse sich eben an die im Land bestehenden Gesetze und Bestimmungen halten, wie es von den Ausländern in der Bundesrepublik auch erwartet wird... Außerdem wird davor gewarnt, das in der Türkei sehr heiße politische Thema der Kurden- und Armenierprobleme anzusprechen.“ (Badische Zeitung, 1.3.1984)

Man/Frau muß sich eben an die Gesetze der Militärregierung halten und vergessen, daß es in diesem Land unterdrückte Volksgruppen und verfolgte Oppositionelle gibt, daß dort von staatlicher Seite gefoltert und gemordet wird, um die Ruhe am Strand und in den billigen Restaurants wirklich genießen zu können.

Die Türkei ist nicht nur das Urlaubsland der vielgescholtenen Neckermänner geworden, sondern erfreut sich auch schon seit langem in der linken und alternativen Szene einer großen Beliebtheit.

„Die phantastische Landschaft“, „eine völlig andere Kultur“, „die Heimat der türkischen Kolleginnen und Kollegen kennenlernen“, dies sind die üblichen Argumente, mit denen wir – zugegebenermaßen – in einer kleinen Gruppe selbst mal überlegt hatten, dieses Jahr in die Türkei zu fahren.

Doch schon nach kurzer Beschäftigung mit den Bedingungen in diesem Land muß jeder/m die Lust, dort Urlaub zu machen, vergehen.

Denn alle Ausflüchte können eines nicht wégdiskutieren: jede Reise in die Türkei ist gegenwärtig eine Unterstützung für das Militärregime. Gespräche über politische und gewerkschaftliche Probleme würden nur die türkischen Gastgeber gefährden, mit denen sie geführt würden. Und wer will sich sattgegessen an einen Strand legen, wo wenige Kilometer weiter Kollegen im Knast verhungern, weil ihnen jede Menschenwürde versagt wird?

Gefolterte vergessen?

Deshalb rufen wir – dies ist ein Ergebnis eines Türkei-Seminars der Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen – zu einem Boykott der Türkei auf: „Kein Urlaub im Land des Hungers und der Folter!“

Zur Zeit des Faschismus in Griechenland hat es eine Boykott-Bewegung gegen dieses Land gegeben, die nicht ohne Wirkung blieb. In Bezug auf die Türkei scheint eine solche Forderung bislang kein Thema innerhalb der Linken zu sein.

In der TAZ erschienen Anzeigen, in denen für alternative Türkeireisen im VW-Bus mit türkischem Begleiter geworben wurde (Motto: „Leih Dir einen Türken“). Und einige „Linke“ arrangieren sich gar offensichtlich schon mit den Militärs.

So schreibt Eberhard Schmitt im Vorwort zur neuesten Auflage seines „politischen und praktischen Türkei-Reisebuches“: „Aus politischen Gründen muß unser Buch in Zukunft in zwei Bänden erscheinen. Der erste Band bietet einen Überblick über Politik, Ökonomie und Kultur und ist als solcher für jede/jeden von Interesse, die/der sich für das Thema Türkei und die Situation der Türken in der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Da sich Band I von einer kritischen Position mit den in der Türkei zur Zeit herrschenden politischen Verhältnissen auseinandersetzt und die Kurdenfrage nicht unterschlägt, was in der Türkei strafrechtlich verfolgt wird, empfehle ich, diesen Band nur zur Reisevorbereitung zu verwenden – also: zu Hause zu lassen.“ (Aus: Eberhard Schmitt, Türkei, Berlin-West 1984)

Wir fordern alle auf, nicht ihr politisches Gewissen zu Hause zu lassen, sondern gar nicht erst in die Türkei zu fahren.

P.S.: Zur Unterstützung der Boykott-Kampagne wurde ein Plakat entworfen und gedruckt: „TÜRKEI – KEIN URLAUB IM LAND DES HUNGERS UND DER FOLTER!“ Es kann gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden beim: ELTING-LADEN, Eltingstr. 35, 43 Essen 1.



KEIN URLAUB IM LAND DER FOLTER & DER ARMUT

Was brachte der 8. BUKO?

**BUKO 8
INFORMATIONSTAND**



Unter Rekordbeteiligung fand vom 31. Mai bis 3. Juni d.J. in Münster der 8. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) statt. Mehr als 400 Teilnehmer aus 150 Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen hatten sich eingefunden. Ein Grund für die hohe Beteiligung an dem jährlich stattfindenden Treffen war wohl das breite Themenspektrum, das sich hinter dem Kongreßmotto „Zwischen Button und Brigaden“ verbarg. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Aktionsformen der einzelnen Gruppen. In insgesamt 15 Arbeitsgruppen wurde über Themen debattiert wie: Boykott, Arbeitsbrigaden, Dritte-Welt-Handel und -Tourismus, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, Kampagnen und Parlamentsarbeit.

„Zwischen Button und Brigaden“

Darüber hinaus befaßte man sich in Münster mit der Organisationsstruktur des BUKO, mit einzelnen BUKO-Kampagnen, Länderschwerpunkten und – allerdings ohne eigentliche Diskussion – allgemeinpolitischen Fragen.

Jene Themen, die Schwerpunkt bei den letzten beiden BUKOs waren (siehe AIB 1/1983, S. 46f. und 7-8/1983, S. 67f.), nämlich die Erarbeitung von Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik und die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung, wurden gar nicht erst aufgegriffen. Die Enthaltensamkeit zu diesen Kernthemen der Solidaritätsbewegung und die Hinwendung zu Fragen, die sich mit der Umsetzung der Politik der einzelnen Gruppen befassen, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen.

Einerseits war es sicherlich notwendig, die Aktionsformen der Dritte-Welt-Gruppen zu hinterfragen, Erfahrungen auszutauschen und neue Wege zu finden. Andererseits ist man wohl auch von der Erarbeitung von Alternativen zur Dritte-Welt-Politik der BRD abgekommen, weil durch die unterschiedlichen Zielsetzungen der Mitgliedsgruppen und ihre Heterogenität ein gemeinsamer Nenner nur mühsam hätte erzielt werden können.

Die Abwendung von der Friedensfrage hängt einerseits damit zusammen, daß das Verhältnis des BUKO zur Friedensbewegung auf dem letzten Kongreß geklärt wurde. Andererseits macht sich angesichts der Stationierung der US-Raketen auch im BUKO eine gewisse Resignation breit.

Nichtsdestotrotz wurde die Beteiligung des Koordinationsausschusses (KA) des BUKO am Koordinationskreis 3. Welt (KK3W), der die Belange der Dritte-Welt-Bewegung in die Friedensbewegung trägt, nicht in Frage gestellt.

Mehr noch, dem KA wurde bei lediglich drei Gegenstimmen ein allgemeinpolitisches Mandat erteilt. Durfte sich der KA bis dahin nur an gemeinsamen politischen Aktivitäten beteiligen und selbst Stellung beziehen, sofern bereits ein Beschluß des BUKO vorlag, so darf er sich nun zu allen allgemeinpolitischen Fragen äußern, sofern er nicht Beschlüssen des BUKO widerspricht.

Damit ist der KA nicht mehr nur ein Koordinierungsorgan, sondern er verfügt erstmals über den nötigen Spielraum, um sich zum politischen, initiativreichen Sprachrohr überhaupt profilieren zu können.

Die Besinnung auf die Arbeit vor Ort und auf das Selbstverständnis des BUKO hatte freilich auch positive Seiten. Keine politischen Grabenkämpfe vergifteten in Münster das Kongreßklima.

Dies mag dazu beigetragen haben, daß die Identifikation der einzelnen Gruppen mit dem BUKO und der Zusammenhalt untereinander gestärkt werden. Und dies dürfte neuen Elan geben für die laufenden und neu beschlossenen Kampagnen des BUKO.

Die Pharma-Kampagne, die sich gegen die Praktiken der Arzneimittelkonzerne vor allem in der Dritten Welt richtet, beginnt Früchte zu tragen. Sie hat mit dazu beigetragen, daß die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Mai d.J. einen Verhaltenskodex für Pharma-Konzerne verabschiedete.

Ähnlich erfolgreich ist der Nestlé-Boykott. Der Konzern hat erste Versprechungen gemacht, die aggressive Werbung für seine Baby-Nahrung in der Dritten Welt einzuschränken. Der BUKO wird allerdings den Boykott fortsetzen, solange man die Versprechungen nicht in die Tat umsetzt.

Die Agro-Kampagne hat sich mit der Verabschiedung eines Aktionsprogramms „Futtermittelimporte“ einen neuen Schwerpunkt gesetzt. Sie wendet sich gegen Futtermittelimporte (Mais, Tapioka, Soja) aus der Dritten Welt, weil sich dadurch die Nahrungsmittelversorgung dort verschlechtert, die Umwelt zerstört und in der EG der Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft gefördert wird.

Nach zweijähriger Vorbereitung wurde jetzt der offizielle Startschuß für die Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“ gegeben. Sie richtet sich vor allem gegen den Export militärischer Güter in die Dritte Welt, da sie der Aufrechterhaltung von Unterdrückung und Ausbeutung dienen und die wirtschaftlichen Probleme dieser Länder nur noch verstärken. Die Kampagne ist in der Tat notwendig, weil „der politische Wille, die Rüstungsexporte zu unterbinden oder auch nur einzuschränken“, gänzlich fehlt. Weiter heißt es in der Begründung der BUKO-Koordinationsstelle: „Aus-schlaggebend sind vielmehr die Profitinteressen der Rüstungsindustrie, die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik und militär-strategische Gesichtspunkte.“

„Stoppt den Rüstungsexport“

Neben der allgemeinen Forderung „Stoppt den Rüstungsexport“ werden folgende Teilforderungen gestellt:

- Umstellung von Rüstungsproduktion auf alternative Fertigung;
- Offenlegung der Rüstungsexporte, d.h. aller bisherigen und zukünftigen Anträge und Genehmigungen;
- keine Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfe für ausländische Militärs und Polizei;
- keine Rüstungs- und Militärwerbung, keine Messen dieser Art, keine Beteiligung deutscher Firmen an ausländischen Militärarmeen;
- keine staatlichen Subventionen für Rüstungsexporte.

Die BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport“ (Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1) übernimmt die Erstellung von Informationsmaterial sowie die Koordinierung von Treffen und Aktionen.

Angesichts der Ausweitung bundesdeutscher Rüstungsexporte und der verstärkten Bonner Unterordnung unter die Kriegsstrategie der USA erhält diese Kampagne einen besonderen Stellenwert. Dies wurde in Münster auch durch Aktionen der BUKO-Teilnehmer vor der Polizeiführungsakademie in Hiltrup, wo Polizisten aus Militärdiktaturen u.a. in Terroristenbekämpfung ausgebildet werden, unterstrichen. In weiteren Beschlüssen wandte sich der 8. BUKO gegen die Mittelamerikapolitik der Bundesregierung, rief er auf zur Teilnahme an Arbeitsbrigaden in Nicaragua. Ferner forderte er eine Absetzung des Films von Werner Herzog zu den angeblichen Massenmorden an Miskitos in Nicaragua (siehe Nicaragua-Sonderheft), der in der ARD gezeigt werden soll. Darüber hinaus protestierte der 8. BUKO gegen den Botha-Besuch und die Unterdrückung im Iran und in Türkisch-Kurdistan.

Der KA wurde außerdem damit beauftragt, im Herbst d.J. ein Vorbereitungsseminar für den „Kongreß gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik in der 3. Welt“, der Anfang nächsten Jahres stattfinden soll, zu organisieren. Er wird bereits von einem breiten Spektrum von Dritte-Welt-, Friedens- und politischen Gruppen unterstützt.

Was seine Zielsetzungen angeht, war der 8. BUKO also ein insgesamt erfolgreicher Kongreß. Ähnlich breite Übereinstimmung wird wahrscheinlich auch der 9. BUKO erzielen können, der nächstes Jahr in Freiburg stattfinden soll. Er behandelt das Thema „Ökologie und 3. Welt“.

N. Biver



Uwe Nettelbeck Ist der Hungertod unabwendbar?

Schon 1982 war kein gutes Jahr. Fast überhaupt nicht regnete es 1983. Und jetzt ist sie wieder da, die Dürre. Stärker als je zuvor.

Die Hälfte der afrikanischen Staaten mit insgesamt 150 Mio Einwohnern ist betroffen. Dazu kommt noch der Nordosten Brasiliens mit 20-30 Mio Menschen.

Die afrikanische Sahelzone, aber auch südlicher gelegene Küstenländer wie etwa Ghana oder die Elfenbeinküste, bilden einen breiten, sich von West nach Ost hinziehenden Katastrophengürtel. Besonders hart betroffen sind hier Staa-

ten wie Mauretanien, Mali, Senegal und Gambia, die schon im vergangenen Jahr teils nur noch 20-40% der sonst üblichen Ernte eingefahren haben.¹ Zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Mauretaniens sind betroffen. Der Senegal-Fluß erreicht nur noch 10% seiner für die Jahreszeit üblichen Höhe.

Das gab es schon früher. Neu ist, daß eine zweite Dürrezone sich entlang der Ostküste Afrikas erstreckt, von Äthiopien bis hinunter in die Republik Südafrika. Hier ist die Lage wahrscheinlich in Moçambique am schwierigsten. Dort und in Zimbabwe leiden ca. 25-35% der

Bevölkerung unter der Naturkatastrophe.

Wassermangel zieht Nahrungsmangel nach sich. Der frühere-britische Premier Edward Heath schätzt, daß allein dieses Jahr in ganz Afrika 28 Mio Menschen vor dem nackten Verhungern gerettet werden müssen.²

Doch die Dürre ist kein unvorhersehbares Schicksal. Die Regenfälle unterliegen periodischen Schwankungen. Nach einer Trockenzeit steigen sie von Jahr zu Jahr an, überschreiten einen Höhepunkt und sinken wieder ab.

Die nächste Katastrophe ist also jetzt schon absehbar. Ebenso ist die Trockenheit in ihren fürchterlichen Auswirkungen nicht unabänderlich.

Was also sind die eigentlichen Ursachen dafür, daß ein periodisch wiederkehrendes Naturereignis derart gnadenlos seine Opfer fordert?

Sahelbewohner selber schuld?

Nach Meinung der Welt³ sind die Afrikaner im wesentlichen selber schuld. Sie hätten eben nicht ihre Viehherden so vergrößern sollen, daß die spärlichen Weiden der Sahelzone überlastet werden. Außerdem sollten die Bewohner der betroffenen Staaten damit aufhören, ihr letztes Buschwerk als Brennholz zu benutzen und am besten überhaupt auf Kamele umsteigen, da die weniger Wasser brauchen als Rinder. Feine Vorschläge für die nächste Cocktailparty mit Helmut Kohl.

Immerhin macht die Welt am Schluß noch einen Fehler. Sie gibt nämlich zu, daß die weltweite Bekämpfung der fortschreitenden Verwüstung gut 5 Mrd Dollar kosten würde. Mit dem Rüstungsbudget der USA für 1983 hätte man den Kampf gegen den Dürre-Hunger also 45mal erfolversprechend aufnehmen können.

Wir kommen den Ursachen also näher. Natürlich ist es richtig, daß eine Weide im Sahelgebiet nur eine bestimmte Anzahl von Rindern verkraften kann. Doch die Aufnahmefähigkeit dieser Weide ließe sich mit einem vergleichsweise geringen finanziellen Aufwand erheblich steigern. Ein Beispiel dafür, wie man selbst unter den Bedingungen des kapitalistischen Entwicklungswegs Erstaunliches zustande bringen kann, ist der Niger.

Der Staat ist einer der Hauptexporteure von Uran. Er hat das damit eingenommene Geld dazu verwendet, Konsequenzen aus der Sahelkatastrophe von 1973 zu ziehen und die landwirtschaftliche Produktion systematisch gefördert. Die Früchte zeigen sich jetzt: Vorläufig kann im Niger noch nicht von massenhaftem Hunger gesprochen werden.

Die meisten anderen afrikanischen



In Nordost-Brasilien sind die Felder der Bauern zu Wüsten verdorrt

Länder hatten diese Chance jedoch nicht. Sie exportieren hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte wie Baumwolle, Kaffee oder tropische Früchte, die erstens weniger einbringen und zweitens auch noch den kostbaren Ackerboden beanspruchen.

Doch selbst bereits verwüstetes Land ist nicht unrettbar verloren.

Engpaß Großgrundbesitz

Versuche in Mauretanien haben gezeigt⁴, daß sich solche Gebiete, wenn sie gänzlich in Ruhe gelassen werden, nach ein paar Jahren wieder erholen. Um wieviel schneller ginge es, wenn die Mittel für geeignete Bewässerungsmaßnahmen zur Verfügung stünden!

Doch nicht allein in den mangelnden Möglichkeiten liegt die Katastrophe be-

gründet. Das sei am Beispiel von Nordostbrasilien erläutert, einer Region, die sowieso zu den Armenhäusern Lateinamerikas zählt und nun auch noch im sechsten Jahr von einer Trockenheit heimgesucht wird.

In dieser Gegend, im „Sertão“, besitzen 90% der Bauern 10% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Dennoch werden auf diesen 10%, trotz der rückständigen Kleinstproduktion, 70% der dortigen Lebensmittel erzeugt.⁵

Die großen Fazendas liegen brach, dienen als Viehweiden (das Fleisch wird natürlich exportiert) oder Baumwollfelder. Welch eine Kornkammer der Sertão für ganz Lateinamerika selbst in schlechten Jahren sein könnte, wenn eine gerechte Verteilung des Bodens durchgesetzt würde, läßt sich nur erahnen.

Am Beispiel Brasilien wird auch die Rolle der multinationalen Konzerne deutlich. Die Vertreibung einheimischer Bauern von ihrem angestammten Land, um dort Obstplantagen anzulegen, verschärft den Engpaß in der Nahrungsmittelproduktion. Der unkontrollierte Raubbau am tropischen Regenwald im Amazonasgebiet läßt ganze Landstriche verkarsten und setzt sie ungeschützt der Erosion aus.⁶

Ein ähnliches Szenario bietet sich z.B. in Haiti, wo die fruchtbaren Täler von Großfarmen und Multis in Beschlag genommen sind, während die normalen Kleinstbauern auf die teils sehr steilen Berghänge verwiesen sind. Der dort zum Acker umgewandelte Boden wird dann bei starken Regenfällen zu Tal und ins Meer geschwemmt.

Daß es hingegen unter sozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen möglich ist, selbst bei ungünstigem Klima mit dem Hungerproblem radikal und endgültig Schluß zu machen, haben die Sowjetunion, die Mongolei oder China bewiesen. Afrikanische Staaten, die diesem Beispiel zu folgen versuchen, stehen noch am Anfang eines langen Weges.

Faktor Destabilisierung

Trotzdem sind schon erste Erfolge zu verzeichnen, wie etwa in Äthiopien.⁷

Dort führte im Jahre 1974 der Höhepunkt der damaligen Hungerkatastrophe, in der 200.000 Menschen umkamen, zum Sturz des Regimes von Kaiser Haile Selassie.

Er hatte keinen Finger krumm gemacht, um seine Untertanen vor dem Verrecken zu bewahren. Die jetzige Dürre wurde ganz anders angegangen. Bereits vor Jahresfrist schlug die äthiopische Regierung Alarm.

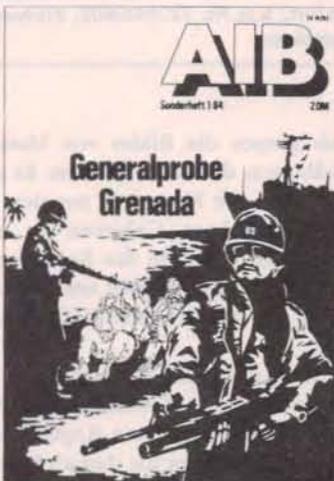
AIB-Sonderhefte



3/84: Guatemala



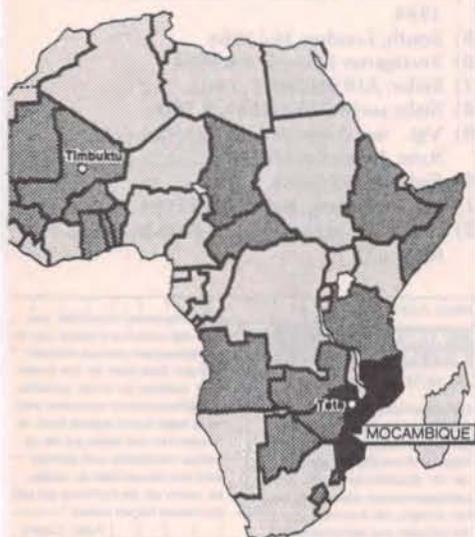
2/84: AirLand Battle und die Rolle der Bundesrepublik



1/84: Generalprobe Grenada

Sonderheft 1/84 und 3/84: 24 S., 2 DM
 Sonderheft 2/84: 60 S., 4 DM
 Porto: 0,60 DM je Heft. Ab 10 Ex. 33% Rabatt. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken).

Hunger in Afrika



Laut der UN-Organisationen FAO herrscht Hunger in 24 afrikanischen Ländern (auf der Karte dunkel). Moçambique wurde als akutester Hilfsposten benannt.



Hungerhilfe für Äthiopien/Moçambique

Die Hungerkatastrophe in Afrika ist keineswegs überwunden. Im Gegenteil, es wird zum Herbst 1984 bei einem sich abzeichnenden neuerlichen Ausfall der Ernte mit einer weiteren Verschärfung gerechnet. Staatliche Hilfszusagen sind unsicher, Spenden an private oder kirchliche Vereinigungen wandern häufig in Prestige-Hilfsobjekte oder werden gar längere Zeit zurückgehalten.

Wir rufen dazu auf, den meistbetroffenen Ländern direkt zu helfen. Dies sind u.a. Äthiopien und Moçambique. Hier wird auch am meisten getan, um den Hunger wirksam und prinzipiell zu bekämpfen.

Von den angegebenen Konten fließen die Gelder direkt in das betroffene Land und stehen dort der Regierung zur Verfügung:

Äthiopische Botschaft (Kennwort Dürrekatastrophe), Dresdner Bank Bonn, BLZ 38080055, Konto 234413000.

oder

Sonderkonto Erich Wulff, Postscheckamt Frankfurt, Kto.Nr. 527055-602, Stichwort Moçambique.

Damals gingen die Bilder von Massenumsiedlungen durch die Medien. Es war der Versuch, die Menschen aus den am meisten bedrohten Gebieten zu evakuieren. Häufig waren die Betroffenen nicht damit einverstanden und wollten lieber in der angestammten Umgebung bleiben.

So wurden uns diese Rettungsmaßnahmen als neuerlicher Beweis für die Grausamkeit des marxistischen Regimes verkauft. Heute stünden die damals betroffenen Menschen wahrscheinlich kurz vor dem Tode.

Dennoch werden auch in Äthiopien noch Viele sterben. Es fehlt vor allem an Transportmöglichkeiten. Viele Dörfer sind ohne Flugzeug kaum zu erreichen. Im stark betroffenen Nordosten kommt auch noch der zerstörerische Krieg der

eritreischen Separatisten dazu.

Überhaupt ist die (kriegerische) Einwirkung von außen, die Sabotage, als dritter Grund dafür zu nennen, weshalb eine langanhaltende Dürre so fürchterliche Folgen haben kann.

Als Paradebeispiel dafür kann Moçambique gelten, das jahrelang durch von Südafrika aus operierende Terrorbanden der RNM systematisch destabilisiert wurde. Selbst das Cap-Anamur-Komitee der deutschen Notärzte, „subversiver“ Neigungen sicherlich unverdächtig, spricht davon, daß die Lage in Moçambique ohne diese Destabilisierung wesentlich günstiger wäre.⁸

Eines der Hauptprobleme des Landes ist die durch Terrorakte künstlich hervorgerufene Benzinknappheit, die alle Transporte radikal beschränkt. Hinzu kamen im Januar d.J. sintflutartige Regenfälle im Süden des Landes, die die dort noch ausstehende Ernte vernichteten.

Abgesehen von solchen prinzipiellen Erwägungen ist es natürlich erforderlich, akute Nothilfe zu leisten, vor allem durch Nahrungsmittellieferungen.

Die diesbezüglichen Aufrufe der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) haben inzwischen Früchte getragen.⁹

Eigennutz der Geber USA, BRD

Es wird in diesem Jahr für Afrika ein Nahrungsmitteldefizit von mindestens 3,3 Mio Tonnen erwartet. Die Bereitstellung von insgesamt 2,7 Mio t wurde inzwischen von verschiedenen Staaten versprochen. Unter den Hauptgebern befinden sich hier die BRD, Frankreich, Großbritannien, die USA und das FAO-Welternährungsprogramm.

Das Auftauchen gerade dieser Staaten auf der Geberliste ist natürlich löblich. Aber andererseits neigt besonders die US-Regierung dazu, die Lieferung oder Nichtlieferung von Lebensmitteln als wirtschaftliches Druckmittel für politisches Wohlverhalten einzusetzen, wie man spätestens seit dem US-Weizenboycott gegen Nikaragua und den Erpressungsversuchen gegenüber Moçambique weiß.

In treuer Gefolgschaft zeichnete die BRD 2 Jahre lang dafür verantwortlich, daß der Ministerrat der EG die Hilfslieferungen für Angola und Moçambique blockiert hat.¹⁰

Die bundesdeutsche Beitragssperre für die FAO deutet ebenfalls nicht gerade auf besonders uneigennützigem Hungerhilfe hin. Im übrigen ist bisher von den zugesagten 2,7 Mio t erst gut 1 Mio tatsächlich geliefert worden, so daß der Großteil der Hilfsversprechungen erst noch eingelöst werden muß.

Die Unterstützung durch private oder kirchliche Organisationen ist noch erwähnenswert, wirkt aber gegenüber den Dimensionen der Katastrophe eher wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. So können von den 28 Mio DM, die 1983 für die Deutsche Welthungerhilfe gespendet wurden¹¹, bei voller Ausschüttung etwa 30.000-35.000 t Nahrungsmittel beschafft werden.¹²

Nächste Katastrophe absehbar

Die akute Hungerkrise ist so gesehen keineswegs beigelegt, direkte Spendenhilfe dringend vonnöten (siehe Kasten).

Insgesamt kann man also erwarten, daß sich langfristige Erfolge im Kampf gegen Hunger und Dürre in Afrika nur schrittweise einstellen werden, in dem Maße, in dem es dem Kontinent oder einzelnen Ländern gelingt, sich aus der neokolonialistischen Umklammerung zu befreien und eine Entwicklung im Interesse der eigenen Völker einzuleiten.

So ist die nächste Katastrophe schon absehbar, bevor die jetzige überwunden werden kann.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde Diplomatique, Paris, Mai 1984
- 2) The Times, London, 10.4.1984
- 3) Die Welt, 2.4.1984
- 4) Badische Neueste Nachrichten, 27.3.1984
- 5) South, London, Mai 1984
- 6) Stuttgarter Zeitung, 4.4.1984
- 7) Siehe: AIB 9/1983, S. 13-15
- 8) Siehe auch: AIB 4/1984, S. 11 ff.
- 9) Vgl. im folgenden: FAO-Nachrichten, Rom, Presse 84/12-G/8
- 10) Siehe: AIB 5/1984, S. 9
- 11) Welternährung, Bonn, April 1984, S. 3
- 12) Eigene Berechnung nach FAO-Nachrichten, a.a.O.

ALTER-NATIVEN ZU GLOBAL 2000 WELTKREIS		FIDEL CASTRO ... WENN WIR ÜBERLEBEN WOLLEN 296 SEITEN, 16,80 DM	Menschenleben vernichtet, sondern daß schon im Frieden Tag für Tag Menschen sterben müssen, weil das Geld nicht für ihre Ernährung, sondern für immer perfekte Waffensysteme verpulvert wird. "Uns bleibt keine andere Wahl als zu kämpfen und dabei auf die gewaltige moralische und geistige Kraft der Menschheit zu vertrauen, wenn wir die Hoffnung auf das Überleben hegen wollen."
		Der kubanische Staatschef Fidel Castro und ein Team hochkaristiger Wirtschaftswissenschaftler haben in ihrem Bericht, der auf der VII. Gipfelkonferenz der Nicht-paktgebundenen weltweit Aufmerksamkeit erregte, die Auswirkungen der sozialen und wirtschaftlichen Krise auf die unterentwickelten Länder untersucht. Die Autoren belegen auf dramatische Weise, daß Rüstung nicht erst im Krieg	Fidel Castro Im Buchhandel erhältlich Postfach 46 Dorn

Ernesto Cardenal

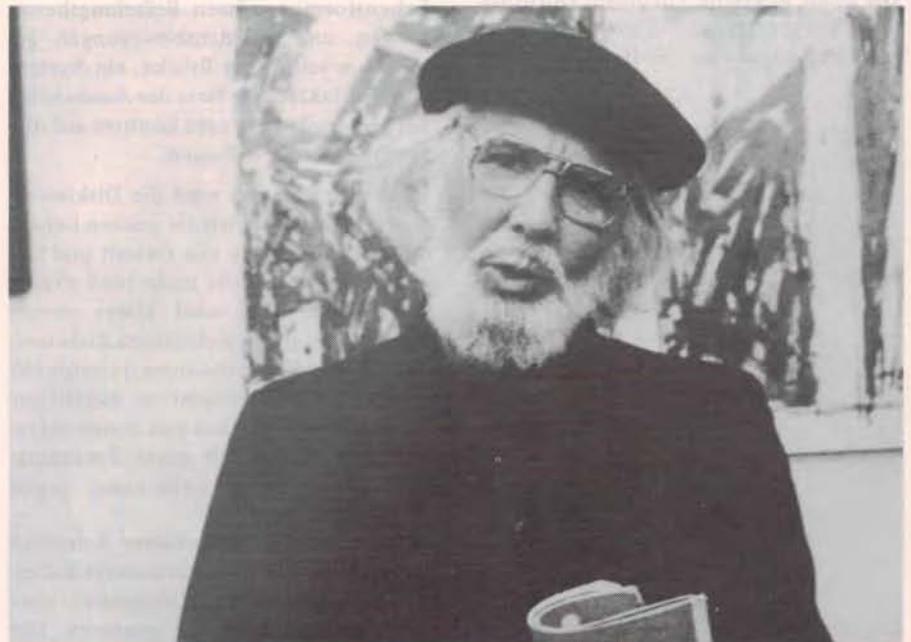
Die Brücke zwischen Friedens- und Befreiungsbewegung

Ernesto Cardenal, Priester, Schriftsteller und nikanraguanischer Kulturminister, brachte kürzlich die sandinistische Sichtweise der europäischen Friedensbewegung zu Papier. Welchen weltpolitischen Stellenwert man in Managua der „antinuklearen Rebellion“ beimißt und in welchem Verhältnis zum Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt man die Friedensbewegung sieht, erläuterte Cardenal in einem Beitrag auf einer internationalen Konferenz der Friedens-, Befreiungs- und Alternativ-Bewegungen, die vom 15.-18. März 1984 auf Malta tagte.

Noch bis vor kurzem gab es nur in einzelnen praktischen Fällen das Gefühl, das Erleben einer tiefen radikalen Beziehung zwischen den Friedensbewegungen und den Befreiungsbewegungen in Nord und Süd. So konnten zum Beispiel in der Friedensbewegung eines europäischen Landes viele Solidaritätskomitees mit Ländern und Völkern des Südens zusammenlaufen, die für ihre Befreiung kämpfen. Oder in der Friedensbewegung eines anderen Landes wirkten Gruppen mit, die sich um Entwicklungshilfe kümmerten oder von der Idee des Internationalismus und der internationalen Solidarität beeinflusst waren.

Kultur der Gerechtigkeit

Gleichzeitig wußten die Kämpfer der Sandinistischen Befreiungsfront in Nicaragua, der Front Farabundo Marti in El Salvador, der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation; d. Red.), der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias; d. Red.) oder der Frente Polisario (Befreiungsbewegung der Westsahara; d. Red.), daß die Friedensbewegung oder Gruppen innerhalb der Friedensbewegung des einen oder anderen Landes des Nordens ihren Kampf in den meisten Fällen moralisch, politisch oder finanziell unterstützten. Heute sehen wir uns einem neuen Phäno-



Ernesto Cardenal – Priester, Minister und Poet

men gegenüber, das von einer Bewußtwerdung begleitet ist.

Es ist nicht nur das Erleben oder ein Gefühl, daß diese Bewegungen einander verwandt sind. Es ist das Bewußtwerden, daß es sich um zwei Seiten einer Medaille handelt, die in verschiedene historische Augenblicke gestellt sind. Dieses Bewußtwerden beschleunigte sich von dem Augenblick an, als die Drohung eines begrenzten Atomkrieges, den die USA und die NATO glauben, mit ihren Offensivwaffen gewinnen zu können, für Millionen und Millionen Europäer Wirklichkeit wurde.

Das Bewußtsein, daß eine Brücke zwischen Friedensbewegung und Befreiungsbewegungen geschaffen werden muß, entstand parallel zur Sensibilisierung vor der Atomgefahr, zur Angstreaktion davor, zur Ablehnung der Raketen und zur Entstehung von symbolischen und praktischen Widerstandsaktionen. Wessen wird man sich bewußt?

Es ist der Zusammenhang zwischen den Raketen im Norden und der Destabilisierung und dem Krieg im Süden, zwischen

Arbeitslosigkeit, Auflösung des sozialen Netzes und ökologischer Katastrophe im Norden und Hunger, Tod und dem Raub der Naturschätze in den Ländern des Südens. Das System, das – wie Phil Berrigan sagt – Millionen Menschen mit der Bedrohung des nuklearen Holocaust als Geiseln hält, ist das gleiche, das in Mittelamerika die Todesschwadronen braucht, das das System der Verschwundenen erfand, um sich selbst zu erhalten.

Die Befreiungsbewegungen ihrerseits wissen heute, daß die in Europa aufgestellten Raketen, die ihre Ziele in wenigen Minuten erreichen können, daß diese Raketen dazu bestimmt sind, die in höchstem Maße ungerechte Situation der größten Ausbeutung aufrechtzuerhalten: die Situation, unter der sie leiden und gegen die sie kämpfen. Die Raketen, mögen sie auch in Europa explodieren, zielen doch auch auf die Länder des Südens, um dort die Gewalt der Ausbeutung und der Ungerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Allmählich entdecken Friedensbewegung und die Befreiungsbewegungen ihre

Gemeinsamkeit in einem entscheidenden Wert: der Emanzipation.

Emanzipation heißt Selbstbestimmung. Beide setzen einen sehr weitgehenden Willen voraus, die Formen der Produktion, des Verbrauchs und des Zusammenlebens zu verändern, die bis heute vorherrschen... Nur durch Emanzipation, Selbstbestimmung und den grundlegenden Wandel der Produktionsformen, der Verbrauchsgewohnheiten und der Formen des Zusammenlebens im Norden wie im Süden werden wir alle gemeinsam überleben können, Menschen im Norden wie im Süden. Oder es wird keiner überleben und es wird keine Zukunft geben.

Die große deutsche Theologin Dorothee Sölle hat gesagt, daß Nikaraguas wichtigstes Exportgut die Hoffnung ist. Ich



„Alle Waffen dem Volk“

glaube das auch. Und mit der Hoffnung haben wir die Dimension der Zukunft. Deshalb haben wir unsere Revolution als die Errichtung einer neuen Kultur des Friedens begriffen, die auf neuen Werten gründet. So ist beispielsweise das Verzeihen ein neuer revolutionärer Wert. Diese Kultur bricht mit einem Produktionssystem, das auf Gewalt an der Natur beruht, auf ständiger Gewalt, die die Natur beherrschen will und die eine Kultur der Verschwendung in ein Lebensideal verwandelt hat. Diese Kultur der Verschwendung gründet sich auf die Gewalt der Marktgesetze und der internationalen Arbeitsteilung.

„Friede und Gerechtigkeit küssen sich“, sagt die Schrift. Die Idee des Friedens und der Befreiung schließen die der Gerechtigkeit ein. Wenn man sie als emanzipatorische Bewegungen versteht, können die Friedens- und Befreiungsbewegungen durch die Selbstbestimmung in einer weitreichenden Aktion des Wan-

dels der Lebensformen eine gemeinsame Perspektive gewinnen.

Sie können sich gegenseitig kennenlernen, eine von der anderen lernen, es können sich Formen der gegenseitigen Solidarisation entwickeln. Diese Perspektive wird die Friedensbewegung stärken, die sich in einem kritischen Augenblick befindet, in dem sie ihre Lebensfähigkeit und ihre historische Bedeutung beweisen muß. Und sie wird die Befreiungsbewegungen stärken, die die Weltgeschichte der letzten 30 Jahre gekennzeichnet haben.

Die Werte Emanzipation, Selbstbestimmung, die Notwendigkeit eines Wandels der Produktions-, Verbrauchs- und Lebensformen müssen Befreiungsbewegungen und Friedensbewegungen gemeinsam sein. Eine Brücke, ein System von Kontakten, ein Netz des Austauschs, der gemeinsamen Foren könnten auf diesen Grundlagen aufbauen.

In diesem Kontext wird die Diskussion über Themen, wie wir sie gestern behandelten — die Frage von Gewalt und Gewaltlosigkeit — nicht mehr bloß akademisch sein. Man wird klarer planen können und die gemeinsamen Ziele werden zu einem gemeinsamen Standpunkt führen: eine Kombination vielfältiger Kampfformen, die uns von denen aufgezwungen werden, die gegen Emanzipation, gegen Selbstbestimmung, gegen den Wandel sind.

So können die antinukleare Rebellion und die nächsten Schritte unserer Befreiungsbewegungen an Wirksamkeit aber auch an Menschlichkeit gewinnen. Die Befreiung ist ein großes Wunder, das es zu organisieren gilt. Es ist unsere Aufgabe, das zu tun.

In dieser Perspektive sind Koordination, Diskussion, das Gespräch, die Durchführung gemeinsamer Aktionen nicht nur unabdingbar, sondern an der Tagesordnung. (...) Letztendlich ergreifen die meisten der Befreiungskämpfer die Waffen aus Liebe. Sie sind entschlossen, ihr Leben aus Liebe zu den ihren, zu ihrem Volk zu geben. Aber sie müssen lernen, daß im Norden die Angst auch ein hoch zu achtender Grund und eine sehr wichtige Triebfeder für den Friedenskampf ist.

Letztendlich wissen die Frauen in Nord und Süd, aus ihrer in der Historie erlittenen Stellung heraus, wie sie Konflikten in einer Art und Weise begegnen und sie lösen, die den Machos (Anhänger des Männlichkeitswahns; d. Red.) in Nord und Süd nicht bekannt ist. Letztendlich brauchen wir uns gegenseitig, weil wir gemeinsam überleben müssen, oder wir werden weder im Norden noch im Süden überleben.

(Quelle: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 8/Mai 1984, S. a-c)

antimilitarismus information

der MONATLICHE INFODIENST

Die **ami** erscheint seit über 10 Jahren und berichtet laufend über:

● **Aktuelle militärpolitische Entwicklungen**
KDV, Zivildienst, Bundeswehr, Militärbündnisse, Rüstungskosten, Kriege und Abrüstung ...

● **Neue juristische Tendenzen**
Im Bereich des Zivildienst-, KDV-, Soldaten- und Aktionsrechts ...

● **Theoriesresultate**
aus der Diskussion über Militarismus, Sicherheitspolitik; Kommentare zu aktuellen Problemen sowie Literatur zum Thema.

● **Friedensarbeit**
Diskussionen in der Friedensbewegung, Strategien. Aktionen, Hinweise, Termine.

Themenhefte: Drei Hefte im Jahr sind Themenhefte mit doppeltem Umfang (ca. 60 S.), in denen ein spezielles Thema ausführlicher behandelt wird. Zur Zeit lieferbar sind folgende Hefte: Militärherrschaft in der 3. Welt — Atomwaffenrisiken — Wirtschaft und Rüstung — Friedensbewegung im Banne der Nachrüstung — Konventionelle Rüstung — Rüstungsexport.

Die **ami** ist durch die Einteilung in Rubriken so aufgebaut, daß daraus ein **antimilitaristisches Handbuch** entsteht, in dem man alle Fakten und Vorgänge leicht wiederfindet.

Das Abonnement der **ami** kostet DM 26,25 im Jahr (incl. Porto); ein Einzelheft DM 2,-, ein Themenheft DM 4,-; ab 10 Ex. 30% Rabatt (+ Porto). Alle Preise incl. gesetzlicher Mwst.

Kostenloses Probeexemplar; Abos und Themenhefte:

Vertrieb **ami**,
Deidesheimer Str. 3,
1000 Berlin 33



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Ausstellung zur Kongokonferenz

Anlässlich der 100jährigen Wiederkehr der Berliner Kongokonferenz von 1884/85 stellte die Arbeitsgemeinschaft Afrika und Kolonialismus (AGAK) eine Ausstellung zusammen. Die Ausstellung „Mit Hurra nach Afrika“ zeigt Fotografien aus der Kolonialzeit, die durch Originalzitate ergänzt sind. Schwerpunkte sind das Aufzeigen des Herrenwahns der sich überlegen fühlenden Rasse mit ihrem besonderen Interesse an billigen Arbeitskräften, an Absatzmärkten und Rohstoffen, an der Ausbreitung von deutscher „Zivilisation“ und Christentum. Dargestellt werden ferner die Auswirkungen der Kolonialisierung auf die afrikanische Bevölkerung. Auch die aktuelle Fragestellung, inwiefern die Kolonialzeit wirklich Vergangenheit ist, wird anhand der ungleichen Wirtschaftsbeziehungen Ostafrikas u.a. aufgegriffen.

Weitere Informationen sind erhältlich bei der Arbeitsgemeinschaft Afrika und Kolonialismus (AGAK), c/o W. Hartmann, Lindwurmstr. 147, 8000 München 2, Tel.: 089/7251361



Kündigt das Kulturabkommen mit Südafrika!

Broschüre des Komitees für die Kündigung des Kulturabkommens Bundesrepublik Deutschland - Südafrika

Inhalt: Wortlaut des Kulturabkommens, Offener Brief des Komitees an Außenminister Genscher, Kritik der bundesdeutschen Kulturpolitik gegenüber Südafrika, Stellungnahmen der Parteien, Gedichte, Fotos, Aktionsvorschläge.
Bezug: AAB, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1
Preis: 3,- DM plus Versandkosten

Ausländerrecht

Die seit der Bonner „Wende“ verschärfte Asylrechtspraxis hat nun in einem wesentlichen Punkt höchstrichterliche Bestätigung erfahren. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai d.J. ist es nunmehr rechtlich sanktioniert, Asylbewerber mit einem „offensichtlich unbegründeten“ Antrag auszuliefern.

Indessen haben die Grünen, die SPD und auch die FDP Gesetzentwürfe in den Bundestag eingebracht, mit denen die Auslieferung eines Asylbewerbers bei im Heimatland drohender Folter u.ä. während des laufenden Anerkennungsverfahrens verboten werden soll. Amnesty international, Sektion BRD, begrüßte in einer Stellungnahme zum SPD-Antrag grundsätzlich die Initiative. Man erhob aber Bedenken gegen die einschränkende Regelung, wonach nur Ausländer Auslieferungsschutz genießen würden, die innerhalb von 2 Wochen nach ihrer ersten Vernehmung einen Asylantrag gestellt hätten. Demgegenüber fordert amnesty ein generelles Auslieferungsverbot bei anhängigen Asylverfahren.

Uruguay-Solidarität

Eine Unterschriftensammlung für die Freilassung der noch immer inhaftierten uruguayischen Oppositionsführer Jaime Perez (Ex-Abgeordneter der Frente Amplio, inhaftiert seit 1974), Raul Sendic (1972 verhafteter Führer der Tupamaros) und aller politischen Gefangenen hat das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90 (Tel.: 0611 - 709060) eröffnet.

In den beim ASK anzufordernden Unterschriftenlisten werden eine uneingeschränkte Amnestie, Wahlen ohne Verbote und Aussperungen von Parteien und Personen, Demokratie und das Rückkehrrecht für die Exilierten gefordert.

Protest gegen Milupa

Am 18. Mai d.J. protestierten Mitglieder von Aktionsgruppen gegen Babynahrung, von terre des hommes und Stillgruppen vor dem Hauptsitz der Firma Milupa in Friedrichsdorf/Taunus gegen die gängigen Werbemethoden für Babynahrung.

In einem Offenen Brief forderten sie das in der Bundesrepublik marktbeherrschende Unternehmen Milupa auf, sich hier wie in der Dritten Welt an den 1981 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verabschiedeten Kodex zu halten, welcher massive Einschränkungen der Werbung für Muttermilchersatzprodukte vorsieht. Gefordert wird die unverzügliche Einstellung der aggressiven Werbefeldzüge von seiten Milupas und anderer Hersteller von künstlicher Babynahrung.

„Wir sind besorgt“, so heißt es in dem Offenen Brief der Protestgruppen, „daß sich mit der Ausweitung ihrer Exportaktivitäten auch die Negativfolgen des Gebrauchs von Babynahrung in der Dritten Welt ausweiten: Rückgang des Stillens, Unterernährung, fehlender Immunschutz der Säuglinge, Benutzung von verseuchtem Wasser, mehr Durchfallerkrankungen, ansteigende Säuglingssterblichkeit.“

Buchtipp: Uruguay

Für Freunde lateinamerikanischer Literatur liegt jetzt erstmals in deutscher Sprache eine Auswahl aus dem umfassenden Werk eines der größten Schriftsteller des Kontinents vor:

Mario Benedetti, Die Sterne und du. Erzählungen aus Uruguay, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 252 Seiten, 16,80 DM.



Die 30 dargebotenen Erzählungen des derzeit bedeutendsten uruguayischen Schriftstellers sind in drei Abschnitte gegliedert. Jene aus der Periode 1949-61 beleuchten realitätsnah und kritisch-ironisch das Leben im Uruguay dieser Zeit, als es noch als „die Schweiz Lateinamerikas“ hochstilisiert wurde. Die Erzählungen der folgenden Phase bis 1968 setzen sich größtenteils sarkastisch-pessimistisch mit zunehmender Wirtschaftskrise und gesellschaftlichen Konflikten auseinander.

1973 mußte M. Benedetti vor der Repression ins Exil flüchten. In den Erzählungen dieser letzten Phase bis 1977 besteht für Humor kein Anlaß mehr. Im Vordergrund steht nun der „innere Kriegszustand“, so in „Mozart hören“, d.h. der Alltag von Verfolgung, Folter, Mord unter der Militärdiktatur. Benedetti beschreibt zugleich den Exodus Oppositioneller, das Untertauchen und die Anfänge einer Organisation des Widerstands im Untergrund.

In „Pequebú“ etwa zeichnet er eindrucksvoll die Leiden und Gedanken eines Gefolterten nach, der standhaft bleibt, ohne auch nur eine(n) seiner Mitschreiber(innen) zu verraten.

In der abschließenden Novelle „Das andere Ufer“ beschreibt er die Lage eines uruguayischen Gefangenen, der überlebte und dann im argentinischen Exil – mit dem Militärputsch 1976 – wiederum vor der Unterdrückungsmaschinerie untertauchen muß. Der aufs Neue Verfolgte bemerkt: „Das Leben wird immer unmöglicher. Ich habe ständig alle meine Papiere, alles Geld und dieses Heftchen bei mir. Man kann nie wissen. Auch Dionisio konnte sich retten, aber nur um ein Haar... Diego hat mir für eine Woche eine Schlafstelle besorgt. 'Du mußt völlig untertauchen...'“

Guatemala

Die Arbeiter des Coca-Cola-Abfüllbetriebes EGSA in Guatemala-Stadt, die seit dem 17. Februar d.J. das Werk besetzt hielten (siehe AIB 5/1984, S. 35f.), konnten am 24.5.1984 alle ihre Forderungen durchsetzen.

Die Gewerkschaft der Coca-Cola-Arbeiter (STEGAC) hatte das Werk besetzt, nachdem die Besitzer, denen die Coca-Cola-Gesellschaft die Lizenzrechte übertragen hatte, das Werk schließen wollten. Diese täuschten einen Konkurs vor, um die kämpferischen Arbeiter entlassen zu können und anschließend neue einzustellen.

Der Erfolg der Gewerkschaft kam vor allem dadurch zustande, weil die Internationale Union der Arbeiter des Nahrungsmittelgewerbes (UITA) mit Sitz in Genf eine weltweite Boykottkampagne gegen Coca-Cola eingeleitet hatte. In Schweden und Norwegen boykottierten Gewerkschafter die Produktion und die Auslieferung von Coca-Cola. Arbeiter auf den Philippinen, in Hongkong und Thailand kündigten Streiks an.

Daraufhin kam es am 24.5.1984 zu einer Übereinkunft zwischen STEGAC und dem Coca-Cola-Unternehmen. Das Abkommen hält fest, daß die neuen Besitzer des Werkes die STEGAC als einzige Gewerkschaft anerkennen und alle gewerkschaftlichen Rechte und Sozialleistungen, die bisher erkämpft wurden, weiter bestehen. Alle Arbeiter dürfen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren.

Abrüstung

Das Verhängnis eines Atomkrieges stoppen, bevor es zu spät ist. Dies ist der Grundgedanke einer Abrüstungsinitiative, die im Mai d.J. Staats- und Regierungschefs von vier Kontinenten unterbreiteten: R. Alfonsín (Argentinien), M. de la Madrid (Mexiko), O. Palme (Schweden), A. Papandreu (Griechenland), I. Gandhi (Indien) und J. Nyerere (Tansania).

In diesem Appell, der weltweit Beachtung und Anerkennung fand (lediglich der Sprecher des US-Außenministeriums, Hughes, bezeichnete den Appell unmittelbar nach dessen Bekanntwerden als „nicht praktisch“) heißt es u.a.: „Verträge, die nur die Aufrüstung regeln, sind offensichtlich nicht ausreichend. Je schneller, präziser und tödlicher die Atomwaffen werden und die Vorwarnzeit sich verringert, umso mehr nimmt die Wahrscheinlichkeit einer atomaren Massenvernichtung zu.“

Die Jagd auf einen weltumfassenden Selbstmord hin muß aufgehalten und rückgängig gemacht werden. Als notwendigen ersten Schritt dazu rufen wir die USA und die UdSSR ebenso wie Großbritannien, Frankreich und China auf, alle Versuche sowie die Produktion und Aufstellung von Atomwaffen und deren Abschußvorrichtungen einzustellen.“

Weiterhin fordern die sechs Staats- und Regierungschefs: „Diesem ersten Schritt muß ein kontinuierliches Programm zur Waffenreduzierung folgen, das zu einer generellen und vollständigen Abrüstung führt und das von Maßnahmen begleitet wird, die dazu beitragen, die Organisation der Vereinten Nationen zu stärken und die dringend notwendige Verlagerung von bisher für den Rüstungswettlauf verwendeten Mitteln auf das Gebiet wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu sichern.“

Haiti

Ende Mai d.J. kam es in Cap Haitien und in Gonaives, zweit- und fünftgrößte Stadt Haitis, zu spontanen Demonstrationen gegen das Regime Jean-Claude Duvaliers. In Gonaives begannen die Proteste am 23. Mai d.J., als eine Frau von einem Polizisten zu Tode geschlagen wurde. Mehrere tausend Menschen nahmen an den zwei Tage andauernden Demonstrationen teil, in deren Verlauf auch Lebensmittelläden geplündert wurden. In Cap Haitien wurde am 29. Mai ein Lebensmitteldepot gestürmt.

In beiden Städten wurden mehrere Personen durch die Armee getötet. Die Spannungen in Haiti waren seit den Wahlen vom 8. Februar 1984, zu denen die Opposition nicht zugelassen war, angewachsen. Der Unmut wurde noch erhöht, als Mitte Mai d.J. alle politischen Aktivitäten verboten und die Presse einer verschärften Zensur unterworfen wurde. Der Hunger und die Verschlechterung der sozialen Lage breiter Teile der Bevölkerung waren weitere Gründe für diese umfangreichsten Massenaaktionen seit Jahren.

Im Anschluß an die Unruhen bildete J.C. Duvalier am 30.5.1984 seine Regierung um.

Verschuldung

Von Mitte März bis Mitte Mai 1984 erhöhten die US-Banken den Kreditzins um 1,5% auf insgesamt 12,5%. Diese Steigerung bedeutet z.B. für Argentinien einen jährlichen Mehraufwand von 600 Mio Dollar. Mexiko müßte sogar 1,3 Mrd Dollar jährlich zulegen.

Auf Initiative des argentinischen Präsidenten Alfonsín hin veröffentlichten daraufhin die vier Staaten Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Argentinien am 19. Mai d.J. eine gemeinsame Erklärung, in der sie eine Senkung der Zinssätze und längere Rückzahlungsfristen fordern. Mit diesem Anliegen wandten sie sich namentlich an den Wirtschaftsgipfel der kapitalistischen Hauptländer, der vom 7.-9. Juni d.J. in London tagte.

Die Erklärung beinhaltet weiter den Vorschlag für eine Dringlichkeitssitzung aller lateinamerikanischen Länder zum Problem der Verschuldung.

Am 4. Juni d.J. hat Bolivien die Einstellung des Schuldendienstes in Höhe von 3,4 Mrd Dollar an private Gläubiger bekanntgegeben, und dies mit der Zinserhöhung begründet. Aus gleichem Grund erwägt Nicaragua, den gesamten Schul-



Diplomatisch aktiv in Abrüstungs- und Verschuldungsfragen: M. de la Madrid (l.) und R. Alfonsín

Zypern

Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 11.5.1984 die Resolution 550 (bei 13 Fürstimmen, 1 Gegenstimme = Pakistan, 1 Enthaltung = USA), die der zypriotische Präsident Spyros Kyprianou als dessen bislang „stärkste und weitestgehende Entscheidung über Zypern“ würdigte.

In der Tat hatte der Weltsicherheitsrat in seiner Resolution 541 vom November 1983 zwar die Proklamierung eines Separatstaates „Türkische Republik von Nordzypern“ verurteilt, die Rücknahme dieses Schrittes verlangt und alle Staaten aufgefordert, ihm die Anerkennung zu verweigern (siehe AIB 2/1984, S. 40ff.). In der Resolution 550 aber werden darüber hinaus die Türkei und die türkisch-zyprische Führung namentlich wegen ihrer „SzeSSIONSSCHRITTE“ verurteilt, diese „als rechtswidrig und ungültig“ erklärt. Im Falle „der Nichtanwendung der Resolution 541 (1983) sowie der vorliegenden Resolution“, so heißt es weiter, sollen „dringend entsprechende Maßnahmen ergriffen werden“.

UN-Generalsekretär Perez de Cuellar wurde beauftragt, auf dieser Grundlage für eine Gesamtlösung der Zypernfrage aktiv zu werden.

dendienst zu stoppen.

Ungeachtet dieser Lage und trotz vorhandener Widersprüche im eigenen Lager (Kanada, die BRD und der Direktor des Internationalen Währungsfonds, de Larosière, fordern die Senkung der Zinsen) hat der kapitalistische Wirtschaftsgipfel keine konkreten Aussagen zum Verschuldungsproblem getroffen, sondern die bisherige Praxis der Verhandlungen im Einzelfall festgeschrieben.

Obervolta

In dem zentralafrikanischen Land wurde am 27. Mai d.J. ein Putsch verhindert. Der für den 28. Mai geplante Umsturzversuch war der erste seit der Machtübernahme durch den Nationalen Revolutionsrat (CNR) am 5.8.1983 unter Führung des heutigen Staatschefs Thomas Sankara (siehe AIB 9/1983, S. 10ff.). Die Putschisten hatten vor, die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) und die Volkstribunale aufzulösen, sowie eine Amnestie für inhaftierte Vertreter der alten neokolonialen Regimes zu verkünden. Von ca. 20 im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch verhafteten Militärs

Libanon

und Zivilisten wurden Mitte Juni d.J. sieben hingerichtet und fünf zu Zwangsarbeit verurteilt.

Außerdem ist es innerhalb der Revolutionsregierung, in der mehrere linke Parteien vertreten sind, erstmals zu Spannungen gekommen. Am 21. Mai d.J. mußte der Minister für Jugend und Sport, Ibrahim Kone, zurücktreten. Er wurde angeklagt, die Veranstaltungen anlässlich des „antiimperialistischen Tages der Jugend Obervoltas“ für seine Organisation, die Patriotische Liga für die Entwicklung (LIPAD), ausgenutzt zu haben.

Die LIPAD, die Massenorganisation der marxistischen Afrikanischen Unabhängigkeitspartei (PAI), ist mit ca. acht weiteren Ministern in der Regierung vertreten.

Libyen

Am 8. Mai d.J. scheiterte ein Putschversuch libyscher Regierungsgegner. Sie hatten mit Maschinengewehren und Granatwerfern die Azizya-Kaserne, – das Hauptquartier von Oberst Ghaddafi in Tripolis, – angegriffen.

Die Verantwortung für den Anschlag übernahm die Nationale Front zur Errettung Libyens (NFSL), die mit westlicher Unterstützung vom Sudan aus operiert. Nach offiziellen libyschen Regierungsangaben handelt es sich bei den getöteten Putschisten durchweg um Mitglieder der orthodoxen Moslebruderschaft.

In den letzten Monaten mehrten sich die Anzeichen gewachsener Militanz der libyschen Opposition, die von Teilen des Bürgertums und der Intelligenz über reaktionäre islamische Fundamentalisten bis in die Armeeführung reicht. Am 25. März d.J. wurde das Munitionsdepot der 7. Armeedivision in El Abjar zerstört. Es gibt Berichte über Sprengstoffanschläge in zwei Armeecamps der Region. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, vor allem wegen sinkender Öleinnahmen, schränken den innenpolitischen Handlungsspielraum der libyschen Regierung Ghaddafi zudem ein.

Auch außenpolitisch ist keinerlei Entspannung in Sicht. Indizien dafür sind der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien, die Rückbeorderung des tunesischen Botschafters und nicht zuletzt die umstrittene Truppenpräsenz im benachbarten Tschad. Hinzu kommen anhaltend aggressive Töne aus Washington. Außenminister G. Shultz: „Wir sollten Ghaddafi in eine Box tun und den Deckel zumachen.“

Am 12. Juni d.J. sprach das libanesische Parlament der Regierung der nationalen Einheit unter Ministerpräsident Raschid Karamé mit 53 gegen 15 Stimmen das Vertrauen aus. Entsprungen wurde Karamés Forderung, die er mit seinem Amtsantritt am 30. April d.J. formuliert hatte, per Dekret für die Dauer von 9 Monaten die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Konzentrationspunkte der Regierungspolitik sind zunächst die noch umstrittene Umstrukturierung der Armee und die Unterstützung des Widerstands im israelisch okkupierten Südlibanon. Ein Überfall israelischer Truppen (rund 1.500 Mann) im Mai d.J. auf das Palästinenserslager Ain al-Helweh nahe Saida, bei dem mehrere Personen getötet und verletzt wurden, erinnerte an die Dringlichkeit des Südlibanonproblems.

Vor allem aber stand der Parlamentsentscheid im Zeichen militärischer Auseinandersetzungen. Die Kämpfe, die zwischen moslemischen Milizen einerseits, Armeeeinheiten und christlichen Rechtsmilizen andererseits im Raum Beirut neu entflammt waren, forderten bis Mitte Juni d.J. rund 180 Tote und über 800 Verwundete.

Kein Wunder, daß Minister Nabih Berri, Führer der schiitischen Amal-Bewegung, die Aussichten des nationalen Versöhnungsprojekts und der Reformverwirklichung skeptisch beurteilt. Er meint den unversöhnlichen Widerstand der phalangistischen Milizen und Armeeteile, wenn er betont: „Die mit Israel verbundenen Kräfte versuchen Zeit zu gewinnen und die Karten neu zu mischen, während sie auf das Ergebnis der israelischen Wahlen warten...., Wohnviertel in Westbeirut bombardieren und das Blut unserer Brüder im Osten vergießen.“ (AfricAsia, Paris, Nr.6/Juni 1984)

Ägypten

Eine lediglich 25%-Beteiligung der Wahlberechtigten (13 von 47 Mio Ägyptern) und massive Wahlbeeinträchtigungen – darunter die Ermordung zweier Oppositionspolitiker – gab es bei den Wahlen zum ägyptischen Parlament am 27. Mai d.J.

Zwar erzielte Mubaraks Partei, die regierende Nationaldemokratische Partei (NDP), mit 72,9% der Stimmen und 390 der insgesamt 448 Sitze ein unerwartet gutes Ergebnis. Zum anderen aber wird im neuen Parlament die nominell stärkste Opposition seit der Revolution 1952 vertreten sein.

Ob dabei die bürgerliche Neue Wafd-Partei, die mit 15,1% der Stimmen die restlichen 58 Sitze erhielt, mehr als nur formale Opposition sein wird, erscheint fraglich. Schwierigkeiten könnten Mubarak mehr noch daraus erwachsen, daß über die Wafd-Liste etliche Personen der halblegalen, islamisch-konservativen Moslebruderschaft Einzug ins Parlament hielten. Den übrigen drei Oppositionsparteien gelang es nicht, ins Parlament einzuziehen. Mit ca. 7,1% scheiterte dabei die Sozialistische Arbeiterpartei nur knapp an der 8%-Klausel. Die Linke Nationalprogressive Sammlungsbewegung (UNPP) mit 4,2% und die Liberale Sozialistische Partei mit nur 0,65% scheiterten noch klarer.



Wahlveranstaltung der Neuen Wafd-Partei in Kairo

MOZ

MODERNE ZEITEN

Ausgabe Juli '84

Dioxin
bei Boehringer
Interview mit
Thea Bock (GAL-HH)
Luftverschmutzung
und Gesundheitsschäden
Waldsterben und AKW's

★ ★ ★

Raus aus der NATO?
Wolfgang Biermann (SPD)
gegen
Anne Borgmann (Grüne)

★ ★

Enrico Berlinguer:
E' morto!

★ ★ ★

Ich bestelle:

- Das Einzelheft 7/84 für DM 5,- plus DM 1,- Porto
- Das Jahresabonnement (12 Ausgaben) für DM 60,-

Name

Straße

Wohnort

MODERNE ZEITEN

Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel.: (05 11) 3234 17

D 7426 E Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



K. D. Bredthauer (Hg.)
Sage niemand, er habe
es nicht wissen können
208 S., Pahl Rugenstein



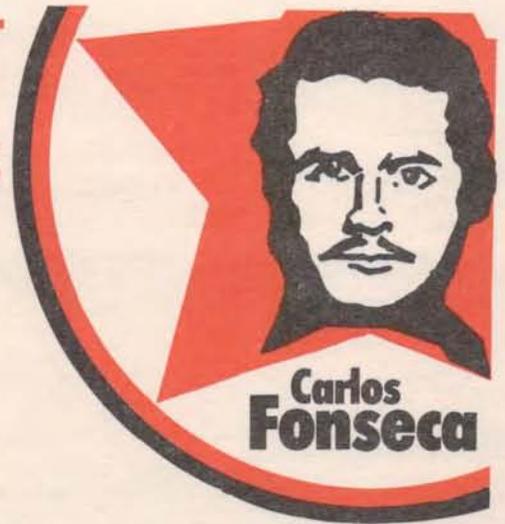
Elisabeth Burgos
Rigoberta Menchú
Leben in Guatemala
256 S., Lamuv 1983

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Unser aktuelles Buchgeschenk

Spendenaufuf: **Eine Druckerei für die Jugend Nicaraguas**



Carlos Fonseca

Unterstützung beim Bau und der Einrichtung einer Druckerei für die Jugend Nicaraguas – dieses Ziel hat sich die „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“ gestellt.

Eine Druckerei für die Jugend, das heißt, die Voraussetzungen schaffen für die Herausgabe von Plakaten, Informationsbroschüren, Zeitschriften für Freizeit und Bildung, didaktischen Materialien und der Zeitschrift der Sandinistischen Jugend des 19. Juli „Los Muchachos“.

Eine Druckerei für die Jugend, das ist konkrete Hilfe beim Aufbau des neuen Nicaragua, Unterstützung im Kampf gegen die Propaganda und die Destabilisierungsversuche der US-Regierung und der von ihr finanzierten Konterrevolution.

Die „Sandinistische Jugend 19. Juli“ ging und geht voran im Kampf gegen das Analphabetentum. Dem Einsatz von mehr als 60 000 Jugendlichen ist es vor allem zu verdanken, daß in Nicaragua die Analphabetenrate von 56 Prozent im Jahre 1979 auf 12 Prozent im August 1980 sank.

Die „Sandinistische Jugend 19. Juli“ spielt eine große Rolle beim Auf- und Ausbau des Gesundheitswesens, in den Umweltschutzkampagnen sowie in der Produktion.

Die jungen Sandinisten setzen ihre Kraft dort ein, wo sie das neue Nicaragua am dringendsten braucht, bei der Kaffee-Ernte genauso wie bei der

Verteidigung gegen konterrevolutionäre Mordbanden und eine drohende Intervention durch den US-Imperialismus.

Die jungen Sandinisten brauchen unsere Solidarität. Vom US-Geheimdienst gesteuerte und finanzierte Banden morden und zerstören. Überfälle und Sabotage führen zu Millionenschäden. Die für die Entwicklung der Wirtschaft so dringend benötigten Jugendlichen müssen das Gewehr in die Hand nehmen, um ihr Land zu verteidigen. Mit politischer Erpressung und wirtschaftlichem Boykott erschweren die USA die Entwicklungsbedingungen. Offen drohen sie mit Intervention.

Angesichts dieser Situation rufen wir alle Freunde des freien Nicaragua auf:

- Übt politische und finanzielle Solidarität mit dem Volk Nicaraguas.
- Spendet für die Druckerei der Jugend.
- Unterstützt die „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“!

Herbert Mies
Vorsitzender der DKP

Bernd Gäbler
Vorsitzender des MSB

Werner Stürmann
Vorsitzender der SDAJ

Heinz Jürgen Nieth
Sekretär der „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“

	DM	Pf	für Postscheckkonto Nr. 1768 – 437	
Absender der Zahlkarte				Für Vermerke des Absenders
Spendenbescheinigung umseitig				
Postscheckkonto Nr. des Absenders	PSchA Postscheckkonto Nr. des Absenders	Postscheckteilnehmer		Postscheckkonto Nr. des Absenders
Empfängerabschnitt				
DM	Pf	Zahlkarte/Postüberweisung		
für Postscheckkonto Nr. 1768 – 437		Die stark umrandeten Felder sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als Postüberweisung verwendet (Erläuterung siehe Rückseite)		
Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung		DM	Pf	(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)
		für Spendenkonto: „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“		Postscheckkonto Nr. 1768 – 437
		in Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Konto-Nr.: 10 125 757 00		Postscheckamt Essen
Einlieferungsschein/Lastschriftzettel				
		DM	Pf	Postscheckamt
		für Postscheckkonto Nr. 1768 – 437		Essen
Spendenkonto „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“ BfG, Konto-Nr. 10 125 757 00 in Düsseldorf				
Verwendungszweck Spendenkonto „Solidaritätsbrigade Carlos Fonseca“				
Ausstellungsdatum		Unterschrift		



Die Jugendbewegung Eine Orientierung für

Die Jugendbewegung hat sich in den letzten Jahren in Deutschland als eine der stärksten Bewegungen etabliert. Sie ist nicht nur eine Bewegung der Jugend, sondern eine Bewegung für die Jugend. Sie hat sich für die Erneuerung der Jugendbewegung eingesetzt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt. Sie hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt.

Die Jugendbewegung hat sich in den letzten Jahren in Deutschland als eine der stärksten Bewegungen etabliert. Sie ist nicht nur eine Bewegung der Jugend, sondern eine Bewegung für die Jugend. Sie hat sich für die Erneuerung der Jugendbewegung eingesetzt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt. Sie hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt.

Die Jugendbewegung hat sich in den letzten Jahren in Deutschland als eine der stärksten Bewegungen etabliert. Sie ist nicht nur eine Bewegung der Jugend, sondern eine Bewegung für die Jugend. Sie hat sich für die Erneuerung der Jugendbewegung eingesetzt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt. Sie hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt.

Die Jugendbewegung hat sich in den letzten Jahren in Deutschland als eine der stärksten Bewegungen etabliert. Sie ist nicht nur eine Bewegung der Jugend, sondern eine Bewegung für die Jugend. Sie hat sich für die Erneuerung der Jugendbewegung eingesetzt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt. Sie hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt und hat die Jugendbewegung in Deutschland wieder belebt.

Einlieferungsschein
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)
Gebühr für die Zahlkarte
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)
bis 10 DM 0,90 DM
über 10 DM (unbeschränkt) 1,50 DM

Bedienen Sie sich der Vorteile
eines eigenen Postscheckkontos!
Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld
für
postdienstliche
Zwecke

Beleg für das Finanzamt!
Gilt als Spendenbescheinigung

Für Mitteilungen an den Empfänger